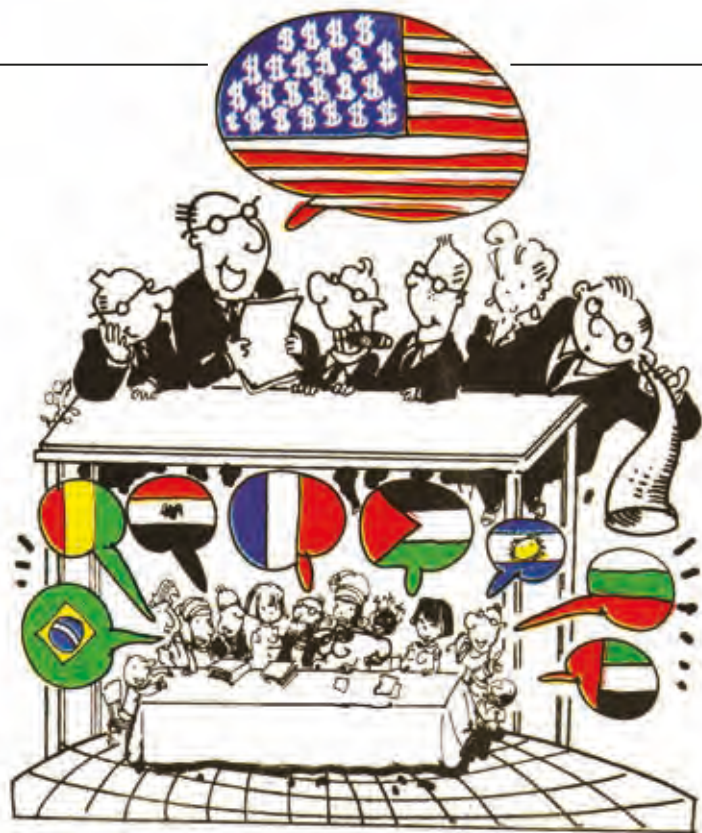


Samir Amin

Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert

Der in die Jahre gekommene Kapitalismus



Samir Amin
Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert

Samir Amin, geb. 1931, war von 1957 bis 1960 Mitarbeiter der ägyptischen Behörde für ökonomische Entwicklung, von 1960 bis 1963 Berater der Regierung Malis, danach Direktor des Afrikanischen Instituts für ökonomische Entwicklung. Er leitet das Dritte-Welt-Forum in Dakar und ist Präsident des Weltforums für Alternativen. Bei VSA erschienen *Das Reich des Chaos* (1992) und *Die Zukunft des Weltsystems* (1997).

Joachim Wilke, geb. 1928, ist Philosoph, Assoziierter Forscher am CNRS (Paris) und Herausgeber einer Schriftenreihe zur Globalisierung im Verlag L'Harmattan, Paris.

Samir Amin

Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert

Der in die Jahre gekommene Kapitalismus

Aus dem Französischen übersetzt und
redaktionell bearbeitet von Joachim Wilke

www.vsa-verlag.de

Bei diesem Text handelt es sich um eine in Abstimmung mit dem Autor von Joachim Wilke gekürzte und aktualisierte Übersetzung des Originaltextes.

Originaltitel: Au-delà du capitalisme sénile. Pour un 21^e siècle non-américain.

© Presses Universitaires de France, 2001

© für die deutsche Ausgabe:

VSA-Verlag 2003, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg

ISBN 3-89965-022-0

Inhalt

Einleitung	7
I. Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts	12
II. Werkzeuge für Analyse und Aktion	26
III. Die Neuformierung des Kapitalismus	46
IV. Der neue kollektive Imperialismus der Triade	61
V. Die Militarisierung des neuen kollektiven Imperialismus	78
VI. Der altersschwache Kapitalismus und das neue Weltchaos	100
VII. Grundlagen für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert	130
Anhänge	
1. Die Herausforderungen der Moderne	152
2. Imaginärer Kapitalismus und real existierender Kapitalismus	157
3. Die destruktiven Dimensionen der kapitalistischen Akkumulation	160
4. Das Paradigma der Entwicklung	164
5. Kulturalismus, Ethnizismus, kulturelle Widerstände	171
6. Der politische Islam	173
7. Vielfalt des Erbes und Vielfalt der Zukunftsentwürfe	178
Literatur	181

Einleitung

1. Der Neoliberalismus ist angeschlagen. Zwanzig Jahre, in denen er als Sieger posieren konnte und in denen seine Rezepte angewandt wurden, liegen zu Beginn des 21. Jahrhunderts hinter ihm, ebenso die breite öffentliche Zustimmung, die er besonders nach dem Scheitern des Sowjetmythos, der über lange Strecken des Jahrhunderts vermeintlich allein glaubwürdigen Alternative, und dem Verlöschen des Maoismus selbst auf der Linken gefunden hatte. Das alles ist in wenigen Jahren weggebrochen.

Der neubelebte Liberalismus hatte Wohlstand für (fast) alle, Frieden nach dem Kalten Krieg und Demokratie versprochen, und viele hatten ihm geglaubt. Das ist nicht mehr so. Zunehmend wird begriffen, laut gesagt und ringsum verstanden, dass seine Rezepte nur die Akkumulationskrise verschärfen und damit die sozialen Bedingungen für die große Mehrheit der Völker und der arbeitenden Klassen verderben konnten. Die Militarisierung der Weltordnung, die nicht erst seit den Anschlägen vom 11. September 2001, sondern seit dem Golfkrieg von 1991 auf der Tagesordnung steht, ließ die Friedensverheißungen in Rauch aufgehen. Die Demokratie stagniert hier, schwindet dort, ist überall in Gefahr.

Die Thesen, die ich im Weiteren entwickeln werde, bezwecken in der Hauptsache keine Erläuterung dieser Fakten, die die haltlosen Versprechungen des Liberalismus dementieren. Es geht um mehr, um die Eröffnung der Debatte über die Zukunft des kapitalistischen Weltsystems. Sind jene Fakten nur »vorübergehende« Erscheinungen, wie es die unbedingten Anhänger eines Kapitalismus behaupten, der nach den Schrecknissen einer schwierigen Übergangsphase in eine neue Expansions- und Prosperitätsperiode münden soll? Oder sind sie vielmehr, wie ich meine, Kennzeichen der Altersschwäche dieses Systems, sodass dessen Überwindung um des Überlebens der Menschheit willen zum dringenden Gebot wird?

2. Die folgenden Analysen beruhen auf einer Theorie des Kapitalismus, seiner globalen Dimension und generell der Dynamik der Transformation der Gesellschaften, an deren vier Kernsätze zu erinnern ist:

■ Zentrale Bedeutung hat die ökonomische Entfremdung als Merkmal des Kapitalismus. Dieser steht damit im Kontrast zu den vorangegangenen Gesellschaften wie auch zu einer möglichen postkapitalistischen Gesellschaft. Unter dieser Entfremdung verstehe ich die Tatsache, dass das Mittel (die Wirtschaft

im Allgemeinen, die kapitalistische Akkumulation im Besonderen), zum Selbstzweck geworden ist, dass es die Gesamtheit der gesellschaftlichen Lebensprozesse dominiert und sich dieser als außenstehende objektive Gewalt aufzwingt.

■ Zentrale Bedeutung hat zudem die Polarisierung als Produkt der Globalisierung des Kapitalismus. Darunter verstehe ich die ständige Vertiefung der Kluft zwischen den materiellen Entwicklungsniveaus der Zentren und der Peripherien des kapitalistischen Weltsystems. Das ist insofern eine neue Erscheinung in der Menschheitsgeschichte, als diese Kluft in zwei Jahrhunderten größere Ausmaße angenommen hat als je zuvor in der Geschichte. Diese Erscheinung gilt es unbedingt durch den allmählichen Aufbau einer für alle Völker besseren postkapitalistischen Gesellschaft zu beseitigen.

■ Zentral ist ferner ein Begriff vom Kapitalismus, der diesen nicht auf einen »verallgemeinerten Markt« reduziert, sondern das Wesen des Kapitalismus gerade jenseits des Marktes ansiedelt, in der Macht. Eine Kapitalismusanalyse, die sich auf gesellschaftliche Verhältnisse und eine Politik bezieht, die genau diese den Markt überschreitenden Mächte zum Ausdruck bringt, wird von der dominanten Vulgärökonomie ersetzt durch die Theorie eines imaginären Systems, worin »ökonomische Gesetze« (der »Markt«) herrschen und im Selbstlauf einem »optimalen Gleichgewicht« zustreben sollen. Im real existierenden Kapitalismus sind Klassenkämpfe, Politik, Staat und Logiken der Kapitalakkumulation untrennbar miteinander verbunden. Der Kapitalismus ist seiner Natur nach ein Regime, dessen sukzessive Gleichgewichtsstörungen von jenseits des Marktes stattfindenden sozialen und politischen Konfrontationen herrühren. Die vulgärökonomischen Konzepte des Liberalismus – z.B. zur »Deregulierung« der Märkte – sind wirklichkeitsfremd. Die angeblich »deregulierten« Märkte werden von außerhalb des Marktes stehenden Monopolgewalten reguliert.

■ Von zentraler Bedeutung ist schließlich die, wie ich sie nenne, »Unterdeterminiertheit« der Geschichte: Jedes Gesellschaftssystem (also auch der Kapitalismus) ist geschichtlich, er hat einen Anfang und ein Ende; aber die Natur des nachfolgenden Systems, das die Widersprüche seines Vorläufers überwindet, wird nicht von objektiven Gesetzen bestimmt, die wie äußere Gewalten zwingend auf die gesellschaftlichen Entscheidungen einwirken. Die dem niedergehenden System eigenen Widersprüche (hier jene des globalisierten Kapitalismus und speziell die seiner für ihn kennzeichnenden Polarisierung) können auf unterschiedliche Art überwunden werden. Das ergibt sich aus der Autonomie der Logiken, denen die unterschiedlichen Instanzen des Gesellschaftslebens folgen (Politik und Macht; Kultur; Ideologie und soziales Wertesystem als Ausdrucksform der Legitimität; Ökonomie). Diese Logiken können auf unterschiedliche Weise einander angepasst werden, um dem Gesamtsystem einen gewissen Zusammenhalt zu geben, sodass stets das Beste ebenso wie das Schlimmste möglich bleibt. Damit behält die Menschheit die Verantwortung für ihren Werdegang.

Der Kapitalismus hat die Produktivkräfte unvergleichlich schneller und stärker entwickelt als je zuvor. Aber zugleich hat er die Kluft zwischen ihrer möglichen Nutzung und ihrem tatsächlichen Gebrauch so vertieft wie kein System zuvor. Vom Stand der wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse her ließen sich heute die materiellen Probleme der ganzen Menschheit lösen. Doch nach der Logik, die das Mittel (das Profitgesetz, die Akkumulation) zum Selbstzweck erhob, wurden eine noch nie dagewesene ungeheure Vergeudung dieses Potentials betrieben und äußerst ungleiche Zugänge zu seinen Wohltaten eröffnet. Bis zum 19. Jahrhundert war der Abstand zwischen dem Entwicklungspotential, das dem Wissensstand entsprach, und dem realisierten Entwicklungsniveau unerheblich. Das ist kein Anlass zu Nostalgie: Der Kapitalismus war eine notwendige Voraussetzung für das Erreichen des heutigen Entwicklungspotentials. Aber jetzt ist seine Zeit insofern abgelaufen, als die Umsetzung seiner Logik nur noch Vergeudung und Ungleichheit produziert. Damit wird das von Marx formulierte »Gesetz der Verelendung« durch die kapitalistische Akkumulation seit zwei Jahrhunderten im Weltmaßstab von Tag zu Tag krasser bekräftigt. Kein Wunder also, dass just in dem Moment, da der Kapitalismus als Sieger auf der ganzen Linie erscheint, der »Kampf gegen die Armut« in der Rhetorik der herrschenden Apparate zur unumgänglichen Pflicht avanciert.

Solche Vergeudung und Ungleichheit bilden die Kehrseite der Medaille, den Stoff des »Schwarzbuchs des Kapitalismus«. Sie haben uns daran zu erinnern, dass der Kapitalismus nur eine Parenthese in der Geschichte ist, nicht aber ihr Ende; dass er, wird er nicht überwunden durch den Aufbau eines Systems, das der weltweiten Polarisierung und der ökonomischen Entfremdung ein Ende setzt, nur zur Selbstvernichtung der Menschheit führen kann.

3. Wie wurde diese Überwindung im 20. Jahrhundert aufgefasst, und welche Lehren wären daraus zu ziehen, um die sich abzeichnende Herausforderung für das 21. Jahrhundert zu definieren? Das ist der eigentliche Gegenstand dieser Studie.

Nach dem derzeit herrschenden »Zeitgeist« war das 20. Jahrhundert seit 1917 (für die Ex-UdSSR) und 1945 (für einen Großteil der Dritten Welt und in gewissem Maße sogar für die entwickelten Zentren) katastrophal, denn die politischen Gewalten hätten mit ihrem systematischen Interventionismus der allein selig machenden, weil unabhängig von historischen Veränderungen den Erfordernissen der menschlichen Natur entsprechenden Logik des Kapitalismus zuwider gehandelt. Mit dem Abschied von diesen Illusionen und der Rückkehr zur vollständigen Erfüllung des »Marktgesetzes«, das im 19. Jahrhundert geherrscht haben soll, habe die Geschichte einen Schritt nach vorn getan. Diese »Rückkehr zur Belle Epoque«, die im Folgenden analysiert wird, ist Ausdruck der vom Zeitgeist inspirierten Sicht auf die Geschichte.

Meine These wird genau in die Gegenrichtung weisen. In ihrer Lesart erscheint das 20. Jahrhundert als Zeitraum eines ersten Anlaufs zur Erwidern auf die Herausforderung der Entwicklung, genauer gesagt, der Unterentwicklung. Wenngleich ein Vulgärausdruck, bezeichnet dieses Wort doch eine Realität: den zunehmenden Kontrast zwischen Zentren und Peripherien, den die weltweite Expansion des Kapitalismus beinhaltet. Ohne die Vielfalt der zaghaften bis radikalen Erwidern auf diese Herausforderung unzulässig reduzieren zu wollen, behaupte ich, dass sie alle einer Perspektive des »Aufholens« folgten, d.h. an der Peripherie reproduzieren wollten, was im Zentrum realisiert worden war. Insofern stellten diese Zielsetzungen und Strategien im 20. Jahrhundert den Kapitalismus in seinem Kern – der ökonomischen Entfremdung – nicht in Frage.

Nun ist nicht zu übersehen, dass die radikalen Experimente, die aus den sozialistischen Revolutionen in Russland und China hervorgingen, in dem Willen unternommen wurden, die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse aufzuheben. Dieser Wille verlor sich jedoch nach und nach angesichts der Erfordernisse des Aufholens, die ihnen vom Erbe des peripheren Kapitalismus aufgenötigt wurden.

Das Blatt dieser mehr oder weniger radikalen Lösungsversuche für das Problem der Entwicklung ist heute umgeschlagen. Als sie an ihre historischen Grenzen stießen, vermochten sie nicht, über sich selbst hinaus zu wachsen und weiter zu gehen. Deshalb sind sie zusammengebrochen, was eine vorübergehende, aber verheerende Restauration der kapitalistischen Illusionen gestattete. Somit steht die Menschheit heute vor noch gewaltigeren Problemen als vor fünfzig oder hundert Jahren. Sie wird folglich im 21. Jahrhundert radikaler auf die Herausforderung zu erwidern haben als im 20. Jahrhundert, das heißt, sie muss energischer und konsequenter auf eine bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte in den Peripherien des Systems und zugleich auf die Überwindung der Gesamtlogik der kapitalistischen Steuerung der Gesellschaft abzielen, noch dazu in einer unter mehreren Aspekten neuen Welt. Natur und Tragweite dieser Aspekte werden wir noch zu präzisieren versuchen. Das 21. Jahrhundert kann kein restauriertes 19. Jahrhundert sein, es muss über das 20. Jahrhundert hinausgehen. In diesem Sinn wird die Frage der Entwicklung im 21. Jahrhundert noch stärker in den Mittelpunkt rücken als im 20. Jahrhundert.

Es wurde sicher bereits deutlich, dass unser Entwicklungskonzept kein Synonym für »Aufholen« ist. Entwicklung ist für mich ein kapitalismuskritisches Konzept. Es setzt ein anderes Gesellschaftsprojekt voraus als den Kapitalismus und definiert ein doppeltes Ziel: Befreiung der Menschheit von der ökonomischen Entfremdung; Beseitigung des Erbes der Polarisierung im Weltmaßstab. Dieses Gesellschaftsprojekt kann also nur universal sein; es muss – freilich nach und nach – Sache der ganzen Menschheit werden, in den Zentren wie in

den Peripherien. Konnte das »Aufholen« eine notfalls mit Eigenmitteln, aus eigenem Willen betriebene Strategie der betroffenen Völker (der Peripherie) werden, so verlangt die Annäherung an das beschriebene Doppelziel der Entwicklung notwendigerweise die aktive, vereinte Beteiligung der Völker aller Regionen des Erdballs. Dazu nötigen obendrein die zunehmend globalen Dimensionen vieler, wenn nicht aller Probleme nachdrücklicher als je.

I. Die politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts

Die Rückkehr der »Belle Epoque«

Am Ende des 20. Jahrhunderts erinnerte die Stimmung verblüffend an seinen Anfang, an die »Belle Epoque«, die »schöne Zeit«, die tatsächlich schön war – für das Kapital. Damals brüsteten sich die Bourgeoisien der bereits entstandenen Triade, d.h. der europäischen Mächte, der USA und Japans, mit ihrem endgültigen Sieg. Die arbeitenden Klassen der Zentren waren nicht mehr die »gefährlichen Klassen« des 19. Jahrhunderts, und im Rest der Welt wurden die Völker ermahnt, sich der »zivilisatorischen Mission« der Abendlandvertreter zu beugen.

Die »Belle Epoque« krönte ein Jahrhundert radikaler Transformationen. Die erste industrielle Revolution und mit ihr die Bildung des modernen bürgerlichen Nationalstaates hatten von ihrer Wiege in Nordwesteuropa aus den ganzen Erdteil, die USA und Japan erfasst. Die alten Peripherien der merkantilistischen Ära – Lateinamerika, Britisch- und Niederländisch-Indien – wurden von dieser doppelten Revolution ausgeschlossen, die alten Staaten Asiens – China, Osmanisches Reich, Persien – dagegen als Peripherien in die neue Globalisierung einbezogen, der Rest der Welt durch koloniale Eroberung integriert. Den Triumph der Zentren des globalisierten Kapitalismus unterstrich eine demografische Explosion, die den Anteil der Europäischstämmigen an der Weltbevölkerung von 23% im Jahre 1800 auf 36% in 1900 anhob. Die Konzentration der industriellen Revolution in der Triade bewirkte zugleich eine historisch ungekannte Polarisierung des Reichtums. Vor jener Revolution hatte das Gefälle der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität für 80% der Erdbevölkerung nie das Verhältnis von 2 zu 1 überstiegen. Um 1900 lag es bei 20 zu 1.

Bereits 1900 als »Ende der Geschichte« gefeiert, war diese Globalisierung allerdings jüngeren Datums: erst in der zweiten Jahrhunderthälfte schrittweise erreicht nach der »Öffnung« Chinas und des Osmanischen Reichs (1840), der Niederschlagung des Sepoy-Aufstands in Indien (1857) und schließlich der Aufteilung Afrikas (ab 1885).

Diese erste Globalisierung brachte keineswegs eine Belebung der Akkumulation des Kapitals. Sie mündete vielmehr, von 1873 bis 1896, in eine Strukturkrise, so wie fast genau ein Jahrhundert später. Mit der Krise ging indessen eine neue industrielle Revolution (Elektrotechnik, Erdöl, Automobil, Flugzeug) einher, der man wie heute der Elektronik nachsagte, sie werde das Menschen-

geschlecht verändern. Parallel entstanden die ersten Industrie- und Finanzoligopole, die Transnationalen jener Zeit. Die finanzielle Globalisierung schien sich mit dem Gold- und Sterling-Standard definitiv zu etablieren, und von der Internationalisierung der Transaktionen mittels der neuen Aktienbörsen wurde mit derselben Begeisterung geredet wie heute von der Globalisierung der Finanzmärkte. Jules Verne ließ seinen – natürlich britischen – Helden in 80 Tagen um die Welt reisen; für ihn gab es das »Weltdorf« bereits.

In der politischen Ökonomie des 19. Jahrhunderts hatten zunächst die Klassiker (Adam Smith, David Ricardo), dann die vernichtende Kritik eines Marx dominiert. Beim Triumph der liberalen Globalisierung an der Jahrhundertwende wollte eine neue Generation dem Kapitalismus »Unüberwindlichkeit« bescheinigen, weil er einer zeitlosen, transhistorischen Rationalität entspreche. Ihr Repräsentant Walras, den heutige Ökonomen nicht zufällig wieder entdecken, bemühte sich um den Nachweis, dass die Märkte sich selbst regulierten. Es gelang ihm ebenso wenig wie den gegenwärtigen Neoklassikern.

Die siegesbewusste liberale Ideologie reduzierte die Gesellschaft auf eine Ansammlung von Individuen und behauptete, das vom Markt erzeugte Gleichgewicht bilde zugleich das soziale Optimum und garantiere damit Stabilität und Demokratie. Alles stand bereit, um die Analyse der Widersprüche des real existierenden Kapitalismus durch eine Theorie des imaginären Kapitalismus zu ersetzen. Die Vulgärfassung dieses ökonomistischen Sozialdenkens boten die Lehrbücher des Briten Alfred Marshall, die Bibel des Ökonomiestudiums.

Die Verheißungen des globalisierten Liberalismus schienen sich eine Zeitlang zu erfüllen, nämlich in der »Belle Epoque«. Ab 1896 gab es wieder Wachstum, aufgrund der zweiten industriellen Revolution, der Oligopole, der finanziellen Globalisierung. Dieser »Ausweg aus der Krise« wirkte nicht nur auf die Ideologen des Kapitalismus, die neuen Ökonomen, überzeugend. Er brachte auch die Arbeiterbewegung aus der Fassung. Die bereits reformistisch orientierten sozialistischen Parteien erhoben nur noch den bescheidenen Anspruch auf Teilhabe an der Steuerung des Systems, ähnlich wie hundert Jahre danach Gerhard Schröder und Tony Blair. So wie heute, ließen auch die modernistischen Eliten der Peripherien keine Konzepte mehr außerhalb dieser dominanten Logik des Kapitalismus gelten.

Die siegreiche »Belle Epoque« dauerte kaum zwei Jahrzehnte. Einige Aussensteiter, noch jung wie Lenin damals, sagten den Zusammenbruch voraus, ohne Gehör zu finden. Der Liberalismus, d.h. die einseitige Herrschaft des Kapitals, verschärfte die vielfältigen inneren Widersprüche des Systems, statt sie zu vermindern. Hinter dem Schweigen der Arbeiterparteien und der auf die utopisch-kapitalistischen Hirngespinnste eingeschwenkten Gewerkschaften verbarg sich das dumpfe Grollen einer zersplitterten, ohnmächtigen, aber stets zur schlagartigen Kristallisation rings um neu gefundene Alternativen bereiten so-

zialen Bewegung. Einige intellektuelle Bolschewiki spotteten geistreich über die Beschwichtigungen der »politischen Ökonomie des Rentners (den es entzückt, dass sein Geld ›Geld heckt‹)«. ¹ Die liberale Globalisierung musste zur Militarisierung des Systems und, unter den damaligen Verhältnissen zwischen den imperialistischen Mächten, zum Krieg führen, der dann in kalter und heißer Gestalt dreißig Jahre andauerte – von 1914 bis 1945. Hinter dem friedlichen Anschein der »Belle Epoque« nahte die Flut sozialer Kämpfe und gewalttätiger innerer und internationaler Konflikte. In China brach sich die erste Generation von Kritikern des bürgerlichen Modernisierungsprojekts Bahn – einer Kritik, die in Indien, in der osmanischen und arabischen Welt, in Lateinamerika noch nach Worten rang, aber schließlich die drei Erdteile erfassen und drei Viertel des 20. Jahrhunderts dominieren sollte.

Drei Viertel des 20. Jahrhunderts stehen also im Zeichen von Aufholprojekten und mehr oder minder radikalen Transformationen in den Peripherien, die durch den Zerfall der utopisch-liberalen Globalisierung der »Belle Epoque« möglich wurden. Dieses Jahrhundert umfasste mithin eine Abfolge gewaltiger Konflikte zwischen den herrschenden Kräften des globalisierten Kapitalismus der Oligopole und den sie unterstützenden Staaten zum einen und zum anderen der Kräfte der beherrschten Völker und Klassen, die sich der Diktatur der ersten verweigerten.

Der Dreißigjährige Krieg (1914-1945)

Die Szenerie des Zeitraums 1914 bis 1945 beherrschen der »Dreißigjährige Krieg« zwischen den USA und Deutschland um die Ablösung der scheidenden britischen Hegemonie und zugleich der Versuch, durch den so genannten Aufbau des Sozialismus in der UdSSR über eine andere Entwicklungslogik »aufzuschließen«. In den kapitalistischen Zentren versteifen sich Sieger und Besiegte des Krieges von 1914-18 darauf, die Utopie des globalisierten Liberalismus zu restaurieren. Das bedeutete die Rückkehr zum Goldstandard, die gewaltsame Aufrechterhaltung der Kolonialordnung, die erneute Liberalisierung der Wirtschaftslenkung. Das scheint zunächst positiv zu wirken. In den 1920er Jahren sorgen die Dynamik der USA und die neuen Formen der Fließbandarbeit, die sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg stärker verbreiten, für neues Wachstum. Doch die Restauration ist brüchig. Das am weitesten globalisierte Segment, der Finanzsektor, kollabiert schon 1929. Das Folgejahrzehnt wird grauenhaft. Auf die Rezession reagieren die Machthaber, wie später in den 1980er

¹ Nikolaj Bucharin, *Die politische Ökonomie des Rentners*, erste deutsche und russische Auflage 1914.

und 90er Jahren, mit systematisch-deflationistischen Politiken, die die Krise zur Abwärtsspirale verschärfen. Die Massenarbeitslosigkeit trifft die Opfer um so härter, als die Auffangnetze des Sozialstaates noch nicht bestehen. Die liberale Globalisierung steht die Krise nicht durch. Die Goldbasis des Währungssystems wird aufgegeben, die imperialistischen Mächte reorganisieren sich in Kolonialimperien und protegierten Einflussbereichen, was Konflikte erzeugt, die zum Zweiten Weltkrieg führen werden.

Die westlichen Gesellschaften reagieren unterschiedlich auf die Katastrophe. Die einen verfallen auf Faschismus und Krieg zur Neuaufteilung der Welt (Deutschland, Japan, Italien). Anders die USA, Frankreich und Schweden: Roosevelts *New Deal*, die französische Volksfront und die sozialdemokratische Regierung Schwedens sind erste Schritte zur Regulierung der Märkte durch aktive, von den Arbeitenden unterstützte staatliche Intervention. Vollen Ausdruck finden diese Ansätze erst nach 1945.

In den Peripherien wird das Ende der »Belle Epoque«-Mythen zum Zündfunken der antiimperialistischen Radikalisierung. Einige – bereits unabhängige – lateinamerikanische Länder erfinden den populistischen Nationalismus in diversen Varianten, wie in Mexiko nach der Erneuerung in der Bauernrevolution von 1910-20 und im argentinischen Peronismus der 1940er Jahre. Ihr Pendant im Osten wird der türkische Kemalismus, während in China lange Bürgerkrieg zwischen aus der Revolution von 1911 hervorgegangenen bürgerlichen Modernisten – der Guomindang – und Kommunisten herrscht. In anderen Ländern verzögert die fortdauernde Kolonialherrschaft um Jahrzehnte die Herausbildung analoger nationalpopulistischer Projekte. Dort steht weiterhin keine Entwicklung zur Debatte, sondern koloniale Verwertung.

Die UdSSR sucht, nach vergeblichem Hoffen auf die Globalisierung der Revolution, Ende der 1920er Jahre ihren Weg im Alleingang. Unter Stalin eröffnet sie die Reihe der Fünfjahrespläne, um ihren Rückstand aufzuholen. Lenin hat den Kurs vorgegeben: »Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes«. Die Rede ist bereits von der neuen industriellen Revolution, mehr von Elektrizität als von Kohle und Stahl. Doch unterwegs gewinnt Elektrizität (samt Stahl und Kohle) die Oberhand über eine sinnentleerte Sowjetmacht. Die zentral geplante Akkumulation steuert ein – trotz sozial-populistischer Politiken – despotischer Staat. Allerdings wurden weder die Einheit Deutschlands noch die Modernisierung Japans von Demokraten erschaffen. Das Sowjetsystem erweist sich als wirksam für (relativ!) einfache Zielstellungen: beschleunigte extensive Akkumulation zur Industrialisierung des Landes und Aufbau einer Wehrkraft, die den Herausforderungen kapitalistischer Gegner Paroli bieten kann, zuerst durch die Niederwerfung Nazideutschlands, dann durch den Bruch des US-amerikanischen Monopols an Kernwaffen und Trägerraketen, bis hin zur strategischen Parität der 1960er-1970er Jahre.

Die Nachkriegszeit: vom Aufschwung (1945-70) in die Krise (um 1970)

Der Zweite Weltkrieg mündet in eine neue Etappe des Weltsystems. Der Nachkriegsaufschwung (1945-70) beruht auf drei komplementären Gesellschaftsprojekten: 1. dem Sozialstaatsprojekt der nationalen Sozialdemokratien im Westen, das sich auf die Effizienz voneinander abhängiger nationaler Produktionssysteme stützt; 2. dem »Bandung-Projekt« nationaler Bourgeoisien für den Aufbau an der Peripherie des Systems; 3. dem sowjetistischen Projekt, das auf einen vom dominanten Weltsystem relativ unabhängigen »Kapitalismus ohne Kapitalisten« hinauslief. Jedes ist auf seine Art ein gesellschaftliches Entwicklungsprojekt. Nach dem Doppelsieg über Faschismus und alten Kolonialismus konnten die Werktätigen und die Völker, die Opfer der kapitalistischen Expansion waren, Regulierungsformen der Kapitalakkumulation durchsetzen, denen sich das Kapital anzupassen hatte. Darauf gründet der Aufschwung.

Erosion und Einsturz der ihn tragenden Systeme (ab 1968-75) eröffnen die Krise. Diese Periode ist weder beendet noch von der Errichtung einer neuen Weltordnung geprägt. Statt dessen herrscht nach wie vor Chaos. Die verschiedenen Politiken fügen sich nicht zu einer positiven Expansionsstrategie des Kapitals. Sie zielen nur darauf ab, dessen Krise zu steuern. Auch das wird nicht gelingen, denn das »Spontanprojekt«, gewährleistet durch die unmittelbare Herrschaft des Kapitals, unbehindert durch einen Rahmen kohärenter und wirksamer Gegenmacht der Gesellschaft und ihrer Kräfte, bleibt eine Utopie: die Vorstellung vom die Welt lenkenden »Markt«. Der aber steht für die unmittelbaren, kurzfristigen Interessen der dominanten Kapitalkräfte. Das Anliegen der Entwicklung fällt inzwischen unter den Tisch.

In der modernen Geschichte wechseln Reproduktionsphasen, die auf stabilen Akkumulationssystemen fußen, mit chaotischen Folgezeiten. Erstere, wie die Nachkriegsphase, erwecken den Eindruck gewisser Monotonie, weil die sozialen und internationalen Komponenten ihres Gefüges stabilisiert sind, die Verhältnisse also von funktionierenden Dynamiken innerhalb des Systems reproduziert werden. In diesen Phasen treten bestimmte historische Subjekte hervor (aktive Gesellschaftsklassen, Staaten, politische Parteien, dominante soziale Organisationen). Ihre Praktiken erscheinen solide, ihre Reaktionen daher unter fast allen Umständen berechenbar, ihre ideologischen Motivationen unstrittig legitim. Über konjunkturelle Schwankungen hinweg bleiben die Strukturen stabil, was Prognosen ermöglicht und sogar erleichtert. Gefährlich wird es jedoch, sobald man die Prognosen zu weit ausdehnt, etwa jenen Strukturen ewige Dauer zuschreibt, als markierten sie das »Ende der Geschichte«. Analysen der an den Strukturen nagenden Widersprüche werden ersetzt durch – wie die Postmodernisten zu Recht sagten – »große Erzählungen« von einer linear voranschreitenden, durch die »Kraft der Dinge«, die »Gesetze der Geschichte« ange-

triebenen Bewegung. Die Subjekte der Geschichte weichen den so genannten objektiven strukturalen Logiken.

Aber die genannten Widersprüche leisten ihre Maulwurfsarbeit, und eines schönen Tages brechen die auch so stabilen Strukturen ein. Die Geschichte gerät in eine Phase, die später vielleicht als »Übergang« gewertet, aber aktuell als Gang ins Ungewisse erlebt wird. In ihr bilden sich erst langsam neue historische Subjekte heraus, die tastend neue Praktiken ausprobieren und dafür neue, anfangs oft konfuse ideologische Legitimationsdiskurse anbieten. Erst wenn diese qualitativen Veränderungsprozesse reif genug sind, werden die typischen neuen gesellschaftlichen Verhältnisse der »Post-Transitionssysteme« deutlich. Für derartige Phasen verwende ich seit langem den Ausdruck »Chaos« (allerdings etwas anders verstanden als in der mathematischen Chaostheorie, weil auf das unabdingbare Eingreifen der Subjekte der Geschichte bezogen).

Die Aufschwungsperiode und die auf Entwicklung gerichteten Gesellschaftsvisionen der Nachkriegszeit haben in allen Weltregionen gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Transformationen ermöglicht. Diese kamen zustande, weil die arbeitenden Klassen und die Völker dem Kapital gesellschaftliche Regulative auferlegten, und nicht, wie die liberale Ideologie behauptet, weil die Logik der Marktexpansion wirkte. Aber das Ausmaß dieser Transformationen definiert einen neuen Bezugsrahmen für die Herausforderungen, denen die Völker im beginnenden 21. Jahrhundert zu begegnen haben.

So war der Kontrast zwischen Zentren und Peripherien lange – von der industriellen Revolution des frühen 19. Jahrhunderts bis in die 1930er Jahre (im Fall der UdSSR) bzw. die 1950er Jahre (für die Dritte Welt) – praktisch gleichbedeutend mit dem Gegensatz von Industrieländern und nicht industrialisierten Ländern. Die Revolten der Peripherien – ob sozialistische Revolutionen (Russland, China) oder Revolutionen zur nationalen Befreiung – stellten diese alte Form der Polarisierung in Frage, als sie in ihren Gesellschaften den Prozess der Modernisierung und Industrialisierung einleiteten. Das kapitalistische Weltsystem formierte darauf Schritt für Schritt eine neue, künftig bestimmende Scheidelinie der Polarisierung anhand der fünf »neuen Monopole« der dominanten Länder der Triade. Diese Monopole betreffen die Hochtechnologien, die weltweit bedeutsamen Finanzbewegungen (unter der Kontrolle der Banken, Versicherungen und Pensionsfonds der Zentrumsländer), den Zugang zu den Naturerschätzen des Erdballs, den Bereich Kommunikation und Medien sowie die Massenvernichtungswaffen. Auf diese Kernfrage ist noch zurückzukommen, denn sie definiert die neuen Einschränkungen für die Entwicklung.

In der »Bandung-Periode« (1955-75) hatten die Staaten der Dritten Welt autozentrierte Entwicklungspolitiken betrieben, um die weltweite Polarisierung zu reduzieren (»aufzuholen«). Dazu gehörten sowohl nationale Regulierungssysteme wie ständige, auch kollektive Nord-Süd-Verhandlungen und internati-

onale Regulierungssysteme (mit wichtiger Rolle der UNCTAD). Zugleich sollten die »Reserven an schwach produktiver Arbeitskraft« durch Umsetzung in produktivere moderne Tätigkeitsbereiche (mochten diese auch auf offenen Weltmärkten »nicht konkurrenzfähig« sein) abgebaut werden. Als Ergebnis des ungleichen Erfolgs – und nicht, wie man zu sagen beliebt, des Scheiterns – dieser Politiken entstand die gegenwärtige Dritte Welt, die nunmehr in die industrielle Revolution eingetreten ist.

Die ungleichen Ergebnisse dieser gegen das dominante Kapital durchgesetzten Industrialisierung unterscheiden heute Peripherien ersten Ranges, die in ihren nationalen Produktionssystemen potentiell im globalisierten Kapitalismus konkurrenzfähige Industrien aufgebaut haben, von marginalisierten Peripherien, denen das nicht gelang. Auch auf diese Folgewirkungen der Entwicklungsexperimente des 20. Jahrhunderts ist noch genauer einzugehen.

Schließlich gingen die Transformationen des kapitalistischen Weltsystems im 20. Jahrhundert mit einer unerhörten demografischen Revolution in den Peripherien einher: Statt 68%, wie um 1900, stellen die Bewohner Asiens,² Afrikas, Lateinamerikas und der Karibik heute 81% der Weltbevölkerung.

Der dritte Partner des Weltsystems der Nachkriegszeit – die Länder des so genannten real existierenden Sozialismus – ist von der historischen Bühne abgetreten. Dabei waren die bloße Existenz des Sowjetsystems, seine Erfolge in der extensiven Industrialisierung und auf militärischer Ebene, eine Haupttriebkraft aller großen Transformationen im 20. Jahrhundert. Ohne die »Gefahr«, die im kommunistischen Gegenmodell gesehen wurde, hätte die Sozialdemokratie des Westens nie den Sozialstaat durchsetzen können. Die Existenz des Sowjetsystems und die Koexistenz, der die USA zustimmen mussten, verschafften auch den Bourgeoisien des Südens erheblich größere Spielräume. Aber das Sowjetsystem verfehlte den Übergang zum Stadium der intensiven Akkumulation und damit auch zu der neuen industriellen Revolution, jener der Informatik, am Ende des 20. Jahrhunderts. Dieser Fehlschlag hat komplexe Ursachen. Den Kernpunkt bildet für mich jedoch die antidemokratische Verirrung der Sowjetmacht: Sie übergang das fundamentale Erfordernis, die das Fortschreiten zum Sozialismus enthält, nämlich die Demokratisierung so zu vertiefen, dass sie den vom historischen Kapitalismus gesetzten und begrenzten Rahmen weit überbietet. Sozialismus ist entweder demokratisch oder er existiert nicht – das ist die Lehre dieses ersten Versuchs, mit dem Kapitalismus zu brechen.

Die sozialen Ideen und die ökonomischen, soziologischen und politischen Theorien, mit denen die Praktiken autozentrierter nationaler Entwicklung, vom Sozialstaat im Westen über den Sowjetismus im Osten bis zum Populismus im Süden, sowie der ausgehandelten und regulierten Globalisierung legitimiert

² Ohne Japan und die Ex-UdSSR.

wurden, waren weitgehend von Marx und Keynes inspiriert. Letzterer hatte seine Kritik am Marktliberalismus in den 1930er Jahren ausgearbeitet, wurde damals aber nicht gelesen. Das soziale Kräfteverhältnis war seinerzeit zu günstig für das Kapital und nährte – wie heute wieder – die Vorurteile der liberalen Utopie. Erst das neue, für die Arbeit günstigere Kräfteverhältnis der Nachkriegszeit machte Keynes zum Inspirator der sozialstaatlichen Praktiken und ließ die Liberalen bedeutungslos werden. Marx beherrschte natürlich den Diskurs der real existierenden Sozialismen. Aber diese beiden für das 20. Jahrhundert dominanten Gestalten wurden Schritt für Schritt von schärfsten Kritikern zu Mentoren für die Legitimierung von Praktiken der Staatsgewalten umfunktioniert. In beiden Fällen kam es zu vereinfachender, dogmatischer Verirrung.

Aus dieser Geschichte des 20. Jahrhunderts, die hier im Abriss dargestellt wurde, ziehe ich grundsätzliche Lehren für die Auseinandersetzung der Völker mit den im neuen Jahrhundert herannahenden Herausforderungen:

1. Der Begriff »Entwicklung« ist seiner Natur nach ein kapitalismuskritischer Begriff; er darf keineswegs auf eine Vorstellung von Wirtschaftswachstum im Kapitalismus reduziert werden. Was »Entwicklung« jeweils beinhaltet, ist demnach in erster Linie davon abhängig, welche gesellschaftlichen Kräfte sie bewerkstelligen und welchem Gesellschaftsprojekt sie folgen.

2. Ist das soziale Kräfteverhältnis ungünstig für die Entwicklung, ist also das Kapital imstande, sein eigenes Projekt vollständiger Unterwerfung unter die Priorität der Profitmaximierung durchzusetzen, dann zieht diese Diktatur gigantische Kämpfe für eine Wende nach sich. Es bedurfte nicht weniger als dreier schrecklicher Jahrzehnte (1914-45) mit zwei Weltkriegen, zwei großen Revolutionen (der russischen und der chinesischen), einer Krise wie den 1930er Jahren, dem Aufstieg und Fall des Faschismus sowie einer langen Reihe kolonialer Massaker und Befreiungskriege, bevor sich ein für die beherrschten Klassen und Völker weniger nachteiliges Kräfteverhältnis einstellte.

Nun ist die Diktatur des Kapitals wieder etabliert, begleitet von den erneut zur Geltung gebrachten neoliberalen Illusionen. Werden sie mit dem Widerstand, den sie provozieren, für die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts eine Tragödie von gleichem Ausmaß heraufbeschwören?

Jahrhundertende in der Krise

Die Entwicklungsprojekte des 20. Jahrhunderts und ihre Aufschwungperiode sind passé. Das Abbröckeln der drei Modelle regulierter Akkumulation aus der Nachkriegszeit mündet um 1968-75 in eine Strukturkrise des Systems, die sehr an jene des ausgehenden 19. Jahrhunderts erinnert. Die Investitions- und Wachstumsraten fallen plötzlich um die Hälfte, die Arbeitslosigkeit schießt empor,

die Armut nimmt zu. Der Ungleichheitsquotient für die kapitalistische Welt, bereits von 1 : 20 um 1900 auf 1 : 30 um 1945-48 und auf 1 : 60 am Ende des Nachkriegswachstums angewachsen, steigt himmelwärts; in den letzten beiden Jahrzehnten des Jahrhunderts steigert das reichste Fünftel der Menschen den von ihm in Beschlag genommenen Anteil am Weltprodukt von 60% auf 80%. So wird die Globalisierung für die einen zum Glücksfall, der großen Mehrzahl jedoch – besonders den Völkern des Südens, die einseitige Strukturanpassungsprogramme auferlegt bekommen, und denen des Ostens, die in dramatische Rückentwicklungen geraten – beschert sie ein Desaster. Die Entwicklung verschwindet in der Versenkung.

Aber wie bei ihrer Vorgängerin ereignet sich auch in dieser Strukturkrise eine technologische Revolution, die nunmehr dritte, die die Arbeitsorganisation tiefgreifend verändert und so den früheren Organisations- und Kampfformen der Arbeiter und der Völker die Wirksamkeit und daher die Legitimität nimmt. Die sozialen Bewegungen sind zersplittert, sie haben noch nicht die Kristallisationspunkte gefunden, die den Herausforderungen angemessen sind. Aber sie haben bemerkenswerte Durchbrüche erzielt und damit eine größere Tragweite erlangt. Im Mittelpunkt stehen dabei für mich das Vordringen der Frauen im Gesellschaftsleben und die Erkenntnis, dass die Umweltschädigungen erstmals in der Geschichte den gesamten Erdball gefährden.

Das Krisenmanagement des Kapitals will das zu seinen Gunsten gewendete Kräfteverhältnis nutzen, um wieder die Rezepte des Liberalismus zu verordnen. Da Marx und Keynes verpönt sind, können die Verkünder der »reinen Ökonomie« statt der Analyse der realen Welt die »Theorie« eines imaginären Kapitalismus pflegen. Aber der zeitweilige Erfolg dieses erzreaktionär-utopischen Denkens ist nur das Symptom einer Dekadenz, eines faulen Zaubers statt kritischen Denkens, und zeigt, dass der Kapitalismus objektiv reif ist, überwunden zu werden. Die Krise äußert sich darin, dass die durch Ausbeutung erzielten Profite nicht mehr genügend rentable Anlagemöglichkeiten in Investitionen zur Erweiterung der Produktionskapazitäten finden. Als Ausweg werden nun andere Anlagemöglichkeiten für diesen Überschuss an flottierendem Kapital gesucht, um plötzlichen massiven Wertverlust zu verhindern. Um die Krise zu beheben, wären aber im Gegenteil Änderungen der gesellschaftlichen Regeln für die Einkommensverteilung, die Konsumtion, die Investitionsentscheidungen erforderlich, also ein anderes, stimmiges Gesellschaftsprojekt, das sich nicht ausschließlich auf das Rentabilitätsgebot stützt.

Das ökonomische Krisenmanagement betreibt systematisch die »Deregulierung«, den möglichst vollständigen Abbau der gewerkschaftlichen »Starrheiten«, die Liberalisierung von Preisen und Löhnen, die Senkung der öffentlichen Ausgaben (besonders der Subventionen und Sozialleistungen), die Privatisierung, die Freigabe der Außenwirtschaftsbeziehungen usw. »Deregulierung«

ist im Übrigen ein trügerisches Wort. Deregulierte Märkte gibt es nur in der Fantasie der »reinen« Ökonomen. Alle Märkte sind reguliert und können nur so funktionieren. Die Frage ist nur, wer sie reguliert und wie. Der Ausdruck »Deregulierung« verdeckt eine uneingestandene Realität: die einseitige Regulierung der Märkte durch das dominante Kapital. Diese Liberalisierung treibt die Wirtschaft in eine Spirale von Stagnation und Rückentwicklung, sie läuft im Weltmaßstab aus dem Ruder und vermehrt Konflikte, die sie nicht regeln kann, aber über diese Fakten wird mit der Gebetsmühlenformel hinweg gegangen, dass der Liberalismus eine »gesunde« Entwicklung vorbereite – für später.

Die kapitalistische Globalisierung erfordert ein Krisenmanagement auf globaler Ebene. Es muss dem gigantischen Überschuss an flottierendem Kapital begegnen, den die Unterwerfung des Wirtschaftsapparats unter das alleinige Profitekriterium erzeugt. Die Liberalisierung der internationalen Kapitaltransfers, die Akzeptanz schwankender Wechselkurse, die hohen Zinssätze, die negative US-Zahlungsbilanz, die Außenverschuldung der Dritten Welt, die Privatisierungen ergeben zusammen eine vollkommen rationale Politik, die dem flottierenden Kapital die Flucht nach vorn in spekulative Finanzanlagen ermöglicht, um die größere Gefahr seiner massiven Entwertung zu vermeiden. Die Ausmaße dieses Kapitalüberschusses veranschaulicht ein Vergleich: Das weltweite Handelsvolumen liegt in der Größenordnung von 3.000 Milliarden Dollar pro Jahr, die internationalen Bewegungen flottierenden Kapitals liegen dagegen bei 80.000 bis 100.000 Milliarden Dollar pro Jahr, also dreißig Mal so hoch.

Das Krisenmanagement war katastrophal für die arbeitenden Klassen und die Völker der Peripherien. Doch für das dominante Kapital war es sehr lukrativ. Die Ungleichheit der gesellschaftlichen Einkommensverteilung, die fast überall in der Welt enorm zugenommen hat, bescherte den einen Armut, Prekarität und Marginalisierung, doch sie erzeugte auch viele neue Milliardäre – Leute, die absolut schamlos das »süße Leben in der Globalisierung« preisen.

Da das Krisenmanagement im Übrigen die Krise nicht behebt, gerät das System, statt sich allmählich in neuer Form zu stabilisieren, immer tiefer ins Chaos. In dieser Situation sind die USA in die Offensive gegangen, um die globale Hegemonie wieder zu erlangen und das Weltsystem ökonomisch, politisch und militärisch dementsprechend umzugestalten.

Hinterlassenschaft des 20. Jahrhunderts: Der Süden in der neuen Globalisierung

Wie erwähnt, hatten die Staaten der Dritten Welt in der »Bandung-Periode« (1955-75) real oder potentiell autozentriert orientierte Entwicklungspolitiken betrieben, und zwar fast ausschließlich im nationalen Rahmen. Durch das »Auf-

holen« sollte die weltweite Polarisierung eingeschränkt werden. Wegen des ungleichen Erfolgs dieser Politiken entstand die stark differenzierte Dritte Welt von heute. Die kapitalistischen Länder Ostasiens (Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur), aber dann auch weitere Länder in Südostasien (vor allem Malaysia und Thailand) sowie China verzeichneten steigende Wachstumsraten, während diese fast in aller Welt zurückgingen. Trotz der seit 1997 umgehenden Krise zählen diese Länder jetzt zu den aktiven Mitbewerbern auf den Weltmärkten für Industrieprodukte. Diese Wirtschaftsdynamik ging generell mit weniger scharfen sozialen Verwerfungen einher (was von Fall zu Fall zu nuancieren bleibt), mit geringerer Verwundbarkeit (aufgrund der ebenso wie in der EU intensivierten innerregionalen Beziehungen in Ostasien) sowie mit wirksamen Interventionen des Staates, der weiterhin, bei aller Öffnung nach außen, die Umsetzung nationaler Entwicklungsstrategien entscheidend beeinflusst.

Die Länder Lateinamerikas und Indien verfügen über ebenso bedeutende Industriekapazitäten. Aber die regionale Integration ist weniger ausgeprägt (20% in Lateinamerika), die staatliche Intervention weniger stimmig. Die Zuspitzung der in diesen Regionen ohnehin enormen Ungleichheiten wirkt um so dramatischer, als die Wachstumsraten bescheiden bleiben.

Die Länder Afrikas sowie der arabischen und der islamischen Welt sind insgesamt weiter in eine überholte Arbeitsteilung eingebunden. Sie bleiben Rohstoffexporteure, denn entweder sind sie noch nicht in das Industriezeitalter eingetreten, oder ihre Industrien sind brüchig, stör anfällig, nicht wettbewerbsfähig. Die sozialen Verwerfungen bestehen hier vor allem in massenhafter Verelendung und Ausgrenzung. Fortschritte einer regionalen Integration, ob innerafrikanisch oder innerarabisch, zeigen sich nicht; das Wachstum ist quasi Null. Obwohl die Gruppe außer armen und sehr armen auch reiche Länder (die dünn besiedelten Erdölexporteure) umfasst, agiert keines als aktiver Mitgestalter des Weltsystems. Insofern sind sie rundweg marginalisiert. Diese Länder könnte man anhand von drei »Entwicklungs«modellen für Agrarexporteure, Lieferanten von Bergbauprodukten und Bezieher von Erdöl-Renten untersuchen und dies mit der Analyse der verschiedenen sozialen Hegemonien verbinden, die nach der nationalen Befreiung entstanden. Man würde dann sehen, dass diese, gelinde gesagt, fragwürdige »Entwicklung« kaum mehr war als der Versuch, sich in die derzeitige weltweite Expansion des Kapitalismus einzuordnen.

Bestimmend für den Unterschied zwischen aktiven und marginalisierten Peripherien ist nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrieprodukte, sondern auch ein politisches Kriterium. In den aktiven Peripherien haben die politischen Gewalten und die – bei allen inneren sozialen Widersprüchen – dahinter stehende Gesamtgesellschaft ein Projekt und eine entsprechende Umsetzungsstrategie. Das gilt für China, für Südkorea und in geringerem Maß für bestimmte Länder Südasiens, für Indien und einige Länder Lateinamerikas. Diese

nationalen Projekte treten denen des weltweit dominanten Imperialismus entgegen, und das Resultat dieser Konfrontation wird die Welt von morgen prägen. Die marginalisierten Peripherien hingegen haben selbst weder ein Projekt (auch wenn die Rhetorik des politischen Islams so etwas behauptet) noch eine Strategie. So bleibt es imperialistischen Kreisen überlassen, »für sie zu denken« und die Initiative zu »Projekten« für diese Regionen zu ergreifen, wie für die Assoziation EU/AKP, das »Mittelost«-Projekt der USA und Israels oder die verschwommenen Mittelmeerprojekte der EU, denen faktisch kein lokal entstandenes Projekt gegenüber steht. Die Länder dieser Peripherien sind daher der Globalisierung passiv unterworfen. Die zunehmende Differenzierung zwischen diesen Ländergruppen hat das Konzept der »Dritten Welt« durchkreuzt und den Strategien einer gemeinsamen Front aus der Bandung-Ära (1955-75) ein Ende bereitet.

Die kapitalistische Expansion in der ehemaligen Dritten Welt wird allerdings bei weitem nicht einhellig beurteilt. Manche Autoren betrachten die dynamischsten aufstrebenden Länder nicht mehr als Peripherien; diese hätten so weit »aufgeholt«, dass sie Zwischenstufen in der weltweiten Hierarchie besetzten. Für andere, auch für mich, bilden diese Länder die eigentliche Peripherie von morgen. Wie bereits erwähnt, beruht der Kontrast von Zentren und Peripherien, der von 1800-1950 dem Gegensatz von industrialisierten und nicht industrialisierten Wirtschaften entsprach, heute auf anderen, neuen Gegebenheiten, die im Weiteren noch anhand der fünf Monopole der Triade zu analysieren sind.

Wie steht es um die marginalisierten Regionen? Handelt es sich um ein historisch beispielloses Phänomen? Oder vielmehr um eine ständige Tendenz der kapitalistischen Expansion, die zeitweilig nach dem Zweiten Weltkrieg durch ein für die Peripherien weniger nachteiliges Kräfteverhältnis konterkariert wurde? Dann hätte diese Ausnahmesituation, trotz der Unterschiedlichkeit der beteiligten Länder, den Grund zur »Solidarität« der Dritten Welt gelegt, so in ihren antikolonialen Kämpfen, ihren Forderungen in Bezug auf die Rohstoffpreise, ihrem politischen Willen, die eigene Modernisierung und Industrialisierung gegen den Widerstand der Westmächte durchzusetzen. Und gerade weil an diesen Fronten unterschiedliche Erfolge erzielt wurden, wäre der Zusammenhalt der Dritten Welt, wäre ihre Solidarität zerfallen.

Auf jeden Fall bestehen in den Peripherien selbst dort, wo die Industrialisierung am weitesten vorangekommen ist, noch immer riesige »Reservearmeen«. Das heißt, noch immer sind unterschiedlich große, aber stets erhebliche Teile ihrer Erwerbsbevölkerung, wenn überhaupt, in schwach produktiven Tätigkeitsbereichen beschäftigt. Denn die Modernisierungspolitiken – d.h. die »Aufholversuche – zwingen der Effizienz oder gar der Wettbewerbsfähigkeit halber zur Wahl von ihrerseits modernen Technologien, die extremen Aufwand an so knappen Ressourcen wie Kapital und qualifizierten Arbeitskräften verursachen. Diese

systematische Verwerfung wird immer dann noch zugespitzt, wenn jene Modernisierung mit zunehmender Ungleichheit in der Einkommensverteilung einhergeht. Unter diesen Bedingungen bleibt der Kontrast zwischen Zentren und Peripherien krass. In ersteren gibt es diese passive »Reserve« auch, aber als Minderheit (je nach Konjunktur unterschiedlich groß, jedoch wohl fast immer unter 20%); in letzteren stellt sie immer die Mehrheit. Die einzigen Ausnahmen bilden hier Südkorea und Taiwan, die ein nirgends sonst erzieltes Wachstum verzeichnen konnten. Zu den diversen Gründen gehört der für sie extrem günstige geostrategische Faktor: Sie mussten unterstützt werden, um der Gefahr einer »Ansteckung« durch den chinesischen Kommunismus zu begegnen.

Angenommen, die gegenwärtig dominanten Tendenzen bestimmen weiterhin die Evolution des Systems im Ganzen und in seinen verschiedenen Bestandteilen. Wohin bewegt sich dann möglicherweise das Verhältnis zwischen der aktiven Arbeitsarmee, wie ich sie nenne (d.h. der Gesamtheit der in zumindest potentiell auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähigen Bereichen Beschäftigten), und der passiven Reserve (d.h. den anderen, nicht nur den Ausgegrenzten und Arbeitslosen, sondern auch den in niedrig produktiven Bereichen tätigen und zur Verarmung verurteilten Kräften)?

Einige vertreten die Ansicht, die Länder der Triade würden die mit der neo-liberalen Option eingeschlagene Richtung beibehalten und daher auf ihrem Gebiet wieder eine starke »Reservearmee« entstehen lassen.³ Ich füge hinzu: Wenn diese Länder ihre weltweit dominante Position dadurch absichern wollen, dass sie sich hauptsächlich auf ihre »fünf Monopole« ausrichten und dazu ganze Segmente gängig gewordener »traditioneller« Industrieproduktionen in die dynamischen, aber durch eben diese Monopole kontrollierten Peripherien verlagern, würde die »Reservearmee« nur um so stärker wieder entstehen. In den genannten Peripherien bekäme man ebenfalls eine duale Struktur mit einem Nebeneinander von aktiver Armee (hier mit »gängigen« Industrieproduktionen beschäftigt) und Reservearmee. In gewisser Hinsicht könnten sich durch diese Evolution die beiden Ensembles – Zentren und Peripherien – einander angleichen, obwohl die hierarchische Ordnung mittels der fünf Monopole aufrecht erhalten bliebe.

Zu diesem Thema wurde schon viel geschrieben, desgleichen zu den fälligen Revisionen des Konzepts relativer Homogenität, die ein nationales Produktionssystem erzeuge, und zum Kontrast von Zentren und Peripherien. Wirtschaften und Gesellschaften mit mehreren Geschwindigkeiten würden überall auftreten, in den Zentren wie in den Peripherien. Da wie dort fänden sich eine

³ Siehe G. Arrighi, *The long XXth Century*, New York-London, Verso 1994. Siehe dazu S. Amin, *Les défis de la mondialisation*, Paris, L'Harmattan 1996, S. 127-187 (deutsche Auswahl: *Die Zukunft des Weltsystems*, Hamburg, VSA 1997, S. 53-99).

»erste Welt« der Reichen und Wohlhabenden, die den Komfort der neuen Projektgesellschaft genießen, eine »zweite Welt« hart ausgebeuteter Beschäftigter und eine »dritte« (oder »vierte«) Welt der Ausgegrenzten.

Ausgeprägte politische Optimisten werden vielleicht sagen, das Nebeneinander von aktiver Armee und Reservearmee auf den Territorien von Zentren und Peripherien schaffe die Bedingungen für ein Wiederaufleben konsequenter Klassenkämpfe, die sich radikalisieren und internationalisieren ließen.

Meine Vorbehalte hierzu fasse ich wie folgt zusammen:

In den Zentren wird es wahrscheinlich auf die Dauer nicht möglich sein, wieder eine bedeutende Reservearmee zu bilden und sich auf diejenigen Tätigkeiten zu konzentrieren, die mit den fünf Monopolen zusammenhängen. Das politische System der Triade lässt das kaum zu. Unter heftigen Erschütterungen wird die Bewegung dann aus den Bahnen der (somit unhaltbaren) neoliberalen Option an eine Wegscheide getrieben, entweder nach links zu neuen fortschrittlichen sozialen Kompromissen, oder nach rechts zu quasi-faschistischen Nationalpopulismen.

In den Peripherien wird es aus den oben genannten Gründen selbst in den dynamischsten Ländern unmöglich sein, die Riesenmasse der in schwach produktiven Tätigkeiten geparkten Reserven durch Expansion der modernisierten Tätigkeiten zu absorbieren. Die dynamischen Peripherien werden also Peripherien bleiben, d.h. Gesellschaften mit all den gravierenden Widersprüchen, die das Nebeneinander von – wenngleich bedeutenden – modernisierten Einsprengseln und einem ozeanisch weiten, kaum modernisierten Umfeld hervorbringt; und diese Widersprüche werden dazu beitragen, dass jene Länder in einer den fünf Monopolen unterworfenen Position verbleiben. Die u.a. von den chinesischen Revolutionären aufgestellte These, dass nur der Sozialismus den Problemen dieser Gesellschaften gerecht werden kann, bleibt wahr, sofern man unter Sozialismus keine definitiv feststehende Formel versteht, sondern eine Bewegung der alle umfassenden Solidarität und ihrer Umsetzung durch populäre Strategien, die den allmählichen und organisierten Transfer des Ozeans an Reserven in die davon noch ausgeschlossenen Bereiche mit zivilisierten Mitteln sicherstellen. Das erfordert die Abkopplung, d.h. die Unterordnung der Außenbeziehungen unter die Logik dieser national-populären Etappe eines langen Übergangs.

Anzumerken ist noch, dass der dominante Diskurs den Begriff »Wettbewerbsfähigkeit« verhunzt, weil er ihn, wie ein kurzsichtiger Firmeninhaber, als mikroökonomisches Konzept behandelt. In Wirklichkeit verschafft die Gesamteffizienz der (historisch gesehen, nationalen) Produktionssysteme den Unternehmen, aus denen sie sich zusammensetzen, die besagte Wettbewerbsfähigkeit.

II. Werkzeuge für Analyse und Aktion

Historischer Marxismus und historischer Keynesianismus

Dass Marx und Keynes während eines Großteils des 20. Jahrhunderts in den Gesellschaftsentwürfen dominierten, dürfte kaum verwundern. Gesellschaftsprojekte im vollen Wortsinn als Bezugsrahmen für die angewandten Entwicklungsstrategien zu formulieren, war ein allgemeines Anliegen, zunächst der Russischen Revolution im Osten, dann der Sozialdemokratie im entwickelten Westen, die als Antwort auf die »kommunistische Gefahr« den Sozialstaat durchsetzte, schließlich der siegreichen nationalen Befreiungsbewegung im Süden. Sie alle brauchten geeignete theoretische Instrumentarien für die sozialkritische Analyse des bestehenden Systems sowie für die Ausarbeitung angemessener, den Zielen ihrer Gesellschaftsprojekte entsprechender und wirksamer Entwicklungsstrategien (die dann zeitweilig auch historisch optimal wirkten). Marx und Keynes boten diese Instrumentarien.

1. Marx schuf die Grundlagen einer radikalen Kapitalismuskritik: Er wies nach, welche spezifischen Merkmale den Kapitalismus von früheren Gesellschaftssystemen unterscheiden und seine Eigendynamik begreiflich machen, die Fähigkeit, sich über seine typischen Widersprüche hinwegzusetzen, ohne sie allmählich reduzieren zu können. Ausmaß und Heftigkeit dieser Widersprüche verstärken sich vielmehr mit seiner Entwicklung. Deshalb erscheint der Kapitalismus als Etappe einer Geschichte der Menschheit, die kein Ende haben kann, sofern es nicht mit dem Menschengeschlecht zu Ende geht. Doch der Kapitalismus muss überwunden werden, und das wird auf die eine oder die andere Art geschehen.

Ich erwähne hier nur zwei Aspekte, die mir für das Verständnis der gegenwärtigen Herausforderungen wesentlich scheinen. Der erste betrifft Marx' Entdeckung der kommerziellen Entfremdung als spezifische, neue Form der Lenkung der Reproduktion der Gesamtgesellschaft (nicht nur ihres ökonomischen Systems). Diese Spezifik erklärt wiederum, weshalb die Ökonomie im Kapitalismus zur »Wissenschaft« wird, ihre Bewegungsgesetze also den modernen Gesellschaften (und ihren Gliedern, den Menschen) »wie Naturgesetze« aufzwingt. Mit anderen Worten: Die Tatsache, dass sich diese Gesetze nicht aus einer transhistorischen Natur (des mit der Knappheit konfrontierten »Menschen«) ergeben, sondern aus einer besonderen geschichtlichen Natur, nämlich

den spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus, wird aus dem gesellschaftlichen Bewusstsein getilgt. So definiert Marx den »Ökonomismus« als Eigentümlichkeit des Kapitalismus. Der zweite Aspekt betrifft die Bewegung dieser Gesellschaft und, wie Marx nachweist, die ihr innewohnende Instabilität. Danach tendiert die Reproduktion ihres ökonomischen Systems nie zu irgendeinem allgemeinen Gleichgewicht, sondern sie verläuft von einem Ungleichgewicht zum anderen, und zwar unvorhersehbar; sie kann zwar *im Nachhinein* beschrieben, aber nie im Voraus bestimmt werden. Die Konkurrenz unter den Kapitalen – deren Parzellierung den Kapitalismus definiert – beseitigt die Möglichkeit, ein allgemeines Gleichgewicht herzustellen, und macht jede Analyse, die eine darauf hinauslaufende Tendenz unterstellt, illusorisch. Kapitalismus ist gleichbedeutend mit permanenter Instabilität. Aus der Verbindung der aus dieser Konkurrenz der Kapitale folgenden Logiken und denjenigen, die sich in der Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse (zwischen den Kapitalisten, zwischen diesen und den beherrschten und ausgebeuteten Klassen sowie zwischen den Staaten als Komponenten des kapitalistischen Weltsystems) entfalten, erklärt sich *im Nachhinein* die Bewegung des Systems von einem Ungleichgewicht zum anderen. Insofern gibt es Kapitalismus nie abseits von Klassenkampf, Staatenkonflikt, Politik. Die Idee, dass es eine ökonomische (und von der Wirtschaftswissenschaft aufzudeckende) Logik gebe, welche die Evolution des Kapitalismus regiert, ist eine Illusion. Es gibt keine von dessen Geschichte losgelöste Theorie des Kapitalismus.

Ich habe diese beiden Aspekte der Marxschen radikalen Kritik angeführt, weil das bürgerliche Sozialdenken genau diese beiden Aspekte der Wirklichkeit ignoriert. Dieses Denken ist in der Tat seit seinem Ursprung, seit der Ära der Aufklärung, ökonomistisch. Die »Vernunft«, auf die es sich beruft, verleiht dem kapitalistischen System, dem Nachfolger des *Ancien Régime*, seither angeblich eine transhistorische Legitimität, die es zum »Ende der Geschichte« erhebt. Die angestammte ökonomische Entfremdung verstärkt sich dann gerade bei dem Versuch, auf Marx zu erwidern. Seit Walras ist die »reine Ökonomie« zugespitzter Ausdruck des Ökonomismus im bürgerlichen Sozialdenken, verbreitet sie doch den Mythos vom selbstregulierenden Markt, der seiner inneren Logik folgend dem allgemeinen Gleichgewicht zustrebe. Die Instabilität soll nicht dieser Logik innewohnen, sondern von der Unvollkommenheit der realen Märkte herrühren. Die Ökonomie wird damit zu einem Diskurs, der sich nicht mehr um das Erkennen der Wirklichkeit bemüht; er hat nur noch den Kapitalismus dadurch zu legitimieren, dass er ihm innere Qualitäten zuschreibt, die er nicht besitzen kann. Die »reine« Ökonomie wird so zur Theorie einer Fantasiewelt.

In diesem grundsätzlichen Sinne bleibt Marx' radikale Kritik unübertroffen und unübertrefflich, solange das Gesellschaftssystem auf den sozialen Verhält-

nissen des Kapitalismus beruht. Dagegen wären die Analysen der spezifischen Widersprüche dieses Systems nach der von Marx befürworteten, Theorie und Geschichte im Zusammenhang fassenden Methode der historischen Evolution entsprechend weiterzuentwickeln.

Dazu muss man, über die politische Ökonomie der kapitalistischen Produktionsweise hinaus, den umfassenderen Bereich des historischen Materialismus einbeziehen. Man muss den Kapitalismus also als weltweite Realität erfassen, nicht auf eine auf Weltmaßstab erweiterte kapitalistische Produktionsweise reduziert, mit anderen Worten, die je eigenen sozialen Widersprüche der Teilmengen des Weltsystems (der Zentren, der Peripherien) zueinander in Verbindung bringen und so die eurozentristischen Scheuklappen im Blick auf Geschichte und Expansion des Kapitalismus ablegen.

Marx hatte Überlegungen in dieser Richtung mit der Genauigkeit und dem Ideenreichtum unternommen, die man von ihm kennt. Das entlastet ihn von dem Vorwurf, er habe mit seinen Zeitgenossen den systematischen Eurozentrismus des bürgerlichen Denkens geteilt, selbst wenn dessen Einflüsse hier und da in diesen Pionierarbeiten des historischen Materialismus sichtbar werden. Leider wurden seine Überlegungen in der Folgezeit nicht weitergeführt. Der historische Materialismus, der sich in der europäischen Arbeiterbewegung der 2. Internationale vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1914 herausbildet, wendet sich im Gegenteil von ihnen ab und macht sich eine eurozentrische Vulgata zu eigen, die die weltweite Expansion des Kapitalismus und die Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise gleichsetzt. Diese Vereinfachung blendet das gewaltigste Phänomen aus, das die reale kapitalistische Globalisierung von ihrem Ursprung an kennzeichnet: die Polarisierung, d.h. den ihr innewohnenden wachsenden Hauptwiderspruch zwischen Zentren und Peripherien. Diese erste Form des historischen Marxismus verwandelt diesen in eine Legitimationsdoktrin des Sozialimperialismus.¹

Marx hat aus seiner grundlegenden Entdeckung, dass der Kapitalismus ein Stadium (und nicht das Ende) der Geschichte ist, eine These abgeleitet, die ihrerseits Präzisierung verdient, nämlich die Idee der objektiven Notwendigkeit seiner Überwindung durch den Aufbau des Kommunismus. Ich lese Marx jedenfalls nicht als Theoretiker des historischen Determinismus. Die eigenen Widersprüche eines jeden Sozialsystems müssen sehr wohl auf diese oder jene Weise überwunden werden; daran erweist sich der historisch vergängliche Charakter des jeweiligen Systems. Aber das kann auf unterschiedliche Weise ge-

¹ Vertreter dieser besonders in Großbritannien wirksamen Tradition sind Bill Warren und die *New Left Review*, s. insbes. Bill Warren, »Imperialism and capitalist industrialisation«, *New Left Review*, Nr. 81, 1973, und den Kommentar von Perry Anderson in derselben Zeitschrift.

schehen und somit die Eigenart des nachfolgenden Systems unterschiedlich prägen. Der Kommunismus wird so zu *einer möglichen* Lösung für die spezifischen Widersprüche des Kapitalismus – möglich, weil gerade die kapitalistische Akkumulation dafür die materiellen Grundlagen durch unerhörte Entwicklung der Produktivkräfte (im Realen und noch mehr im Potentiellen) schafft. Diese Möglichkeit müsste heute noch augenfälliger hervortreten als zu Marx' Zeiten. Natürlich ist unter Kommunismus ein Projekt zu verstehen, das sich nur in großen Zügen und negativ bestimmen lässt (»das Gegenteil des Kapitalismus«), das heißt, als Projekt für die Befreiung von der ökonomischen Entfremdung (als Spezifikum des Kapitalismus) und für die Gleichheit der Menschen (als durch die Produktivkraftentwicklung ermöglicht). Geht man weiter, will man die erforderlichen Strukturen und Mechanismen positiv bestimmen, so verfällt man auf die von Marx zu Recht kritisierte Utopie, weil man nicht beachtet, dass der Kommunismus erst aufgebaut werden muss, dass er nur vermittels der Bewegung der Gesellschaft aufgebaut werden kann, und dass dieser Aufbau eine langwierige Angelegenheit ist, die nicht durch dirigistischen Voluntarismus verkürzt werden kann. Denn dieser Aufbau verlangt im Weltmaßstab u.a., die enorme Polarisierung des vom Kapitalismus angehäuften Reichtums zu annullieren. Und wenn die Entwicklung eben als Gesellschaftsprojekt zur Annullierung der kapitalistischen Polarisierung bestimmt wird, kann man sich denken, dass die Auseinandersetzung mit dieser Herausforderung im besten Fall kaum weniger als einen Großteil des 21. Jahrhunderts einnehmen würde, eher mehr.

Dieser Kommunismus ist eine Möglichkeit. Doch auch die Selbstzerstörung der menschlichen Gesellschaft – durch weitere Verschärfung des Warenfetischismus, Verfall (und nicht Aufschwung) der Demokratie, Zunahme (und nicht Abbau) der sozialen Ungleichheiten auf lokaler wie auf weltweiter Ebene – ist nicht unmöglich. Mein Marx-Verständnis und die daraus abgeleitete These von der »Unterdeterminiertheit« der Geschichte (als Folge der Autonomie der Logiken der verschiedenen Konstituenten der sozialen Realität) betonen die Vielfalt des Möglichen. Die Wahl der wünschenswerten Alternative – des Kommunismus – schließt nicht aus, sondern setzt voraus, durch absichtliches strategisches Handeln die Teillogiken der Konstituenten so zu lenken, dass sie allmählich im Sinn jenes Aufbaus konvergieren.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hatte also diese Herausforderung hergebracht: den Beginn einer Revolution, die den Aufbau des Kommunismus im Weltmaßstab von den Peripherien des Systems her (Russland, China) zum Ziel hatte. Lauter Dinge, die voraussehbar waren – oder gewesen sein sollten; lauter Dinge, die bestätigen, was Marx gesagt oder zu untersuchen begonnen hat. Aber auf all dies war der historische Marxismus nicht vorbereitet, konnte er andere nicht vorbereiten.

Denn der Widerspruch zwischen Zentren und Peripherien ist im real existierenden kapitalistischen Weltsystem einfach der *Hauptwiderspruch*. Der *Grundwiderspruch* besteht zwischen Kapital und Arbeit; deren Verhältnis definiert die kapitalistische Produktionsweise, die das gesamte System dominiert. Aber jeder Grundwiderspruch tritt nur vermittelt von Hauptwidersprüchen in Erscheinung; sie bilden seine konkreten Erscheinungsformen. Meine These besagt, dass die Polarisierung im Weltmaßstab die gewaltsamste dauerhafte Erscheinungsform der geschichtlichen Expansion des Kapitalismus bildet. Folglich gingen die radikalsten Versuche, die kapitalistische Ordnung anzufechten, bisher ausschließlich von mächtigen sozialen Bewegungen aus, die sich in den Peripherien des Systems entfalteten: von der russischen und der chinesischen Revolution. Vor 1914 vom historischen Marxismus nicht beachtet, eröffneten die Probleme, die dieser dominante Aspekt der Realität des Kapitalismus aufwirft, ein neues Kapitel in der Entwicklung des historischen Marxismus.

Die radikalen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, die sich auf den Sozialismus und den Marxismus, genauer gesagt, auf den Marxismus-Leninismus als dessen historische Form beriefen, standen nun vor zwei Aufgaben: durch beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte in gewisser Weise »aufzuholen«, weil man vom Erbe eines von der Polarisierung betroffenen peripheren Kapitalismus auszugehen hatte, und zugleich »etwas anderes zu machen«, nämlich den Aufbau des Sozialismus, wie es hieß. Später standen die aus nationalen Befreiungsbewegungen hervorgegangenen Regime in den Peripherien vor gleichartigen Aufgaben, waren jedoch wegen der Natur der dominanten sozialen Blöcke weniger intensiv bestrebt, »etwas anderes zu machen«. Auf jeden Fall waren beide Aufgaben schwer zu vereinbaren, obwohl die reale Herausforderung darin bestand und besteht, das zu erreichen. Faktisch wurde nach und nach ein System geschaffen, das dem historischen Marxismus dieser Etappe seinen Inhalt gab.

Dieses System beschränkte sich allmählich auf die Abschaffung des Privateigentums an Kapital und Boden (und damit eines Hauptmerkmals des Kapitalismus) sowie auf die dadurch ermöglichte Bereitstellung der Mittel für eine beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte. Dank der zentralen Planung, als wesentlichem Mittel, ließ sich das Konzept des allgemeinen Gleichgewichts mit einiger Effizienz umsetzen. Seltsamerweise wurde das für die Analyse des Kapitalismus untaugliche Konzept hier real anwendbar und relativ wirksam, aber eben nur relativ. Denn die Entwicklung des realen Systems ergibt sich, wie erwähnt, nicht aus der Entfaltung der – wegen des öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln angeblich beherrschten – »objektiven ökonomischen Gesetze«, sondern aus dem Verhältnis zwischen den Erfordernissen, die in diesen Gesetzen zum Ausdruck kamen, und den Interventionen der gesellschaftlichen Kräfte, die auf diese Herausforderungen reagierten.

Das genannte System beruhte auf der groben theoretischen Verkürzung, die die Abschaffung des Privateigentums mit der Errichtung des gesellschaftlichen Eigentums gleichsetzte. Außer Acht blieb dabei, dass letztere nur schrittweise aus einer Befreiung der Bürger erwachsen kann, bei der sie zu wirklichen Herren des Systems werden und auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur staatlichen – ihre Befähigung zum Leiten, zum Auswählen, zu vollkommen und wahrhaft freien Entscheidungen ins Werk setzen. Die Steuerung des Systems durch eine staatstragende Einheitspartei, die ihre Legitimität aus ihrem avantgardistischen Ursprung ableitete, musste zwangsläufig den zum Aufbau des Kommunismus erforderlichen Innovationsgeist auf Null reduzieren. Dieser Niedergang lenkte die entsprechenden Systeme in eine Richtung, in der die – im revolutionären Moment dieser Geschichte oft sehr stark präsent – Demokratie jeden realen Gehalt verlor. Sie förderte despotische Formen der Macht, die mit Ausdrücken wie »Bürokratisierung« oder »Technokratisierung« nur parziell und annähernd beschrieben werden. Damit entfiel die ursprüngliche Legitimität dieser Systeme. Insofern erlaubte diese Evolution kein reales Fortschreiten der Befreiung von der ökonomischen Entfremdung und daher keine bedeutsamen Vorstöße in Richtung Kommunismus. Statt dessen wurde ein, wie ich ihn nenne, »Kapitalismus ohne Kapitalisten« errichtet. Der historische Marxismus war schließlich nur noch die Legitimationsideologie für diese Konstruktion und namentlich für ihr Instrumentarium, die zentralisierte Planung.

Indessen waren die materiellen Errungenschaften dieser inzwischen beendeten Etappe alles andere als unerheblich, besonders im Vergleich zu all den peripheren Gesellschaften, die im Orbit des »klassischen« Kapitalismus verblieben sind. In Bezug auf Bildungs- und Gesundheitswesen oder den Abbau der Ungleichheiten wird das unzweifelhaft, wenn man etwa China und Indien, Kuba und das übrige Lateinamerika, das Tito-Jugoslawien und seinen Vorgänger aus der Zeit zwischen den Weltkriegen, die UdSSR und das alte Russische Reich, gegenüberstellt, wie auch beim Vergleich zwischen den Leistungen der jetzt abgetretenen Regime und den Verheerungen in der nachfolgenden »Restauration des Kapitalismus« (die ich lieber als beschleunigte Evolution jener Systeme vom »Kapitalismus ohne Kapitalisten« zum »Kapitalismus mit Kapitalisten« einstuft).

Auf diese Weise dominierte Marx im Gewand des historischen Marxismus die Geschichte der sozialistisch genannten Gesellschaften des 20. Jahrhunderts und teils auch der fortgeschrittensten Teile der nationalen Befreiungsbewegungen der anderen Peripherien.

2. In den kapitalistischen Zentren war eher Keynes als Marx die dominante Gestalt, zumindest während eines Teils der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

John Maynard Keynes wollte nie eine Generalkritik des Kapitalismus liefern. Fragen nach der transhistorischen oder historischen Natur des Kapitalismus, der ökonomischen Entfremdung, der globalen Polarisierung interessierten ihn überhaupt nicht. Als waschechter Brite, der nur eine strikt empiristische Philosophie kennt, verfolgte er einzig das Anliegen, das System, in dem er lebte, so gut wie nur möglich zu steuern. Das bewog ihn dazu, die liberale Spielart des Kapitalismus ernsthaft zu kritisieren.

Diese Spielart äußerte sich immer in derselben extremistischen Weise. Ihre Dogmatik – denn mehr ist nicht daran – beruht auf dem schon erwähnten Kernsatz der Theorie des imaginären Kapitalismus, dass die Märkte selbstregulierend seien und in maximal freiem, d.h. maximal dereguliertem Zustand das »allgemeine Gleichgewicht« herstellen würden. Dabei handelt es sich um den Kern der bürgerlichen Vulgärideologie, wie er naiven Ausdruck im Diskurs des Firmeninhabers findet, der meist auf die bekannte Litanei hinausläuft: Die Kosten senken, einschließlich Löhnen und Sozialabgaben; die Produktivität steigern, um konkurrenzfähiger zu werden; die Positionen, die Monopolrente versprechen, mit allen Mitteln festigen, auch unter offenem Verstoß gegen die Regeln des *fair play*; möglichst wenig Steuern zahlen; insgesamt den kurzfristigen Profit maximieren. Zu beweisen blieb, dass die einseitige Umsetzung dieser »Regeln« das »soziale Optimum« produziere. Die »reine« Ökonomie hat genau das zu demonstrieren. Dass ihr das nur unter Verletzung der elementaren Grundregeln der wissenschaftlichen Logik gelingt, hat keinerlei Bedeutung, denn ihre Legitimationsfunktion ist von integristisch-religiösem Typus.

Der Kapitalismus ist immer liberal, wenn er es irgend sein kann, wenn ihn also die sozialen Kräfteverhältnisse nicht zwingen, sich anderen Erfordernissen unterzuordnen als jenen, die sich im Streben nach kurzfristigem individuellem Maximalprofit ausdrücken. In der Geschichte kommt es vor, dass er ungezwungen agieren kann, so wie im Moment. Aber das ist nie von Dauer, denn der Liberalismus produziert das Gegenteil von dem, was er verheißt: Er treibt die reale Gesellschaft in eine Akkumulationskrise.

Keynes hatte die Absurdität des dominanten liberalen Diskurses erkannt. Sein Nachweis, dass sich selbst überlassene Märkte nicht selbstregulierend, sondern explosiv sind, ist in dieser Hinsicht zentral und korrekt. Er geht dabei von der Feststellung des gesunden Menschenverstands aus, dass der Marktteilnehmer seine Entscheidung nicht auf vermeintlich objektive Tendenzen gründet, sondern auf die erwarteten Verhaltensweisen der anderen, seiner Partner und Konkurrenten. Deswegen ist der Markt gleichbedeutend mit Instabilität, aber nicht mit der Tendenz zu irgendeinem Gleichgewicht. Aus diesem Grund bemüht sich die ganze »reine« Ökonomie, die zeitlich auf Keynes folgt, krampfhaft darum, die erwähnten Erwartungen in die Überlegungen der ökonomischen Akteure einzuführen. Diese Bemühungen scheitern total, weil nicht bewiesen

werden kann, dass der Markt trotz dieser nicht zu umgehenden unglücklichen Vorannahmen zum Gleichgewicht tendiert. Doch abermals bleibt das wissenschaftliche Scheitern der »reinen« Ökonomie ohne Belang. Die Ideen, ob wahr oder falsch, werden entsprechend dem Kräfteverhältnis, in dem sich die in der Welt des realen Kapitalismus geltenden sozialen Interessen äußern, aufgenötigt.

Keynes befasst sich dann mit den Problemen der Steuerung eines, wie er erkannt hat, seiner Natur nach instabilen Systems. Seine einschlägigen Hypothesen betreffen zum einen die Präferenz für die Liquidität, zum anderen den Grenznutzen des Kapitals, den er weitgehend vom Temperament der Geschäftsleute und vom umgebenden Geschäftsklima abhängig macht. Sie erhalten so den Anschein wissenschaftlicher Strenge, doch handelt es sich um eine weniger solide als elegante Art zu sagen, weshalb das System seiner Natur nach instabil ist. Die daraus abzuleitenden Empfehlungen erweisen sich später dennoch als wirksam, auch wenn ihre Wirksamkeit, unbestreitbar unter bestimmten sozialen Umständen, anderswo ihre Existenzberechtigung erfährt.

Es ist in der Tat bezeichnend, dass die Keynesische Kritik, die in den 1920er und 30er Jahren angesichts der kläglichen Leistungen des damaligen liberalen Managements formuliert wurde, zu jener Zeit kein Echo fand. Erst als sich die sozialen Verhältnisse zugunsten der Arbeitenden ändern – in Ansätzen unter Roosevelts *New Deal* und der französischen Volksfront, dann massiv nach 1945 und der Niederlage des Faschismus –, sind die gesellschaftlichen Bedingungen günstig für die Umsetzung von Politiken, die aus einer bestimmten Keynes-Lektüre gefolgert werden können. Sie markieren den Übergang von Keynes zum historischen Keynesianismus. Letzterer beschränkt sich praktisch auf zwei Gruppen von Maßnahmen, die voraussetzen, dass das Prinzip der Regulierung der Märkte und der staatlichen Intervention akzeptiert wird.

Die erste Maßnahmengruppe soll Konkordanz zwischen der Evolution der Reallöhne (der Lohnsumme) und jener der Produktivität herstellen. Diese Konkordanz ist, wenn die Gewerkschaften überzeugt und stark genug sind, um sich durchzusetzen, durch Verhandlungen, sonst durch staatliche Intervention oder durch eine Mischung von beidem zu erzielen. Wichtig ist hier, zu erkennen, dass dieses Prinzip nichts mit denen des »Marktes« gemein hat; es handelt sich um ein Prinzip sozialistischer Planung, dessen Anwendung in einem Teil der kapitalistischen Welt (also in Gesellschaften, die weiterhin das Prinzip des Privateigentums hoch achten) möglich wird, weil es Dank bestimmter sozialer Verhältnisse als legitim gilt. Ob dieses Prinzip wirklich bei allen zentralen Partnern des Systems in der Nachkriegszeit von 1945 bis 1980 »neutral« und äquivalent angewandt wurde, oder ob die Fluktuationen des Verhältnisses zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung in Abhängigkeit von den lokalen sozialen Kämpfen die Wettbewerbsbedingungen auf den Weltmärkten verändert haben, ist ein interessantes Problem, das hier jedoch nicht erörtert werden muss.

Die zweite Maßnahmengruppe betrifft die Steuerung der Gesamtnachfrage. Eine bestimmte Lesart von Keynes konnte erklären, weshalb jene mal unzureichend ist und das System in die Unterbeschäftigung treibt, mal jedoch übermäßig wird und zur Inflation führt. Daraus ließ sich unschwer folgern, dass der Staat durch öffentliche Ausgaben, Steuern und Abgaben sowie Einflussnahme auf das Bankensystem und das Kreditangebot das Volumen der Gesamtnachfrage angemessen steuern kann. Aber nicht erst bei Keynes konnte man erfahren, dass sich die Gesamtnachfrage nicht spontan auf dem Stand einpendelt, der maximale Beschäftigung und Produktion ohne Inflationsgefahr gewährleistet. Meine Marx-Rezeption (die ich mit Sweezy teile) sagt mir, dass ein für das Kapital günstiges soziales Verhältnis seiner Grundtendenz nach immer zu einer unzureichenden Gesamtnachfrage führt, weil das System nicht von selbst das Lohnniveau auf die zur erweiterten Reproduktion erforderliche Dynamik einstellt. Man muss dann andere Mittel finden, um das überschüssige Mehrprodukt zu absorbieren. Diese Mittel können unmittelbar sozial nützlich sein (z.B. Ausbau von Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der sozialen Sicherheit) oder zur Erweiterung von rentablen Märkten genutzt werden (z.B. Finanzierung von geeigneten Infrastrukturen oder Rüstungsausgaben). Obwohl die »reinen« Ökonomen der Gegenwart Keynes absolut ablehnen, stand und steht die Steuerung der Gesamtnachfrage durch den Staat im Mittelpunkt der realen wirtschaftspolitischen Optionen der US-Administration. Seit Reagan ist der soziale Keynesianismus zwar regelrecht geächtet, jedoch zugunsten eines Militärkeynesianismus, der seit 1945 ständig präsent war, nach dem Kollaps des angenommenen Feindes, der Sowjetunion, beibehalten wurde und mit Washingtons hegemonistischer Option eine neue Legitimierung erhalten hat.

Der historische Keynesianismus in seiner ebenfalls auf bloße Dogmatik reduzierten Gestalt kam der Sozialdemokratie sehr gelegen, als sie nach der Niederlage des Faschismus in den kapitalistischen Zentren dominierte. Mit ihm ließ sich der Kapitalismus managen – was nunmehr Ziel dieser Sozialdemokratie war – und durch bessere Integration der Arbeitenden vermittels sozial akzeptabler Verteilung der Erträge der Akkumulation steuern. Dieses System funktionierte bemerkenswert effizient, wie das beschleunigte Wachstum anzeigte, solange das soziale Kräfteverhältnis für die Arbeitenden günstig war und die »kommunistische Ansteckung« eine Ernst zu nehmende Gefahr blieb. Sobald die erstgenannte Bedingung abbröckelte und die zweite wegfiel, musste der historische Keynesianismus abtreten und Platz machen für die Wiederkehr der Liberalen. Das geschah während der 1980er und 90er Jahre.

3. Es wäre nicht richtig, zu unterstellen, die hier charakterisierten Instrumentarien seien einmütig und unkritisch akzeptiert worden. Noch ehe er zu der sattsam bekannten Vulgata entartete, wurde der historische Marxismus, nunmehr in der

Form des Marxismus-Leninismus, in der kommunistischen Bewegung lange und leidenschaftlich diskutiert. Die Debatten der 1920er Jahre erfassten nicht nur intellektuelle Kreise des Marxismus, sondern auch die politisch aktiven Kräfte. Den Höhe- und Endpunkt dieser Debatten repräsentierte der Trotzkiismus. Leider kam er in seiner gewiss positiven Polemik gegen den entstehenden Stalinismus nicht über die Wiederholung von Thesen des Marxismus-Leninismus hinaus. Er geriet damit in eine Sackgasse, sodass er kaum fähig war, die Grenzen des Eurozentrismus zu überwinden und die Natur der Herausforderungen zu begreifen, vor denen die Befreiungsbewegungen der Völker der Peripherie standen und stehen. Das galt für China, wo er den Maoismus vorschnell als Remake des Stalinismus qualifizierte, und später für das Begreifen des Ausmaßes der Transformationen im Kapitalismus während seiner jetzigen Neuformierung.

Das kritische Sozialdenken verlagerte sich daher zeitweilig (in den 1960er und 1970er Jahren) in die Peripherien des Systems. Hier entzündeten die Praktiken des nationalen Populismus – einer verkürzten Version des Sowjetismus – geradezu ein Feuerwerk von Kritiken am real existierenden Kapitalismus. In ihrem Mittelpunkt stand das Bewusstwerden der Polarisierung als Produkt der weltweiten Expansion des Kapitals, eines Faktums, das man anderthalb Jahrhunderte lang unterschätzt, wenn nicht schlicht und einfach ignoriert hatte. Mit dieser Kritik am real existierenden Kapitalismus, an sozialen Ideen, die dessen Expansion legitimieren, wie auch an der einschlägigen theoretischen und praktischen Kritik von sozialistischer Seite begannen die Peripherien ihren glanzvollen Einzug in die moderne Gesellschaftstheorie. Es handelt sich um eine reichhaltige und vielgestaltige Kritik, die nicht auf eine so genannte Dependenztheorie reduziert werden darf. Denn mit dieser Kritik wurden die Grundsatzzdebatten über den Sozialismus und den Übergang zu ihm wie auch über den Marxismus und den historischen Materialismus, die noch die Schranken des im modernen Denken dominanten Eurozentrismus zu überwinden haben, wieder eröffnet. Vorübergehend vom Aufblühen des Maoismus inspiriert, unternahm sie auch die Kritik des Sowjetismus und des herannahenden neuen Globalismus. Offensichtlich bestand ein Konflikt zwischen den Erfordernissen einer Entwicklung, die für die betroffenen Völker Sinn gehabt hätte, und den zaghaften Denkansätzen des sowjetischen Verbündeten, die mit der negativen und daher seltsam unzulänglichen Vokabel »nichtkapitalistischer Weg« benannt wurden. Ich kann dazu nur auf die Ausführungen in meinem *Itinéraire intellectuel* verweisen.² Als im Zuge der Krise am Jahrhundertende die kapitalistische Neuformierung einsetzte, leisteten aus den Peripherien des Systems stammen-

² Siehe S. Amin, *Das Reich des Chaos*, Hamburg, VSA 1992, Anhang: Dreißig Jahre Kritik des sowjetischen Systems (1960-1990).

de Analysen einen keineswegs unerheblichen Beitrag zu deren Kritik, der aber in den meisten »westlichen« Arbeiten ignoriert wurde. Daran zeigte sich abermals, dass eine den neuen Herausforderungen (und speziell jener der Entwicklung in der Welt von morgen) entsprechende Kritik nur dann aufleben kann, wenn diese Kritik wahrhaft universalistisch, d.h. frei von jedem Westzentrismus ist.

Ich habe hier vielleicht nur das angesprochen, was ein Marxismus des 21. Jahrhunderts sein könnte und müsste, der durch die Auseinandersetzung mit seiner Geschichte (der historischen Marxismen des 20. Jahrhunderts) bereichert und fähig wäre, Sinn und Tragweite dessen, was die Neuformierung des Kapitalismus an Neuem hervorbringt, kritisch zu erschließen. Man muss also versuchen, die Grundlagen einer ernsthaften Debatte über diese Neuformierung zu kennzeichnen (siehe Kapitel III). Sonst wird sich die Kritik in der Sehnsucht nach der Vergangenheit und in Wiederaufnahmen des historischen Leninizismus, Stalinismus, Maoismus oder Trotzismus festfahren. Das kann nichts Nützliches, den realen Herausforderungen Angemessenes bringen. Dann hätten die Entfaltung der reaktionären liberalen Utopie und diverse sinnlose Fluchten nach vorn freie Bahn.

Demokratie als unumgängliches Instrument des sozialen und politischen Kampfes. Sozialisation durch den Markt oder durch die Demokratie?

Die Demokratie ist die absolute Voraussetzung des sozialen Fortschritts; sie ist sogar sein Ausdruck. Diese Erkenntnis wird jedoch erst seit kurzem anscheinend allgemein akzeptiert. Es ist noch nicht so lange her, dass im Westen wie im Osten und Süden das Dogma vorherrschte, die Demokratie sei ein Luxus, den man sich erst leisten könne, wenn die »Entwicklung« die materiellen Probleme der Gesellschaft gelöst habe. Das war die offizielle Doktrin der herrschenden Kreise der kapitalistischen Welt, womit sie die Unterstützung der Militärdiktatoren in Lateinamerika und der autokratischen Regime in Afrika rechtfertigen konnten, ebenso wie der Staaten der Dritten Welt (dort kam sie in der lateinamerikanischen *Desarrollismo*-Theorie klar zum Ausdruck, und Einheitsparteien waren nicht nur den sozialistischen Staaten vorbehalten ...) sowie des sowjetischen Systems.

Nun wurde diese These von einem Tag zum anderen ins Gegenteil verkehrt. Die Sorge um die Demokratie ging fast überall in den offiziellen Alltagsdiskurs ein, das beglaubigte Praktizieren der Demokratie gilt als »Bedingung« für weitere Hilfe der großen reichen Demokratien usw. Die Glaubwürdigkeit dieser Rhetorik erscheint mehr als zweifelhaft, wenn man weiß, wie absolut zynisch

in der Praxis mit zweierlei Maß operiert wird, um andere, nicht eingestandene Ziele mittels purer Manipulation zu verfolgen.

1. Die Demokratie ist ein modernes Konzept, das die Moderne selbst definiert, sofern unter dieser die Anerkennung des Prinzips verstanden wird, dass die Menschen individuell und kollektiv (d.h. als Gesellschaft) für ihre Geschichte verantwortlich sind. Um dieses Konzept formulieren zu können, bedurfte es der Lösung von den Entfremdungen, die den Machtformen vor dem Kapitalismus eigneten, ob nun in religiöser Ausprägung oder in anderer »traditioneller«, d.h. auf permanente transhistorische Gegebenheiten bezogener Gestalt. Jene Moderne entstand also mit dem Kapitalismus, und die von ihr produzierte Demokratie ist, wie das Übrige, so beschränkt wie der Kapitalismus selbst. In ihren bürgerlich-historischen Formen, mögen sie auch die bisher allein bekannten und praktizierten sein, stellt sie nur eine Etappe dar. Weder die Moderne noch die Demokratie sind bis zum Abschluss ihrer potenziellen Entwicklung gelangt. Deshalb sollte man lieber von Demokratisierung sprechen, also den dynamischen Aspekt eines stets unvollendeten Prozesses betonen, als von Demokratie, was die Illusion schürt, dafür lasse sich eine endgültige Formel angeben.

Das bürgerliche Sozialdenken beruht seit seinem Ursprung, d.h. seit der Ära der Aufklärung, auf einer Trennung der verschiedenen Lebensbereiche der Gesellschaft, unter anderem der Wirtschaftsleitung und der politischen Steuerung, und der Annahme, dass spezifische, unterschiedliche Prinzipien Ausdruck der besonderen Erfordernisse der »Vernunft« in den jeweiligen Bereichen seien.

In dieser Sicht galt die Demokratie als das vernünftige Prinzip der guten politischen Steuerung. Weil die Männer (von Frauen war seinerzeit nie die Rede) oder, genauer gesagt, bestimmte Männer (die Begüterten und Gebildeten) vernünftig seien, hätten sie die Pflicht, die Gesetze zu erlassen, unter denen sie leben wollten, und durch Wahlen die für die Ausführung Verantwortlichen zu bestimmen. Das Wirtschaftsleben war hingegen nach anderen Prinzipien zu lenken, die ebenfalls als Ausdruck der Erfordernisse der (mit der menschlichen Natur gleichgesetzten) »Vernunft« galten: Privateigentum, unternehmerische Freiheit, Wettbewerb auf den Märkten. Hiermit treten Prinzipien des Kapitalismus auf, die an sich nichts mit denen der Demokratie gemein haben, und zwar um so weniger, als letztere verlangt, alle gleichzustellen, Männer und Frauen, Eigentümer und Eigentumslose (Privateigentum kann, wohlgemerkt, nur dann existieren, wenn es exklusiv ist, wenn es also davon Ausgeschlossene gibt!).

Die Trennung der ökonomischen und der politischen Instanz wirft sofort die Frage nach der Konvergenz oder Divergenz dessen auf, was aus deren spezifischen Logiken folgt. Das zur spontan einleuchtenden, nicht zu diskutierenden Wahrheit erhobene Postulat, dem der Diskurs des »Zeitgeists« folgt, unterstellt die Konvergenz beider Seiten. Demokratie und Markt würden einander wech-

selseitig hervorbringen, die Demokratie erfordere den Markt und umgekehrt. Das ist so falsch wie nur irgend möglich und von der Realgeschichte widerlegt.

Die Denker der Aufklärungsära waren anspruchsvoller als unsere vulgären Zeitgenossen. Sie hatten sich die doppelte Frage nach dem Grund und nach den Bedingungen jener Konvergenz gestellt. Ihre Antwort auf die erste Frage ergab sich aus ihrem Konzept der »Vernunft«, dem Hauptnenner der für beide Bereiche vorgesehenen Steuerungsarten. Wenn nämlich die Menschen vernünftig sind, können ihre politischen Entscheidungen letztlich nur die vom Markt produzierten Resultate bekräftigen. Bedingung dafür ist offensichtlich, dass die Ausübung der demokratischen Rechte nur den einzig vernunftbegabten Wesen zukommt, d.h. bestimmten Männern, und weder den Frauen, die bekanntlich sentimental und unvernünftig sind, noch den allein ihren Trieben folgenden Sklaven, Armen und Besitzlosen (den Proletariern) gestattet wird. Diese Demokratie verlangt das Zensuswahlrecht, das sie jenen Bürgern reserviert, die zugleich Unternehmer sind. So werden ihre Entscheidungen als Wähler und ihre Interessen als Kapitalisten wahrscheinlich (fast) immer übereinstimmen. Allerdings verliert die Politik in dieser Konvergenz mit der Ökonomik, wenn nicht gar der Unterwerfung unter letztere, ihre Autonomie. Die ökonomische Entfremdung erfüllt hier vollauf die Funktion, diese Aufhebung der Autonomie des Politischen zu verbergen.

Dass die Demokratie danach über den Kreis der Unternehmer-Bürger hinaus erweitert wurde, war weder ein Spontanprodukt der kapitalistischen Entwicklung noch ein Ausdruck ihrer Erfordernisse. Diese Erweiterung wurde im Gegenteil Schritt für Schritt von den Opfern des Systems, der Arbeiterklasse, später den Frauen, errungen. Sie ist das Ergebnis von Kämpfen gegen das System, und sie offenbarte zwangsläufig den potentiellen Kontrast zwischen dem in demokratischen Wahlen geäußerten Willen der Mehrheit – eben der vom System Ausgebeuteten – und dem ihr vom Markt bereiteten Los. Das System läuft damit Gefahr, instabil und sogar explosiv zu werden. Zumindest besteht das Risiko – und die Möglichkeit –, dass sich jener Markt dem Ausdruck sozialer Interessen zu fügen hat, die nicht mit dem Vorrang vereinbar sind, der in der Ökonomie der maximalen Rentabilität des Kapitals zukommt. Mit anderen Worten, es entsteht für die einen (das Kapital) das Risiko, für die anderen (die Arbeiter-Bürger) die Möglichkeit einer Regulierung des Marktes durch Mittel, die der einseitigen Entfaltung seiner Logik fremd sind. Das ist möglich, das ist unter bestimmten Bedingungen geschehen, so etwa mit dem Sozialstaat der Nachkriegszeit.

Möglich ist jedoch auch, die Divergenz von Demokratie und Markt anders still zu stellen. Wenn eine konkrete historische Situation entsteht, in der die kritische soziale Bewegung zersplittert und ohnmächtig ist, sodass die dominante Ideologie alternativlos erscheint, kann der Demokratie jeglicher für den

Markt hinderliche und potentiell gefährliche Inhalt genommen werden, bis hin zur Praxis einer »Demokratie geringer Intensität«. Dann kann man frei wählen, wie es einem beliebt: Blau, Gelb, Grün, Rosa oder Rot, doch ohne jeden Effekt. Denn was einem geschieht, das wird anderswo entschieden, nicht mehr im Parlament, sondern auf dem Markt.

Die Unterwerfung der Demokratie unter den Markt (und nicht deren Konvergenz) spiegelt sich in der politischen Sprache. Das Alternieren – das Auswechseln von Personen, die genauso weiter machen wie zuvor – ersetzt die Alternative, die Veränderung.

So weit sind wir heute. Die Lage ist gefährlich, denn die Erosion der Glaubwürdigkeit und Legitimität der demokratischen Prozeduren kann umschlagen in heftigere Rückschritte, die sie schließlich ganz beseitigen und durch illusorische Übereinstimmungen z.B. auf religiöser oder ethnisch-chauvinistischer Basis ersetzen können. In den Peripherien des Systems wird die impotente, weil den brutalen Forderungen des ungebremsten Kapitalismus unterworfenen Demokratie zur tragischen Farce einer »Wegwerfdemokratie« (Mobutu abgelöst von zweihundert Mobutisten-Parteien!).

Die Demokratie ist ein universalistisches Konzept, das keine Schmälerung dieser ihr notwendigerweise zukommenden Qualität duldet. Im dominanten Diskurs wird sie jedoch heute selbst von Kräften, die sich subjektiv »links« einstufen, so verquast interpretiert, dass schließlich die Einheit des Menschengeschlechts zugunsten von »Genders«, »Kommunitäten«, »kulturellen Gruppen« usw. in Frage steht. Auf diese Probleme der kulturellen Identitäten wird im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise des Staates und der Demokratie eingegangen.

Noch tiefer hinab geht es mit dem modischen Diskurs um die seltsamerweise so genannte »gute Regierungsführung« (good governance). Dabei handelt es sich um eine Mülleimerkategorie, ein Potpourri von Verwaltungsmethoden, die ungeordnet aufgelistet werden, nachdem die wirklichen Probleme der politischen, sozialen und ökonomischen Macht vorsichtshalber eliminiert wurden. Es ist der naive Ausdruck frommer Wünsche, von der Beseitigung der Korruption bis zum besseren Funktionieren einzelner Dienstzweige usw., albernes Zeug im unnachahmlich lächerlichen Stil des amerikanischen »Managements«. Überlassen wir also diesen Diskurs den gelehrten Experten der Weltbank ...

2. Es gibt also keine Konvergenz von Markt und Demokratie, geschweige denn eine »naturwüchsige«. Ist daraus zu folgern, dass die Entwicklung, im banalen Sinn beschleunigten Wirtschaftswachstums verstanden und dann selbstverständlich mit einer Expansion der Märkte verbunden (und bisher gibt es kaum Erfahrungen mit einer anders gearteten Entwicklung), nicht mit der Ausübung einigermaßen fortgeschrittener Demokratie zu vereinbaren ist?

An Fakten, die solch eine These stützen, mangelt es nicht. Die »Erfolge« Südkoreas, Taiwans, der brasilianischen Militärdiktatur, der nationalistischen Populismen in ihrer aufsteigenden Phase wurden nicht unter besonderer Hochachtung der Demokratie erzielt. Zuvor waren Deutschland und Japan während ihrer Aufholphase gewiss weniger demokratisch als ihre britischen und französischen Konkurrenten. Die sozialistischen Experimente in der Moderne waren sehr wenig demokratisch, verzeichneten aber z.T. bemerkenswerte Wachstumsraten. Umgekehrt ließe sich aber anführen, dass sich das demokratische Italien der Nachkriegszeit so rasch und gründlich modernisiert hat, wie es der Faschismus bei all seinem Maulheldentum nicht vermochte, und dass Westeuropa unter der fortgeschrittenen sozialen Demokratie (dem Sozialstaat der Nachkriegszeit) die ergiebigste Wachstumsperiode seiner Geschichte erlebt hat. Der Vergleich schlägt noch mehr zugunsten der Demokratie aus, sobald man auf die zahllosen Diktaturen eingeht, die nichts weiter erbrachten als Stagnation oder katastrophale Rückentwicklungen.

Kann man dann eine reserviert-relativistische Position beziehen, keinerlei Beziehung zwischen Entwicklung und Demokratie sehen wollen und sagen, dass deren Konkordanz oder Diskordanz von den spezifischen konkreten Bedingungen abhängen? Diese Haltung ist akzeptabel, solange man sich mit der banalen Definition der Entwicklung als beschleunigtes Wachstum innerhalb des Systems begnügt. Sie wird unannehmbar, sobald man gelten lässt, dass der globalisierte Kapitalismus seiner Natur nach polarisierend ist und »Entwicklung« deshalb ein kritisches Konzept ist, das in den Zusammenhang des Aufbaus einer alternativen, postkapitalistischen Gesellschaft gestellt werden muss. Nun kann dieser Aufbau nur das Produkt des progressiven Wollens und Handelns der Völker sein. Gibt es eine andere Definition der Demokratie als jene, die in dieses Wollen und Handeln einbegriffen ist? In diesem Sinn ist die Demokratie rundweg die Bedingung der Entwicklung. Aber dieser Satz hat nichts mehr gemein mit den einschlägigen Auslassungen des dominanten Diskurses. Er besagt letzten Endes: Es gibt keinen Sozialismus (wenn man damit eine bessere postkapitalistische Alternative benennt) ohne Demokratie; und gleichfalls: Der Fortschritt der Demokratisierung verlangt, dass man den Weg der sozialistischen Transformation einschlägt.

3. In der kommerziellen Entfremdung erhält unter den menschlichen Werten die Freiheit den Vorrang. Die Freiheit des Individuums im Allgemeinen, gewiss, aber im Besonderen die Freiheit des kapitalistischen Unternehmers, die dessen Tatkraft freisetzt und seine ökonomische Macht mehrt. Aber es gibt noch andere menschliche Werte, unter anderem den der Gleichheit. Diese folgt nicht direkt aus den Erfordernissen des Kapitalismus, außer in der unmittelbarsten Dimension der (parziellen) rechtlichen Gleichheit, die einerseits die Entfaltung

des freien Unternehmertums erlaubt und andererseits den freien Arbeiter dazu verurteilt, sich in die Lohnabhängigkeit zu fügen – als Verkäufer der Ware Arbeitskraft. Auf höherem Niveau gerät der Wert »Gleichheit« in Konflikt mit dem Wert »Freiheit«. Nun wurde in der Geschichte Europas – wenn nicht des ganzen Erdteils, so jedenfalls Frankreichs – beiden Werten der gleiche Rang zugesprochen, wie im Leitspruch der Republik. Das ist kein Zufall. Dieser konfliktthaltige Dualismus hat einen komplexen Ursprung. Dazu gehören zweifellos, wie in der Französischen Revolution sichtbar wurde, die harten Kämpfe der Volksmassen, die den Ambitionen der Bourgeoisie selbständig entgegenzutreten wollten. Dieser Widerspruch wurde klar und offen von denjenigen Jakobinern angesprochen, die (zu Recht) meinten, dass der »ökonomische Liberalismus« (die Freiheit im vollen amerikanischen Sinn) der Feind der Demokratie sei (wenn diese für die Volksmassen etwas bedeuten soll).

Von daher ist ein heute noch sichtbarer Unterschied zwischen der amerikanischen und der europäischen Gesellschaft und Kultur zu erklären. Funktionsweise und Interessen des dominanten Kapitals sind in den USA und in Europa wahrscheinlich nicht so verschieden, wie zuweilen mit der Gegenüberstellung von »angelsächsischem« und »rheinischem Kapitalismus« suggeriert wird. Der Zusammenhalt der Triade USA-Europa-Japan beruht gewiss auf der Verbundenheit ihrer Interessen. Aber im Urteil der Gesellschaften, in den auch stillschweigend beherzigten Gesellschaftsprojekten, sehen die Dinge recht unterschiedlich aus. In den USA beherrscht der Wert »Freiheit« allein und unangefochten das Terrain. In Europa wird als ständiges Gegengewicht an dem Wert »Gleichheit« festgehalten, was Arrangements erfordert.

Die amerikanische Gesellschaft verachtet die Gleichheit. Extreme Ungleichheit wird nicht nur toleriert, sondern als Symbol des von der Freiheit geförderten »Erfolgs« positiv bewertet. Aber Freiheit ohne Gleichheit ergibt Barbarei. Diese einseitige Ideologie produziert Gewalt in allen Formen. Das ist weder Zufall noch Triebkraft der Radikalisierung, ganz im Gegenteil. In den europäischen Gesellschaften hat die vorherrschende Kultur bislang die Werte »Freiheit« und »Gleichheit« ohne derartige Schief lagen verbinden können; diese Verbindung bildete im Übrigen die Grundlage für den historischen Kompromiss der Sozialdemokratie. Leider tendiert Europa gegenwärtig zur Annäherung seiner Gesellschaft und Kultur an ihre Pendanten in den USA, die zum Vorbild und zum Objekt einer um sich greifenden, wenig kritischen Bewunderung erhoben werden.

4. Das von der amerikanischen Revolution erfundene Präsidialsystem trägt dazu bei, die politische Debatte zu verflachen und zu verdrängen, denn es ersetzt die Wahl von Ideen, von Programmen, durch die Wahl von Personen, die allenfalls solche programmatischen Ideen »verkörpern«. Überdies wird die Wahl nahezu

unvermeidlich auf zwei Personen zugespißt, sodass jede im Ringen um die Mitte der Unentschiedenen, Unpolitischen noch stärker den größtmöglichen Konsens anstreben muss. Das geschieht auf Kosten des radikalen Denkens, und es fördert den Konservatismus.

Die USA konnten dieses Präsidialsystem ohne Weiteres nach ganz Lateinamerika exportieren. Danach hat es Afrika und einen Großteil Asiens erobert, jeweils wegen der Schranken, die den nationalen Befreiungsprozessen der Neuzeit gesetzt waren. Derzeit dringt es in Europa vor, obwohl es hier bei den Demokraten üble Erinnerungen an den demagogisch-populistischen Bonapartismus weckt. Den Anstoß gab leider Frankreich mit der Gründung der V. Republik de Gaulles, die für die Demokratie keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt bedeutete. Die französische Gesellschaft hat sich offenbar darein gefügt; man argumentiert nur der Opportunität halber mit der »Instabilität der Regierungen« in parlamentarischen Regimes.

Das Präsidialsystem fördert auch die Bildung von Koalitionen unterschiedlicher Interessen, im Idealfall von zwei Anhängerschaften je eines Präsidentschaftskandidaten, statt der Formierung echter politischer Parteien (z.B. der Sozialisten), die wahrhaft alternative Gesellschaftsprojekte zum Tragen bringen könnten. Auch hierin ist der Fall der USA lehrreich. Faktisch gibt es weder eine demokratische noch eine republikanische Partei, sondern, wie Julius Nyerere nicht ohne Humor sagte, »zwei Einheitsparteien«. Die US-amerikanischen Volksmassen haben das auf ihre Weise begriffen. Sie gehen bekanntlich nicht zur Wahl, weil sie wissen, dass das nichts nützt. So definiert sich eine Demokratie niedriger Intensität.

Die anderen demokratischen Einrichtungen in den Ländern des »Westens« tendieren zur Zeit meines Erachtens nicht weniger zum Negativen und zur Stärkung des Konservatismus. So stärkt die »Dezentralisierung« mit den vermehrt an lokale Repräsentativorgane übertragenen Befugnissen die Macht der örtlichen Großbürger und den Geist des »Kommunitarismus«. In Frankreich stehen die Machtorgane der neuen Regionen³ fast durchweg weiter rechts als jene der Nation. Das ist kein Zufall. Im europäischen Rahmen soll die Dezentralisierung erklärtermaßen »die Nationen aufbrechen«, damit Regionen entstehen, die in unterschiedlichem Grade direkt in das Wirtschaftssystem der EU einbezogen werden können. Außer Acht bleiben bei dieser Strategie die möglichen Effekte verstärkter Ungleichheiten, die bereits die Einheit Italiens und Spaniens gefährden. Im post-titoistischen Jugoslawien wurde dieser Weg beschritten und seinerzeit von den G 7 und der Weltbank begrüßt; das Ergebnis ist bekannt.

³ Im Zuge der Verwaltungsreformen zugunsten der Dezentralisierung geschaffene Verwaltungsebene zwischen Nationalregierung und Départements (Anm. d. Übers.).

Nach dem angloamerikanischen Modell soll es keine permanenten Bürokratien geben. Marx und Engels hielten das noch für einen Vorteil gegenüber dem tief verwurzelten bürokratischen Erbe in Europa. Inzwischen wird es zum Mittel der konservativen Politik, die Umsetzung ihrer Programme unverantwortlichen zeitweiligen Klientelen zu überlassen, die sich überwiegend direkt aus Geschäftskreisen rekrutieren (und damit Kläger und Richter in einem sind). Die heute übliche gedankenlose Kritik an der »Bürokratie« fördert die systematischen Kampagnen gegen die bloße Idee der öffentlichen Dienste, die man durch kommerzielle private Dienstleister ersetzen will. Objektiv betrachtet, zeigt sich, dass die angeblich »bürokratischen« öffentlichen Dienstleistungen durchaus nicht so ineffizient sind. Den schlagenden Beweis liefert der Vergleich des Gesundheitswesens in den USA und in Europa. Zudem ist der öffentliche Dienst in einer Demokratie mindestens potentiell transparent, der privatisierte dagegen, weil durch das »Geschäftsgeheimnis« geschützt, seiner Definition nach undurchsichtig. Den öffentlichen Dienst, d.h. die Sozialisation durch die Demokratie, durch private Dienstleister, d.h. die Sozialisation durch den Markt, ersetzen zu wollen, bedeutet, sich dem Konsens anzudienen, wonach Politik und Ökonomik zwei strikt voneinander getrennte Bereiche sein sollen. Doch gerade dieser Konsens ruiniert das gesamte Potential einer Radikalisierung der Demokratie.

Die »unabhängige« Justiz und ihre extreme logische Konsequenz, das Prinzip der gewählten Richter, haben vorgeführt, wie sie ihrerseits die Verwurzelung von stets konservativen, ja selbst reaktionären Vorurteilen befördern und die Radikalisierung der Demokratie behindern können. Das Modell wird dennoch anderenorts nachgeahmt, z.B. in Frankreich, mit kurzfristigen Folgen, die ich nicht kommentieren möchte.

5. In der Grundthese des bürgerlichen Sozialdenkens, der Annahme einer »natürlichen« Konvergenz von Demokratie und Markt, lag von Anfang an die Gefahr der Verirrung, der wir jetzt ausgesetzt sind. Denn sie unterstellt eine mit sich selbst versöhnte, konfliktlose Gesellschaft, wie sie in manchen »postmodernen« Interpretationen dargestellt wird. Die Konvergenz wird zum nicht mehr hinterfragten Dogma. Wir haben es daher nicht mehr mit einem Versuch zu tun, die Politik in der realen Welt so wissenschaftlich wie möglich zu begreifen, sondern mit einer Theorie des Imaginär-Politischen. Sie bildet in ihrem Bereich das Gegenstück zu der »reinen Ökonomie«, die nicht den real existierenden Kapitalismus theoretisiert, sondern eine imaginäre Ökonomie. Sobald man das seit der Aufklärungsära geltende Postulat der »Vernunft« in Frage gestellt und das Maß der historischen Relativität der sozialen Logiken erfasst hat, kann man die heute propagierte Vulgata der Konvergenz von Demokratie und Kapitalismus nicht mehr akzeptieren.

Der Widerspruch zwischen Individuum und Kollektiv, den jede Gesellschaft auf allen Ebenen in sich birgt, wurde in allen vormodernen Sozialsystemen durch die Negation seines ersten Gliedes überwunden, d.h. mit der Domestizierung des Individuums durch die Gesellschaft. Das Individuum war nur vermittelt seiner Stellung in der Familie, dem Clan, der Gesellschaft und durch sie kenntlich. In der Ideologie der modernen (kapitalistischen) Welt sind die Glieder der Negation vertauscht: Die Moderne behauptet für sich, die Rechte des Individuums geltend zu machen, sei es auch gegen die Gesellschaft. Diese Umkehrung ist nur die Vorbedingung einer Befreiung, der Ansatz dazu. Denn sie setzt gleichzeitig ein Potential dauernder Aggressivität in den Beziehungen zwischen den Individuen frei. Die kapitalistische Ideologie bringt dessen Realität in ihrer zweifelhaften Moral zum Ausdruck: Es lebe die Konkurrenz, der Sieg des Stärkeren. Die verheerenden Wirkungen dieser Ideologie werden mitunter durch die Koexistenz anderer Moralprinzipien gedämpft, die sehr weitgehend religiöser Herkunft oder aus früheren Gesellschaftsformen überliefert sind. Wenn diese Sperren nachgeben, kann die einseitige Ideologie der Rechte des Individuums nur Horror erzeugen.

Wie könnten nun jenseits des Kapitalismus die Rechte des Individuums und der Kollektivität in dialektischer Synthese ausgesöhnt werden? Wie könnte diese Aussöhnung dem Leben des Individuums und der Gesellschaft mehr Transparenz verleihen?

Wie der Leser gewiss bemerkt hat, funktionieren die Verhältnisse zwischen utopischem Liberalismus und pragmatischer Steuerung im historischen Kapitalismus und zwischen sozialistischer Ideologie und realer Steuerung der Sowjetgesellschaft auffallend ähnlich. »Sozialistische Ideologie« meint hier den Bolschewismus, der im Anschluss an die europäische Sozialdemokratie von vor 1914 die »natürliche« Konvergenz der Logiken der verschiedenen Instanzen des sozialen Lebens nicht hinterfragte und der Geschichte in einer oberflächlichen linearen Interpretation ihres »notwendigen« Verlaufs einen »Sinn« zuschrieb. Das war zwar eine Lesart des historischen Materialismus, aber nicht die einzig mögliche Marx-Rezeption; ich teile sie jedenfalls nicht. Die Konvergenz ergab sich hier wie gehabt: Die Steuerung der Wirtschaft durch den staatlichen Plan (an der Stelle des Marktes) verhiess dieser Dogmatik zufolge die angemessene Befriedigung der Bedürfnisse; die Demokratie hatte nur die Entscheidungen der Plankommission zu bekräftigen; zu opponieren war irrational. Aber dieser imaginäre Sozialismus kollidierte auch mit den Erfordernissen der Steuerung des real existierenden Sozialismus, der gewichtige reale Probleme zu bewältigen hatte, u.a. um die Produktivkräfte zu entwickeln und »aufzuholen«. Dazu bedienten sich die Machthaber insgeheim unsäglich zynischer Praktiken. Der Totalitarismus eignet beiden Systemen, und er äußert sich in derselben Weise: in systematischer Verlogenheit. Wenn er in der UdSSR offenkundig

brutaler zu Tage getreten ist, so deswegen, weil der aufzuholende Entwicklungsrückstand eine extreme Belastung darstellte, während der Vorsprung des Westens seinen Gesellschaften bequeme Ruhekissen bot und sein Totalitarismus daher oft »sanfte« Formen annahm, wie jene des Konsumterrors in Zeiten ungestörten Wachstums.

Die These der Konvergenz, der »Überdeterminiertheit«, fallen zu lassen und den Konflikt der den Instanzen eigenen Logiken, also die Unterdeterminiertheit, zu akzeptieren, ist die Voraussetzung für eine Interpretation der Geschichte, die Wirklichkeit und Theorie in Einklang bringen kann, wie auch für das Auffinden von Strategien, die der Aktion reale Wirksamkeit verschaffen und somit den sozialen Fortschritt in seinen sämtlichen Dimensionen ermöglichen.

Die Sozialisation, verstanden als Aussöhnung von Individuum und Gesellschaft, trat historisch in verschiedenen Formen auf, die aus unterschiedlichen Eigenlogiken resultierten. In den vorkapitalistischen Gesellschaften gründete sie sich auf das – freiwillige oder erzwungene – Bekenntnis zu gemeinsamen religiösen Glaubensauffassungen sowie auf die persönliche Treue zu herrschaftlichen Dynastien und Königshäusern. In der modernen Welt beruht die Sozialisation auf der Expansion der kapitalistisch-kommerziellen Verhältnisse, die allmählich alle Seiten des Gesellschaftslebens durchdringen und alle anderen Bindungsformen (der Familie, der Gemeinschaft, der Nation) verdrängen oder zumindest weitgehend dominieren. Diese Form der Sozialisation »durch den Markt« ermöglichte zwar eine enorme Beschleunigung der Entwicklung der Produktivkräfte, verschärfte jedoch auch deren destruktive Züge. Sie reduziert die Menschen tendenziell auf den Status von »Leuten«, die als ökonomische Wesen nur als passive »Verbraucher«, als politische Wesen nur als ebenso passive »Zuschauer« (und nicht mehr als Bürger) identifiziert sind. Die Demokratie, unter diesen Bedingungen höchstens im Keim vorhanden, kann und muss die Grundlage einer vollkommen anderen Sozialisation werden, einer Sozialisation, die imstande ist, dem ganzen Menschen volle Mitverantwortung für die Steuerung aller Aspekte des Gesellschaftslebens, von Wirtschaft wie Politik, zu geben. Wenn der Sozialismus, wie diese Perspektive heißen muss, nicht ohne Demokratie vorstellbar ist, so erfordern Fortschritte der Demokratisierung, wegen des Konflikts letzterer mit der kapitalistischen Logik, ihrerseits die sozialistische Perspektive. Noch einmal: Kein Sozialismus ohne Demokratie; kein demokratischer Fortschritt außerhalb der sozialistischen Perspektive.

III. Die Neuformierung des Kapitalismus

Wird allein das Neue im heutigen globalisierten Wirtschaftssystem beobachtet und analysiert, so glaube ich nicht, dass sich daraus ein mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zutreffendes Zukunftsszenario ableiten lässt. Das heißt nicht, die Bedeutung der »neuen Fakten« zu ignorieren. Fakten sprechen jedoch nie für sich; sie lassen sich erst durch eingehende Analyse in einen Kontext stellen, in dem sie einen Sinn ergeben, sodass sich die strukturellen Tendenzen der langfristigen Evolution abzeichnen und von vorübergehenden konjunkturellen Veränderungen abheben. Der dominante Diskurs wirft nicht nur in seinen Vulgärfassungen meist das Vorübergehende und das Dauerhafte zusammen; er ergeht sich auch in einem ökonomistischen Determinismus, der ihm gestattet, unablässig so arrogant wie ignorant im Stil Mrs. Thatchers zu behaupten: »Es gibt keine Alternative.«

Um hier die Hauptzüge der Debatte darzulegen, werde ich auf folgende Probleme und Fragen eingehen:

(i) Kann man überzeugend identifizieren, was das »Neue« an Dauerhaftem, langfristig weiter Wirkendem enthält, und was darin nur vorübergehend, d.h. mit der charakteristischen Akkumulationskrise in der aktuellen Transitionsphase verbunden ist?

(ii) Wie soll man gegebenenfalls die Wechselwirkung der ermittelten dauerhaften Evolutionen mit den permanenten Grundlogiken des Kapitalismus analysieren?

Der Verlauf der Krise¹

1. Merkmale der 1970er, 1980er und 1990er Jahre waren anhaltendes Nachlassen der Wachstumsraten und zunehmende finanzielle Hypertrophie. Über diese unbestreitbaren Tatsachen besteht allgemeines Einverständnis.

Die Wachstumsraten des BIP, die im Weltmaßstab vor 1970 bei über 5% pro Jahr lagen, fielen für die letzten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts erst auf 4,5%, dann auf 3,4% und schließlich auf 2,9%. Außerdem boten die ersten

¹ Die makroökonomischen Daten dieses Abschnitts sind größtenteils entnommen aus: Jorge Beinstein, *La larga crisis de la economía global*, Buenos Aires, Corregidor 1999. Der Autor hat, neben anderen Quellen, insbesondere die Publikationen der OECD ausgewertet.

beiden Jahre des 21. Jahrhunderts keine Anzeichen einer Trendwende. Sie dementierten damit die Schönwetterprognosen der G 8, die Jahr für Jahr wieder gestellt werden, als ob man nicht mehr wüsste, dass man schon im Vorjahr dasselbe versprochen hatte. Diese Wachstumsabschwächung ging einher mit einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz: Der Anteil der Exporte am BIP der OECD-Länder stieg von 9% für 1960 bereits im Jahr 1996 auf 22%.

Das nachlassende Wachstumstempo brachte die öffentlichen Finanzen überall in Schwierigkeiten, weil die Einnahmen des Fiskus schrumpften, die öffentlichen Ausgaben aber relativ feste Größen blieben. Die Defizite wurden überall durch Aufnahme höherer öffentlicher Schulden überbrückt: Im Verhältnis zum BIP der G 8-Länder stieg dieses Schuldenvolumen von 42% für 1980 auf 72% für 1998. Gleichzeitig entschieden sich die Regierungen, in öffentlichen Schuldverschreibungen angelegtes Kapital höher zu verzinsen: Die entsprechenden Zinssätze der G 8-Länder wurden von 0,8% für den Zeitraum 1960-69 auf 6,0% für den Zeitraum 1980-89 erhöht. Die Wortführer des Liberalismus behaupten, diese Zinserhöhungen habe »der Markt« aufgrund der zunehmenden Nachfrage der Staaten nach Darlehen durchgesetzt.

Die so genannte finanzielle Hypertrophie, die Aufblähung des Finanzsektors, entstand generell aus einer Reihe von erkennbaren, messbaren und unbestrittenen Phänomenen: (i) der Expansion des Volumens der Kapitalmärkte, d.h. der Gesamtheit der Aktien sowie der öffentlichen und privaten Schuldverschreibungen, die weit schneller abläuft als das allgemeine Wirtschaftswachstum, sodass sich dieses Volumen bereits 1995 auf 189% des BIP der Triade belief; (ii) der außerordentlichen Diversifizierung der auf jenen Märkten gehandelten Wertpapiere (durch das Erfinden vielfältiger »Derivate«) und der parallelen explosionsartigen Zunahme von, wie man sagen muss, spekulativen Finanzoperationen; (iii) der »Finanzialisierung« der Unternehmen, die ihre Ressourcen zunehmend für Finanzanlagen statt für physische Investitionen verwenden (in Frankreich wurden z.B. die Ressourcen der Unternehmen 1979 nur zu 3% für Finanzanlagen gegenüber 78% für reale Investitionen verwendet, 1989 dagegen zu 36% für Finanzanlagen gegenüber 48% für Investitionen); (iv) der fortschreitenden Globalisierung dieser finanziellen Hypertrophie, die sich in der galoppierenden Börsenkapitalisierung in den »aufstrebenden« Ländern wie Hongkong, Singapur, Malaysia usw. äußert, wo sie von weniger als 70% ihres BIP für 1983 auf mehr als 250% für 1993 anstieg.

2. Die Meinungsverschiedenheiten beginnen, sobald nach den Ursachen dieser Veränderung und vor allem nach deren mittel- und langfristiger Perspektive gefragt wird.

Die liberale Doktrin und die davon inspirierte Pseudowissenschaft der »reinen Ökonomie« haben nur tautologische Erklärungen zu bieten. Die besagte

Veränderung sei Ausdruck der »Marktgesetze«, die die liberalen Optionen der letzten Jahrzehnte in Kraft gesetzt hätten; die aktuellen Vorgänge wären ihrem Wesen nach »Korrekturen« der durch »antiliberalen« interventionistischen Politiken in den vorangegangenen Jahrzehnten erzeugten »Verzerrungen«.

Das Argument ist äußerst dürftig und von der Natur einer *Petitio principii*.² Denn wenn die interventionistischen Prinzipien in früheren Jahrzehnten stärkeres Wachstum (und daher weniger Arbeitslosigkeit) sowie eine stabilere Einkommensverteilung (und daher nicht derart zunehmende Ungleichheiten) bewirkt haben, ist nicht ersichtlich, inwiefern diese Prinzipien so viel »falscher« gewesen sein sollen als die »richtigen Prinzipien«, die das Gegenteil bewirken!

Die liberale Doktrin verschanzt sich zuweilen hinter dem Zusatzargument, die »schwierige« Evolution folge aus der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten, denn diese seien jetzt offener als zuvor unter den »protektionistischen«, interventionistischen Politiken, die zugunsten der »richtigen Prinzipien« verworfen wurden. Die Öffnung habe sich überdies von selbst notwendig gemacht, und zwar infolge einer Tendenz zur »Globalisierung«, die sich unabhängig von den wirtschaftspolitischen Entscheidungen wie eine – quasi »natürliche« – objektive Bewegung durchsetze. Auch hier mangelt es dem Argument an Stichhaltigkeit. Wenn die schärfere globalisierte Konkurrenz allen Beteiligten nachlassendes Wachstum beschert, inwiefern ist dann das Prinzip der unkontrollierten Öffnung »richtiger« als das der Regulierung des internationalen Marktes, das seinerzeit ein stärkeres allgemeines Wachstum bewirkt hat, wenn auch bei geringer ausgeprägtem Abstand zwischen dem Wachstum des BIP und demjenigen des weltweiten Handels? Aus der empirischen Analyse der Fakten müsste man logisch das Gegenteil dessen folgern, was die liberale Dogmatik behauptet. In der geschmähten Vergangenheit war der Außenhandel nicht der Wachstumsmotor; sein Wachstum war selbst Nebenprodukt der Expansion der Binnenmärkte. Jetzt will man die Expansion der Exporte zum Motor des Wachstums machen, erreicht aber, dass es nachlässt. Inwiefern ist dann die Wahl dieses Prinzips richtiger als sein verschmähtes Gegenteil?

Schließlich ist die liberale Vulgata nur zu retten, wenn die ihr folgenden »Theorien« nachweisen können, dass die aktuelle Evolution nur der »Übergang« zu einer Struktur ist, die allen der Logik der liberalen Prinzipien gehorchenden Ländern – gleich welchen Entwicklungsniveaus – stärkeres Wachstum sichert und allen betroffenen Bevölkerungsschichten durch diverses »Niedertröpfeln« (das famose *trickle down* des anglisierten Standardjargons) Nutzen bringt. Diesen Nachweis gibt es nicht. Es wird einfach verlangt, daran zu glauben, so wie man an die heilende Wirkung des Marktes zu glauben hat.

² Verwendung eines unbewiesenen, erst noch zu beweisenden Satzes als Beweisgrund für einen anderen Satz (Anm. d. Übers.)

3. Meine Erklärung, die zunächst den aktuellen Fakten Rechnung tragen und danach prüfen soll, wohin sie führen, ist ganz anderer Art.

Im Mittelpunkt steht die Analyse der sozialen Kräfteverhältnisse, die zwei Hauptgruppen bilden: zum einen diejenigen, in denen die Konflikte zwischen Arbeit und Kapital in den einzelnen Ländern zum Ausdruck kommen, und zum anderen jene, in denen sich die Konflikte zwischen den am Weltsystem beteiligten nationalen Systemen äußern. Diese Verhältnisse werden nicht von einer von außen einwirkenden Marktlogik »erzeugt«; sie definieren vielmehr den Rahmen, worin diese Logik wirkt. Die Veränderung in den betroffenen sozialen Verhältnissen bestimmt diejenige der Struktur der Märkte.

Nun waren diese Verhältnisse von 1945 bis 1980 günstiger (oder weniger ungünstig) für die Arbeit und für die Nationen der Peripherien als in der Folgezeit. Sie lagen sowohl den damaligen politischen Optionen (allgemein gesagt, für die »Regulierung der Märkte«) als auch dem Erfolg dieser Politiken (starkes Wachstum, weniger ungleiche Verteilung) zugrunde. Die allmähliche Erschöpfung des Entwicklungspotentials der auf diese Verhältnisse gegründeten Wachstumsmodelle schuf die Bedingungen für ihre, wie häufig in der Geschichte, ziemlich gewaltsame Umkehrung zugunsten des Kapitals in seinen Beziehungen zur Arbeit und daher auch der »Zentren« (der Triade) in ihren Beziehungen zu den Peripherien. Die drei Modelle regulierter Akkumulation – den Sozialstaat der kapitalistischen Zentren, den sowjetischen Sozialismus und die nationalen Populismen der Peripherien – gibt es heute nicht mehr.

Die Erosion ihrer Entwicklungskapazitäten äußert sich bereits seit dem Ende der 1960er Jahre in einem ausgeprägten tendenziellen Fall der Profitraten, der die Kapitalbesitzer veranlasst, entweder ihre Entscheidungen deutlich zu verzögern oder, im Fall der Unternehmen, Investitionen nicht mehr auf Erweiterung der ohnehin nicht ausgelasteten Kapazitäten, sondern auf Verbesserung ihrer Konkurrenzfähigkeit auszurichten. Die (zumeist transnationalen) Unternehmen, denen Letzteres am besten gelingt, werden Vorreiter, weil potentielle Nutznießer, der Bewegung für die »weltweite Marktöffnung«. Die Krise ist in diesem ersten Stadium eine Überakkumulationskrise.

Konventionelle Ökonomen betrachten diese Krise seinerzeit als Konjunkturphänomen, das die »Verzerrungen« aus der Endphase des vorausgegangenen Booms (der »30 glorreichen Jahre«) korrigieren und bald neues Wachstum auslösen werde. Aber die Krise nimmt einen ganz anderen Verlauf. Sie bleibt auf Dauer, verschärft sich, und ab Mitte der 1970er Jahre verbreitet sich die seit 1945 verschwundene Massenarbeitslosigkeit wieder in allen OECD-Ländern; nur Japan bildet die Ausnahme, bis in die 1990er Jahre. Die Krise entfaltet sich zur Abwärtsspirale: ständig nachlassendes Wachstum, Anstieg der Arbeitslosigkeit, zunehmende Polarisierung der Einkommensverteilung, »Finanzialisierung«. Wo liegen die Gründe?

Die konventionellen Ökonomen haben keine Antwort auf diese Frage. Bald verweisen sie auf einen sekundären konjunkturellen Umstand – die Anpassung der Erdölpreise im Jahr 1973 – bald berufen sie sich auf die »technologische Revolution«, die in ihrer Sicht und Methodik ein »exogener Faktor« ist. Die konventionelle Ökonomie scheitert an ihrem grundsätzlichen Vorurteil, dem absichtlichen Ignorieren der Veränderung der sozialen Verhältnisse.

Nun erklärt sich die Verstetigung der Krise eben nur aus einer Rückentwicklung der sozialen Verhältnisse, die für die arbeitenden Klassen und die Völker der Peripherie immer ungünstiger, für das dominante, transnationalisierte Kapital immer günstiger werden. Stärkung der Macht des Kapitals gegenüber den arbeitenden Klassen und den Völkern, Nachlassen des Wachstums, Zuspitzung der sozialen Ungleichheiten, erneuter Anstieg der Profitraten passen zueinander und verstärken sich wechselseitig während der Entfaltung der »deflationären« Spirale. Die angewandten liberalen Maßnahmen sind das, was das Kapital will, und bewirken genau das, was dem ausschließlichen Erfordernis des Kapitals entspricht: die Gesundung der Profitraten.

Die wachsende soziale Ungleichheit – messbar am zunehmenden Anteil der Profitsumme (und dem parallel abnehmenden Anteil der Arbeitseinkommen) am Neuwert – durchkreuzt jedoch die Übereinstimmung zwischen einer gegebenen Struktur der Aufteilung des Nettoprodukts auf Löhne und Profite einerseits und andererseits der Koinzidenz von (durch die Lohnsumme bestimmter) zahlungsfähiger Nachfrage und dem zur Sicherung der entsprechenden Produktion erforderlichen Investitionsvolumen. Der Bruch dieser Übereinstimmung zerstört die Triebkraft der expandierenden Reproduktion. Statt ihrer kommt es zu nachlassendem Wachstum oder sogar zum Abschwung.

Die Krise hat ihr Wesen geändert. Aus der Überakkumulationskrise ist eine Krise der Unterkonsumtion und relativen Überproduktion geworden. Einen Ausweg bieten daher nur Regulierungsmaßnahmen, die eine für die Arbeitenden und die Völker der Peripherie günstigere Einkommensverteilung sichern, auf dieser Basis wieder die Nachfrage steigern und in Kauf nehmen, dass die Profitrate erneut nachgibt. Aber eine derartige Revision der Gesamtstruktur der Einkommensverteilung ist nur durch Stärkung des sozialen Gewichts der Opfer der kapitalistischen Ausbeutung zu erzielen; sie kann nicht aus Marktmechanismen hervorgehen, die der Logik der Profitmaximierung gehorchen. Nur eine Flut erfolgreicher sozialer Kämpfe gegen das Kapital kann die »deflationäre« Spirale durchbrechen.

Der liberale Diskurs hat einzig die Funktion, die Ansprüche des Kapitals zu legitimieren – vor allem die Steigerung der Profitraten. Der Mythos vom selbstregulierenden Markt legt in der Tat die Behauptung nahe, diese Steigerung müsse letzten Endes Wachstum schaffen, obwohl sie es in Wirklichkeit drosselt und zugleich mehr Ungleichheit stiftet.

Die konventionellen Ökonomen haben nie etwas anderes produziert als scheinbar vernünftige Begründungen der jeweils betriebenen Politiken, die auf den sozialen Kräfteverhältnissen in allen Abschnitten der Geschichte des real existierenden Kapitalismus beruhten. Ihr massives Einschwenken auf den Liberalismus ist selbst Ausdruck dieses Willens zur pseudorationalen Begründung und Rechtfertigung der Politiken des Kapitals zu einem Zeitpunkt, wo ein soziales Ungleichgewicht zu dessen Gunsten wirkt. Im Liberalismus offenbart sich nämlich der permanente Wunschtraum des Kapitals, alle Dimensionen der Gesellschaft einseitig lenken und der Ausgrenzungslogik des Maximalprofits unterwerfen zu können. Aber dieser Traum ist nur eine schlechte Utopie. Denn die Ausgrenzungslogik des Profits führt nicht zur maximalen Expansion, sondern im Gegenteil in die Deflationsspirale. Die Expansion erfordert soziale Verhältnisse, die die Seite der Arbeit weniger benachteiligen. Der Kapitalismus funktioniert nur dann »gut«, wenn seine Gegner stark sind und das Kapital gezwungen ist, sich an Forderungen anzupassen, die nicht seiner einseitigen Ausgrenzungslogik entspringen.

Die liberale Logik bemüht sich zu zeigen, dass dem nicht so ist, dass der soziale Fortschritt vielmehr das Nebenprodukt einer Akkumulation ist, die im Maße der Unterwerfung der Gesellschaft unter die Profitlogik Schwung erhält. Aber dazu muss sie die Analyse des real existierenden Kapitalismus aufgeben und statt dessen die »Theorie« eines imaginären Kapitalismus mit selbstregulierenden Märkten aufstellen – eine Theorie der Unwirklichkeit.

Der Irrtum – oder Unverstand – derjenigen, die mindestens zum Teil die sozialen Interessen der Opfer des Kapitals vertraten und verteidigten, will sagen, der Sozialdemokraten, bestand in dem Glauben, dass die Niederlage ihrer Mitbewerber und Widersacher, der »Kommunisten« des real existierenden Sozialismus und der nationalen Populisten der Dritten Welt, ihren Triumph ankündige. In Wirklichkeit zog die Niederlage der Genannten ihre eigene Niederlage und ihr Einschwenken auf den Liberalismus nach sich, und das schuf günstige Bedingungen für das einseitige Diktat des Kapitals.

Die Finanzialisierung: Konjunkturphänomen oder Anzeichen einer dauerhaften Transformation des Kapitalismus?

1. Dem Zeitgeist folgend wird behauptet, ein neues, dauerhaftes Kennzeichen der kommenden Phase des Kapitalismus bilde die »Finanzialisierung«. Die Anführungszeichen sollen hier darauf hinweisen, dass der Ausdruck im modischen Diskurs ebenso ungenau und missbräuchlich verwendet wird wie das Wort »Globalisierung«. Das kapitalistische System war nämlich immer »finanzialisiert«; es ist nur im Bannkreis von Geld und Kredit denkbar.

Der Zwang zum makroökonomischen Gleichgewicht äußert sich zuerst in realen Daten. Jede Komponente der Ressourcen (Bruttoproduktion, Importe) und ihres Gebrauchs (öffentliche Konsumtion, private Konsumtion, Bruttobetrag der Fixkapitalbildung, Änderungen der Lagerbestände, Exporte) ist selbst eine Summe von realen Werten. Aber das Kapital (Fixkapital plus Lagerbestände) kann auf zweierlei Art erfasst werden. In realen Daten wird es von der Summe der Werte der Fixkapitale und der Bestände an Rohstoffen, Halbfabrikaten und noch nicht in den Endverbrauch eingeflossenen Fertigprodukten definiert. Parallel dazu kann das Kapital unter seinem finanziellen Aspekt erfasst werden: als Wert des Bestands der von Akteuren gehaltenen Besitztitel (Aktien, private Schuldverschreibungen), wobei die öffentlichen Schuldverschreibungen eine andere Dimension des Eigentums ermöglichen, nämlich das Anrecht auf Einkommensanteile an zukünftiger Produktion.

Der Ausdruck »Finanzialisierung« bezieht sich auf diese Dichotomie in der Bewertung des Kapitals und in diesem Rahmen auf die letztlich mögliche, selbstständige Bewertung des Bestands an Kapitaleigentumstiteln durch den »Markt«, d.h. durch die Wertpapierbörse.

Der momentan gängige Diskurs versteht also unter der »Finanzialisierung« die Wahl von Steuerungsverfahren für ökonomische Entscheidungen (mithin für die Akkumulation), die auf maximales Wachstum des aus Eigentumstiteln gebildeten Vermögens abzielen, anstatt von Steuerungsverfahren, die maximale Profitraten im jeweiligen Unternehmen anstreben. Die beiden Steuerungsarten stehen zwar zueinander in Beziehung, weil die Bewertung der Eigentumstitel vom Profit abhängt; aber diese Beziehung ist mittelbar und spricht daher nicht gegen die Spezifik einer einmaligen, besonderen Akkumulationsweise. Nun soll die Akkumulationsweise des gegenwärtigen Kapitalismus laut Michel Aglietta (2000) insofern neu sein, als sie eben auf Steuerungsverfahren beruht, die unmittelbar auf maximalen Wertzuwachs des Vermögens ausgehen. Daher die Bezeichnung der Finanzialisierung als finanzgetriebenes Akkumulationsregime.

2. Die These der finanzgetriebenen Akkumulation bezieht sich also auf das Verhältnis von Kapitaleigentum und Kapitalmanagement. Die Koinzidenz von Eigentum und Steuerung war zwar nie total und vollkommen, aber sie dominierte die Strukturen des Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert. Dann beinträchtigte die Tendenz zur Trennung beider Funktionen ein Jahrhundert lang, von 1880 bis 1980, diese Koinzidenz, konnte sie aber nicht beseitigen, weil der Kapitalismus auf dem Rechtsgrundsatz der Unantastbarkeit des Eigentums beruht. Die relative Trennung, die in unterschiedlichen Ländern und Zeiten vielfältige Formen annahm, hing eng zusammen mit der Bildung von Oligopolen und der Transformation der Verhältnisse zwischen dem erkennbaren Realkapi-

tal (in den Unternehmen) und der finanziellen Dimension der Eigentumsformen (Aktiengesellschaften, Bankbeziehungen der Unternehmen, Verbreiterung des Aktienbesitzes usw.). Aus marxistischer Sicht sind die Gründe dieser Trennung unschwer zu erfassen: Sie zeigt an, dass die Vergesellschaftung der Produktion zunehmend im Widerspruch zum weiterhin privaten Charakter des Kapitaleigentums steht, der über die Lenkung der Produktion bestimmt. Andere haben diese Trennung anders theoretisiert; Burnham und später, in einer »freundlichen« Version, Galbraith wandten ein, dass eine »technokratische Klasse« von Managern im öffentlichen und im Privatsektor die Inhaber von Eigentumstiteln ablöse. Keynes begrüßte diese Ablösung, denn sie ermöglichte ihm zufolge »die Euthanasie der Sparer und Rentner« – die Voraussetzung dafür, dass sich das Kapital tatsächlich während einer Phase seiner Geschichte von den destruktiven Dogmen des Liberalismus lösen konnte.

Der modische Diskurs spricht jetzt von der Rückerstattung der Vorrechte an die Kapitaleigner. Dieser Vorgang betreffe im Übrigen keine kleine Minderheit (von »Bourgeois«) mehr, sondern sehr große Mehrheiten von »einfachen Leuten«, von Lohnabhängigen, über deren Beteiligungen an institutionellen Anlegern (Pensionsfonds, Bausparkassen) oder an Börsenoperationen, die sie neuerdings *en masse* tätigten. Die finanzgetriebene Akkumulation sei gerade diejenige, welche von den Entscheidungen dieser auf die finanzielle Rentabilität ihrer Anlagen achtenden Eigner, der Shareholder, bestimmt werde.

Dieser Diskurs unterscheidet sich nicht sonderlich von den altbekannten Reden über den »Volkskapitalismus« und die »Volksaktienbesitzer«. Aber er ist auch ebenso realitätsfern wie diese aufgewärmten Sprüche. Das Kapital wird weiterhin von den Oligopolen dominiert, heute von den »Transnationalen«, und diese wiederum von einer Handvoll wirklicher Kapitalisten. Der Baron de Sellières, Präsident des französischen Unternehmerverbands MEDEF, gehört dazu, nicht jedoch die zu Hunderttausenden übers Ohr gehauenen Aktionäre des Ärmelkanaltunnels, die in einer Interessenvertretung zusammengefounden und diese auf den Namen der »Eurocons du tunnel« (wörtlich etwa »Eurodüssel vom Tunnel«) getauft haben. Die kollektiven Anlagefonds werden nicht »demokratisch« von den Anteilseignern gesteuert, sondern von Finanztechnokraten, die ihrerseits als reale Partner des dominanten Kapitals gelten können.

Natürlich passen auch die Betrachtungen über die zunehmende Bedeutung der finanziellen Anlagen der (angelsächsischen) Pensionsfonds zu diesen Reden vom »Volkskapitalismus«. Die einschlägige Argumentation hebt den steigenden Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung der Triade hervor; die Konsequenz sei das rasche Anschwellen der Pensionsfonds. In diesen Analysen wird ein »Block der Gläubiger« als bereits bestehende, ihrer Interessen bewusste soziale Kraft dargestellt. Es handele sich um die Gesamtheit der Ruhestandler und, hinter ihnen, der »fest« Beschäftigten. Im Verein mit den Ma-

nagern der Pensionsfonds, die vor allem das Gespenst der Inflation verscheuchen wollten, seien sie Nutznießer der finanziellen Kapitalisierung ihrer Fonds. Dieser Block stehe im Gegensatz zu dem der »Ausgegrenzten«, der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Die soziale Scheidelinie konfrontiere nicht mehr das Kapital mit der gesamten Seite der Arbeit, sondern den Block der Gläubiger (der Kapital und Arbeit vereine) mit den Ausgegrenzten. Dazu wird eine Debatte fällig. Denn die private Kapitalisierung der Fonds, das amerikanische Modell, widerspricht der Tradition der europäischen Länder und der Linken, die das System solidarischer Lastenteilung bevorzugt. Allerdings haben die gegenwärtigen Machthaber Europas dafür optiert, das Umlageverfahren durch das amerikanische Modell zu ersetzen. Ist das nicht gerade eine Strategie, die den – noch – nicht vorhandenen »Block der Gläubiger« zustande bringen soll, ein »unvermeidliches« Produkt der gegenwärtigen Veränderung, die für die dominanten Kräfte des Kapitals den offensichtlichen Vorteil hat, eine mögliche Front der Arbeit aufzubrechen?

Die Rede von der finanzgetriebenen Akkumulation scheint kaum mehr zu sein als ein ideologischer Ausdruck der auf den Liberalismus eingeschwenkten Sozialdemokratie. Sie tut so, als glaube sie an den »Volkskapitalismus«, sie akzeptiert und legitimiert die Strategie des Kapitals, statt des Kontrasts von arbeitenden Klassen und Kapital einen künstlichen Gegensatz zwischen den Generationen (Erwerbstätigen; Ruheständlern) herzustellen und die Spaltung zwischen den mehr oder minder stabil beschäftigten Segmenten der arbeitenden Klassen und den übrigen, prekarisierten Teilen zu vertiefen. Dementsprechend wird dazu aufgerufen, diese Neuordnung hinzunehmen und auf den sozialen Kampf um die Änderung der grundlegenden Kräfteverhältnisse zu verzichten. Die finanzgetriebene Akkumulation ist keine objektive Notwendigkeit, die sich als solche durchsetzt, sondern eine Strategie – des Kapitals.

3. Kann der geschätzte Wert des Vermögens unabhängig vom realwirtschaftlichen Produktionsgeschehen »davonziehen«?

Liegt die Wachstumsrate des geschätzten Vermögenswerts höher als die der Wirtschaft, so wird das BIP mit Notwendigkeit immer stärker ungleich zugunsten der Kapitaleinkommen verteilt. Möglich wäre das, so heißt es, weil die »Individuen«, aus denen sich die neue Gesellschaft zusammensetzt, Arbeiter und Eigentümer zugleich seien und das, was sie in ihrer ersten Eigenschaft verlören, in ihrer zweiten Eigenschaft zugewannen. Dieses naive Argument lässt sich nicht aufrechterhalten: Wieso sollten diese Individuen noch arbeiten wollen, wenn das Arbeitsentgelt gegen Null geht, und wer sollte dann das Vermögen produzieren, von dem sie zu leben hätten? Dieser Diskurs ist nur ein extremer Ausdruck der dem Kapitalismus eigenen Entfremdung: Nicht genug damit, dass das Realkapital von selbst produktiv sein soll (ohne dass die Arbeit

von ihm Gebrauch macht!), wäre das nun auch so bei dem abstrakten Kapitaleigentumstitel. Marx hatte die Funktionsweise dieser äußersten Entfremdung bereits bei der Kreditvergabe aufgedeckt, wo der Rentier des altersschwachen Kapitalismus weiter an das »gelddeckende Geld« glaubt. Der »neue Kapitalismus« wird hier jedenfalls als eine Art Niedrigpreis-Sozialismus hingestellt, der kampflös zu haben war: Die Arbeiter seien ja Eigentümer ihrer Produktionsmittel geworden!

Während der letzten zwanzig Jahre ist der Wert der Vermögen, gemessen an der Börsenkapitalisierung, tatsächlich unvergleichlich stärker gestiegen als derjenige der realen Produktion. Aber was ist passiert? Die Chefs sind nicht verschwunden. Das Wachstumsziel von 15% pro Jahr (!!!) für die Vermögenswerte – die Goldene Regel der Entscheidungsträger bei Finanzanlagen – hat zur Bereicherung einer sehr kleinen Minderheit und zur Verarmung der großen Mehrzahl geführt und die Akkumulation ihrerseits in eine anhaltende Überproduktions- und Unterkonsumtionskrise getrieben.

In Wirklichkeit ist diese Form der Finanzialisierung somit ein reines Konjunkturphänomen. Das globale Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage, das die Krise definiert, äußert sich darin, dass ein wachsender Teil des Überschusses in realen Investitionen, die Expansion und gründlichen Ausbau des Produktionssystems sichern, kein rentables Anlagefeld findet. Vom System des Krisenmanagements wird daraufhin die »finanzielle« Platzierung als Ausweichmöglichkeit angeboten. Die finanzielle Hypertrophie, das gegenüber der Realwirtschaft unvergleichlich schnellere Wachstum dieser Platzierungen, ist das eigentliche Ziel dieses Managements. Aber die »Finanzblase« kann nicht unbegrenzt anschwellen; eines Tages muss sie platzen. Sie gibt bereits Anlass zu Beunruhigung. Deshalb schlagen manche Reformisten vor, die Gefahr durch Beseitigung der Anreize zu spekulativen kurzfristigen Platzierungen zu mindern, so etwa durch die famose Tobin-Steuer.

Könnte sich das System »stabilisieren« und auf die Dauer in einem »quasi-stationären« Zustand à la Stuart Mill verweilen, den niedrige oder Null-Wachstumsraten (bzw. dem demografischen Wachstum entsprechende Raten) von gleicher oder mindestens vergleichbarer Höhe für die reale Produktion wie für den Bestand an Finanztiteln kennzeichnen? Das bezweifle ich sehr, denn das würde eine Art von weltweitem »Einfrieren« der gegenwärtigen Gesellschaft in ihren sämtlichen Dimensionen, die Stabilisierung der Strukturen der Einkommensverteilung in ihrer als Endpunkt der Transformation betrachteten, krisenbedingten Ausprägung (d.h. mit dem jetzigen Stand der Ungleichheit) sowie die Stabilisierung der Produktionsstrukturen im Weltmaßstab (d.h. ähnliche Wachstumsraten für alle Großregionen des Weltsystems) voraussetzen. Außerdem würden die Stabilisierung der Progression der Vermögenswerte und ihre Anpassung an das Realwachstum problematisch für die »Pensionsfonds«, die den Anforde-

rungen des wachsenden Rentnerquotienten nicht mehr ohne Rentenkürzungen nachkommen könnten. Dieses System würde in dieselben Schwierigkeiten geraten wie das System der Lastenteilung. Die Kapitalisierung der Rentenfonds ist kein Wundermittel. Aber ihre Fürsprecher haben eine schlaue Taktik gewählt: Sie können Zeit gewinnen, die Problemlösung vertagen und die naive Öffentlichkeit damit hinter Licht führen. Zugleich können sie die Risiken der ökonomischen Entscheidung – die Profite bleiben den echten Kapitalisten vorbehalten – auf die erwähnten »Individuen« abwälzen, die sich nichtsahnend in glücklose Spekulanten verwandeln! Die obige Hypothese setzt also sowohl äußerste Passivität der Volksmassen, die die Ungleichheit akzeptiert und verinnerlicht haben müssten, als auch nicht geringere Passivität der peripheren Nationen voraus, die bereitwillig auf jedes »Entwicklungs«projekt verzichten müssten. Das kommt mir sehr unwahrscheinlich vor, zum Glück.

Die jetzige Akkumulationskrise auf diese oder jene Weise mit einem Modell für den Neustart einer Phase kraftvoller Expansion zu überwinden, ist gewiss nicht unvorstellbar. Aber dann reihen sich alle nur möglichen und vorstellbaren sozialen Kräfte ein in den Tanz! Die Transformationen der Kräfteverhältnisse in der Flut von Kämpfen und Konflikten, die solch eine Phase ihrer Natur nach mit sich bringt, werden dann die Modalitäten dieser Expansion bestimmen. Es gibt also nicht das »eine« Expansionsmodell, sondern je nach der Veränderung der verschiedenen sozialen und internationalen Kräfteverhältnisse eine Vielzahl derartiger Modelle. Manche kann man anhand hier und da erhaschter Hinweise und davon angeregter Intuitionen unschwer auf dem Papier entwerfen. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die der konventionelle »Ökonom« (weder Marxist noch *political economist*) aus seinem Blickfeld vertrieben hat, sind wieder da, sie bedrängen ihn und durchkreuzen seinen illusorischen Versuch, von ihnen zu abstrahieren.

Allerdings gibt es zur Zeit keinerlei Anzeichen für einen »Ausweg« aus der weiter anhaltenden Krisenphase und erst recht keinen Hinweis auf ein definierbares Modell erneuter Expansion. Im Augenblick ist die Fortsetzung der finanziellen Hypertrophie kennzeichnend. Sie äußert sich im Auseinanderklaffen der Profitraten, der niedrigen für die Realinvestitionen, der hohen für die Finanzanlagen. Dieses vereinfachte, aber zutreffende Bild wird noch kompliziert durch die Differenzierung, die in der Realwirtschaft zwischen den an Tempo verlierenden alten Sektoren und den neuen, von der technologischen Revolution hervorgebrachten Aktivitäten eintritt.

Unter diesen Umständen erscheint die These der finanzgetriebenen Akkumulation nicht allzu begründet. Sie entstammt eher einem frommen Wunsch und der vorgefassten Überzeugung, dass der Kapitalismus immer, auch jetzt, eine Lösung für seine Probleme finden könne. In anfechtbaren eklektischen Verfahren werden daher beliebig aus einigen Aspekten der neuen Realität her-

ausgegriffene Elemente herangezogen, ohne nach der eventuellen Stabilisierung und Dauerhaftigkeit dieser Aspekte oder gar nach den Bedingungen für ihre Stabilisierung zu fragen.

Den Hintergrund bildet der modische Diskurs über den Kontrast zwischen dem angloamerikanischen Kapitalismus und demjenigen der deutschen und französischen Partner sowie der Japaner. Die Tendenz zur Finanzialisierung ist tatsächlich im angloamerikanischen Modell und der einschlägigen Ideologie stärker ausgeprägt – wäre sie im Begriff, Europa und Japan zu erobern? Das ist nicht unmöglich, aber noch kein Kennzeichen einer neuen, stabilisierten Akkumulationsweise.

Ich vertrete deshalb weiter meine These, dass die Finanzialisierung in der gegenwärtigen Krise wie in anderen, die ihr historisch vorausgegangen sind, mit einem »Übergang«, einem Krisenmoment, zusammenhängt, dass sie nicht »stabilisierbar« ist und deswegen nicht allein (oder hauptsächlich) die künftige Phase jenseits der Krise kennzeichnen kann. Bei alledem lassen sich aus dem Diskurs über die Finanzialisierung einige bleibende Merkmale des modernen Kapitalismus ablesen und die Frage nach seiner Hinfälligkeit aufwerfen. Im Übrigen kann man sich ohne Weiteres vorstellen, dass das Verhältnis zwischen dem Realkapital und seinem finanziellen Ausdruck »in Zukunft« andere Modalitäten aufweisen wird als »in der Vergangenheit«; doch das ist meines Erachtens nebensächlich und keineswegs fundamental.

Die technologische Revolution: Mythen und Realitäten

Nun zeichnet sich in der anhaltenden Krise sehr wohl etwas Neues ab, das die Strukturen gleich welchen aus der Krise hervorgehenden Systems auf die Dauer prägen wird. Dieses »Neue« ordne ich zwei wichtigen Kategorien zu: (i) der technologischen Revolution und ihren Auswirkungen auf die Produktionsorganisation und die sozialen Beziehungen, wenn nicht gar ihren »Zivilisationseffekten«; (ii) der Neuformierung des Imperialismus und den neuen Bedingungen des »Nord-Süd-Konflikts«, d.h. des Kontrasts von Zentren und Peripherien.

Die Entwicklung der Produktivkräfte, die zugleich Destruktivkräfte sind, hat einen Stand erreicht, der ihre Tragweite qualitativ verändert und uns deshalb auf neue Art herausfordert. Mit dem vorhandenen Kernwaffenarsenal ließe sich jedes Leben auf Erden auslöschen. Dieser historisch neue Umstand würde erfordern, auf den Einsatz von Kernwaffen zu verzichten und sie sämtlich zu demontieren. Die NATO bezieht die Gegenposition und bekennt sich prinzipiell wieder zur Regelung von politischen Konflikten durch Krieg. In anderen Bereichen wie der Gentechnologie könnten die vorhandenen wissenschaftli-

chen Kenntnisse ebenfalls unvorhersehbare Verheerungen auslösen. Eine gesellschaftliche Steuerung ihres Gebrauchs ist dringend geboten. Nur auf diese Art lassen sich die für ein Überleben der Menschheit unumgänglichen ethischen Prinzipien in das System einbauen. Das System trifft mit seinem erklärten Willen, alles zu privatisieren, die genau entgegengesetzte Entscheidung. Die Entwicklung der Produktivkräfte demonstriert, dass die Grundregeln des Kapitalismus antiquiert sind, dass sie heutzutage nicht mehr zu gesellschaftlicher Entwicklung führen, sondern auf Selbsterstörung hinauslaufen und deshalb überwunden werden müssen.

Eben deswegen stellt sich hier die Umweltfrage. Erstmals in der Menschheitsgeschichte ist die Gefahr unumkehrbarer, extrem schwerer Schädigungen der Lebensbedingungen auf der Erde real geworden. Unvorstellbar ist, dass irgendein Gesellschaftsprojekt, das an dieser Realität vorbeigeht, tauglich sein könnte. Zudem ist der Kapitalismus in gleich welcher Organisationsform unfähig, den Herausforderungen zu entsprechen. Dies ganz einfach deswegen, weil er sich auf eine Rationalität des kurzfristigen (maximal für einige Jahre im voraus betriebenen) Kalküls gründet, wie es sein Konzept der »Abwertung der Zukunft« ausdrückt, wogegen die ernsthafte Behandlung des hier erwähnten Problems erfordert, sich auf eine Rationalität der sehr langen Dauer (einer Quasi-Ewigkeit) einzustellen. Die Umweltproblematik ist meines Erachtens ein Beweis dafür, dass der Kapitalismus als Zivilisationsform überwunden werden muss. Was leider nur wenige »Grüne« einsehen!

Befassen wir uns jetzt etwas näher mit der gegenwärtigen wissenschaftlichen und technologischen Revolution, insbesondere mit der Informatik.

Diese Revolution zwingt, vor allem durch die Anwendung der Informatik, nachdrücklich zur Umstrukturierung der Produktionssysteme, weil sie namentlich die geografische Aufteilung in ferngesteuerte Untereinheiten begünstigt. Das bewirkt gravierende Umwälzungen der Arbeitsprozesse. An die Stelle der Fließbandarbeit (des Taylorismus) treten neue Formen, die die Struktur der sozialen Klassen und die Art, wie sie die Probleme der Segmentierung der Arbeitsmärkte wahrnehmen, zutiefst beeinflussen. Diese Veränderung wird sich langfristig auswirken. Ich habe hierzu einige Überlegungen unterbreitet, die die Tragweite und den Inhalt des Wertgesetzes betreffen, eines Grundelements des Kapitalismus, der sich ohne das Wertgesetz nicht gedanklich fassen lässt. Nun läuft die Evolution bereits im Sinn eines, wie ich es nenne, »Verfalls des Wertgesetzes«, was ebenfalls bedeutet, dass der Kapitalismus überwunden werden muss. Das kann jedoch auf verschiedene Art geschehen: Durch den Sozialismus – die einzig mögliche humanistische Antwort auf die Herausforderung – oder aber durch die Errichtung einer Art von generalisiertem Apartheidregime, worin der soziale Unterschied nicht mehr nach der Stellung in der Wertschöpfung, sei es auch als Ausgebeuteter, sondern nach anderen, parapoli-

tisch-kulturellen Kriterien gezogen würde. Ich habe die »materielle« Möglichkeit des Funktionierens eines derartigen Systems mit einem einfachen Modell der Reproduktion seiner ökonomischen Basis veranschaulicht.

Die Transformationen der Arbeitsorganisation im Zuge der gegenwärtigen technologischen Revolution sind Thema einer überreichlich vorhandenen Literatur. Darin verkünden u.a. Jeremy Rifkin das »Ende der Arbeit« und Manuel Castells die Heraufkunft einer »neuen Gesellschaft«, worin die Organisation in »Netzwerken« die hierarchischen Ordnungen ersetze und die »Interaktion der Projekte« die bisherige Einheit des Unternehmens auflöse. Die »neue Gesellschaft« eröffne damit die Perspektive, dass sich die schöpferische Autonomie der Individuen als der alleinigen Subjekte der Geschichte behaupten werde, während Klassen und Nationen nunmehr hinfällige Konzepte seien.

Diese Ausführungen kommen mir sämtlich sehr naiv vor. Denn diese Gesellschaft wird vor unseren Augen errichtet. Welche sozialen Konsequenzen hat sie wirklich? Eine rasche, außerordentliche Steigerung der Kapital- und Vermögenseinkommen auf Kosten der Arbeitseinkommen, die Prekarisierung, Verarmung und Ausgrenzung wachsender Bevölkerungsteile. Weit entfernt, von der Entwicklung der Produktivkräfte im Zuge dieser technologischen Revolution »befreit zu werden«, verbleibt das Individuum im Würgegriff der Unterdrückung und Ausbeutung, auf denen unsere Gesellschaft weiterhin beruht.

Ebenso naiv wird die vermeintliche Unabhängigkeit der Großfirma vom Staat zu einem Lieblingsthema im für den Zeitgeist charakteristischen anti-etatistischen Diskurs erhoben. So neu ist die Riesenfirma in der Geschichte des Kapitalismus zwar nicht. Und die transnationalen Großfirmen bleiben in erster Linie nationale Firmen (in Bezug auf das Eigentum an ihrem Kapital und vor allem der Kontrolle darüber), die über die Grenzen ihres Herkunftslandes hinaus operieren. Sie bedürfen zu ihrer Entfaltung immer der aktiven, positiven Unterstützung ihres Staates. Zugleich sind sie jedoch mächtig genug geworden, um ihre eigene Expansionsstrategie ohne Rücksicht auf und manchmal gegen die Logiken der staatlichen Politiken zu entwickeln. Sie möchten diese also ihren eigenen Strategien unterordnen. Der neoliberale anti-etatistische Diskurs vertuscht diese Zielstellung, um die Ausgrenzungslogik der von diesen Firmen repräsentierten Vertretung von Partikularinteressen zu legitimieren. Die beanspruchte »Freiheit« soll nicht für alle gelten, gemeint ist die Freiheit der Firmen, ihre Interessen auf Kosten anderer durchzusetzen. Insofern ist der neoliberale Diskurs vollkommen ideologisch und trügerisch. Der Status des Verhältnisses zwischen oligopolistischem Privatkapital und Staat ist unsicher; zwar befindet ersteres sich jetzt im Aufwind, und der Staat scheint vollständig den Privatinteressen unterworfen zu sein, aber nichts deutet darauf hin, dass das endgültig und nicht dereinst veränderbar ist. Jener Diskurs stilisiert also Vergängliches zu etwas Dauerhaftem, Unumkehrbarem.

Der Kapitalismus kann sich nicht auf jedes von einer gegebenen Evolution gewiesene Erfordernis einstellen und zugleich Kapitalismus bleiben. Aber er kann entweder dieses Erfordernis unter bestimmten Umständen »vereinnahmen«, weil er konkurrenzlos dominiert wie während seiner gegenwärtigen Neuformierung, oder er kann sich im Gegenteil so darauf einstellen, dass eine Evolution in Richtung eines anderen Systems ausgelöst wird. Dann befindet man sich in dem »langen Übergang«, wie ich ihn genannt habe. Ich weiß, dass dieser Gedanke vom langen, vielleicht jahrhundertlangen Übergang zum Sozialismus, der für mich kein Einschwenken auf den konventionellen Reformismus der 2. Internationale bedeutet, auch im historischen Marxismus des 20. Jahrhunderts nicht vorkommt. Aber schließlich hat der Kapitalismus, der erst mit der industriellen Revolution seine vollendete Gestalt annahm, erst zwei Jahrhunderte Geschichte durchlaufen und doch bereits das Stadium der Fäulnis erreicht, das seine Überwindung objektiv gebietet. Der Übergang vom westeuropäischen Feudalismus zum Kapitalismus hat dagegen die drei Jahrhunderte des Merkantilismus von 1500 bis 1800 eingenommen.

Außerdem ist der Übergang immer ungewiss; erst im Nachhinein weiß man, wo er hinführte. Wegen der Unterdeterminiertheit in der Geschichte könnte der Kapitalismus zwar durch den allmählichen Aufbau des Sozialismus (die wünschenswerte Option, die ihrerseits verlangt, dem Ziel entsprechende Mittel anzuwenden), aber auch durch ein anderes Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem abgelöst werden, das kein Kapitalismus mehr, jedoch nicht minder schrecklich wäre.

Wahr ist auf jeden Fall, dass die technologische Revolution – jede technologische Revolution – die Strukturen der Arbeitsorganisation transformiert. Dabei bleibt die Gesellschaft eine Klassengesellschaft, die Transformation schafft keineswegs die Klassen ab, doch sie verändert deren Gestalt dermaßen, dass unter bestimmten Bedingungen, wie gegenwärtig, die Illusion herrschen kann, sie würden verschwinden oder in anderen Realitäten aufgehen. Folglich werden auch die Formen der sozialen Organisation und der Bewegungen, worin die Projekte der verschiedenen Kräfte und ihr Konflikt zum Ausdruck kommen, von dieser Umwälzung zutiefst berührt. So wird die soziale Bewegung zersplittert und entpolitisiert. Auf die Herausforderungen, denen sie infolge dieser Transformationen zu begegnen hat, ist noch zurückzukommen; hier sei festgehalten, dass die Konstruktion einer Konvergenz dieser sozialen und politischen Aktionen, die ihnen Sinn, Zusammenhalt, Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit verschaffen kann, deswegen im Mittelpunkt des Kampfes gegen den ungebremsten Kapitalismus steht. Das gilt um so mehr, als die technologische Revolution unter bestimmten entscheidenden Aspekten, die ebenfalls noch zu behandeln sind, die Altersschwäche des Kapitalismus anzeigt.

IV. Der neue kollektive Imperialismus der Triade

Der Imperialismus als permanentes Stadium des Kapitalismus

Der Imperialismus ist kein gesondertes Stadium des Kapitalismus, und sei es auch das höchste. Er wohnt seiner Expansion von Anfang an inne. Die imperialistische Eroberung des Erdballs durch die Europäer und ihre nordamerikanischen Nachfahren verlief in zwei Phasen; womöglich beginnt jetzt eine dritte.

1. In ihrer ersten Phase konzentrierte sich diese verheerende Entfaltung des Imperialismus im Rahmen des Merkantilsystems des damaligen atlantischen Europas auf die Eroberung beider Amerikas. Sie führte zur Vernichtung der indianischen Kulturen, zu deren Hispanisierung und Christianisierung bzw. zu dem Genozid, der den Grundstein für die USA legte – ein Modell, das die angelsächsischen Kolonisten in ihrem eingefleischten Rassismus dann in Australien, Neuseeland und, mit dem vollständigsten Genozid der Geschichte, in Tasmanien nachahmten. Zielten die katholischen Spanier noch darauf ab, die unterworfenen Völker zwangsweise zu ihrer Religion zu bekehren, so lasen die britischen Protestanten aus der Bibel für sich das Recht heraus, die »Ungläubigen« auszurotten. Mit der infamen Versklavung der Schwarzen, die wegen der Vernichtung der Indianer – oder ihres Widerstands – notwendig geworden war, wurde ein neuer Weg zur »Verwertung« der nützlichen Teile des Kontinents eröffnet. Heute zweifelt niemand an den wahren Motiven dieser schrecklichen Taten und ihrer engen Beziehung zur Expansion des merkantilistischen Kapitals. Doch seinerzeit billigten die Europäer die ideologischen Legitimationsdiskurse, und die Proteste eines Las Casas fanden kaum Gehör.

Die Verheerungen dieses ersten Kapitels der weltweiten kapitalistischen Expansion riefen – mit Verzögerung – Befreiungskräfte auf den Plan, die deren Logiken anfochten. Dabei war die »amerikanische Revolution«, die viele Revolutionäre von 1789 so hoch schätzten und die heute mehr denn je gepriesen wird, meines Erachtens nur eine begrenzte politische Revolution ohne soziale Tragweite. Bei ihrer Revolte gegen die britische Monarchie wollten die amerikanischen Kolonisten nichts an den ökonomischen und sozialen Verhältnissen ändern, sondern nur die daraus gezogenen Profite nicht mehr mit der herrschenden Klasse des Mutterlands teilen. An die Macht gelangt, wollten sie nichts anders machen als in der Kolonialepoche, sondern dasselbe entschiedener und profitabler weiter betreiben. Ihr Ziel war vor allem die weitere Landnahme im

Westen, die auch den Genozid an den Indianern einschloss. Die Sklaverei wurde ebenfalls nicht in Frage gestellt. Die Führer der amerikanischen Revolution waren fast durchweg Großgrundbesitzer und Sklavenhalter, mit unerschütterlichen einschlägigen Vorurteilen. Es dauerte deswegen fast noch ein Jahrhundert bis zur Abschaffung der Sklaverei und ein weiteres Jahrhundert bis zur Gewährung eines Minimums an Bürgerrechten für die Schwarzamerikaner, wobei die dominante Kultur an ihrem tief verwurzelten Rassismus festhielt.

In Wirklichkeit gab es in beiden Amerikas seinerzeit nur eine einzige soziale Revolution, die Selbstbefreiung der Sklaven auf Santo Domingo. Was später aus dieser Revolution wurde, ist eine andere Sache. Die Revolutionen in Spanisch-Amerika (in Brasilien geschah damals so gut wie nichts) waren von derselben Art wie im anglophonen Amerika: Die Kreolen entrissen der kastilischen Monarchie die Macht, um so weiter zu machen wie zuvor. Erst ein Jahrhundert später, mit der mexikanischen Revolution von 1910-20, und ein weiteres halbes Jahrhundert danach mit der kubanischen Revolution, begann Lateinamerika seinen Ausstieg aus dem »System von 1492«. Der Vorgang ist noch längst nicht abgeschlossen. Das bezeugt heute noch die seltsame Rede von den Rechten der »indigenen Völker«. Als ob nicht jedes Volk im eigenen Land »indigen« sei!

Die bereits erwähnten Geburtsfehler der »amerikanischen Demokratie«, die heute als allgemeingültiges Vorbild hingestellt wird, entstammen dieser ersten Etappe der imperialistischen Expansion des real existierenden Kapitalismus.

2. Die zweite Phase der imperialistischen Verheerung, auf die industrielle Revolution gegründet, bestand in der kolonialen Unterjochung Asiens und Afrikas. Die »Öffnung der Märkte« – zum Beispiel für den Absatz von Opium in China, den die puritanischen Briten erzwangen – und die Beschlagnahme der Naturschätze des Erdballs waren, wie heute allgemein bekannt, die realen Beweggründe. Aber wieder einmal sah die europäische Öffentlichkeit, einschließlich der Arbeiterbewegung der 2. Internationale, diese Realitäten nicht und akzeptierte den neuen Legitimationsdiskurs des Kapitals, die Rede von der »zivilisatorischen Mission«. Klare Worte kamen damals eher von zynischen Bourgeois wie Cecil Rhodes, der für koloniale Eroberungen eintrat, um einer sozialen Revolution in England vorzubeugen. Wieder einmal fanden Proteststimmen – von der Pariser Kommune bis zu den Bolschewiki – wenig Gehör. Diese zweite Phase der imperialistischen Verheerung bescherte der Menschheit das größte Problem, mit dem sie jemals konfrontiert wurde: die gigantische Polarisierung, die die Ungleichheit zwischen den Völkern von maximal 1 : 2 für 80% der Erdbevölkerung in der Zeit um 1800 auf 1 : 60 in der Gegenwart steigerte, wobei die Zentren, die Nutznießer des Systems, nur noch 20% der Menschheit umfassen. Diese großartigen Leistungen der kapitalistischen Zivilisation wa-

ren zugleich Triebkraft der heftigsten je gekannten Zusammenstöße zwischen den imperialistischen Mächten. Die imperialistische Aggression rief erneut Kräfte auf den Plan, die ihr Projekt bekämpften: die sozialistischen Revolutionen in Russland und China, also nicht zufällig wieder in den von der polarisierenden imperialistischen Expansion des real existierenden Kapitalismus gebeutelten Peripherien, und die revolutionären nationalen Befreiungsbewegungen. Ihr Sieg verschaffte eine Atempause von einem halben Jahrhundert – die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg – und nährte die Illusion, der Kapitalismus sei, zur Anpassung gezwungen, endlich selbst zivilisiert geworden.

3. Ich möchte nicht die gesamte Geschichte der Neuzeit seit 1492 auf diese imperialistische Dimension reduzieren, sondern sie nur deswegen betonen, weil die dominante eurozentrische Ideologie ihre Tragweite systematisch herunterspielt.

Der Kapitalismus ist zugleich, wie am Beginn dieses Buches angeführt, eine auf die ökonomische Entfremdung gegründete Kultur. Wird das nicht bedacht, so ist sein imperialistischer Expansionismus nicht zu begreifen, und man könnte versucht sein, diesen auf die spezifischen »Gene« der Europäer oder ihre Kultur zurückzuführen, was viele kulturalistische Nationalisten in Asien und Afrika nicht versäumen.

Aus dem genannten Grund ist der Kapitalismus seit Anbeginn mit unüberwindlichen Widersprüchen behaftet, die an seine notwendige Überwindung denken lassen. Dieses gesellschaftliche Bedürfnis äußerte sich sehr früh und in allen großen Momenten der modernen Geschichte. Aktiv wurde es in den drei großen Revolutionen der Neuzeit, der französischen, der russischen und der chinesischen. Die Französische Revolution hat deswegen eine außergewöhnliche Stellung in der modernen Geschichte. Der radikale Flügel der Jakobiner erkannte sehr früh das Ausmaß der Widersprüche im bourgeoisen Projekt und brachte ihr Wesen deutlich zum Ausdruck, nämlich dahingehend, dass der ökonomische Liberalismus der Feind der Demokratie ist. Er versuchte, ein Konzept der Volksrevolution durchzusetzen, das über die »objektiven Erfordernisse« des Augenblicks – die Vollendung der strikt bürgerlichen Aufgaben – hinausgeht. Aus diesem radikalen Flügel ging eine erste Generation kommunistischer Kritiker des entstehenden Kapitalismus hervor – die Babouvisten.¹ Auf gleiche Art wollten die russische und die chinesische Revolution weit über die in ihren Gesellschaften unmittelbar anstehenden Aufgaben hinausgehen, indem sie sich ein kommunistisches Ziel setzten. Nicht zufällig also folgt auf jede dieser drei großen Revolutionen – im Unterschied zu den anderen – eine Restauration. Die Vorstöße, die sie in ihren großen Momenten kennzeichnen,

¹ Nach dem jakobinischen Revolutionär François Noël Babeuf (1760-1797) (Anm. d. Übers.).

bleiben dennoch lebendige Symbole für die Zukunft, denn sie haben die Gleichheit der Menschen und deren Befreiung von der kommerziellen Entfremdung in den Mittelpunkt gerückt. In der Französischen Revolution geschah das besonders frühzeitig.

4. Die Frage nach dem Imperialismus (und seiner Antinomie: Befreiung und Entwicklung) bleibt für die Geschichte des Kapitalismus bis auf den heutigen Tag von Gewicht. So setzte der Sieg der Befreiungsbewegungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg die politische Unabhängigkeit der asiatischen und afrikanischen Nationen errangen, nicht nur dem Kolonialsystem ein Ende. Er beendete gewissermaßen auch die 1492 eröffnete Ära der europäischen Expansion. Im Rahmen dieser Expansion hatte sich die Entwicklung des historischen Kapitalismus viereinhalb Jahrhunderte lang (von 1500 bis 1950) abgespielt, sodass diese beiden Dimensionen derselben Realität untrennbar geworden waren. Die Unabhängigkeit beider Amerikas hatte zwar bereits am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts das »System von 1492« angetastet, aber nur dem Anschein nach, weil diese Unabhängigkeit nicht von den einheimischen Völkern und den importierten Sklaven (außer in Haiti) errungen wurde, sondern von Kolonisten, die Amerika auf diese Weise in ein zweites Europa verwandelten. Die wieder errungene Unabhängigkeit der Völker Asiens und Afrikas hatte eine andere Bedeutung.

Die herrschenden Klassen der europäischen Kolonialländer begriffen, dass sich das Blatt der Geschichte endgültig gewendet hatte. Sie begriffen, dass sie ihre traditionelle Sicht aufgeben mussten, wonach der Aufschwung ihrer kapitalistischen Binnenwirtschaft mit dem Erfolg ihrer imperialen Expansion zusammenhing. So dachten zuvor nicht nur die alten Kolonialmächte – in erster Linie Großbritannien, Frankreich und die Niederlande –, sondern auch die im 19. Jahrhundert entstandenen neuen kapitalistischen Zentren – Deutschland, die USA und Japan. Die innereuropäischen und internationalen Konflikte hatten deswegen vor allem die kolonial-imperialistische Neuaufteilung des Systems von 1492 zum Ziel. Die USA beanspruchten dabei Exklusivrechte auf die gesamte Neue Welt.

In der Nachkriegszeit orientierten sich also die herrschenden Klassen der kapitalistischen Staaten West- und Mitteleuropas auf eine neue Perspektive, die europäische Einigung. Ihrer Eigenlogik nach hätte diese sowohl den innereuropäischen Konflikten als auch dem System von 1492, dem »alten Kolonialismus«, ein Ende bereiten können. Der Verzicht auf den kolonialen Vorteil wurde allerdings nicht sogleich akzeptiert, sondern erst, als die Kolonialkriege der Nachkriegszeit für die aufbegehrenden Völker günstig verliefen. Nicht zufällig fällt das Datum des Vertrags von Rom über die Bildung der Europäischen Gemeinschaft durch sechs Staaten (1957) zusammen mit jenem des Rahmenga-

setzes, das die Unabhängigkeit der letzten französischen Kolonien in Afrika in die Wege leitete. Einige Jahre danach proklamierte de Gaulle eindeutig die »europäische Wahl« Frankreichs anstelle seiner traditionellen alten kolonialen Option.

Der Aufbau eines entwickelten, reichen europäischen Großraums, der über ein erstrangiges technologisches und wissenschaftliches Potential und kraftvolle militärische Traditionen verfügt, schien eine solide Alternative zu bieten, die Grundlage für einen neuen Aufschwung der kapitalistischen Akkumulation ohne »Kolonien«, d.h. im Zuge einer Globalisierung neuen Typs, anders als jener im System von 1492. Fraglich blieb, inwiefern sich dieses neue Weltsystem von dem alten unterscheiden könne, ob es weiterhin polarisierend wirken werde wie das alte, wenn auch auf neuen Grundlagen, oder eben nicht mehr.

Zweifellos bleibt dieser Aufbau schwierig. Er ist längst noch nicht vollendet, durchläuft sogar eine Krisenphase, die seine Reichweite in Frage stellen könnte, und bekommt ständig das Gewicht der nationalhistorischen Realitäten zu spüren, weil noch keine Formeln dafür gefunden wurden, wie sie mit der Formierung einer europäischen politischen Einheit zu vereinbaren sind. Obendrein bleiben die Vorstellungen von der Verbindung dieses europäischen ökonomischen und politischen Raums mit dem ebenfalls noch aufzubauenden neuen Weltsystem noch unklar, ja nebelhaft. Soll er ein Wirtschaftsraum werden, der mit dem anderen Großraum konkurriert, der im zweiten Europa von den USA geschaffen wurde? Und wie wird sich diese Konkurrenz auf die Beziehungen Europas und der USA zur übrigen Welt auswirken? Werden die Konkurrenten zusammenprallen wie die imperialistischen Mächte der vorigen Epoche? Oder werden sie abgestimmt vorgehen? Werden sich die Europäer in diesem Fall entscheiden, den Imperialismus des Systems von 1492 in einer Neufassung als Bevollmächtigte wiederzubeleben und ihre politischen Entscheidungen im Gefolge Washingtons zu fällen? Unter welchen Bedingungen könnte die europäische Konstruktion zum Aufbau einer Globalisierung beitragen, die dem System von 1492 definitiv ein Ende bereitet?

5. Wir stehen heute vor dem Beginn einer dritten Welle der Verheerung der Welt durch die imperialistische Expansion. Anreiz dazu gab der Zusammenbruch des Sowjetsystems und der nationalistisch-populistischen Regime der Dritten Welt. Das dominante Kapital verfolgt immer dieselben Ziele – Kontrolle der Expansion der Märkte, Raubbau an den Naturschätzen des Erdballs, Überausbeutung der Arbeitskraftreserven der Peripherie –, obwohl es unter neuen Bedingungen operiert, die sich unter manchen Aspekten sehr von denen in der vorigen Phase des Imperialismus unterscheiden. Der ideologische Diskurs der Meinungsmache unter den Völkern der zentralen Triade schlägt neue Töne an. Er verkündet jetzt eine »Pflicht zur Einmischung«, die der Schutz der »Demo-

kratie«, des »Selbstbestimmungsrechts der Völker«, der »humanitären Anliegen« rechtfertige. Doch während Asiaten und Afrikaner angesichts schlagender Beispiele des Hantierens mit zweierlei Maß diesen Diskurs als offenkundige zynische Instrumentalisierung erkennen, ist die öffentliche Meinung im Westen ebenso bereitwillig darauf eingegangen wie auf die Diskurse der früheren Phasen des Imperialismus.

Die Neuformierung des imperialistischen Systems

Während die technologische Revolution den dominanten Diskurs zu einem förmlichen Sprechdurchfall anregt, werden die Fragen der Neuformierung des imperialistischen Systems und ihres Ausdrucks in der Polarisierung systematisch ignoriert. In dieser eingeengten Sicht auf die Weltrealität werden höchstens die »Fragen« nach den Beziehungen zwischen dem europäischen Projekt und den USA untersucht. Leider verbleibt auch eine so sorgfältige Arbeit wie Robert Brenners historische Analyse der Evolution der Konkurrenzfähigkeit der USA, Deutschlands und Japans in der engen Optik des Westzentrismus. Denn mit der Veränderung der Verhältnisse zwischen den drei Zentren wird zwar *eine* Dimension der Geschichtsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg erfasst, aber nicht die Haupttriebkraft.

Diesem Totschweigen der Welt außerhalb der Triade begegne ich mit einigen Hypothesen zu den Transformationen im Verhältnis von Zentren und Peripherien, die meines Erachtens die Zukunft prägen werden. Ich beziehe mich hier auf die bereits erwähnten neuen »fünf Monopole« der Zentren und deren daraus erwachsende neue qualitative Vorteile.

Wie jeder andere Aspekt der kapitalistischen Gesellschaft hat die Polarisierung keine ein für allemal feststehende Form. Mit Sicherheit überholt ist der anderthalb Jahrhunderte lang vorhandene Gegensatz zwischen Industrieländern und nicht industrialisierten Ländern, und zwar gerade dadurch, dass die nationale Befreiungsbewegung in den Peripherien die Zentren zwang, sich auf die Transformationen einzustellen, zu denen die (wenn auch ungleiche) Industrialisierung in den Peripherien führte. Kann man daraus folgern, dass Ostasien im Begriff sei, die Zentren der Triade »einzuholen«? Das wäre voreilig. Meine These läuft auf einen ganz anderen Schluss hinaus: Weil die Triade ihre fünf Monopole ausspielt, produziert das globale Wertgesetz Polarisierung in neuen Formen, sodass die Industrie der dynamischen Peripherien in subalterne Positionen gerät. Sollte sich China stärker in die internationale Arbeitsteilung integrieren, hätte es dieselben Aussichten.

² Robert Brenner, *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg, VSA 2003.

Die Position eines Landes in der globalen Pyramide wird von der Wettbewerbsfähigkeit seiner Produkte auf dem Weltmarkt bestimmt. Diese Binsenweisheit anzuerkennen, bedeutet keineswegs, den banalen Standpunkt der ökonomistischen Vulgata zu teilen, wonach diese Position durch Anwendung von »rationalen« Wirtschaftspolitiken erreicht werde, deren Rationalität sich am Grad der Unterwerfung unter die »objektiven Logiken des Marktes« messe. Im Gegensatz zu diesem als selbstverständlich akzeptierten Unsinn behaupte ich, dass diese »Wettbewerbsfähigkeit« das komplexe Produkt eines Ensembles von Bedingungen ist, die auf dem gesamten – ökonomischen, politischen und sozialen – Feld der Realität wirken, und dass die Zentren in diesem ungleichen Kampf ihre »fünf Monopole« ausspielen, in denen sich die Effizienz ihrer Aktionen spiegelt. Mit diesen Monopolen hat sich demnach die Gesellschaftstheorie als Ganze zu befassen. Sie betreffen:

■ Die Monopole der heutigen Zentren im Bereich der Technologie. Sie erfordern gewaltige Ausgaben und Subventionen, die nur der Staat, der große und reiche Staat, vorsehen kann. Ohne diese Stützung – die der liberale Diskurs immer verschweigt – insbesondere bei den Rüstungsausgaben hätten die meisten dieser Monopole keinen Bestand.

■ Die Monopole in Bezug auf die Kontrolle der global bedeutsamen Finanzflüsse. Die Freizügigkeit, die den weltweit operierenden großen Finanzinstituten gewährt wurde, verschaffte diesen Monopolen eine nie dagewesene Wirksamkeit. Noch unlängst konnte die Ersparnis einer Nation größtenteils nur innerhalb des – generell nationalen – Raums zirkulieren, den ihre Finanzinstitute beherrschten. Heute ist das nicht mehr so: Diese Ersparnis wird von Finanzinstituten, deren Geschäftsfeld nunmehr die ganze Welt ist, als Mittlern zentralisiert. Diese bilden das Finanzkapital, das am stärksten globalisierte Segment des Kapitals. Seine Vorrechte beruhen im Übrigen auf einer politischen Logik, die diese finanzielle Globalisierung gestattet. Sie könnte durch die bloße politische Entscheidung für das Abkoppeln, etwa in Bezug auf Finanztransfers, in Frage gestellt werden. Außerdem funktioniert die Freizügigkeit des Finanzkapitals im Rahmen eines Weltwährungssystems, das sich auf das Dogma der freien Devisenbewertung durch den Markt (einer Theorie zufolge, die das Geld als Ware wie jede andere betrachtet) und auf die Akzeptanz des Dollars als faktisches Weltgeld gründet. Die erstgenannte Bedingung ist unwissenschaftlich, die zweite besteht nur mangels Alternative. Eine Landeswährung kann nur dann befriedigend als internationale Währung fungieren, wenn ihr Trägerland durch internationale Wettbewerbsfähigkeit einen derartigen strukturellen Exportüberschuss erzielt, dass es die Strukturanpassung der übrigen Länder finanzieren kann. Das traf für Großbritannien im 19. Jahrhundert zu. Es trifft nicht zu für die heutigen USA, die im Gegenteil ihr Defizit dadurch finanzieren, dass sie andere zu Darlehen nötigen. Es trifft auch für die Konkurrenten

der USA nicht zu, weil die Überschüsse Japans und Europas in keinem Verhältnis zu dem Finanzbedarf für die Strukturanpassung der anderen stehen. Unter diesen Bedingungen kommt die finanzielle Globalisierung alles andere als »naturwüchsig«, sondern vielmehr äußerst brüchig daher. Kurzfristig bewirkt sie statt der für wirksame Anpassungsprozesse notwendigen Stabilität nur permanente Instabilität.

■ Die Monopole in Bezug auf den Zugang zu den Naturschätzen des Erdballs. Deren unsinnige Ausbeutung beschwört jetzt weltweite Gefahren herauf, die der auf kurzfristige Rentabilität bauende Kapitalismus nicht beheben kann. Um so stärker wirken die Monopole der bereits entwickelten Länder, die verhindern wollen, dass andere ebenso verschwenderisch hausen wie sie selbst.

■ Die Monopole auf dem Gebiet der Kommunikation und der Medien. Damit wird nicht nur eine auf niedrigem Niveau nivellierte »Weltkultur« verbreitet, sondern auch neue Wege der politischen Manipulation erschlossen. Die Expansion des modernen Medienmarktes wurde im Westen selbst bereits zu einer wesentlichen Komponente der Aushöhlung von Konzept und Praxis der Demokratie.

■ Schließlich bestehen Monopole im Bereich der Massenvernichtungswaffen. Waren sie in der bipolaren Nachkriegszeit eingeschränkt, so wurden sie jetzt wieder zur absoluten Waffe der amerikanischen Diplomatie, die sie gebrauchen will wie 1945. Die »Proliferation« birgt zwar offenkundige Gefahren des Ausufers in sich, aber mangels wahrhaft globaler Abrüstung unter weltweiter demokratischer Kontrolle gibt es kein anderes Mittel gegen jene inakzeptablen Monopole.

Insgesamt definieren diese fünf Monopole den Rahmen, in dem das globalisierte Wertgesetz wirkt. Es ist der kondensierte Ausdruck all dieser Konditionierungen, und nicht etwa einer »rein« ökonomischen Rationalität, die man aus ihrem sozialen und politischen Zusammenhang lösen könnte. Ich behaupte hier, dass jene Konditionierungen der Industrialisierung der Peripherien ihre Tragweite nehmen. Sie entwerten die in ihren Erzeugnissen verkörperte produktive Arbeit; dagegen wird die angebliche Wertschöpfung durch mit den neuen Monopolen der Zentren verbundene Aktivitäten zu hoch angesetzt. So entsteht eine neue Hierarchie in der weltweiten Einkommensverteilung, die so ungleich ist wie nie zuvor. Zugleich werden die Industrien der Peripherien zu untergeordneten Subunternehmen gemacht. Die Polarisierung findet darin die neue Grundlage, die ihre künftige Form bestimmen wird.

Im globalisierten Kapitalismus gehen die Gefälle der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Triade, der Europäischen Union und der peripheren Welten sowie die Haupttendenzen ihrer Veränderung zweifellos als gewichtige Größe in die mittel- und langfristige Perspektive ein. Gemeinsam führen alle diese Faktoren fast überall dazu, dass die Wirtschaften mit mehreren Geschwindigkeiten funk-

tionieren: Einige Sektoren, Regionen, Unternehmen (besonders unter den transnationalen Giganten) verzeichnen starke Wachstumsraten und erzielen hohe Profite; andere stagnieren, schrumpfen oder verfallen. Die Arbeitsmärkte sind dementsprechend segmentiert.

Wieder ist zu fragen: Handelt es sich wirklich um ein neues Phänomen? Oder ist das Funktionieren mit mehreren Geschwindigkeiten die Norm in der Geschichte des Kapitalismus? Es wäre dann in der Nachkriegsphase (1945-1980) nur ausnahmsweise abgeschwächt worden, weil aufgrund der sozialen Verhältnisse systematische Interventionen des Staates (des Sozialstaates, des Sowjetstaates, des Nationalstaates in der Dritten Welt der Bandung-Periode) das Wachstum und die Modernisierung der Produktivkräfte durch Reorganisation konditionierender regionaler und sektorieller Transfers begünstigten.

Es ist nicht leicht, in der Realität auseinander zu halten, was zu den gewichtigen langfristig wirksamen Tendenzen und was zum konjunkturellen Krisenmanagement gehört. In der jetzigen Phase sind beide Gruppen von Phänomenen real. Es gibt den Aspekt von Krise und Krisenmanagement, es gibt den Aspekt einsetzender Systemtransformation. Ich beharre auf folgendem Grundsatz: Die Transformationen im kapitalistischen System ergeben sich nicht aus metasozialen Kräften, denen man sich wie Naturgesetzen zu fügen hätte (weil es keine Alternative gebe), sondern aus den sozialen Verhältnissen. Folglich sind immer verschiedene Optionen möglich, die unterschiedlichen sozialen Gleichgewichten entsprechen.

Die gegenwärtige Reorganisation der internationalen Institutionen zielt darauf ab, die oben beschriebenen Monopole der Triade zu festigen.

Wir haben uns also einer Neufassung der »Entwicklungsfrage« zu stellen, die mehr denn je gebietet, über die im 20. Jahrhundert dominierende, auf das »Aufholen« beschränkte Sicht hinauszugehen. Auch in der Neufassung betrifft diese Frage das Moment, wenn nicht des »Aufholens«, so doch der Entwicklung der Produktivkräfte. Und in diesem Sinn bleiben bestimmte Lehren der Vergangenheit auch für die Zukunft gültig.

Aber notwendig ist zugleich, von Anfang an den Erfordernissen des Aufbaus einer anderen Gesellschaft im Weltmaßstab weit größere Bedeutung einzuräumen als in der Vergangenheit.

Wie steht es um das »asiatische Wunder«?

1. Wird jener neue Imperialismus, den die Länder der Triade mittels ihrer fünf Monopole sowie des politischen und militärischen Hegemonismus der USA praktizieren, nicht letzten Endes durch den »Aufstieg Asiens« gefährdet? Das wird oft gesagt, ohne genauer zu untersuchen, wie die asiatischen Wunder tat-

sächlich geschehen und wie sie sich zu der neuen imperialistischen Globalisierung verhalten.

Erinnern wir uns daran, dass viele Analysten des Weltsystems zeitweilig behaupteten, Japan sei die wahrhaft aufsteigende Macht. Das »japanische Wunder«, das weiter anhielt, als die USA und Europa bereits in die Krise gerieten, erklärte sich aus dem Zusammenwirken spezifischer Faktoren: dem Maßhalten der Volksschichten und ihrer besonders hohen persönlichen Sparquote, dem autoritären Produktivismus, den ein interventionistischer Staat in enger Liaison mit den Strategien der nationalen Oligopole organisierte, sowie der Öffnung des nordamerikanischen Marktes für japanische Exporte zum Ausgleich von japanischen Kapitalexporten in die USA.

Dieses »Wunder« ist nun vorbei. Während der 1990er Jahre brachen Japans Wachstumsraten für BIP und Kapitalexporte plötzlich ein. Hatten sich die beiden Raten für das 1960er Jahrzehnt auf 10,4% bzw. 15,7% belaufen, so lagen sie für die 1990er Jahre nur noch bei 0,8% bzw. 3,1%. Die politische und sogar moralische Krise, die seitdem im Lande herrscht, hat zumindest den Träumen von einem eventuellen japanischen Hegemonismus ein Ende gesetzt. Von der Meiji-Revolution bis zum Zweiten Weltkrieg (1863-1945) hatte sich der japanische Imperialismus auf koloniale Expansion und Militarismus gestützt. In der Nachkriegsperiode (1945-1990), als sich die Oligopole wieder bildeten und eng mit einem trotz demokratischen Anscheins weiterhin autoritären, ja faktischen Einparteien-Staat liierten, wurden die Funktionen des militärischen Establishments von diesem Staat übernommen, der als »Bauherr« auftrat (für Infrastrukturen und Massenwohnviertel), sich auf ein effizientes Bildungssystem stützte, das die Anwendung fortgeschrittener Technologien ermöglichte, und entscheidende politische Unterstützung aus Washington (samt wirtschaftlichen Konzessionen) als Moment des Kalten Krieges erhielt. Das japanische Volk steht heute völlig unvorbereitet vor neuen Herausforderungen. Wird die japanische Gesellschaft darauf mit Veränderungen reagieren, die nicht nur ihre wirtschaftlichen Organisationsformen berühren, sondern auch das politische Leben und dessen Kultur, das Klassenbewusstsein und die Klassenkämpfe, und sich darin Europa und Nordamerika annähern? Jedenfalls wird die Entwicklung dieser sozialen Verhältnisse dort wie andernorts den Rahmen bilden, in dem die sich wandelnde japanische Wirtschaft operieren wird.

2. Nach dem Schwinden der japanischen Illusion richtete sich die Erwartung eines »Aufstiegs Asiens«, das den euro-amerikanischen Westen am Steuer des Weltgeschehens ablösen würde, auf China. Ich habe die These André Gunder Franks von der »Rückkehr Asiens« kritisiert und Analysen der verschiedenen für China möglichen Entwicklungen unterbreitet. In der nun seit fast drei Jahrzehnten anhaltenden allgemeinen Krise schien sich in der Tat eine neue Ost-

West-Teilung abzuzeichnen. Die Krise hat den gesamten amerikanischen Kontinent in Nord und Süd sowie Westeuropa, Afrika und den Mittleren Osten, Osteuropa und die ehemals sowjetischen Länder schwer getroffen. Ihre Symptome sind: schwaches Wachstum (in vielen Ländern des Ostens und der marginalisierten Zonen der Dritten Welt gleich Null oder negativ), geringe Investitionen in produktive Aktivitäten, Anstieg von Arbeitslosigkeit und unsicherer Beschäftigung, Anschwellen der »informellen« Tätigkeiten usw., insgesamt begleitet von verschärfter Ungleichheit in der Verteilung. Diese Stagnation hält sich hartnäckig, auch wenn offiziell weiter von »Rezessionen« und »Erholungen« geredet wird.

Trotz einiger scheinbarer Lichtblicke wie erneut anziehender Wachstumsraten und offiziell sinkender Arbeitslosigkeit in den USA bleibt die »Erholung« dort (wie auch in Großbritannien) brüchig, weil auf die selbst in Gefahr geratene Finanzialisierung gegründet. Tatsächlich bleiben die Rüstungsausgaben der solideste Sockel der US-Wirtschaft. Dagegen erweckten die Länder Ostasiens (China und Korea) und Südasiens sowie Indien lange den Eindruck, sie gehörten nicht zu den von der langen Krise betroffenen Regionen. Die Investitionsraten zur Erweiterung der Produktionssysteme und des Wachstums hielten sich in den letzten Jahrzehnten (Indien) oder stiegen sogar stark an (China, Korea, Südostasien). Dieses beschleunigte Wachstum ging generell mit relativ geringer Verschärfung der Ungleichheit einher (wobei diese Bemerkung nuanciert werden muss). Auch Japan hatte von dem typischen Ambiente dieses »neuen Ostens« profitiert, bevor es seinerseits mit Verzögerung, aber um so tiefer in die Krise geriet. Wird die Finanzkrise, die Korea und Südostasien seit 1997 zusetzt und auch China gefährdet, das Ende dieser »asiatischen Ausnahme« und der entsprechenden Ost-West-Teilung kennzeichnen?

Asien und der asiatisch-pazifische Raum als das entstehende künftige Zentrum, das Europa-Nordamerika die Dominanz auf Erden entreißt, China als die Supermacht der Zukunft – was wurde nicht alles darüber geschrieben! Bei nüchternerer Betrachtung wurden aus dem asiatischen Phänomen zuweilen Folgerungen abgeleitet, die mir zwar vorschnell, aber doch ernsthaft diskussionswürdig erscheinen. Man sah die Theorie der Polarisierung, die der weltweiten kapitalistischen Expansion innewohne, samt den ihr entgegengesetzten Abkopplungsstrategien in Frage gestellt. Bewiesen sei, dass das »Aufholen« möglich ist und dass dafür eine aktive Eingliederung in die Globalisierung (bis hin zum vulgären Rezept der »exportorientierten« Strategie) dienlicher ist als eine illusorische Abkopplung (der die sowjetische Katastrophe geschuldet sei). Innere Faktoren, darunter der »kulturelle« Faktor, seien somit Ursprung des Erfolgs der einen, die sich als aktive Akteure in die Gestaltung der Welt einbringen können, und des Scheiterns der anderen, der Marginalisierten und »wider Willen Abgekoppelten«.

Um in der Diskussion dieser komplexen Fragen voranzukommen, müsste darauf geachtet werden, deutlich zwischen der Analyse der inneren Sozialstrukturen und jener der auf der Ebene des Weltsystems wirkenden Kräfte zu unterscheiden. Beide verknüpfen sich in einer Weise, die man lieber erst klären sollte, um über bequeme, aber nichtssagende Polemik hinauszukommen. Aktive und kontrollierte Eingliederung in die Globalisierung ist eine ganz andere Option als die auf Vorrang für Exporte gegründete Wirtschaftsstrategie. Jede beruht auf einem anderen hegemonialen sozialen Block im Inland. Die Länder Ostasiens hatten gerade in dem Maß Erfolg, wie sie ihre auswärtigen Beziehungen den Erfordernissen ihrer inneren Entwicklung unterwarfen, d.h. sich nicht den im Weltmaßstab dominierenden Tendenzen »anpassten«. Das ist genau die Definition der Abkopplung. Wer sie mit Autarkie verwechselt, liest zu flüchtig. Ich verweise hier zudem auf die Debatte über den »Marktsozialismus«, der besonders in China als Alternative vorgestellt wird.

3. Bei alledem ist der hier behandelte kollektive Imperialismus ebenso wenig wie die früheren Spielarten des globalisierten Kapitalismus das »Ende der Geschichte«. Diesem Modell steht bevor, dass es vom Ensemble der gegenwärtigen und nahenden sozialen Kämpfe und internationalen Konflikte in Frage gestellt wird. Vorrangig unter diesen Kräften der Anfechtung des Status quo sind für mich die Bestrebungen der Gesellschaften und Staaten der aktiven Peripherie (China, Indien, Asien im Allgemeinen, große Länder Lateinamerikas). Nicht vergessen seien darüber die sozialen Kämpfe in den Ländern der Triade wie auch in den »marginalisierten« Peripherien. Unter der – freilich optimistischen – Annahme, dass diese beiden systemkritischen Kräfte es vermögen, ihre Strategien zu bündeln und ihre Zielvorstellungen zusammenlaufen zu lassen, zeichnet sich eine Perspektive »jenseits des Kapitalismus« ab. Inzwischen könnte die neoliberale kollektiv-imperialistische Ordnung entweder für einige Zeit – mehr oder minder lange – in der Sackgasse einer blockierten Expansion festsitzen oder aber in eine neue Phase erweiterter Reproduktion und erneuter Expansion münden.

Der kollektive Imperialismus der Triade

Während der beiden großen früheren Phasen seiner Entfaltung (der merkantilen Phase von 1500-1800, dann der »klassischen« Phase von 1800 bis zum Zweiten Weltkrieg) existierte der Imperialismus immer als Pluralphänomen. Die Imperialismen standen untereinander dauernd in Beziehungen so heftiger Konkurrenz, dass ihr Konflikt eine zentrale Stellung in der Geschichte einnahm.

Lenin und Bucharin waren in ihrer Imperialismustheorie der Ansicht, die Heftigkeit dieser unvermeidlichen Zusammenstöße, die der Erste Weltkrieg bezeugte, werde die proletarischen Klassen der Zentren dazu bewegen, den Weg der Revolution zu wählen. Der »Verrat« der sozialdemokratischen Führer, die auf ihre »nationalen« imperialistischen Bourgeoisien eingeschwenkt waren, könne und müsse von der allgemeinen Revolte der zum Kanonenfutter gemachten Proletarier überwunden werden. Die Weltrevolution (in den Zentren, zumindest in Europa), ausgehend von einem schwachen Kettenglied des Systems (Russland), stehe auf der Tagesordnung.

Außerdem verbanden Lenin und Bucharin diese Kritik des Imperialismus ihrer Zeit mit der Kritik des Kapitalismus, den sie bereits im Endstadium seiner Fäulnis sahen. Die Dominanz des Finanzkapitals, das Merkmal des neuen Stadiums der Monopole, offenbare den nunmehr parasitären Charakter des Kapitals. Bucharin analysierte geistreich und sarkastisch-humorvoll die Wandlungen in der Ideologie des Kapitalismus, deren Lob nicht mehr dem produktiven Kapitalisten, sondern dem »Rentner« galt – für ihn ein unbestreitbares Anzeichen der Altersschwäche des Systems und ein weiterer Beweggrund, die sozialistische Revolution als objektiv möglich und notwendig aufzufassen. Diese Geschichte scheint sich zu wiederholen. Mit der neuen Finanzialisierung und der oben kritisierten Rede von der neuen »finanzgetriebenen Akkumulationsweise« werden die Relationen erneut umgedreht und das neue Rentnerbewusstsein dem des produktiven Unternehmers übergeordnet. Doch inzwischen – von 1914 bis 1980 – ist das, was Lenin und Bucharin vorausgesehen hatten, auf ganzer Linie nicht eingetreten. Zuerst ist die erwartete Weltrevolution ausgeblieben. Danach hat der Kapitalismus am Ende des Dreißigjährigen Krieges (1914-1945) zu seiner expansionistischen Dynamik zurückgefunden und während der »dreißig glorreichen Jahre« eine erstaunliche Entwicklung der Produktivkräfte gezeitigt.

Heute erscheint es möglich, den doppelten Diagnosefehler Lenins und Bucharins zu lokalisieren. Zum einen unterschätzten sie die tiefgreifenden Wandlungen im Zuge der imperialistischen Polarisierung zwischen Zentren und Peripherien, in denen sich das Gesetz der Verelendung manifestiert, und zwar sowohl in seinen ökonomischen und sozialen Dimensionen (Besserstellung der arbeitenden Klassen der Zentren im Kontrast zur Verschlimmerung der modernen Formen des Elends und der barbarischen Ausbeutung in den Peripherien, der »Modernisierung der Armut«, wie ich sie nenne) wie auch in seinen politischen und ideologischen Auswirkungen.

Zum anderen meinten sie, der Triumph des »Rentnerbewusstseins« sei nunmehr ein bleibendes Merkmal des altersschwach gewordenen Kapitalismus. Doch dieses Merkmal war meines Erachtens nur konjunkturbedingt, mit der Krise verbunden.

Auf einer anderen Ebene hatte Lenin jedoch Recht: mit dem Widerspruch gegen Kautskys Theorie des Ultraimperialismus. Kautsky hatte die Tendenz zur Zentralisierung des Kapitals mechanisch prolongiert und daraus gefolgert, die Ära der konkurrierenden Imperialismen werde vom Zeitalter eines »einzigsten Welttrusts« abgelöst. Lenin dachte zu Recht, ehe der real existierende Kapitalismus dieses Stadium erreiche, müsse er eine chaotische Revolutionsperiode durchlaufen; die historische Machbarkeit jenes »Ultraimperialismus« sei daher zweifelhaft.

Doch siehe da: Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erscheint der Konflikt der Imperialismen wirklich als beigelegt. Beiderseits der Schranke herrscht Übereinstimmung: Alle Wortführer der »freien Welt«, Sieger wie Besiegte, wollen nur noch das enge politische Bündnis im Gefolge des nordamerikanischen Protektors; Shdanow verkündet, es gebe nur noch zwei Lager, das kapitalistische und das sozialistische, und unterstellt damit, dass der Konflikt der Imperialismen der Vergangenheit angehört.

Dieses kollektive Einschwenken aller Bourgeoisien der Triade, die den zentralen Kapitalismus ausmacht, ist leicht zu erklären. Unmittelbar nach dem Krieg war die ökonomische Überlegenheit der USA über die erschöpften Verbündeten und Besiegten dermaßen erdrückend, dass die amerikanische Hegemonie unanfechtbar schien, zumal die Bourgeoisien der Zentren nur unter den Fittichen Washingtons Schutz vor der inneren und äußeren »kommunistischen Gefahr« suchen konnten.

Das Ungleichgewicht sollte sich jedoch nicht verstetigen. In der historisch sehr kurzen Frist von 15 bis 20 Jahren gelangten die europäischen und japanischen Partner wieder zu Produktionskapazitäten und zu einer Konkurrenzfähigkeit, die mit den US-amerikanischen vergleichbar waren. Man meinte damals, die Geschichte gehe wieder ihren »normalen« Gang. Was wurde nicht alles in den 1970er Jahren über den »Niedergang Amerikas« und die Perspektiven einer »neuen Hegemonie« bald Japans, bald Europas geschrieben! Die Partner wurden wieder Rivalen, ihr Konflikt unvermeidlich. Diese Thesen waren in der liberalen Rechten ebenso populär wie bei den Sozialdemokraten, sie fanden starken Widerhall unter Intellektuellen und Politikern verschiedenster Couleur, beunruhigten die einen und behagten den anderen.

Die Wiederkehr des globalisierten Liberalismus seit 1980, das Einschwenken der europäischen Sozialdemokraten auf seine Thesen, die hegemonistische Offensive Washingtons nach dem sowjetischen Zusammenbruch und die Reihe der Kriege am Persischen Golf, in Jugoslawien und in Afghanistan zwingen zu neuem Nachdenken über den heutigen Imperialismus. Denn sowohl am Steuer der liberalen ökonomischen Globalisierung wie im politischen und militärischen Management der neuen Weltordnung bilden die Staaten der zentralen Triade USA-Europa-Japan einen anscheinend festen Block unter der kaum an-

gefochtenen Führung Washingtons. Unausweichlich erhebt sich damit die Frage, ob diese Entwicklungen eine dauerhafte qualitative Veränderung anzeigen, einen definitiv »kollektiv« gewordenen Imperialismus anstelle von Imperialismen im Plural, oder ob sie nur konjunkturbedingt sind.

Zugunsten der Konjunkturthese ließe sich anführen, dass trotz der beiderseitigen Akzeptanz der Prinzipien des globalisierten Liberalismus Wirtschaftskonflikte zwischen Europa und den USA auftreten (besonders um Agrarprodukte), dass sich Europa finanziell (mit dem Euro) und militärisch verselbständigen kann (volle Integration der EU-Streitkräfte in die NATO oder nicht?) usw. Also habe der »Block«, den die Triade heute bildet, bereits Risse und sei nicht von Dauer.

Am Gegenpol der Thesen über die Zukunft des globalen Kapitalismus wird behauptet, es entstehe bereits ein wahrhaft transnationales Kapital. Bisher verdienen die so genannten Transnationalen diese Bezeichnung nur wegen ihres Geschäftsfeldes; Eigentum und zentrale Leitung dieser mächtigen Oligopole sind noch strikt national. Die Transnationalen bleiben US-amerikanische, britische, deutsche, japanische, französische Unternehmen. Aber, so wird gesagt, es kommt jetzt zu Fusionen, die nicht schlechthin Übernahmen von Schwächeren durch Stärkere (mit weiterhin nationalem Zielpunkt), sondern wirkliche Vereinigungen von gleichen Partnern darstellen und die Basis für die Entstehung eines wahrhaft multinationalen Kapitals schaffen. Der Fall DaimlerChrysler habe ein gutes Beispiel geboten; trotz seines Fehlschlags zeige er an, was sich in größerem Maßstab und schließlich erfolgreich wiederholen werde. Ein transnationales Kapital und somit eine wahrhaft transnationale Bourgeoisie seien im Entstehen begriffen. Selbstverständlich bleibe dieses transnationale Kapital die Domäne der Triade, des exklusiven Clubs, der die Länder des Ostens und Südens nicht hineinlasse und deren Bourgeoisien, die Kompradoren bleiben, als Transmissionsriemen seiner transnational-kapitalistischen Dominanz nutze. Selbstverständlich würden auch zahlreiche Unternehmen in den Ländern der Triade strikt national bleiben. Aber die von ihnen vertretenen Interessen bildeten nicht das dominante Segment des Kapitals, das auf seine reale Transnationalisierung zusteure.

Diese These scheint mir nicht sehr überzeugend, denn wie Kautskys »Ultraimperialismus« folgt sie aus der linearen Extrapolation einer ökonomischen Tendenz und lässt die politischen Dimensionen des Problems unberücksichtigt. Außerdem ist die darin vorgestellte Transnationalisierung des Kapitals nicht erforderlich, um den kollektiven Charakter des neuen Imperialismus herauszubilden.

Meinerseits schreibe ich dessen Entstehung den Wandlungen der Konkurrenzbedingungen zu. Ich beziehe mich dabei auf die Aussagen von Firmenchefs in der »pragmatischen« Literatur der *business schools*. Noch vor einigen

Jahrzehnten lieferten sich die großen Firmen ihre Konkurrenzkämpfe in der Hauptsache auf den nationalen Märkten, ob auf dem der USA (dem weltgrößten nationalen Markt) oder auch auf denen der europäischen Staaten (obwohl sie mit ihrem bescheidenen Volumen gegenüber den USA im Nachteil sind). Die Sieger der nationalen »Ausscheidungen« konnten sich in guter Position auf dem Weltmarkt platzieren. Doch um heute in der ersten Runde die Oberhand zu bekommen, muss man, so wird gesagt, ein Marktvolumen von nahezu 500 bis 600 Millionen »potentiellen Verbrauchern« erreichen. Das ist weit mehr als der US-amerikanische oder der EU-Markt. Die Schlacht muss also gleich auf dem Weltmarkt ausgetragen und gewonnen werden. Und wer auf diesem Markt obsiegt, behauptet sich dann auch auf dem jeweiligen nationalen Terrain. Die vertiefte Globalisierung wird zum ersten Betätigungsfeld der Großfirmen. Mit anderen Worten, in der Relation national/global läuft die Kausalität jetzt entgegengesetzt: Früher zog die Stärke auf nationaler Ebene die globale Präsenz nach sich, heute verhält es sich umgekehrt. Deshalb haben die transnationalen Firmen gleich welcher Nationalität gemeinsame Interessen an der Steuerung des Weltmarktes. Diese Interessen überlagern die dauernden merkantilen Konflikte, die alle dem Kapitalismus eigenen Formen der Konkurrenz jeglicher Art kennzeichnen.

Der Imperialismus ist in seiner ökonomischen Dimension tatsächlich kollektiv geworden. Das ist meines Erachtens eine dauerhafte qualitative Wandlung. Die doppelte Option für eine kollektive Steuerung des Weltmarktes und damit auch des globalen politischen Systems ist nicht von den Umständen abhängig, sie zeigt an, dass sich gemeinsame Interessen des transnationalen Kapitals aller Partner der Triade herausbilden. Mit den Praktiken ihres Hegemonismus, die zu diesem Bild gehören, verteidigen die USA nicht nur ihre eigenen Interessen, sondern jene des Kollektivs der Triade.

Die hier unterstellte qualitative Transformation des Imperialismus ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem »Ultraimperialismus«, denn sie lässt die Frage der Dichotomie zwischen der ökonomischen und politischen Dimension des Systems unberührt und ungelöst. Die Wirtschaft ist globalisiert, aber die Staaten (weiter im Plural) bleiben der wichtigste Rahmen für die Entfaltung des politischen Lebens. Das ist ein neuer Widerspruch. In den früheren Phasen des Kapitalismus definierte der nationale Rahmen das wichtigste Betätigungsfeld der Wirtschaft wie auch des politischen Lebens, wenn auch die eine wie die andere dieser beiden Seiten der Realität einem globalisierten ökonomischen und politischen System zugehörten. Dem neuen Widerspruch steht nicht Abschwächung bevor, sondern Zuspitzung.

Die Szenarien eines strikt nach den Prinzipien des kollektiven Imperialismus und des globalisierten ökonomischen Liberalismus gesteuerten 21. Jahrhunderts sind sämtlich für die Völker der Peripherien untragbar, ob sie nun den

politischen Rahmen des US-Hegemonismus oder eine gemeinsame Führung durch die Partner der Triade vorsehen. Außerdem ist nicht von vornherein gesagt, dass die Logiken, denen die politische Instanz in den europäischen Gesellschaften folgt, nicht mit derjenigen kollidieren, welche die Entfaltung des modernen Kapitalismus konditioniert. So gesehen sind »Konflikte« zwischen Europäern, Nordamerikanern und anderen nicht nur weiterhin möglich, sondern auch wahrscheinlich. Auf alle diese Fragen ist noch einzugehen, wenn die hegemonistische Strategie der USA schon deswegen näher untersucht wird, weil nur in Kenntnis der Stärken und Schwächen dieser Strategie die Alternativen und die Wahrscheinlichkeiten der verschiedenen Zukunftsszenarios sowie ihrer Bedingungen präzisiert werden können.

Anzumerken ist schließlich noch, dass in allen früheren Epochen der Imperialismus insofern als »Eroberer« auftrat, als seine Zentren Kapitalexporthoren waren und vermittels dessen das polarisierte Weltsystem gestalteten. Der neue kollektive Imperialismus tritt viel weniger, vielleicht gar nicht mehr in dieser Weise auf. Auf diese Dimension der Altersschwäche des Kapitalismus werde ich noch zurückkommen.

V. Die Militarisierung des neuen kollektiven Imperialismus

Zwei Hauptthesen

Im Kontrast zur Nachkriegsperiode mit ihrer bemerkenswerten Stabilität ist die Gegenwart von hoher Instabilität gekennzeichnet. Nach der vorherrschenden Meinung, gerade auch der meisten Politiker jeglicher Couleur, wird diese Veränderung mit dem Wegbrechen der für den »Kalten Krieg« charakteristischen Bipolarität verbunden. Letztere habe eine Vielzahl zentrifugaler Kräfte gezwungen, sich dem einen oder anderen Lager anzuschließen, und sie damit gleichsam »eingefroren«. Ich habe bereits jene ein halbes Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg anhaltende Stabilität anders erklärt: Sie beruhte auf Gleichgewichten, sozialen Kompromissen, die nach der doppelten Niederlage des Faschismus und des alten Kolonialismus relativ günstiger für die arbeitenden Klassen und die Völker ausfielen. Ihnen entsprachen die Modelle des Sozialstaates im Westen, des Sowjetismus im Osten und des modernistischen nationalen Aufbaus im Süden, die jedoch ihr Entwicklungspotential erschöpften und zusammenbrachen, bevor sich Alternativen herauschälen konnten, die jenen Staaten, Völkern und Nationen gestattet hätten, weitere Fortschritte zu machen.

Für die Gegenwart ist das Nebeneinander einer kraftvollen wissenschaftlichen und technologischen Revolution und einer tiefen Krise der Akkumulationssysteme bezeichnend. Das soziale Desaster, zu dem die finanzgetriebene Globalsteuerung führt, wird zur wesentlichen Herausforderung der arbeitenden Klassen und der Völker. Politische Merkmale der Gegenwart sind die sichtlich schwindende Wirksamkeit von Maßnahmen der Staaten (und daher ihr Legitimitätsverlust), die Verdrängung der »großen Erzählungen« aus der Aufklärungsepoche (von der bürgerlichen Demokratie, vom Sozialismus) durch neue Diskurse, die kommunitäre »Identitäten« (speziell ethnischer und religiöser Art) verfechten, die Zersplitterung der sozialen Bewegungen, die Vielzahl inner- und zwischenstaatlicher politischer Konflikte (besonders in den verwundbarsten peripheren Zonen des Weltsystems). In diesen Rahmen gehört die Militarisierung der Steuerung des Weltsystems.

Diese verstreuten Puzzleteile sollen sich nachfolgend zu einem kohärenten Bild fügen. Zunächst seien die beiden als Leitfaden dienenden (theoretischen und methodologischen) Thesen vorgestellt.

Erste These: Gegen den »Ökonomismus«

Nach allgemein vorherrschender Ansicht, einer Art Credo der heutigen Gesellschaften, ist ökonomischer Reichtum maßgebend für die politische Macht. Empirisch gesehen gibt es wirklich eine Korrelation zwischen Reichtum und Macht. Doch bekanntlich heißt Korrelation nicht Explikation. Dem einfältigen Ökonomismus gilt der Reichtum als Produkt weiser und effizienter ökonomischer Initiativen der betreffenden Gesellschaften und ihrer Umsetzung durch den Staat. Dem heute dominanten neoliberalen Diskurs zufolge misst sich jene Weisheit daran, wie sehr die genannten Initiativen der Logik der Erfordernisse des globalisierten Liberalismus folgen. Zu anderer Zeit und andernorts hätte sich diese Weisheit anders definieren lassen und doch einer dominanten ökonomistischen Logik entsprechen können.

Meine These besagt, dass das nicht stimmt. Ökonomie und Politik, Reichtum und Macht stehen in einer dialektischen Wechselwirkung zueinander und nicht in linearer Kausalitätsbeziehung gleich welcher Richtung.

Die weltweite Geopolitik bildet den unumgänglichen Rahmen für die ökonomischen und politischen Strategien der einen wie der anderen. Das war immer so in der modernen Welt, d.h. im kapitalistischen Weltsystem von den Anfängen an, seit 1492. Die Kräfteverhältnisse, die die geopolitischen Konfigurationen der aufeinander folgenden Phasen der kapitalistischen Expansion ausprägten, fördern die Entwicklung (im banalen Sinn) der dominanten Mächte und behindern die anderen.

Kennzeichen der Gegenwart ist die weltweite Entfaltung eines US-amerikanischen Hegemonismusprojekts, das allein auf der Bühne steht. Ein Gegenprojekt, das den von den USA beherrschten Raum einschränken will wie zur Zeit des Bipolarismus (1945-1990), gibt es nicht mehr; das europäische Projekt, von Anfang an verschwommen, verblasst; die Länder des Südens (die Gruppe der 77 Blockfreien) verloren nach der Bandung-Periode (1955-1975) den Willen, eine gemeinsame Front gegen den westlichen Imperialismus zu bilden; China, im Alleingang, will hauptsächlich sein (übrigens zwiespältiges) nationales Projekt schützen und nicht die Welt aktiv mitgestalten. All dies scheint eine Garantie für den Triumph der US-Hegemonialstrategie zu sein.

Im Sinn dieser ersten methodologischen Grundthese sage ich: Die »ökonomischen Vorteile« der USA sind nicht nur »relativ«, sondern auch weit weniger die Quelle ihres politischen Hegemonismus als dessen Produkt. Doch ich möchte keine einseitig politizistische These statt derjenigen des kritisierten Ökonomismus vertreten. Deshalb betrachte ich die Machtstellung eines (oder mehrerer) Hegemonen nicht als »gegeben«. Für die sukzessiven Phasen der Geschichte der kapitalistischen Expansion ist nicht, wie manchmal beschrieben, die jeweils ausgeübte Hegemonialmacht bestimmend (britische Hegemonie, dann US-Hegemonie), sondern der ständige Konflikt zwischen den führenden Mächten.

Eine Hegemonie ist somit immer relativ, verwundbar und vergänglich. Es ist daher besser, die Probleme und Herausforderungen in Bezug auf das Streben nach Hegemonie (statt deren Ausübung) und die einschlägigen Strategien der danach strebenden Mächte zu untersuchen. Derzeit betrifft das die USA.

Zweite These: Zur weltweiten Dimension der Widersprüche des real immer im globalen Maßstab existierenden Kapitalismus

Hier verweise ich wieder auf die bereits vertretene Generalthese: Die kapitalistische Globalisierung war, ist und bleibt immer gleichbedeutend mit Imperialismus, d.h. mit einer Entfaltung, die ihrer immanenten Eigenlogik zufolge den Kontrast von Zentren und Peripherien unaufhörlich produziert, reproduziert und verschärft. Die Entfaltung des Kapitalismus im Weltmaßstab beschert nicht den »Rückständigen« die Möglichkeit, zu den Fortgeschrittensten »aufzuholen«; sie verbaut ihnen vielmehr die Wege einer Entwicklung, die ihnen gestatten würden, sich »nach deren Bild« umzugestalten. Der Imperialismus ist daher, wie gesagt, das »permanente Stadium des Kapitalismus«.

Dabei eröffnet jetzt die neoliberale Neuformierung des globalisierten Kapitalismus eine neue Phase des Imperialismus. Anders als die ständig miteinander in heftigen Konflikten liegenden Imperialismen der Vergangenheit ist dieser neue Imperialismus, wie gesagt, kollektiv, vereint er die gesamte Triade USA-Europa-Japan. Der Hegemonismus der USA fügt sich in dieses »postkoloniale« Projekt. Dessen Merkmal ist bei weitem keine Milderung der Kontraste zwischen den dominanten Zentren, der Triade, und den dominierten Peripherien (der übrigen Welt), sondern die heftige Zuspitzung der Widersprüche zwischen Nord und Süd. Das neue imperialistische System allein mit den ökonomischen Mitteln des dominanten Kapitals »friedlich« zu steuern, erweist sich mehr und mehr als unmöglich. Der Rückgriff auf politische Gewalt, auf militärisches Intervenieren wird unumgänglich für das Funktionieren dieses Projekts, das sich fälschlich »liberal« nennt. Deshalb ist dieser kollektive Imperialismus angewiesen auf den Hegemonismus der USA, des einzigen Staates, der die unentbehrlichen Funktionen des Anführers der militärischen Interventionen des Nordens im Süden ausüben kann. Natürlich lassen die USA ihre subaltern gewordenen Verbündeten Europa und Japan für diese »Dienstleistung« Summen zahlen, die erheblich zu ihren »ökonomischen Vorteilen« beitragen.

Wenn diese Analyse zutrifft, dürften Konflikte in der Triade nicht in den Vordergrund treten, solange das dominante transnationalisierte Kapital die politischen Kommandoposten innehat. Der kollektive Imperialismus führt zum »Verblässen des europäischen Projekts«, wie ich sage, seiner Verwässerung in der liberalen ökonomischen Globalisierung und in der Gefolgschaft des politischen und militärischen Hegemonismus Washingtons. Nur wenn die sozialen Kämpfe in Europa eine so ausgeprägt politische Dimension gewinnen, dass

eine weniger ausschließlich dem transnationalisierten Kapital dienbare Zusammensetzung des politisch und sozial hegemonialen Blocks durchgesetzt werden kann, werden Fortschritte eines wahrhaft »europäischen Projekts« sowohl in den inneren Angelegenheiten (den Marktregulierungen, die es erfordert und ermöglicht) als auch auf internationaler Ebene (andere Beziehungen zum Süden) vorstellbar. Entweder wird Europa ernsthaft links stehen, oder es wird nicht mehr existieren.

Inzwischen dürften sich die globalen Nord-Süd-Widersprüche zuspitzen. In dieser Lage wird es möglich und sogar wahrscheinlich, dass die Herrschaft der brüchigen und verwundbaren Kompradoren-Regime (d.h. derjenigen, die sich willig in die liberale Globalisierung fügen) in den Ländern des Südens instabil wird. Die Peripherien bleiben also die schwachen Kettenglieder des Weltsystems und der Süden die Zone der Stürme. Real möglich und wahrscheinlich wird das Wiedererstehen einer »gemeinsamen Front« des Südens, die eine mehr oder minder deutliche Revision des Weltsystems durchsetzt. Der »Wind von Bandung« kann wieder auffrischen. Wenn sich dieser Nord-Süd-Kontrast verschärft, entstehen günstigere Bedingungen dafür, die Front des Nordens schließlich aufzubrechen.

USA: Errungene Hegemonie oder Hegemoniestreben?

1. Der Hegemonismus der USA reicht in längst vergangene Zeiten zurück. Von Anfang an, seit der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten, bildet er gewissermaßen das Projekt ihrer herrschenden Klasse, prägt er deren Ideologie und Praxis in kaum zu überbietender Verbindung von Zynismus und Heuchelei. Der Eroberungszug nach Westen, mit dem Genozid an den Indianern, und der alsbald verkündete Exklusivanspruch Washingtons auf die Kontrolle über den gesamten Doppelkontinent (Monroe-Doktrin, 1823) leiten jene Konstruktion ein. Manifest wird sie ausgangs des 19. Jahrhunderts, als sich die USA auf den Philippinen festsetzen, Asien gegenüber. Später ziehen die USA aus ihrer späten Beteiligung am Ersten Weltkrieg enormen wirtschaftlichen und finanziellen Gewinn, im Gegensatz zur Erschöpfung der hauptsächlichen Kriegsteilnehmer Großbritannien, Frankreich, Russland und Deutschland. Doch damals sind die ideologischen und politischen Bedingungen dafür, diesen Vorteil auszunutzen, noch nicht gegeben, und das US-amerikanische Volk erzwingt einen »isolationistischen« Rückzug. Die Profite, die abermals allein die USA aus dem Zweiten Weltkrieg ziehen, liegen ihrer neuen Doktrin vom weltweiten Hegemonismus zugrunde, die sie von 1945 an systematisch umsetzen. Der Isolationismus wird nunmehr definitiv verabschiedet, hält sich allerdings in den naiven Gemütern zahlreicher Bürger, sodass Wahlreden daran anknüpfen können, ohne

etwas zu ändern. Die gesamte Nachkriegsphase von 1945 bis heute ist von der Hegemonie der USA gekennzeichnet, auch wenn ihr bis zum Zusammenbruch der UdSSR die militärische und politische Bipolarität des Weltsystems Mäßigung auferlegte.

2. Die Literatur zum US-Hegemonismus ist derart reichhaltig, dass sich kein befriedigender Überblick geben lässt. Immerhin liegt die Betonung generell auf den »ökonomischen« Dimensionen der Frage, wohl mindestens zum Teil wegen der »Berufsblindheit« der konventionellen Ökonomen, und leider auch anderer, die die »Politik« aus ihren Schemata ausklammern und meist nur die Wettbewerbsfähigkeit der rivalisierenden Produktionssysteme untersuchen wie z.B. Robert Brenner (siehe weiter oben).

Der Hegemonismus ist notwendigerweise immer mehrdimensional, relativ und gefährdet. Mehrdimensional heißt, dass er nicht nur ökonomisch fundiert ist (höhere Produktivität in Schlüsselsektoren der Produktion, Initiative in der technologischen Innovation, entscheidendes Gewicht im weltweiten kommerziellen Austausch, Herrschaft über die Leitwährung des Systems usw.), sondern gleichfalls politisch und ideologisch (sogar kulturell) wie auch militärisch. Relativ deswegen, weil die kapitalistische Weltwirtschaft kein von einem einzigen Zentrum regiertes Weltreich oder Empire ist. Das hegemoniale Zentrum ist genötigt, Kompromisse mit anderen zu schließen, auch mit Beherrschten, und erst recht dann, wenn diese gegen solch eine Einstufung aufbegehren. Deshalb ist die Hegemonie immer von der Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Partnern des Weltsystems gefährdet.

Bleibt man bei der ökonomischen Dimension im engeren Wortsinn, die sich annähernd am Pro-Kopf-BIP und den strukturellen Tendenzen der Handelsbilanz misst, so wird man folgern, dass die um 1945 erdrückende amerikanische Hegemonie schon in den 1960er und 1970er Jahren wegen des brillanten Aufholens Europas und Japans verschwindet. Die Europäer pochen unablässig darauf: Die Europäische Union steht weltweit an erster Stelle als Wirtschafts- und Handelsmacht usw. Eine etwas voreilige Behauptung. Es gibt zwar einen gemeinsamen europäischen Markt, sogar den Anfang einer gemeinsamen Währung, aber die »eine« europäische Wirtschaft gibt es nicht (oder noch nicht). Es gibt kein »europäisches Produktionssystem«, wohl aber ein Produktionssystem der USA. In Europa sind die Wirtschaften mit der Konstituierung der historischen Bourgeoisien der betreffenden Staaten entstanden; in diesem Rahmen bildeten sich autozentrierte (wenn auch zugleich geöffnete und sogar aggressiv geöffnete) nationale Produktionssysteme, und diese bleiben weitgehend national. Es gibt keine europäischen Transnationalen, sondern nur britische, deutsche, französische usw. Transnationale. Ausnahmen wie im Musterfall Airbus kamen durch zwischenstaatliche Kooperationen im öffentlichen Sektor zustan-

de, und das ist zu beachten, denn es verweist auf die entscheidende Rolle dieses Sektors bei eventuellen Strukturtransformationen. Wechselseitige Kapitalbeteiligungen sind innerhalb Europas nicht enger geflochten als in den jeweiligen Beziehungen der einzelnen europäischen Nationen zu den USA und zu Japan. Wenn also die europäischen Produktionssysteme von der »globalisierten Interdependenz« ausgehöhlt, geschwächt werden, dann gerade zum Vorteil der Globalisierung und der sie beherrschenden Kräfte, statt zugunsten einer »europäischen Integration«, die es praktisch noch nicht gibt.

Berücksichtigt man weitere Seiten des Wirtschaftslebens wie die technologische Innovation oder den Platz der betreffenden Währung im internationalen Währungssystem, so wird die Asymmetrie zwischen den USA und der EU noch deutlicher. Hinsichtlich der technologischen Innovation lässt sich darüber diskutieren, doch die militärische Überlegenheit der USA bleibt der wichtigste Mittler eines unbestreitbaren nordamerikanischen Vorteils, bringt doch Rüstungsforschung entscheidende zivile Effekte, siehe z.B. das Internet. Was die Vorteile angeht, die den USA aus der Verwendung des Dollar als dominantes internationales Zahlungsmittel erwachsen (und es ihnen erlauben, die Außenwirtschaftsbilanz ständig defizitär zu belassen und damit die Konsequenzen nachlassender Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu dämpfen), so scheint der Euro sie nicht zu gefährden. Solange es die »eine« integrierte europäische Wirtschaft nicht gibt, bleibt die Akzeptanz des Euro als gemeinsame Währung meines Erachtens brüchig und bedroht, und dem Euro wird es schwer fallen, den Dollar weltweit zu ersetzen. Dieses bleibende Monopol des Dollar als einzige internationale Währung ergibt sich nicht aus einer Überlegenheit des Wirtschaftssystems der USA, sondern aus ihrer politischen Hegemonie, die wiederum ihrer Macht einen ökonomischen Vorteil verschafft.

Die strikt ökonomische Analyse gibt also keine Antwort auf meine zentrale Frage: Sind die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile der USA Ursachen ihrer politischen und militärischen Hegemonie, oder verläuft die Kausalitätsbeziehung in der Gegenrichtung?

3. Diese Frage lässt sich beantworten, wenn das Geschehen der 1990er Jahre, der »Ära Clinton«, und das sie angeblich kennzeichnende »amerikanische Wunder« näher betrachtet werden. Die vorherrschende ökonomistische Literatur behauptet, die in den USA energischer als in Europa getroffene »liberale« Wahl habe dieses »Wunder« verursacht und damit die ökonomische Dimension des US-amerikanischen Hegemonismus gestärkt. Europa (und Japan) wäre also nur zu empfehlen, das amerikanische Modell nachzuahmen, wofür die herrschenden Klassen der Partner der Triade denn auch optiert haben.

Die USA haben tatsächlich während der 1990er Jahre mehr Wachstum verzeichnet als ihre Partner und dabei die Arbeitslosigkeit beträchtlich reduzieren

können. Um welchen Preis, ist bekannt: Prekarisierung der Beschäftigung; sinkende Reallöhne (1968: 9,59 \$/Stunde; 1998: 8,70 \$/Stunde); Wachstum der armen Schichten (1970: 25%, 1997: 36% der Bevölkerung). Man kann es natürlich, wie ich, empörend finden, dass solch eine Evolution zum Vorbild für andere erhoben wird! Das dominante Kapital bleibt ungerührt: Wenn sich das amerikanische Volk mit diesen Erfordernissen einer Steigerung der Profitrate abfindet, ist alles in Ordnung (für das Kapital).

Das US-amerikanische Wachstum des »Clinton-Jahrzehnts« war begleitet von einem Rückgang des Industriepotentials: Die Industrieproduktion pro Einwohner der USA liegt nur noch bei 50% der japanischen, 60% der deutschen und niedriger als die französischen und italienischen Vergleichswerte. Ihr Anteil an der Industrieproduktion der drei Großen (USA, Japan, Deutschland) fiel von 54,2% für 1961 auf 40,5% für 1996. Das US-amerikanische Wachstum war demnach hauptsächlich Produkt einer extremen Tertiärisierung.

Dieser zumindest industrielle Niedergang der USA ergab ein gewaltiges und zunehmendes Defizit in der Außenhandelsbilanz (1991: 7,4 Mrd. \$; 1999: 30,5 Mrd. \$). Gleichzeitig fiel die landesweite Fähigkeit zu sparen praktisch weg (Sparquote 1990: 8%, 2000: 2% des BIP). Um sich halten zu können, bedurfte das US-amerikanische Akkumulationssystem daher eines gigantischen Kapitalzustroms, der einen beträchtlichen Teil des in aller Welt erzeugten Überschusses abzog, von den Reichen der Triade wie von den Ärmsten der Dritten und Vierten Welt. Diese Kapitale speisten wiederum eine finanzielle Hypertrophie, die sich in der zunehmenden öffentlichen Verschuldung spiegelt (1981: 1 Billion \$; 1999: 5,5 Billionen \$).¹

Aber die Analyse muss weitergeführt werden. Denn der »Erfolg« bestätigt keineswegs die These des Liberalismus, die Kürzung des Arbeitseinkommens sei Bedingung für neues Wachstum. Letzteres wurde in der Tat so weitgehend vom Rest der Welt finanziert, dass die Formel in keiner Weise verallgemeinert werden kann, nicht einmal für die Triade als Ganze. Das US-amerikanische Wachstum beruht größtenteils auf dem parasitären Charakter der Gesellschaft und der Wirtschaft der USA, die daher sehr verwundbar sind.

4. Die Hegemonialstrategie der USA hat das erklärte Ziel, nicht zuzulassen, dass sich irgendeine Macht den Anweisungen Washingtons zu widersetzen vermag. Dazu wird angestrebt, alle »zu großen« Länder zu zerstückeln und ein Maximum an Rumpfstaaen zu erzeugen, denen sich dann leicht US-Militärbasen zu ihrem »Schutz« aufdrängen lassen. Nur ein Staat darf Großmacht sein, die USA. So äußerten sich ihre drei letzten Präsidenten: Bush senior, Clinton und Bush junior.

¹ Makroökonomische Daten nach J. Beinstein, *a.a.O.*

Die Ziele und Mittel des Washingtoner Projekts dürften bekannt sein. Mit ihnen wird großspurig geprahlt, begleitet vom traditionell-amerikanischen moralisierenden Legitimationsdiskurs. Die US-amerikanische Globalstrategie verfolgt fünf Ziele: (i) Die anderen Triaden-Partner Europa und Japan neutralisieren, sie unterwürfig halten, ihren Staaten möglichst die Fähigkeit nehmen, unabhängig von den USA zu handeln. (ii) Die militärische Kontrolle der NATO über die Teilstücke der ex-sowjetischen Welt errichten und diese »lateinamerikanisieren«.² (iii) Die ungeteilte Kontrolle über den Mittleren Osten und Mittelasien und ihre Erdölschätze erlangen. (iv) China zerstückeln, die Folgsamkeit der anderen großen Staaten (Indien, Brasilien) sichern und verhindern, dass sich regionale Blöcke bilden, die Verhandlungsmacht in Fragen der Globalisierung besitzen könnten. (v) Die strategisch uninteressanten Regionen des Südens marginalisieren.

Die systematischen Interventionen der USA zugunsten dieser Ziele befolgen drei Grundsätze: (i) Rücksichtslose Verdrängung der UNO durch die NATO als Lenker der Weltordnung, wie nach dem Kosovo-Krieg bekräftigt durch die Erweiterung des geografischen Kompetenzbereichs der NATO und die verschwommene Formulierung der Kompetenzen, die den USA gestattet, sie wie gewünscht zu handhaben. (ii) Ausrichtung Europas auf Washingtons strategische Ziele, d.h. auf die Rückkehr zum traditionellen Prinzip der Politik vor der Gründung der UNO im Jahr 1945, politische Probleme mittels Kriegen zu regeln. (iii) Wahl militärischer Methoden, die den US-amerikanischen Hegemonismus bestärken (Bombardements ohne eigenes Risiko; Heranziehen europäischer Hilfstruppen für eventuelle Einsätze auf dem Gefechtsfeld).

Der Hegemonismus der USA beruht also weit mehr auf ihrer überdimensionalen militärischen Stärke als auf den »Vorteilen« ihres Wirtschaftssystems. Um meine Ausführungen zu dieser Frage zusammenzufassen, beschränke ich mich darauf, den einen – realen – politischen Vorteil der USA zu betonen: Sie sind ein Staat, Europa nicht. So können sie als unangefochtener Führer der Triade posieren, indem sie mit ihrer Militärmacht und der von ihnen dominierten NATO die »sichtbare Faust« zeigen, die gegebenenfalls Widerspenstige zur neuen imperialistischen Ordnung ruft.

² Lateinamerikanisierung bedeutet einen quasi-kolonialen Status für die betroffenen Staaten (»Bananenrepubliken«), der im Innern mit ausgeprägten sozialen Ungleichheiten und gesellschaftlicher Desintegration einhergeht (Anm. d. Übers.).

Die Militarisierung der hegemonistischen Offensive der USA

War in den 1970er Jahren die Rede vom »Niedergang der amerikanischen Hegemonie«, von ihrer Anfechtung durch Europa und Japan, sogar von Ansätzen eines neuen Hegemonismus bei dem einen oder dem anderen, so gingen 1980 plötzlich die USA in die Gegenoffensive.

Auf die Wahl Reagans folgten die Entscheidung für die neue »neoliberale« Wirtschaftspolitik und das verstärkte Wettrüsten, darauf der Zusammenbruch der UdSSR, nach dem Golfkrieg von 1991 die Proklamation der von der nunmehr einzigen Großmacht zu stiftenden »neuen Weltordnung« durch George Bush sen., anschließend die Intervention von US-Streitkräften auf europäischem Gebiet – in Jugoslawien – und weiter, als Erwiderung auf die Anschläge des 11. September 2001, die Eröffnung einer neuen Interventionsfront im Herzen Mittelasiens durch George Bush jun. Die Dinge gipfeln bisher in dem Versuch, die Wiege der Kultur der Alten Welt, Mesopotamien, gewaltsam zu einem »Neu-Texas (früher Irak)« zu degradieren.³ Dazwischen hat die »Ära Clinton« in den 1990er Jahren jenes »Wunder« des US-amerikanischen Wirtschaftsaufschwungs bewirkt, wozu ich weiter oben starke Vorbehalte geäußert habe.

Echter Neustart oder Schwanengesang eines niedergehenden Hegemonismus? Arrogante egoistische Initiative der einzig verbliebenen Supermacht oder Aktion zum kollektiven Nutzen der imperialistischen Triade?

1. Am Ende der 1990er Jahre zeigt sich glasklar, welche Methoden das US-Establishment anwendet, um die anvisierte politische Kontrolle zu erlangen. Vom 1991er-Golfkrieg über die Kriege in Bosnien, Kosovo, Mazedonien und Afghanistan bis zum Eroberungszug nach Mesopotamien bleibt sich das Schema stets gleich: Auswahl eines »Feindes« in der begehrten geostrategischen Zone, Ausschlichten der oft wirklich schändlichen Taten des designierten Feindes (wobei die gleichen Schandtaten bei anderen toleriert werden), wohl auch »heimliche Ermunterungen« (seitens der CIA), dann plötzliche »Kriegserklärung« an seine Adresse, massive Luftschläge aus der Ferne und der Höhe (»Krieg ohne Tote« für die USA), Etablierung einer US-amerikanischen Militärpräsenz in der Region ..., der »Feind« bleibt möglichst auch noch dort ...

Die Darstellung des Prozederes ist vielleicht zynisch, doch nicht minder realistisch. Denn das herrschende US-amerikanische Establishment ist absolut und extrem zynisch. Der Zynismus wird immer von nicht minder extrem heuchlerischen Moralpredigten begleitet und gedeckt. So kann die überwiegend einfältige Öffentlichkeit der USA erfolgreich von den Medien manipuliert wer-

³ »Welcome to New Texas (formerly Iraq)«: Plakat vor einem Kommandoposten der angreifenden US Marines (Siehe Pressefoto vom 23. März 2003, Anm. d. Übers.).

den, bis sie bedingungslos den taktischen Erfordernissen der Entfaltung einer fern von ihr beschlossenen Strategie folgt.

Die US-amerikanische Ideologie pflegt ihr imperialistisches Projekt zur Verkaufsanpreisung in die unsägliche Sprache der »historischen Mission der USA« zu hüllen. Diese Tradition hält sich seit dem festen Glauben der »Gründerväter« an ihre göttliche Berufung. Die amerikanischen (politischen) Liberalen, die sich als die Linke ihrer Gesellschaft betrachten, teilen diese Ideologie. Auch sie präsentieren die US-Hegemonie als unbedingt »gütigen« Stifter bewusst praktizierter Demokratie bei denen, die ihnen nicht als Opfer, sondern als Nutznießer jenes Projekts erscheinen. US-Hegemonie, universaler Frieden, Demokratie und materieller Fortschritt gelten ihnen als untrennbar miteinander verbunden. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Die unglaubliche Zustimmung der europäischen Öffentlichkeit und besonders ihrer Mehrheitslinken zu jenem Projekt war eine Katastrophe mit tragischen Konsequenzen. Das Trommelfeuer der Medien auf die von Washington beschlossenen Interventionsobjekte erklärt diese Zustimmung zum Teil. Doch darüber hinaus waren die »Westler« überzeugt, dass Regierungen demokratischer Länder wie der USA und der EU-Staaten nichts so »Böses« wollen können wie die blutrünstigen »Diktatoren« des Orients. Von dieser Überzeugung verblendet, bedachten sie nicht das entscheidende Gewicht der dominanten Kapitalinteressen. Abermals behielten die Öffentlichkeiten der imperialistischen Länder ein ruhiges Gewissen.

Wie werden die von dieser dritten imperialistischen Expansionswelle bedrohten Völker reagieren? Dass sie massiv reagieren, ist keine Frage mehr. Offen bleibt das »Wie?« des Fortgangs und des Ausgangs.

2. Hier ist daran zu erinnern, dass die begehrte strategische Zone den Balkan, den Nahen Osten, die Golfregion und Mittelasien umfasst.

Diese Zone birgt in der Golfregion und in Mittelasien die größten Erdölvorräte des ganzen Planeten. Kann man hier über die engen Beziehungen der Familie Bush zu den US-amerikanischen Erdölinteressen hinweggehen? War doch der erste Krieg unter Bush sen. bereits ein Ölkrieg (gegen die irakische »Bedrohung« der Golfregion), ebenso der erste unter Bush jun., der Russland als Erben der UdSSR die Kontrolle über Mittelasien nehmen sollte. Bei dem zweiten Krieg des Juniors wurde dann offen gesagt, dass der Sieger einen enormen Zustrom an preiswertem irakischem Erdöl erwarten kann.

Zuvor hatten die Massenmedien höchstens dezent angedeutet, was in der »Fachliteratur«, dem breiten Publikum unzugänglich, den obigen Zusammenhang materialreich belegte: diplomatische Bemühungen der USA um die Kontrolle der mittelasiatischen Ölleitungen; Militärhilfe für die Taliban im Hinblick auf ein transafghanisches Pipelineprojekt; Unterstützung für die »Frei-

heitskämpfer« in Tschetschenien – *Freedom fighters*, wie die Vorgenannten, einst gegen die schrecklichen Kommunisten, nun gegen die nicht minder furchtbaren Russen... Die Kriege in Jugoslawien wurden von Pentagon-Strategen selbst als Gelegenheit kommentiert, sich militärisch auf dem Balkan zu etablieren und über die Türkei und Israel die eigene Präsenz in der angrenzenden Nahost-Region zu festigen. Die unbedingte Unterstützung Israels erklärt sich nicht nur aus der natürlichen Sympathie der US-Öffentlichkeit für ein expansionistisches Land, das die legendäre »Eroberung des Westens«, den Ursprung des amerikanischen Herrschaftsmythus, nachahmt und den Arabern die Rolle der Indianer zuweist. Das Erdöl der Region spielt ebenfalls eine Rolle.

In der planetaren Geostrategie der USA nimmt die Region eine so erstrangige Position ein wie sonst nur Mittelamerika mit der Karibik. Es ist die vom Pentagon selbst definierte Position derjenigen Räume, für die sich Washington das Recht auf eigenmächtige Intervention herausnimmt, offenkundig unter Missachtung des Völkerrechts. Obwohl mit der UdSSR der erklärte Hauptfeind verschwunden ist, behält die Region ihre volle Bedeutung für die US-amerikanische Geostrategie. Sie war Washingtons Startplattform für die Eroberung des ex-sowjetischen Mittelasiens, jener Drehscheibe, die seit der frühen Antike die Gebiete Asiens (China, Indien), Afrikas, Russlands und Europas sowohl trennt als auch verbindet. Von hier aus könnten die USA ihren subalternen Verbündeten Europa, die arabischen Länder mit potentiell »gefährlichen« Bevölkerungen (Ägypten, Syrien), Russland sowie China und Indien, deren autonome Entwicklungspotentiale immer als eventuelle Bedrohungen gesehen werden, von der Landseite her fester in die Zange nehmen. Der Afghanistan-Krieg entsprach dieser Militarisierungslogik des planetaren US-Hegemonismus, der Eroberungszug in Irak eröffnet ihr neue Dimensionen und Ambitionen, von der Spaltung des Rivalen Europa bis zur seeseitigen Schließung der Zange gegen dazu ernannte »Schurkenstaaten« von Iran bis Nordkorea.

3. Der jeweils designierte Feind muss wahrhaft hassenswert aussehen. Das US-Establishment wählt also aus dem reichen Angebot solcher Gestalten, die das zur Zeit herrschende Chaos hervorbringt, diejenige, die zum Zweck passt. Nach dieser Wahl kann um so leichter der simple moralisierende Diskurs vom Krieg des Guten (der USA) gegen das Böse (ihre Gegner) geführt werden. Damit lassen sich die realen Ziele der Operation ebenso verdecken wie die Tatsache, dass der aufs Korn genommene »Böse« zum Netzwerk der Freunde Washingtons und seiner Protégés gehört hat, solange er für das hegemonistische Projekt der USA von Nutzen war. Saddam Hussein und Osama bin Laden entsprachen vollkommen diesem Musterbild.

Da die Operation real auf die definitive Etablierung von US-Streitkräften in der begehrten Region abzielt, ist es sinnvoll, den designierten Feind nicht end-

gültig zu eliminieren. Saddam Hussein blieb nach 1991 am Platz; damit ließ sich der Verbleib von US-Truppen im »bedrohten Freundesland« Saudi-Arabien rechtfertigen. Osama bin Laden hatte die gleiche Funktion für Mittelasien. Und falls der Betreffende persönlich eliminiert werden sollte, lässt sich unschwer nahelegen, dass weitere nicht minder gefährliche »Terroristen« in den Bergen Mittelasiens oder Nordiraks umgehen, was eine Dauerpräsenz von US-Militär in der Region erfordert.

Die amerikanische Strategie lässt den nützlichen Feind am liebsten ungeschoren und schlägt um so gewaltsamer auf das Volk ein, das kaum zu seinem Unterdrücker hält, zumal er ihm zumindest zum Teil mit US-Unterstützung aufgezwungen wurde. Das reale strategische Ziel der Operation bleibt verborgen hinter der so simplen wie dramatischen Alternative, die ein George W. Bush formuliert: Entweder mit uns (mit Blankovollmacht für unsere erklärten und verheimlichten Absichten) oder mit den »Terroristen«! In der schönen Tradition McCarthys wird jede Opposition gegen Washingtons politischen Kurs, unter anderem gegen den Neoliberalismus und seine Form der Globalisierung, von vornherein verteufelt.

Natürlich braucht man nicht anzunehmen, die ganze Affäre sei durchweg von der CIA zusammengebraut und der designierte Feind von ihr aufgebaut worden, wenn das auch im Fall Noriegas und der Panama-Intervention so war. Der Horror, die brutale Verschärfung der sozialen Dramen, die der globalisierte Neoliberalismus nach sich zieht, haben ernste Auswüchse produziert. Die Diplomaten der G 8 haben diese unterstützt und fahren damit fort, weil sie bei den unter der liberalen Globalisierung leidenden Völkern keine anderen Verbündeten finden können. Die designierten »Feinde« finden sich daher nicht nur unter den gestrigen Freunden, sondern womöglich morgen auch unter den heutigen Mitläufern des kollektiven Imperialismus der Triade und des Hegemonismus der USA. Sucht Washington nicht schon verzweifelt nach »gemäßigten Taliban« und nach »Überläufern« aus dem Umkreis Saddam Husseins?

Der Golfkrieg von 1991

Dieser Krieg folgte nicht zufällig unmittelbar auf den Zusammenbruch der UdSSR. Obwohl die blutige Entartung des Baath-Regimes in Irak nicht erst 1990 begann, hatten die Diplomaten der G 8 zuvor nichts dagegen einzuwenden. Seit sich der Irak der US-amerikanischen Kriegsstrategie gegen die Islamische Republik Iran angeschlossen hatte (der erste Golfkrieg zog sich durch die gesamten 1980er Jahre), wurde dem Bagdader Regime alles verziehen, der Terror gegen sein gesamtes Volk wie auch die barbarische Unterdrückung der Kurden. Wie man sich vielleicht erinnert, wurden vorher die Regierungen in

Bagdad, die diese Frage friedlich lösen wollten und kurdische Demokraten an der Macht beteiligten, sämtlich von den Westmächten bekämpft. Die irakische und arabische Öffentlichkeit schenkt, dessen eingedenk, allen nach 1990 gehaltenen demokratischen und humanitären Reden keinen Glauben.

Von der westlichen Unterstützung ermutigt, verstieg sich Saddam Hussein zu der Annahme, die USA würden den Irak als dominante Regionalmacht am Golf und Nachfolger Saudi-Arabiens als dortigen Hauptverbündeten Washingtons akzeptieren. So wurde er von der US-Botschafterin in Bagdad noch nahezu ermuntert, als er ihr seine Absichten gegenüber Kuwait mitteilte. In der Tat hatten das Pentagon und Israel bereits beschlossen, die Militärmacht Iraks zu zerschlagen. Für Washington blieben die archaischen Monarchien am Golf die besten Klienten. Die Aggression gegen einen formell unabhängigen Staat lieferte den denkbar besten Vorwand, denn ihretwegen stellten sich die UNO wie die NATO hinter George Bush sen., akzeptierte Saudi-Arabien die verstärkte US-Militärpräsenz auf seinem Gebiet wie in der gesamten Golfregion, wurde dieser amerikanische Krieg schließlich von den Ölscheichs der Region finanziert. Dass alle Städte Iraks blindlings massiv bombardiert wurden, dass CNN das mit Behagen dauernd vorführte, erfüllte in der Strategie der neuen Weltordnung« à la Bush sen. die bedeutsame Funktion, die Völker zu ängstigen. Dass Saddam zur Stelle blieb, war hilfreich dafür, sowohl die permanente, auf Kosten der Bevölkerung gehende Wirtschaftsblockade des Irak, die das Land vollends ruinierte, als auch die fortdauernden, einseitig vom Pentagon und seinem getreuen britischen Diener beschlossenen Luftangriffe und schließlich das Verbleiben des US-Militärs in Saudi-Arabien zu rechtfertigen (der zugesagte Abzug nach dem Sieg wurde deswegen immer weiter vertagt).

Dieser erste Sieg der USA war somit zunächst absolut uneingeschränkt. Aber auf die Dauer bescherte er der Diplomatie des Hegemonialprojekts neue Schwierigkeiten. Die arabischen Regierungen waren so naiv gewesen, den Versprechungen zu trauen, als Gegenleistung für ihr Mitziehen gegen den Irak würden sich die USA für die endgültige Regelung der Palästina-Frage einsetzen. Die sogleich nach deren Triumph im »Wüstensturm« einberufene Konferenz von Madrid, danach die Osloer Abkommen von 1993 konnten den Eindruck erwecken, dass Washington seine Versprechungen halten werde. In der Folge erwies sich, dass die USA weiter die koloniale Expansion Israels unterstützten. Die Intifada musste der arabischen Öffentlichkeit demonstrieren, dass man sie rundweg betrogen hatte. Statt sie »friedlich zu stimmen« und damit den neoliberalen Globalisierungspolitiken Wege zu ebneten, trieben der Golfkrieg und seine Nachwehen bis zur Intifada den Hass auf »die Amerikaner« auf den Höhepunkt. Das musste Folgen für die arabischen politisch herrschenden Klassen zeitigen, die als Kompradoren den unentbehrlichen Gegenpart im Regime der liberalen Globalisierung abgaben, und so auch für die herrschende Klasse der

Saudis. Washingtons Hauptverbündeter in der Region ist jetzt brüchig. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn er eines Tages stürzt wie einst das Schah-Regime.

Die Jugoslawien-Kriege

Der Zerfall Jugoslawiens geht auf innere Ursachen zurück. Nach Tito auf unkontrollierte Öffnung nach außen orientiert, erlebte das Land bald eine wirtschaftliche Stagnation und zunehmende Ungleichheit zwischen den einzelnen Republiken und autonomen Regionen des Bundesstaates. Hier wie anderswo, z.B. in der UdSSR, wurde die herrschende Klasse – die »Nomenklatura« der kommunistischen Partei – dadurch delegitimiert. Sie spaltete sich in Gruppen, die jeweils versuchten, aus »ethnischen« und religiösen Differenzen, die der Titoismus schon weitgehend überwunden hatte, neue Legitimität zu gewinnen.

Das jugoslawische Problem war eine europäische Angelegenheit, und eine akzeptable Lösung, die eine gewisse Einheit des jugoslawischen Ensembles bewahrt und zugleich die Integration des Landes in die europäische Einigung eingeleitet hätte, wäre zu finden gewesen, wenn die europäischen Mächte sie selbst gewollt, die Föderation wirtschaftlich und finanziell unterstützt, Geduld bewiesen und die nicht ethnizistischen, demokratischen Regungen ermutigt hätten. Europa hat sich für das Gegenteil entschieden, mit der voreiligen Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens Öl ins Feuer gegossen und die islamistischen Sezessionisten in Bosnien, später auch in Kosovo und Makedonien ermuntert. Überdies boten die Europäer, als sie eine militärische Lösung mit Hilfe der NATO vorschlugen, den USA als wahren Chef dieser Organisation die Gelegenheit, direkt in die Regelung der europäischen Angelegenheiten einzugreifen und sich im Kerngebiet des Balkans militärisch zu installieren. Nun bilden Balkan, Mittlerer Osten und Mittelasien in deren Projekt weltweiter politischer und militärischer Hegemonie eine Zielzone ersten Ranges, und nach dem »Sieg« der NATO in Kosovo konnten die USA deren erweiterte Kompetenzen unschwer von ihren subalternen europäischen Verbündeten absegnen lassen. Damit stellte sich Europa von vornherein hinter die weitere Entfaltung des US-Projekts. Ich gehe hier nicht ins Detail der jugoslawischen Angelegenheit und verweise den Leser auf frühere Ausführungen.⁴ Eine genauere Analyse der Verantwortung der verschiedenen europäischen Länder,

⁴ Siehe S. Amin, »Der US-Hegemonismus gegen die Demokratie«, in *Sozialismus* 7/8-99, S. 32-35; ders., »Stoppt die USA und die NATO!«, in U. Cremer/D.S. Lutz (Hrsg.), *Nach dem Krieg ist vor dem Krieg*, Hamburg 1999, S. 10-26. Siehe auch T. Noctiummes/J.-P. Page, »Ein imperialistischer Krieg für eine neue Weltordnung«, ebenda, S. 27-59.

besonders Deutschlands, und des Vatikans, in dieser Affäre würde abermals die fundamentalen Mängel des europäischen Projekts anzeigen. Auch in diesem Fall fehlte es an einem europäischen politischen Zentrum und daher an einem Minimum an Übereinstimmung zwischen den Politiken der EU-Staaten.

Ich verweile auch nicht weiter bei den angeblichen Beweggründen für die Intervention, den Rechtfertigungen für das Vorgehen der NATO, den leichtfertigen Argumenten und manipulierten Belegen, der Wahl von, gelinde gesagt, zweifelhaften lokalen Alliierten (der alten Faschisten Kroatiens, der Islamisten eines Izetbegovic, der Kosovaren von der UÇK, die unter anderen Umständen als »Terroristen« gegolten hätten, usw.).

Die Ergebnisse sind jedenfalls für alle Völker der Region traurig: zerrissene Gesellschaften und Wirtschaftseinheiten ohne Aussicht auf Wiederherstellung; eine »ethnische Säuberung«, die zuerst diejenigen traf, die man solcher Handlungen bezichtigt hatte; Perspektive und Verheißungen der Demokratie aus den Augen verloren usw. Dafür aber haben die USA hier ihre militärische Interventionsbasis für eine gute Weile sichern und inzwischen massiv ausbauen können!

Der Krieg in Mittelasien

Seit dem Zusammenbruch der UdSSR verlangt es die USA nach dem Erdölrevier im islamischen Mittelasien als der natürlichen Erweiterung der bereits beschlagnahmten Golfregion. Ob das Kaspische Becken erdöl- und erdgasreich ist wie ein zweiter Golf, ist unter Experten noch eine offene Frage. Jene der Ex-UdSSR zogen das offenbar weit aussichtsreichere westsibirische Revier vor. Immerhin wurde das Kaspische Meer bereits Streitobjekt unter den Anliegern sowie unter den großen Ölkonzernen, die jetzt in der Region operieren können. Die Konflikte betreffen auch die alternativ möglichen Pipeline-Trassen für Produkte aus der Region: russische Nordrouten oder Südrouten durch die Türkei, Iran oder Afghanistan. Auch hierzu existiert eine Fülle von Literatur.

Machen die Erdölvorräte die Region wohl auch nicht gerade zum neuen Eldorado, so reichen sie doch gewiss aus, um die Begierde der Bush und Konsorten zu erregen; vor allem aber bilden sie die Überlebensbasis von Erdöl-Rentenstaaten und können deren absolut autokratisch herrschenden Klassen die Verstärkung ihrer Macht sichern. Der heute so auf den Demokratiediskurs erpichte Westen kann diesen hier ebenso weglassen wie bei den Golfstaaten. Politischer Islam plus Ethnizismus plus Erdölrente wären die Stützen der »Legitimität« der postsowjetischen lokalen Machthaber.

Eine Operation, die den USA obendrein die politische und militärische Etablierung in der Region gestattete, musste für sie Sieg auf der ganzen Linie be-

deuten: Abwehr der Gefahr erneuter russischer Einflussnahme und Realisierung des obersten strategischen Ziels, Russland, Iran, China und Indien verstärkt unter militärischen Druck zu setzen. Die Idee dazu entstand anlässlich des ersten Afghanistankrieges gegen die Sowjetunion und ihre lokalen Verbündeten, modernistisch-populistische Nationalisten, die sich selbst – unzutreffend, aber zum großen Glück der westlichen Propaganda – als Kommunisten bezeichneten. Daraufhin wurden Islamisten unterschiedlicher ethnischer Couleur zu »Freiheitskämpfern« befördert und unterstützt, trotz ihres erzreaktionären, antidemokratischen und frauenfeindlichen Programms (das den verhassten Kommunisten vor allem vorwarf, dass sie Mädchen Schulbildung ermöglichen). Als die Taliban 1996 Najibullah hängten, nachdem sie ihm das Geschlecht abgeschnitten und in den Mund gesteckt hatten, regte sich im Westen kein Protest. Ebenso wenig empörte die Schließung der Mädchenschulen damals die großen feministischen Bewegungen. Man müsse doch, so hieß es, »die Traditionen respektieren«!

Während dieses ersten Krieges und, nach dem Abzug der Sowjetarmee, der Kämpfe zwischen den Taliban und der späteren »Nordallianz« paktierten die USA mit ersteren und ihrem Mentor Osama bin Laden. Ohne direkte Militärhilfe des getreuen Washingtoner Verbündeten Pakistan hätten die Taliban wohl nicht Kabul einnehmen und dem afghanischen Volk ihre schändliche Diktatur aufzwingen können. Bin Laden wirkte damals als effizienter Mittelsmann der Finanzierung und Beschaffung schwerer Waffen für diesen ersten amerikanischen Krieg.

Niemand verurteilte, dass er in seinen Lagern, von der CIA und von Pakistan überwacht, »Fanatiker« ausbildete. Die dort geschulten – arabischen – »Terroristen« sollten ja nur dort agieren, wo es der Diplomatie Washingtons genehm war: in Algerien und Ägypten, um dort ständigen Druck auf die Regime auszuüben und sie daran zu erinnern, dass die USA über Ersatzkräfte verfügten, in Jugoslawien und Russland (via Tschetschenien), womöglich sogar in Frankreich. Damals scheuten sich weder die USA noch Großbritannien, Deutschland und Schweden, Operationszentren des »terroristischen« Islams zu beherbergen. Die Freundschaft zwischen den Familien Bush und bin Laden ging bis zum Austausch von Komplimenten und zu Finanztransfers (hat bin Laden nicht Wahlkampagnen der US-Republikaner mitfinanziert?).

Danach wendeten sich die Dinge zum Schlechteren. Die USA sollen bin Laden zum Lohn seiner hervorragenden Dienste die Macht in Saudi-Arabien versprochen, ihn damals also als besonders zuverlässig betrachtet haben, mehr als das Herrscherhaus der Saudis. Bin Ladens extremer Wahhabismus⁵ recht-

⁵ Puritanische islamische Reformbewegung, die von Innerarabien ausging und durch Mohammed Abd al-Wahhab (1703-1792) begründet wurde (Anm. d. Übers.).

fertigte im Übrigen in seinen Augen und in denen der Amerikaner den Anspruch, die Diktatur der korrupten Monarchie, dieser »Verräter der wahhabitischen Reinheit«, durch eine verjüngte Neuauflage zu ersetzen.

Der Sieg der USA übertraf ihre eigenen Erwartungen. Die Sowjetunion gab nicht nur Afghanistan auf, sondern brach nach dieser Niederlage selbst zusammen. Washingtons Ambitionen richteten sich nun auf ganz Mittelasien. Dafür war bin Laden weniger zu gebrauchen. Man entschied sich, ihn fallen zu lassen und lieber die Monarchien am Golf weiter zu unterstützen. Wahrscheinlich bezog ihn diese furchtbare Enttäuschung zu dem Entschluss, in den USA selbst zuzuschlagen, um sich in Erinnerung zu bringen.

Die Operation des 11. September kam als so gelegener Anlass, das Pentagon-Projekt für Mittelasien zu starten, dass man sich nicht verbieten sollte zu fragen: Haben bestimmte Dienste (CIA? Mossad?) sie etwa absichtlich zugelassen, wenn nicht selbst inszeniert? Hat man nicht nach zwanzig Jahren erfahren, dass die Mossad die Bomben in Synagogen arabischer Länder gelegt hatte? Vielleicht war das Ausmaß der Schäden des 11. September schlecht kalkuliert, ebenso der »negative« Effekt, dass sich das amerikanische Volk daheim nicht mehr unverwundbar fühlt. Doch seit wann können sich Geheimdienste nicht verschätzen?

Mit den Anschlägen des 11. September erhebt sich wieder die Frage nach dem von US-Geheimdiensten manipulierten, aber außer Kontrolle geratenen »Terrorismus«. Auf diese alte und neue Frage werde ich noch zurückkommen.

Die strategischen Ziele der US-Operation in Afghanistan sind klar, um den Erfolg steht es anders. Zahllose neue Schwierigkeiten entstehen. Rein militärisch brauchen die USA trotz ihrer Arroganz zunehmend Alliierte, die sich ins Schlachtfeld wagen. Werden Europäer und andere auf die Dauer ihr Kanonenfutter hergeben?

In den Bergen Afghanistans hat schon die Sowjetarmee ihre Lektion erteilt bekommen. Wird sich die Nordallianz, die zumindest Kabul und die wichtigsten Städte des Landes zurückerobert hat, nicht gegenüber den Westmächten, die ihr die Taliban vorgezogen hatten, verselbständigen wollen? Wird sie etwa in gut afghanischer Tradition wieder auf »Neutralismus« ausgehen, auf gleichen Abstand zu Russland wie zu den USA? Wenn nun Putin mitspielt und zugleich das Bündnis mit den Republiken Mittelasiens festigt? Auffällig eilig behaupteten die dominanten Medien, wegen des ethnischen Übergewichts der Tadshiken und Usbeken könne die Nordallianz Afghanistan nicht gut lenken (als ob Herr Karzai es besser vermöge und die Regierbarkeit des Landes je die westlichen Diplomaten gerührt hätte!). Dieser seltsame Diskurs präsentiert die Taliban als authentische Vertreter der Paschtunen; dabei unterdrücken sie die Paschtunen ebensowohl wie die anderen Ethnien. In Wahrheit ist das Sympathisieren der USA (und der folgtsamen Europäer) mit den Taliban noch am besten

geeignet, die Macht ihrer pakistanischen Alliierten vor dem Scheitern zu bewahren. Eben deswegen sucht Washington so verzweifelt nach »gemäßigten« Taliban, die ihr Talent für »terroristische« Operationen nur unter CIA-Kontrolle gebrauchen.

Washington wird die Operation wohl kaum zu Ende führen können, ohne Pakistan zu opfern. Wie seit einiger Zeit bekannt, möchte das US-Establishment die Bündnisse umkehren und statt Pakistan eher Indien unterstützen (dem der seit Nehru traditionelle sowjetische Rückhalt fehlt). Ergänzend würde Indiens Gegenposition zu China gestärkt werden. Ein Teil des indischen Establishments findet diese Perspektive gewiss attraktiv.

Doch ein Großteil – und nicht nur die kommunistische Linke – bleibt auf der Hut. In Kenntnis von Washingtons Doppelzüngigkeit und Zynismus wird befürchtet, Indien werde von den USA so viel Halt bekommen wie der Gehenkte vom Strick, und die Amerikaner würden parallel weiter auf eine »ethnische« Spaltung Indiens setzen, indem sie die Forderungen der südlichen Gliedstaaten unterstützen. Diese Fraktion der indischen herrschenden Klasse bevorzugt eine Annäherung im Dreieck Russland-Indien-China: Der Wind von Bandung könnte wieder auffrischen.

Auch ihre Verbündeten in den Monarchien der Golfregion werden die USA wohl kaum vor großen Erschütterungen bewahren können, besonders, wenn ihre Operationen sich festfahren sollten. Das Saudi-Regime gilt bereits als ernstlich gefährdet und überdies als unzuverlässig. Sicher sehen die Gesellschaften der arabischen Halbinsel anders aus als der Iran unter dem Schah, und die Frage nach Formen, Mitteln und Ausgang möglicher Herrschaftswechsel ist offen. Doch ein Regime, das sich von Washington distanziiert, sich sogar dessen lästiger Militärpräsenz entledigt, ist nicht mehr undenkbar.

Schwierig wird für Washington seit der Afghanistan-Operation ferner die Frage: Wer bezahlt die Rechnung? Sie umfasst außer den direkten Kriegskosten diverse finanzielle Konzessionen der USA, wie sie bereits Pakistan gewährt wurden und wahrscheinlich auch fällig werden, um Indien, Russland und die mittelasiatischen Staaten in der großen »Allianz gegen den Terrorismus« zu halten. Washington war es nicht schwer gefallen, den Golfkrieg von den Erdölmonarchien der Region und die Jugoslawien-Kriege von den Europäern begleichen zu lassen. Wohin aber mit den Rechnungen für Mittelasien usw.? Denkbar wäre, dass sich Washington an den Golfstaaten und deren massiven Platzierungen im globalen Finanzsystem schadlos hält. Der »Finanzkrieg«, von Bush jun. angeblich erklärt, um »Terroristengruppen« den Nachschub zu sperren, ermöglicht schließlich auch, die arabischen Anlagen in den USA und andernorts zu beschlagnahmen. Das würde jedoch zum zweischneidigen Schwert. Die betroffenen Monarchien und ihre Milliardenrundschaft könnten wohl vor lauter Angst finanzielle Beteiligungen am Krieg gegen den Terrorismus bewilli-

gen, aber auch begreifen, dass die Verwundbarkeit jener Finanzanlagen auf die Dauer zu anderen wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen zwingt.

Nicht zuletzt wird die Palästina-Frage immer dringlicher.⁶ Hatte Bush sen. nach dem Golfkrieg letztendlich leere Versprechungen gemacht, so zog Bush jun. zur Afghanistan-Zeit im selben Stil nach, als er den Palästinensern das Recht auf einen eigenen Staat zusprach, ohne dessen Grenzen zu definieren. Resolution 242 der UN verlangt die Wiederherstellung der Grenzen von 1967; doch Bush und Konsorten leisten weiter bedingungslose Finanz- und Militärhilfe für die Annexion weiterer Teile des so bestimmten Gebiets durch Freischärler und Armee Israels. Angesichts dessen verbreitet sich in der arabischen Öffentlichkeit ein wahrer »Hass auf Amerika«, den die lokalen herrschenden Klassen kaum zu zügeln wissen.

Der dritte Golfkrieg: Eine Zeitenwende?

Grenzenlos überlegen, schonungslos zuschlagend, bedenkenlos die Weltöffentlichkeit brüskierend, brachten im März-April 2003 Invasionstruppen der einzig verbliebenen Supermacht ganz Mesopotamien unter US-Militärherrschaft. Das ist das einzig feststehende Resultat des dritten der seit zwanzig Jahren wiederholt geführten Kriege am arabisch-persischen Golf. Die weitere Evolution erscheint unsicher, von chaotischen Elementen geprägt; die Konsequenzen bleiben unabsehbar.

Was die internationalen Beziehungen anbetrifft, sprechen Beobachter von einer Zeitenwende.⁷ Immerhin waren die Vereinigten Staaten von Amerika Mitbegründer der Organisation der Vereinten Nationen, deren Charta die Aufgabe stellt, die Welt von der Geißel des Krieges zu befreien. Nunmehr erklärte der derzeitige Präsident derselben USA dieselbe Organisation für »irrelevant«, als sie sich seinen Kriegsplänen gegen Irak widersetzte. Der führende Strategieberater des Pentagons, Richard Perle, sekundierte Bush jun. mit dem Stoßgebet: »Thank God for the death of the UN«, Gott sei gedankt für den Tod der Vereinten Nationen. Zugleich propagiert der frühere CIA-Direktor James Woolsey, heute Anführer einer bellizistischen Lobby, den Aufbruch zum »Vierten Weltkrieg« gegen Unbotmäßige auf dem Planeten. Sechzig Staaten, die »Terroristengruppen« unterstützen oder beherbergen sollen, stehen seit 2001 auf der Liste des Vize-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz. Afghanistan eröff-

⁶ Siehe S. Amin, A. El Kenz, *Le monde arabe*, Paris, L'Harmattan 2003, I, »Défis et luttes dans le monde arabe«.

⁷ So J. Bischoff, *Zeitenwende in den internationalen Beziehungen*, in: *Sozialismus*, 5/2003, S. 33f.

nete die Reihe. Im März 2003 wurde die Wolfowitz-Liste offenbar weiter abgearbeitet. Das dürfte sich fortsetzen, nicht immer mit kostspieligen Militärschlägen. Finanz- und Handelskrieg, Zulieferungsausfall durch erklärte und unerklärte Embargos, politische, moralische, kulturelle Ablenkung sind erprobte Waffen der Supermacht, in deren Diensten jetzt die *Defense Intelligence Agency* (DIA) des Pentagons die CIA als »Weichei« behandelt.

So signalisiert die unverfrorene Vorbereitung und Realisierung des Raubzugs in Mesopotamien gewiss die Gefahr einer »Zeitenwende rückwärts«, die das mächtigste Land der Welt nach außen auf den Rough-Riders-Stil⁸ der Theodore Roosevelt und Lucius D. Clay, nach innen auf jenen der »Palmer Raids« (nach 1918)⁹ und McCarthys (nach 1945) zurückfallen lässt, übt sich doch dort eine extremistische Fraktion des Big Business im Raubtierkapitalismus.

Dem antworten Anzeichen einer »Zeitenwende in der Gegenrichtung«, zunächst in einer Protestwelle, wie sie die Welt seit Jahrzehnten nicht sah, namentlich nicht in den USA selbst, wo von der mutigen Universitätsstadt Berkeley aus das »Nein« zum Angriff auf den Irak landesweit von Dutzenden Lokalregierungen deklariert, von den großen Kirchen wiederholt und von widerständigen Koalitionen auf die Straßen getragen wurde. Präsident Bush jun., der in göttlichem Auftrag zu handeln vorgibt, wurde von der Führung seiner Konfession – den Methodisten – desavouiert; und das hat in diesem Land etwas zu bedeuten. Seine »willigen« Gehilfen an der Spitze katholischer Länder wie Spanien, Italien, Polen fanden sich im Widerspruch zum Friedensruf des Papstes; das dürfte ihnen Probleme bereiten, die länger andauern als selbst Manifestationen von Hunderttausenden.

Wahre Patrioten der USA muss es schmerzen, ihr Sternenbanner in mehr als einem Weltteil andauernd bespien, getreten, verbrannt, mit Totenköpfen und Hakenkreuzen bemalt zu sehen. Doch zu viele Menschen fühlten sich von der Arroganz Washingtons gegenüber der UNO an das Benehmen der verflissenen »Antikominterpakt«-Mächte gegenüber dem Völkerbund erinnert, und je länger seine Truppen im verwüsteten Irak Not und Chaos anwachsen lassen bis hin zu Raub und Zerstörung unersetzlicher Kulturschätze, je öfter sie dort Demonstranten niederschließen, desto zwingender werden die Vergleiche mit bereits bekannten »Herrenmenschen«, desto schärfer aber auch die Anklagen amerikanischer Kulturschaffender gegen den machthabenden Klüngel, der ihr Land schändet. So wurde bereits die »Oscar«-Verleihung in Hollywood 2003 zum Tribunal; es dürfte nicht das letzte bleiben.

⁸ Rough riders: Von Theodor Roosevelt aufgestelltes und geführtes Freiwilligenregiment, unternahm 1898 auf Kuba erfolgreiche Angriffe gegen die Spanier (Anm. d. Übers.)

⁹ Umfangreiche Verhaftungsaktionen aus Angst vor kommunistischen Umtrieben, 1919/20 (Anm. d. Übers.)

Ob die Proteste zu wirksamem, d.h. weitreichend verbündetem Widerstand führen, erscheint allerdings fraglich. Zersplitterungen, Spaltungen, Personalstreitigkeiten in dafür erforderlichen Organisationen sind nicht überwunden und von interessierter Seite leicht neu anzufachen. Insofern steht eine positive »Zeitenwende« noch in erheblicher Ferne.

Dennoch leistet ihr der Washingtoner Klüngel unversehens Vorarbeit. Als er auf den einsamen Azoren die Dreier-Verschwörung (Bush jun., Blair, Aznar) zum Beginn des Aggressionskrieges in Mesopotamien organisierte, brüskierte er nicht nur die UNO, sondern auch seine »Allianz gegen den Terrorismus« und sogar die NATO. Er stellte damit die Integrität der bisher wichtigsten Exekutivorgane des kollektiven Imperialismus der Triade in Frage. Seinen Planern zufolge sind sie nunmehr von Fall zu Fall zu ersetzen durch Ad-hoc-Koalitionen von »Willigen«, die stark an die einstigen »Hilfswilligen«, kurz »Hiwis«, erinnern. Im Fall der Irak-Invasion konnte die Personage der Koalition und derer, die ihr Beifall spendeten, zur Satire reizen: vom Tory im Labourpelz Blair über den Franco-Fan Aznar bis zu Perlen der »Nomenklatura« und des KGB, Kutschma, Alijew, Karimow, Schewardnadse & Co. Der Einkauf eines »Hiwi«-Gürtels samt Claqueuren vom Baltikum bis zum Aralsee, im Handstreich getätigt, verschaffte Militärbasen zu Dutzenden in einem kolossalen, zu Abenteuern verlockenden Aufmarschraum, aber er verursacht auch Kosten, an Dollarmillionen zunächst, und weiter an Ansehen der US-»Demokratie« wie auch an Unmut in der Triade und ihrem Umfeld.

G 8-Mächte wie Frankreich, Deutschland, Russland, die im dritten Golfkrieg nicht mitzogen, waren schließlich nicht nur von Friedensliebe dazu motiviert. Mit der Besetzung Mesopotamiens führten die USA ja zugleich einen Militärschlag gegen Interessen und Pläne der Genannten, die sämtlich mit den Regimes in Irak, Syrien, Iran im Geschäft standen bzw. stehen. Krediterträge, Konzessionen, Konstruktionsprojekte sind im Spiel, mit ihnen auch das verwendete Zahlungsmittel, und das war im Geschäft zumindest mit Bagdad schon nicht unbedingt der Dollar, sondern zunehmend – der Euro.

Nachdem bereits Öl-Monarchien 400 bis 600 Mrd. \$ von Guthaben in den USA abgezogen und anders angelegt hatten, musste die Aussicht auf das anlaufende Ölgeschäft in Euro bei den Gralshütern der auf einen Schuldenberg und ein militärisches Drohpotential gegründeten Noch-Leitwährung mehr als Besorgnis auslösen. Ihre Berserkerwut auf Saddam Hussein war daher echt, sie kam aus der Seele, der Brieftasche. Ihre Panikstimmung spiegelte die hastig zusammengezimmerte bellizistische Argumentation, mit der Außenminister Powell vor dem UNO-Gremium durchfiel (danach wurde die CIA beauftragt, die Herkunft so vieler Fehlinformationen aufzuklären!). Ihr Kalkül, sich an den Reichtümern Mesopotamiens allein (wieder) gesund stoßen zu können, ohne auch nur dem gehorsamen britischen Alliierten lukrative Aufträge zuzugeste-

hen, bedurfte bereits mehrerer Korrekturen, bevor sie einen UNO-Konsens über das weitere Handeln in Irak zu erzielen vermochten. Inzwischen zog das geschmähte »alte Europa« seine Kreise wie etwa mit den Geschäftsreisen des deutschen Bundeskanzlers nach Russland, China, Vietnam, Malaysia, die dem Dollar nicht allzu gewogen sind. Zeitgleich signalisieren bestimmte Regimewechsel in Lateinamerika, dass der bisherige »Hinterhof« der alten Hegemonialmacht ein Eigenleben zu führen beginnt.

So enthält die weltweite Konstellation der Kräfte nach dem dritten Golfkrieg durchaus Elemente, die eine positive »Zeitenwende« begünstigen könnten, vorausgesetzt, dass die dazu berufenen Kräfte – arbeitende Klassen, Völker in Süd und Nord, besonnene politische Führer – die Chancen erkennen und ergreifen. Darin liegt ihre Verantwortung.

Die Gefahr der Rückwärtswende existiert weiter. Unsicherheit besteht vermehrt. Unter den Augen von US-Marines konnten Plünderer im Irak nicht nur Museumsschätze rauben und zerstören, Krankenhäuser, Wasserwerke, Botschaften leerräumen, sondern auch radioaktives Material erbeuten, den Stoff für »schmutzige Bomben«. Osama bin Laden, seit Jahren gesucht, bleibt aktiv. Mit neuen Taktiken geführte Anschläge zerstören gesicherte Ämter und Residenzen und liefern Vorwände für neue Schläge der Staatsterroristen vom Potomac.

VI. Der altersschwache Kapitalismus und das neue Weltchaos

Ist der jetzige Geschichtsabschnitt als B-Phase eines langen Kondratieff-Zyklus anzusehen, der eine A-Phase erneuter Expansion folgen müsse? Tatsächlich zeigt das System seit dem Auslaufen der zuvor auf die sozialen Gleichgewichte der drei Akkumulationsweisen nach dem Zweiten Weltkrieg und die begleitenden internationalen Gleichgewichte gegründeten A-Phase alle Aspekte einer Strukturkrise, d.h. einer B-Phase des langen Zyklus. Doch daraus darf man nicht folgern, dass diese Transition unbedingt in eine neue Expansionsphase münden werde. Sonst müsste man annehmen, dass der Kapitalismus »ewig« sei, und die ernstesten Anzeichen seines offensichtlichen Alterns ignorieren.

Diese Alterserscheinung treibt das System in ein anhaltendes Chaos, das entweder – bestenfalls – auf seine Überwindung durch den einsetzenden langen Übergang zum Sozialismus oder – schlimmstenfalls – auf die Katastrophe und den Selbstmord der Menschheit hinauslaufen wird. Außerdem verbietet meine These der »Unterdeterminiertheit« in der Geschichte wegen der Autonomie der Eigenlogiken der Instanzen des sozialen Lebens den Schluss, dass die Gesetze der Kapitalakkumulation (namentlich der weltweiten Akkumulation in unserer Epoche des kollektiven Imperialismus), die sich aus den neuen Bedingungen des jetzigen Systems ergeben, die politischen Gesellschaften der Zentren und der Peripherien zwingen werden, sich ihren Erfordernissen zu fügen.

Das Chaos muss sich demnach in vermehrten Konflikten äußern, die in jeweils veränderlicher Geometrie so viele verschiedene Szenarios definieren wie nur irgend vorstellbar. Alle begonnenen oder bereits vorangetriebenen »Projekte« sind in diesem allgemeinen Rahmen zu verorten. Das »europäische Projekt« könnte in dieser Perspektive entweder allmählich verblassen oder wieder aufleben und neue politische und soziale Dimensionen gewinnen (unter Bedingungen, die noch zu kennzeichnen wären). Das Projekt eines »Marktsozialismus« auf chinesische Art könnte sich ebenfalls entweder, genauer gefasst und so dem langen Übergang zum Sozialismus entsprechend, behaupten oder sich im Gegenteil zersetzen und selbst zerstören (auch hier wären jeweils die Bedingungen der möglichen Szenarien zu definieren). Der Hegemonismus der USA könnte sich halten und der Welt ein »amerikanisches 21. Jahrhundert« bereiten, wie es manche sich vorstellen und wünschen, oder im Gegenteil zusammenbrechen.

In seiner sozialen Dimension äußert sich das Chaos zwangsläufig im Niedergang der Demokratie. Dieser kann je nach Ort und Zeitpunkt auf vielfältige

Weise von der Flut kulturalistischer Ersatzideologien geprägt werden, die die Völker in die Sackgasse treiben und ihre Ohnmacht angesichts der realen Herausforderungen aufrechterhalten, indem sie ihnen ihre Rechte verweigern. Doch die Völker können auf diese Formen sozialer, politischer und kultureller Regression ebenso gut positiv reagieren, sodass sich Elemente von Alternativen im Sinne des langen Übergangs » über den Kapitalismus hinaus« herausbilden.

Der altersschwache Kapitalismus

1. Der Kapitalismus befindet sich in einer Strukturkrise, die nicht als »Transition« zu einer neuen weltweiten kapitalistischen Expansionsphase aufzufassen ist. Vielmehr verweisen Anzeichen der »Altersschwäche« des Kapitalismus darauf, dass die gesamte Menschheit vor der objektiven Notwendigkeit steht, den »Weg« des Sozialismus einzuschlagen. Ich sage: diesen Weg einzuschlagen, denjenigen eines »langen Übergangs«, statt da oder dort »den Sozialismus aufzubauen«.

Das erste Moment jener Altersschwäche entsteht aus der langfristigen Tragweite der gegenwärtigen wissenschaftlichen und technischen Revolution.

Wenn diese Revolution – namentlich durch Informatik und Automation – bewirkt, dass für erhöhte materielle Produktion zugleich weniger Arbeit (aber anteilig mehr hochqualifizierte Arbeit) und weniger Kapital (weniger Investitionen in Fixkapital) benötigt werden, ist daraus zu folgern, dass die kapitalistische Produktionsweise ihre historische Rolle erschöpft hat, denn der Kapitalismus beruht auf der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, und diese Herrschaft verliert nunmehr den konsistenten Angriffspunkt. Mit anderen Worten, die kapitalistischen Sozialverhältnisse gestatten keine kontinuierliche Akkumulation mehr, die ihre historische Funktion definierte. Diese Verhältnisse wurden zum Hindernis für die weitere Bereicherung der menschlichen Gesellschaften. Andere, auf der Abschaffung des Privateigentums am Kapital beruhende Verhältnisse sind nunmehr objektiv notwendig. Dies nicht, um das Schema der Einkommensverteilung, die der Kapitalismus von sich aus immer ungleicher gestaltet, (zugunsten der Arbeit) »zu korrigieren«, sondern viel grundsätzlicher, um wieder ein Wachstum des materiellen Reichtums zu gestatten, was auf der Basis der kapitalistischen Sozialverhältnisse nicht mehr möglich ist. Das heißt, so notwendig für den zivilisatorischen Fortschritt wie heute war der Sozialismus noch nie.

Das zweite Moment der Altersschwäche besteht darin, dass sich wegen der Auswirkung des kollektiven Imperialismus der Triade auf das gesamte Welt-system die »abhängige« kapitalistische Entwicklung der Peripherien nicht weiter betreiben lässt.

Der Imperialismus früherer historischer Etappen der globalen kapitalistischen Expansion gründete sich auf eine »aktive« Rolle der Zentren, die Kapitale in die Peripherien »exportierten«, um dort eine asymmetrische, daher als abhängig oder ungleich zu bezeichnende Entwicklung auszuprägen. Ihrerseits ermöglichten diese »Exporte« freilich, durch Ausbeutung der Mehrarbeit in den Peripherien dort so viel Überschuss zu extrahieren, dass dieser »Profitrückfluss« größer sein konnte als der Fluss der Kapitalexporte.

Der kollektive Imperialismus der Triade und speziell jener des »Zentrums der Zentren«, der USA, funktioniert nicht mehr so. Die USA absorbieren einen erheblichen Anteil des im Weltganzen erzeugten Überschusses, und die Triade betreibt keinen nennenswerten Kapitalexport in die Peripherien mehr. Der Surplus, den sie dort auf verschiedene Art herausaugt (u.a. aus den Schulden der Entwicklungsländer und der Länder des Ostens), ist nicht mehr der Gegenpart neuer, von ihr finanzierter produktiver Investitionen. Diese parasitäre Funktionsweise des imperialistischen Gesamtsystems ist selbst ein Zeichen von Altersschwäche, das den immer schärferen Widerspruch zwischen Zentren und Peripherien (»von Nord und Süd«) in den Vordergrund rückt.

Diesen »Rückzug« der Zentren auf sich selbst, der die Peripherien »ihrem traurigen Schicksal überlässt«, begrüßen die ideologischen Meinungsmacher in den Medien als Beleg dafür, dass es »keinen Imperialismus« mehr gebe: Der Norden brauche ja den Süden nicht mehr. Das Gerede wird nicht nur täglich von den Fakten widerlegt (wozu gibt es sonst die WTO, den IWF und die Interventionen der NATO oder der Pentagon-Koalitionen?); es verleugnet auch die ursprüngliche Ideologie der Bourgeoisie, die sich eine universale Berufung zuschrieb. Ist der Rückzug von dieser angemessenen Berufung auf den neuen »postmodernen« Diskurs des Kulturalismus nicht symbolisch für die Altersschwäche des Systems, das 80% der Erdbevölkerung nichts mehr zu bieten hat?

2. Gemeinsam äußern sich die beiden Momente der Altersschwäche im Wechsel von der früher praktizierten »schöpferischen Zerstörung« zur nunmehr »unschöpferischen Zerstörung«. Ich sage hier mit Jorge Beinstein:¹ »Schöpferische Zerstörung« (im Sinn von Schumpeter) findet statt, wenn sie von rasch zunehmender Nachfrage ausgeht; bildet jedoch abnehmende Nachfrage den Ausgangspunkt, so ist die mit jeder technologischen Innovation verbundene Zerstörung nicht mehr schöpferisch. Man kann diese qualitative Veränderung auch mit Angie Hoogsvelt² als Übergang von einem expandierenden Kapitalismus (*expanding capitalism*) zu einem schrumpfenden Kapitalismus (*shrinking capitalism*) analysieren.

¹ Siehe J. Beinstein, *a.a.O.*

² Siehe A. Hoogsvelt, *Globalization and post colonial world*, New York, Palgrave 1997.

Das Weltsystem begann keine neue, »nicht-« oder »post-imperialistische« Phase, es geriet vielmehr zum extrem zugespitzten Imperialismus (Aussaugen ohne Gegenleistung). Antonio Negris Analyse³ eines faktisch auf die Triade beschränkten »Empire« (ohne Imperialismus) übergeht den Rest der Welt und fügt sich damit leider in die »abendländische« Tradition wie auch in den Diskurs des Zeitgeists. Ich hoffe sehr, dass Negri diese Verirrung korrigiert. Der neue Imperialismus unterscheidet sich auf andere Art von seinem Vorgänger: Gab es den früheren Imperialismus im Plural (»die Imperialismen« im Konflikt), so ist der neue kollektiv (als Triade, wenn auch im Gefolge der USA-Hegemonie). Deshalb wirken die »Konflikte« zwischen den Partnern der Triade nur noch auf die Untertöne ein; den Hauptton ergibt der Konflikt der Triade mit dem Rest der Welt. Das Verblassen des europäischen Projekts vor dem US-amerikanischen Hegemonismus gehört hierhin.

Als schwerstwiegende politische Konsequenz folgt aus meiner Analyse: Werden die Strategien des dominanten transnationalisierten Kapitals der Triade weiter betrieben, wird verstärktes militärisches Intervenieren der USA mit ihren Ad-hoc-Koalitionen und der NATO erforderlich, was wiederum die Hegemonie Washingtons reproduziert und Europa und Japan fester hinter sie scharft. Ich folgere gleichfalls, dass eine neue Etappe kapitalistischer Expansion im Rahmen des erneuerten kollektiven Imperialismus wenig wahrscheinlich ist, selbst wenn man sie sich »theoretisch« vorstellen und – auf dem Papier – ein entsprechendes Szenario konstruieren kann. Die im Folgenden skizzierte Geometrie der möglichen Konflikte hat dies zu berücksichtigen.

Die Altersschwäche des Kapitalismus äußert sich nicht nur in Bezug auf seine ökonomische und soziale Reproduktion, sondern auch in der politischen Praxis und im ideologischen Diskurs. Der weiter oben analysierte Niedergang der Demokratie, das Verlöschen der staatsbürgerlichen Kultur (auch der bourgeoisen) zugunsten einer Kultur des Spektakels, wie Guy Debord⁴ sie nannte, sind ebenfalls Anzeichen und Auswirkungen dieser Altersschwäche.

Die Apartheid im Weltmaßstab

Dem neuen kollektiven Imperialismus der Triade und dem untrennbar damit verbundenen Hegemonismus der USA entspricht natürlich eine eigene Auffassung von der Lenkung der Welt in ökonomischer und geopolitischer Hinsicht.

³ Siehe A. Negri, M. Hardt, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M., Campus Verlag 2001.

⁴ Siehe G. Debord, *La société du spectacle*, Paris, Champ Libre 1971 (engl. *The society of the spectacle*. New York, Zone Books 1994).

Der Gedanke, dass die Weltangelegenheiten nicht dem Spiel der Kräfte zwischen den Nationen überlassen werden dürfen und dass schrittweise Grundlagen einer supranationalen Ordnung als einzige Alternative zum Gesetz des Dschungels geschaffen werden müssen, ist an sich sympathisch und verdient Unterstützung. In diesem Geist wurde die UNO gegründet, wurden Vollversammlung und Sicherheitsrat gebildet, wurde eine Charta zu Grunde gelegt, die Kriegführung als Mittel zur Regelung politischer Konflikte ächtet. Was die Regelung des internationalen Wirtschaftslebens angeht, nutzten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Vorteile aus. Teils verwendeten sie von ihnen durchgesetzte und sogleich ihrem direkten Kommando unterstellte Organisationen (das System von Bretton Woods), teils agierten sie außerhalb der UNO, so mit dem Marshallplan für Europa, dessen famoser Punkt IV Ländern der Dritten Welt US-Hilfe versprach, sofern sie dem antisowjetischen Lager beitraten. Unter wachsendem Einfluss der Dritte-Welt-Länder bemühten sich danach Fachorgane wie die UNCTAD, die von der kapitalistischen Expansion in der Geschichte erzeugten fundamentalen Ungleichgewichte zu korrigieren. Das ist jetzt selbst Geschichte.

1. Um dem damaligen Gewicht der Bewegung der Blockfreien etwas entgegenzusetzen, ergriff Frankreichs Präsident Giscard d'Estaing 1975 die Initiative zur Bildung der »G 7«, deren Kreis den kollektiven Imperialismus perfekt verkörpert. Die Verwandlung des GATT in die Welthandelsorganisation (WTO) als Abschluss der »Uruguay-Runde« war zentral in der Neufassung der ökonomischen »*governance*« der Welt durch den kollektiven Imperialismus.

Die WTO war eindeutig dazu bestimmt, die »komparativen Vorteile« des transnationalen Kapitals zu festigen und zu legalisieren. Gewerbliche und geistige Eigentumsrechte wurden so formuliert, dass sie die Monopole der Transnationalen verstetigen, ihre Superprofite garantieren und jedem Versuch autonomer Industrialisierung der Peripherien praktisch unüberwindliche Hindernisse entgegenstellten. Die WTO ist keine Organisation zur Regelung des Welt Handels (des Staatengrenzen überschreitenden Handels), wie ihr Name unterstellt. Ihre Funktionen reichen viel weiter. Sie soll die Regeln für die Steuerung der Binnenmärkte und des Weltmarktes vereinheitlichen und nach einem extremen Freihandelskonzept ohnegleichen in der Geschichte jeden Unterschied zwischen ihnen aufheben. Resultieren kann daraus nur eine Reorganisation der Produktionssysteme zum größeren Vorteil der Stärksten, d.h. des transnationalen Kapitals. Die WTO will also die Produktion im Weltmaßstab (und nicht nur den Welthandel) organisieren, und zwar im Sinn nicht der Entwicklung (d.h. des – für die Ärmsten zumindest partiellen – »Aufholens«), sondern der Maximierung der Profite der Transnationalen, unter Zementierung der Asymmetrie der Produktionsstrukturen und ihrer Ungleichheit. Das Vorhaben, die Weltwirt-

schaft von der WTO regieren zu lassen, ist ein im vollen Wortsinn erzreaktionäres Projekt: Es zielt auf die Rückkehr zu früheren Formen der internationalen Arbeitsteilung. Deshalb ist die WTO für mich wahrhaftig das neue Kolonialministerium der G 8 (des kollektiven Imperialismus). Denn sie hat gegenüber allen Peripherien dieselbe Rolle: zu verhindern, dass die Kolonien Konkurrenten werden, und hierzu den Staaten (faktisch jenen der Peripherie) das Recht auf Gesetzgebung und Regulierung bezüglich der Aktivitäten des dort tätigen Kapitals der Metropolen zu nehmen.

Der real existierende Kapitalismus folgt der Logik systematischer Protektion der mächtigsten Monopole. Der Diskurs der Vulgärökonomie (der Theorie eines imaginären Kapitalismus) von den »Tugenden« des Freihandels ist nur Propagandagerede im plattesten Wortsinn, d.h. Lüge. Ich gehöre zu den Wenigen, die den Kapitalismus nicht durch den »Markt«, sondern (mit Braudel) durch die über dem Markt stehende Macht definieren.

Diese über dem Markt stehenden Mächte greifen zu allen erdenklichen Mitteln der Gewaltanwendung. Mit Ansprüchen auf geistiges Eigentum und ihrer Auslegung durch die Schiedsstelle der WTO kann sich z.B. eine (natürlich transnationale) Firma »ungeschütztes« Wissen von Bauern über die Eigenschaften einer Reissorte aneignen und die Vermarktung des Saatguts dieser Sorte monopolisieren, auch gegenüber den Landwirten, die sie seit Jahrhunderten anbauen. Die Inder müssen dann das Saatgut für ihren Basmati-Reis von einer amerikanischen Firma kaufen! Wie auch andere von Vandana Shiva⁵ untersuchte Fälle zeigt dieser die großen »Entscheidungsträger« der heutigen Weltwirtschaft von einer Seite, die sich kaum von der Praxis der Mafiosi unterscheidet, d.h. der Schutzgelderpressung. Zu dieser Wesensverwandtschaft verweise ich hier auf die Arbeiten von Carlo Vercellone.⁶

Der Skandal der Pharmafirmen, die freien, aber ausgrenzenden Zugang zum Weltmarkt fordern und dazu den Südländern untersagen, konkurrierende preiswerte Medikamente zu produzieren, liefert ein bezeichnendes Beispiel dieser Apartheid im Weltmaßstab: Nur die Völker der reichen Länder sollen wirksame Behandlung beanspruchen dürfen; den Völkern des Südens wird einfach das Recht auf Leben abgesprochen. Ebenso ruiniert das WTO-Projekt, die Landwirtschaft zu »liberalisieren«, die Maßnahmen für Ernährungssicherheit in den Ländern des Südens; es verurteilt dort Hunderte Millionen Bauern zum Elend und zum Abwandern in die Slums der Städte, ohne Hoffnung auf Integration in irgendeine Wirtschaftstätigkeit.⁷

⁵ Siehe V. Shiva, *Ethique et agro-industrie*, Paris, L'Harmattan 1996.

⁶ Siehe C. Vercellone, *La mafia comme expression endogène de l'accumulation du capital*, Universität Paris-I 2001.

⁷ Siehe M. Mazoyer, L. Rondart, *Histoire des agricultures du monde*, Paris, Seuil 1997.

Diese Logik findet sich auch in dem Vorhaben der WTO, ein »internationales Wirtschaftsrecht« (*international business law*) zu entwickeln und ihm Vorrang gegenüber allen anderen Dimensionen des nationalen und internationalen Rechts zu verschaffen. Das insgeheim von der OECD zusammengebraute skandalöse Projekt des MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) gehört hierhin.

Die anderen internationalen Institutionen haben einfach die in der WTO definierten Strategien zu bestärken. Das gilt für die Weltbank, die pompös als »*think tank*« für Entwicklungsstrategien bezeichnet wird; tatsächlich ist sie kaum mehr als ein Propagandaministerium der G 8, damit betraut, Diskurse zu verfassen, während die wichtigen ökonomischen Entscheidungen in der WTO getroffen werden und die militärische und politische Lenkung der NATO obliegt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) ist gewichtiger, wenn auch weniger, als oft behauptet. Da das System der flexiblen Wechselkurse als allgemeine Regel akzeptiert wurde und der IWF die Relationen zwischen den Hauptwährungen (Dollar, Euro, Yen) nicht beeinflussen kann, ist diese Institution kaum mehr als ein vom kollektiven Imperialismus der Triade gesteuertes Amt für Kolonialwährungen.

2. Mit der NATO habe ich bereits die andere Dimension der neuen globalen *governance* eingeführt.

Niemals in ihrer Geschichte konnten der Kapitalismus auf das Handeln des Staates und der globale Kapitalismus auf die politischen und militärischen Mittel der imperialistischen Zentren verzichten, so auch nicht in unserer Zeit.

Weit entfernt, allein auf die »unsichtbare Hand des Marktes« zu vertrauen, weiß das US-amerikanische Establishment, dass diese mit der »unsichtbaren Faust« der militärischen Stärke wirksam wird: »Was die Welt jetzt braucht – Damit der Globalismus funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht zu handeln, die es ist.« Üblicherweise gilt nur Gott als »allmächtig«, aber der notwendige Gebrauch einer so starken Faust wird ausdrücklich begründet: »Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne eine unsichtbare Faust funktionieren. McDonald's kann nicht ohne den F-15-Konstrukteur McDonnell Douglas florieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für Silicon-Valley-Technologien sicher ist, heißt US-Heer, -Luftwaffe, -Marine und -Marineinfanterie.«⁸ Der Autor dieses Zitats war nicht irgendein provokatorischer Witzbold, sondern Madeleine Albright's Berater Thomas Friedman.

⁸ *New York Times Magazine* vom 28.03.1999, zit. in: S. Amin, »Der US-Hegemonismus gegen die Demokratie«, *Sozialismus* 7-8/1999.

Das ist weit entfernt von den tröstlichen Reden über den selbstregulierenden Markt als Garant des Friedens, mit denen uns die Mode-Ökonomen überschütten. Nebenbei wird man zu schätzen wissen, dass McDonald's Geschäfte das Kriterium des universellen Zivilisationsfortschritts abgaben. Etwas später bezeichnete Bush jun. freilich das New Yorker Finanzzentrum WTC und das Pentagon, die Ziele des 11. September, als die beiden Symbole der »Zivilisation«! Wichtiger ist: Die US-amerikanische herrschende Klasse weiß, dass die Ökonomie politisch ist und dass die Kräfteverhältnisse, die militärischen inbegriffen, den Markt regieren. Ohne amerikanisches Militärimperium kein »Weltmarkt«, sagt sie. Denn der zitierte Artikel ist nur einer von Hunderten seinesgleichen. Wenn diese brutale Offenheit dort möglich ist, dann gewiss deshalb, weil Dank ausreichender Kontrolle über die Medien die strategischen Ziele der Macht nie zur Debatte stehen. Das Feld der bis zum Possenhaften »freien« Meinungsäußerung ist nur offen für Personalien und die dahinter steckenden Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse, die unter diesen Bedingungen vollkommen verdunkelt werden. Es gibt dort keine politische Kraft, die eine beliebig manipulierbare Öffentlichkeit wirksam aufklären könnte.

Seltsamer ist das Schweigen der europäischen Machthaber und einiger anderer, die so tun, als würden sie die Presse aus Übersee nicht lesen, und Andersdenkenden, die eine Globalstrategie Washingtons auch nur erwähnen, eilends vorwerfen, die Geschichte »verschwörungstheoretisch« zu betrachten oder wie Hellseher überall den Schatten des »Großen Satans« auftauchen zu sehen.

Das Hauptmittel der Washingtoner Strategie ist (bislang) die NATO, und deshalb hat sie auch den Zusammenbruch des Gegners überdauert, gegen den sie ursprünglich gerichtet war. Die NATO redet heute im Namen der »internationalen Gemeinschaft« und offenbart eben damit, dass sie das demokratische Prinzip missachtet, dem diese Gemeinschaft mittels der UNO folgt. In den US-amerikanischen Debatten über jene Globalstrategie geht es selten um Menschenrechte oder Demokratie. Darauf wird sich nur berufen, wenn das der Umsetzung dieser Strategie nutzt. Daher der augenfällige Zynismus und die systematische Anwendung von zweierlei Maß.

Der Kosovo-Krieg bot Präsident Clinton die Gelegenheit, die Prinzipien der von Bush sen. anlässlich des Golfkrieges angesagten neuen politischen Ordnung zu verkünden. Ein doppelter Putsch: die UNO als Lenkerin der Weltpolitik wurde durch die NATO ersetzt und die Führungsrolle von den USA als letzte Entscheidungsinstanz beschlagnahmt. Bush jun. und Konsorten haben diese Anmaßung nur noch megalomanisch überbekräftigt. Der Kosovo-Krieg hatte in dieser Hinsicht entscheidende Funktionen. Das bezeugt die Kapitulation der europäischen Staaten vor der US-amerikanischen Auffassung des »neuen strategischen Konzepts«, das die NATO unmittelbar nach dem »Sieg« in Jugoslawien Ende April 1999 beschloss. Es erweitert den Aktionsbereich der

NATO praktisch auf ganz Asien und Afrika (in Amerika dürfen seit der Monroe-Doktrin nur die USA intervenieren), womit eingestanden wird: Die NATO ist kein Verteidigungsbündnis, sondern das Angriffsinstrument der USA. Gleichzeitig sind diese Aktionen so verschwommen als gegen neue »Bedrohungen« gerichtet definiert (internationale Kriminalität, »Terrorismus«, »gefährliche« Rüstungen von Nicht-NATO-Ländern usw.), dass nahezu jede den USA dienliche Aggression gerechtfertigt wäre. Schon Clinton unterließ es nicht, von »Präventivschlägen« gegen »Schurkenstaaten« zu reden, ohne zu erläutern, was er unter solcher Schurkerei verstehe. Die NATO entzieht sich seitdem der Pflicht, nur mit UN-Mandat zu handeln, und missachtet damit die Weltorganisation so wie einst die faschistischen Mächte den Völkerbund (die Ähnlichkeit der verwendeten Ausdrücke ist frappierend). Seit dem 11. September 2001 bemänteln die USA ihre Strategie der Expansion und der Militarisierung der »liberalen« Weltordnung als Kampf gegen den »Terrorismus«, neuerdings als »Demokratisierung« und »Stabilisierung« von Regionen samt erforderlicher »Regimewechsel« ...

3. Dieser Strategie der USA und ihrer subalternen NATO-Verbündeten zu folgen, hat dramatische Konsequenzen. Der UNO droht bereits das Schicksal des Völkerbundes. Die amerikanische Gesellschaft gleicht zwar offenkundig – und zum Glück – nicht der nazideutschen, doch die Führer in Washington haben wie einst jene in Berlin unter Missachtung des Völkerrechts die Gewalt zum Leitprinzip erhoben. Im herrschenden Diskurs wird statt dieses Rechts eine seltsame »Pflicht zur Einmischung« propagiert, die fatal an die »Zivilisationsmission« des Imperialismus im 19. Jahrhundert erinnert. Auf die hier anstehenden Völkerrechtsfragen komme ich noch zurück.

Die »Globalisierung«, die fast immer als Gebot des »ökonomischen Fortschritts« hingestellt wird, ist samt den einschlägigen gesellschaftlichen Wandlungen nichts anderes als eine Hegemonialstrategie der USA. Sie soll ihnen eine doppelte Kontrolle sichern, zum einen über das weltweite Wirtschaftsregime mittels scheinbar internationaler Institutionen wie der WTO, die in Wirklichkeit von den (zumeist amerikanischen) Transnationalen im Verein mit der amerikanischen Administration gesteuert werden, und zum anderen mittels der NATO über das politische und militärische Regime in der Welt. Henry Kissinger sagt in aller Seelenruhe, dass Globalisierung nur ein Synonym für die Hegemonie der USA ist (*»Globalization is only another word for US domination«*).

Die Zustimmung in Europa erklärt sich nur daraus, dass den Dienern des dominanten Kapitals dort wie in Japan und den USA die Gemeinsamkeit ihrer fundamentalen Interessen eindringlich bewusst ist. In diesem Sinn spreche ich vom »kollektiven Imperialismus der Triade«. In diesem Rahmen haben die herrschenden Kreise eine strukturierte Gesamtvision ihres Projekts der »global

governance« entwickelt. Dieses Regime ruht auf zwei Säulen. Die Steuerung der Weltwirtschaft wird direkt den Transnationalen überlassen, u.a. über die WTO. Natürlich hat die weltweite Wirtschaftslenkung in Washingtons Sicht nichts gemein mit den Reden, die dazu gehalten werden. Die USA halten, wie es scheint, weniger als ihre europäischen Verbündeten von der Wirksamkeit des Wettbewerbs und des »*fair play*«, dem sie jedes Mal ungestraft zuwider handeln, wenn es um ihre Interessen geht. Außerdem weiß Washington, dass die USA ohne ihren militärischen Hegemonismus nicht die Welt zwingen können, das Defizit ihres Sparaufkommens zu finanzieren und so ihre ökonomische Position künstlich aufrecht zu erhalten. Die zweite Säule des Regimes besteht einfach darin, dass die NATO (*pro forma*, in Wirklichkeit die USA, der die anderen NATO-Länder pflichtgemäß folgen) an die Stelle jeder anderen politischen und militärischen Ausdrucksform der »internationalen Gemeinschaft« tritt. Weder die Vollversammlung der UNO noch ihr Sicherheitsrat, weder die Regionalorganisationen (wie die AU in Afrika) noch selbst die OECD (der Klub der Reichen) oder gar die Europäische Union (von der die Amerikaner wissen, dass es sie nicht gibt) haben bei der Durchsetzung der politischen und militärischen Erfordernisse dieser einseitigen »*governance*« des dominanten Kapitals etwas mitzureden. Man ersetzt sie durch die NATO! Den Generalsekretär dieser Militärorganisation für die »internationale Gemeinschaft« sprechen zu hören, wird in ganz Asien und Afrika – mit Recht – als obszön empfunden. Die europäischen Mehrheitslinken dagegen saugen die abgeschmackten Reden von Demokratie und Rechten der Völker, die alle aggressiven Initiativen Washingtons begleiten, wie Muttermilch auf. Das Feigenblatt genügt ihnen.

Die Errichtung des Weltregimes durch das Kollektiv der imperialistischen Triade erlaubt den USA, die Unentbehrlichkeit der Dienstleistungen, die nur ihr Hegemonismus dieser Koalition gewährleisten kann, mit Nachdruck zu bekräftigen und nebenbei das Verblässen des europäischen Projekts zu beschleunigen. Dennoch wird das Projekt des kollektiven Imperialismus, das auf weltweit verfestigte Apartheid hinausläuft, nicht verhindern, dass sich die Revolten seiner Opfer mehren, und mithin auch die Interventionskriege.

Das Verblässen des europäischen Projekts

1. Die europäischen Regierungen, linke wie rechte, sind vom Start des Vorhabens in den 1980er Jahren an auf den Neoliberalismus eingeschwenkt. Das hat natürlich innere Ursachen; sie liegen in der jähen Umkehrung der Kräfteverhältnisse in den europäischen Gesellschaften zugunsten des dominanten Kapitals.

Über lokale politische Konjunkturen und Wahlprogramme hinweg – wobei letztere in den wesentlichen Momenten der Richtungsentscheidung oft eigen-

artig nichtssagend sind oder gleich nach der Wahl in die Ablage verwiesen werden – ist dieses Einschwenken eine Tatsache. Meines Erachtens erklärt es sich nur als Ausdruck dafür, dass sich die in Europa dominierenden politischen Kräfte zur Logik des kollektiven Imperialismus bekannten, der das transnationale Kapital der europäischen Länder bereits seit langem folgte.

Ob sich die politischen Klassen bei ihrer Positionierung nun dessen bewusst waren oder nicht, musste sich die Eigenlogik des Systems bald in aller Strenge entfalten. Es ist nicht unmöglich, dass sich die Regierungen der Länder der Triade, als sie sämtlich während der 1980er Jahre unter das Banner des Neoliberalismus traten, nicht immer vorstellen konnten, welche zunehmenden Schwierigkeiten ihnen die Realisierung sowohl in der eigenen Nation als auch in der Steuerung der neuen liberalen Globalisierung bereiten werde. Die konventionellen Ökonomen hatten nicht das Zeug dazu, ihnen begreiflich zu machen, was auf der Hand lag: dass es unmöglich ist, die phantastisch simple Utopie des Kapitals zu verwirklichen, alle Dimensionen der menschlichen Realität, der sozialen und der internationalen, zur Unterwerfung unter die Ausgrenzungslogik der Profitmaximierung für die Transnationalen bewegen zu wollen!

Die Realisierungsversuche führten auf die Dauer, trotz des scheinbaren Erfolgs der Clinton-Jahre in den USA, in anhaltende ökonomische Stagnation, während das überall produzierte soziale Desaster zwangsläufig die Legitimität der politischen Gewalten aushöhlte, namentlich in den verwundbarsten Peripherien. Ihrerseits musste die Destabilisierung der Staatsgewalten das ökonomische System, so liberal es sein mochte, ineffizient werden lassen. Ohne Staat gibt es keine lebensfähige Wirtschaft, wenn die Gründe dafür auch mit dem liberalen Diskurs nicht zu fassen sind.

Die Notwendigkeit, die weltweite liberale Wirtschaftslenkung zu militarisieren, machte sich daher sehr rasch und lange vor dem 11. September 2001 geltend, wie eine Reihe von Kriegen in den 1990er Jahren belegt. Das Einschwenken der europäischen Staaten auf den globalisierten Liberalismus zog sie nun zwangsläufig in die politische und militärische Gefolgschaft der USA. Die Hegemonie der USA garantiert schließlich die Hegemonie der Triade im Weltsystem. Die Europäer akzeptierten folglich, im amerikanischen Kielwasser zu fahren, wie es Großbritannien, Deutschland und Japan, ungerührt auch von »kulturellen« Regungen, für notwendig hielten. Damit verloren die Dauerreden der europäischen Politiker von der Wirtschaftsmacht Europa jede reale Tragweite. Ohne eigenes Projekt, nur auf dem Feld von Handelsstreitigkeiten aktiv, ist Europa von vornherein geschlagen. Das weiß man in Washington durchaus.

Das Einschwenken der europäischen Staaten bedeutete daher nichts Geringeres als das Verblässen des europäischen Projekts, seine doppelte Auflösung auf Seiten der Wirtschaft (die Vorteile der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verlieren sich in der ökonomischen Globalisierung) und der Politik (die

politische und militärische Autonomie Europas verschwindet hinter der NATO). Die Umstände der Eroberung Iraks gaben ihm den Rest. Zur Stunde gibt es kein europäisches Projekt. Es wurde durch ein Nordatlantik-Projekt (oder Triaden-Projekt) unter US-Kommando ersetzt. Als das von einem Europäischen Kommissar, dem Engländer Leon Brittan, vorgeschlagen wurde, erhob sich seinerzeit ein allgemeiner Protestschrei (zumindest in Frankreich), aber zur Stunde wird allein dieses Projekt realisiert.

2. Das Verblassen des europäischen Projekts zugunsten einer Rückkehr zum Atlantismus,⁹ hinter dem sich der US-Hegemonismus profiliert, dürfte dennoch mindestens einigen Sektoren der Öffentlichkeit und einigen Segmenten der politischen Klassen in manchen europäischen Ländern, besonders in Frankreich, problematisch erscheinen. Die Themen der Europa-Konstruktion waren so sehr mit den Stichworten Wohlstand, Macht und Unabhängigkeit verknüpft, dass es schwierig werden müsste, die bittere Pille zu verabreichen, nämlich die Behauptung, der »militärische« Schutz durch die NATO, d.h. die USA, sei heute noch notwendiger als gestern!

Die NATO wurde 1949 angeblich zum Schutz Westeuropas vor einer eventuellen Aggression der Sowjetunion gegründet. Ob diese Bedrohung real war (ich sage, dass es sie nicht gab, weil die UdSSR sich nie einbildete, die Grenzen der »Teilung von Jalta« überschreiten zu können), ob sich daraus ein unumgängliches Erfordernis ergab, oder ob sie den USA nur als Vorwand diente, um ihre politische Hegemonie über die gesamte kapitalistische Welt zu etablieren und damit ihre wirtschaftliche Vormachtstellung nach dem Zweiten Weltkrieg zu untermauern (ich behaupte, dass es das einzig wahre Ziel der NATO-Gründung war, Europa unter Kuratel zu stellen), dies alles sind Fragen an die Geschichte, die ich hier schon deswegen nicht erörtern werde, weil die angebliche Bedrohung seit dem Abtreten der UdSSR von der Bühne nicht mehr da ist.

Ich bestreite den Europäern nicht das Recht, ihre Verteidigung selbst zu sichern. Dieses Recht ist beim jetzigen Entwicklungsstand der menschlichen Zivilisation unveräußerlich. Die europäischen Staaten haben individuell und kollektiv, in der Europäischen Union, wie alle Nationen des Planeten das Recht,

⁹ Derzeit wird die Gefahr dieses Rückfalls durch den Verfassungskonvent unter dem erklärten »Atlantiker« Giscard d'Estaing noch verschärft. Nach Washingtons gelungenem Einkauf nicht weniger »Alt-Europäer« und fast aller Verantwortlichen von EU-Beitrittskandidaten für seine »Koalition der Willigen« und ihre Unterstützer hätten waschechte Kompradoren in allen zu bildenden supranationalen EU-Organen das Sagen. Eine Art Moratorium für den weiteren Ausbau Europas könnte den Protagonisten eines weniger abhängigen »Kerneuropas« Chancen belassen, die Zukunft der Region durch Kooperationen mit anderen potentiell unabhängigen Staaten Eurasiens, Afrikas, Lateinamerikas ausgeglichener zu gestalten. (Anm. d. Übers.)

Streitkräfte aufzustellen, die jedem Aggressor widerstehen, ja ihn abschrecken können. Selbst wenn gegenwärtig niemand Europa bedroht, bleibt dieses Recht auf Verteidigung unveräußerlich. Aber die NATO kann ihm nicht gerecht werden, denn sie ist kein Bündnis unter Gleichen; sie macht die europäischen Alliierten zwangsläufig zu Untergeordneten, die den Zielen der USA zu folgen haben. De Gaulle hat als einziger bedeutender europäischer Politiker der Nachkriegszeit diesen Kardinalfehler der Organisation erkannt. Die jüngste Geschichte seit dem Golfkrieg zeigt, dass die NATO nur dann handelt, wenn es Washingtons Zielen dient, nur dann interveniert, wenn die USA es beschließen, und anderenfalls untätig bleibt. Die NATO kann nichts anderes sein als das Werkzeug des planetaren Hegemonialprojekts der USA.

Die Militärmacht der USA wurde seit 1945 systematisch ausgebaut. Sie deckt den gesamten Erdball ab, indem sie ihn in Regionen des integrierten Systems der *US Military Commands* aufteilt. Bis 1990 musste dieser Hegemonismus die friedliche Koexistenz einhalten, weil ihn die sowjetische Militärmacht dazu zwang. Ich kann hier nur auf meine früheren Schriften verweisen, in denen ich den Gegensatz zwischen der auf den ganzen Planeten zielenden Militärstrategie der USA und der Defensivstrategie der UdSSR herausgearbeitet habe.¹⁰

Angesichts dieser eindeutigen Realitäten operieren die bedingungslosen Anhänger des derzeitigen Europa-Projekts, je nach Hörerkreis, mit Gelegenheitsargumenten. Einige ideologische Parolen werden in aller (vorgetäuschten?) Einfalt wiederholt: Die NATO ist eine Vereinigung demokratischer Nationen, und sogar der einzigen bekannten gefestigt demokratischen Nationen (man könnte nur noch die Quasi-NATO-Mitglieder Israel, Australien und Neuseeland hinzufügen). Deshalb »wird sie gebraucht«. Wozu? Man wagt nicht unbedingt einzugestehen: gegen den neuen Widersacher, den Nachfolger des Kommunismus, d.h. den »Nationalismus« der Länder »des Südens«. Sonst würde man zugeben, dass auch Europa der Logik des neuen kollektiven Imperialismus der Triade folgt. Also übergeht man stillschweigend die wirklichen Funktionen der NATO, nämlich diese Völker des Südens durch ständige militärische Bedrohung zu zwingen, die Diktatur des transnationalen Kapitals hinzunehmen. Manchmal erwähnt man statt dessen eine rein imaginäre, aber ungemein noble Aufgabe: die Demokratie, die Rechte der Völker oder »humanitäre« Anliegen zu verteidigen. Das kann jedoch kaum noch ernst genommen werden. Allerdings ist es jetzt möglich, eine andere Nutzenanwendung der NATO (oder der US-Streitkräfte) zu nennen: die Ausrottung des »Terrorismus«. Bin Laden kam da wie gerufen. Mit dem »Terrorismus«-Etikett lassen sich die wahren Ziele der US-Interventionen in Asien verdecken.

¹⁰ Siehe u.a. S. Amin, *Das Reich des Chaos*, Hamburg, VSA 1992.

In dieser Lage gestattete die »Frontbildung gegen den Terrorismus« eine unglaubliche »westliche« Mobilisierung mittels so dehnbarer, ja fragwürdiger Schlagworte wie »Wertegemeinschaft«. Zu hören war: »Wir sind alle Amerikaner«. Die Deklaration wäre respektabel gewesen, hätten nur ihre Initiatoren nach dem Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila vom September 1982 couragiert erklärt: »Wir sind alle Palästinenser!« und als Konsequenz verlangt, entschlossen gegen den Staat Israel vorzugehen. Da dies ausbleibt, versteht die afro-asiatische Öffentlichkeit jene Deklaration generell nur als weiteren Ausdruck der rassistischen Solidarität der »Kaukasier«, wie das US-Establishment Arier und Juden zusammenfassend nennt. Außerdem ist man berechtigt zu sagen: Nein, ich teile nicht die Werte des Mr. Bush, er ist für mich gar kein Demokrat, sondern ein ausgemachter McCarthy-Typ. Unter diesen Bedingungen mit »Solidaritäts«-Parolen zu hantieren, entspricht vollkommen den Zielen der vom reaktionären Establishment Washingtons entworfenen Strategie des »Kampfes der Kulturen«. Es geht darum, auf die »Einheit« der »westlichen« Gesellschaften und den »demokratischen Konsens« ihrer Völker zu pochen, damit diese daheim das neoliberale Diktat hinnehmen und auswärts die Aggression gegen die Völker der Dritten Welt billigen.

Eine andere Argumentation betont Europas Bemühungen, sich von der amerikanischen Kuratel zu befreien. Weniger für Loblieder auf das US-Modell empfänglichen Teilen der europäischen Öffentlichkeit wird eingeredet, mit der Initiative zur Gemeinschaftswährung Euro und dem Entschluss, integrierte europäische Streitkräfte aufzubauen, komme die derzeitige Europa-Konstruktion ihren Wünschen zuvor.

Was den Euro betrifft, verschweigt das Argument, dass die Währung nur dann ein wirksames Werkzeug ist, wenn jemand da ist, der es handhaben kann. Hinter dem Dollar stehen nicht nur die transnationalen Firmen der USA, sondern auch deren Regierung. Hinter dem Euro stehen vielleicht die europäischen Transnationalen, aber keinerlei Regierung. Seiner Satzung nach ist außerdem das Bankierskollegium in Frankfurt keiner politischen Behörde, ob national oder europäisch, Rechenschaft schuldig, sondern nur »dem Markt«, d.h. den Firmen. Und sollte dem politischen Europa jemals klar werden, wie unsinnig es sich hierzu in Maastricht entschieden hat – welche politische Behörde kann es dann beauftragen, den Euro zu steuern?

Um die europäischen Streitkräfte steht es ebenso. Mit bewusst zynischem Gehabe, doch ohne reale Grundlage, wollten einige politische Kommentatoren weismachen, Europa werde die amerikanischen Streitkräfte als »Söldner« in seinen Dienst nehmen können! Diese Reden konnten höchstens der Eitelkeit der Europäer schmeicheln: Die Streitkräfte der USA haben ausschließlich den Hegemonismus Washingtons zu untermauern und gehorchen nur dieser Logik. Als sie dies anerkennen mussten, brachten diese unbedingten Europäer ein an-

deres Argument vor: Europa habe sich für gemeinsame Eingreiftruppen entschieden und baue sie bereits auf. Für die europäischen Nationen mit ihren soliden militärischen Traditionen ist es kein Problem, eine Interventionstruppe aufzustellen, die potentiell ebenso fähig wäre wie ein Washingtoner Aufgebot. Ich möchte sogar sagen, dies brauchte nur ein paar Tage, kaum mehr. Aber wer übernimmt die politische Führung dieser Truppe? Wer entscheidet über ihre Interventionen? Wer definiert ihre politischen Ziele? Welcher europäische Staat? Ansonsten, kann ein europäischer Gipfel je etwas anderes zum Ausdruck bringen als bisher, nämlich die innereuropäischen Divergenzen? Oder den allfälligen gemeinsamen Nenner, das Einschwenken auf Washington?

Ohne europäischen Staat wird es weder eine dieses Namens wert europäische Währung noch solche Streitkräfte geben. Und die doppelte Auflösung des europäischen Projekts in der ökonomischen Globalisierung und im Anschluss an die politische und militärische Führung Washingtons bewirkt ihrerseits das Ausbleiben eines europäischen Staates wie auch die Verstärkung des Hegemonismus der USA.

3. Die Konsequenzen dieser Optionen sind somit auf allen Ebenen katastrophal. Die Standardreden von Demokratie und Rechten der Völker wurden vollkommen unglaubwürdig, und die Illusionen von einer »Selbständigkeit Europas« sind dahin. Die Europäische Union ist wieder zur Anpassung gezwungen, und zwar noch stärker als früher, zu Zeiten des »Kalten Krieges«.

Die einzig sinnvolle Option für den europäischen Einigungsprozess wäre gewesen, sich auf eine multipolare Welt zu orientieren. Der damit definierte Handlungsspielraum hätte gestattet, ein sozial taugliches Gesellschaftsprojekt nach bester europäisch-humanistischer Tradition zu entwickeln. Diese Option hätte natürlich erfordert, Russland, China und jeder Großregion der Dritten Welt denselben Handlungsspielraum zuzuerkennen. Sie hätte erfordert, das Kapitel NATO definitiv zu beenden und statt dessen europäische Verteidigungskräfte zu konzipieren, die schrittweise in dem Maße zu vereinen wären, wie der politische Aufbau Europas voranschreitet. Ebenso hätte sie erfordert, für die europäische Ebene wie für das Weltsystem angemessene Regulierungsweisen anstelle des dominanten Bretton-Woods-Schemas samt WTO und MAI zu konzipieren. Mit der Option für die liberale Globalisierung hat Europa faktisch darauf verzichtet, sein Potential an ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit auszuspielen, und sich ins Kielwasser der Ambitionen Washingtons begeben.

Dass die Staaten Europas diesen Weg gewählt haben, offenbart die Brüchigkeit des europäischen Projekts. Die grundsätzliche Option Großbritanniens besteht seit 1945 darin, sich über den Verlust der eigenen imperialen Rolle damit hinwegzutrusten, dass man sie im Auftrag der USA zum Teil ausüben kann. Für Deutschland besteht sie, nach der Absage an den Nazi-Wahntraum von der

Weltherrschaft, in der seinen Mitteln entsprechenden Beschränkung auf die Erneuerung seines traditionellen Einflussbereichs in Richtung Ost- und Südosteuropa, diesmal im Gefolge der Weltherrschaftsstrategie Washingtons, der man bei aller neueren Widerspenstigkeit nicht die Treue aufkündigt. Aus ähnlichen Gründen stellt sich auch Japan – mit Blick auf China und sogar Korea – mit seinen strikt regionalen Expansionsbestrebungen in dieselbe US-amerikanische Globalperspektive.

Kann das europäische Projekt vor dem Debakel bewahrt werden? Ich werde das im Prinzip beantworten, und zwar weder wie die »Eurooptimisten«, die einfach an Wunder glauben und sich davon das Vorankommen Europas erhoffen, noch wie die »Europessimisten«, deren an sich zutreffende Kritiken kaum mehr bewirken als Sehnsüchte nach der nationalen Vergangenheit. Meine Antwort folgt aus einer eurokritischen Grundhaltung, die zum einen anerkennt, dass die europäischen Länder – ebenso wie die anderen Regionen der Welt – eine Institutionalisierung ihres regionalen Aufbaus brauchen, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, und zum anderen erkennt, dass das derzeitige Europaprojekt diesem Bedarf nicht entspricht. Es trägt noch immer die Spuren seiner Entstehung aus einer amerikanischen antikommunistischen Idee aus der Nachkriegszeit und deren emsiger Übernahme durch konservative Kräfte, die noch Abbitte für ihre zumindest zweideutige Haltung zu den Nazi-Okkupanten und den lokalen faschistischen Regimes zu leisten hatten. Stattdessen ist dieses Projekt umfassend neu zu beginnen. Zunächst müssen Verhandlungen über die Gesellschaftsperspektive eingeleitet werden, die den betreffenden Völkern geboten wird. Von deren sozialem Gehalt aus sind die Bedingungen für einen neuen historischen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit zu definieren. Auszuhandeln ist die Institutionalisierung einer demokratischen und wirksamen Steuerung der schrittweisen Aussöhnung zwischen nationalen Realitäten und gesamteuropäischen Prioritäten. Denn die unvermeidlich unterschiedliche Entwicklung der politischen und sozialen Kämpfe wird notwendigerweise dazu führen, dass nicht überall gleich weit vorgestoßen werden kann. Die europäische Institution darf nicht immer auf das Minimum zurechtgestutzt werden. Das fördert nur das Stillhalten gegenüber den USA, die sich dann das Exklusivrecht zu Initiativen nehmen. Für mich gilt nicht das »Unmöglich« oder »zu spät«, das die zaghaften Politiker des derzeitigen Europa vorbringen. Ich glaube vielmehr, dass politische Kräfte, die energische Initiativen im obigen Sinn ergreifen, bald viel Enthusiasmus wecken würden. Aber man muss couragiert sein, um damit anzufangen.

Meine wichtigste politische Schlussfolgerung aus der hier in den Hauptzügen vorgestellten Analyse besagt: Europa hat keine andere Wahl, solange sich die machthabenden Blöcke weiter auf das dominante transnationale Kapital orientieren. Nur wenn es durch politische und soziale Kämpfe gelingt, den In-

halt dieser Blöcke zu ändern und neue historische Kompromisse zwischen Kapital und Arbeit durchzusetzen, kann Europa einigen Abstand von Washington gewinnen, sodass der Neustart des europäischen Projekts möglich wird. Unter diesen Bedingungen könnte – ja müsste – Europa zugleich auf internationaler Ebene, in seinen Beziehungen zum Osten und zum Süden, einen anderen Weg einschlagen als die Route der exklusiven Forderungen des kollektiven Imperialismus und sich somit an dem langen Marsch beteiligen, der »über den Kapitalismus hinaus« führt. Mit anderen Worten, Europa wird entweder ernsthaft links stehen oder abtreten.

Geometrie der internationalen Konflikte

1. Die strukturelle Akkumulationskrise ist weder überwunden, noch ist ihre Überwindung erkennbar. Das bietet meines Erachtens in aller absehbaren Zukunft vermehrt Nährstoff für Konflikte, auch für gewaltsame. Für ein »Jenseits« dieser Zukunft zu erwarten, dass auf diese B-Phase des langen Zyklus, wie früher, eine neue A-Phase relativ stabiler kapitalistischer Expansion folge, ist müßig und obendrein leichtfertig.

Zwar kann man sich leicht eine künftige, zur Dominanz der neuen, mit den vorerwähnten fünf Monopolen verbundenen Form des Wertgesetzes passende Globalisierung ausmalen. Die traditionell dominanten Zentren würden ihren Vorteil behalten und die bereits sichtbaren Hierarchien reproduzieren; die USA behielten die weltweite Hegemonie (durch ihre Vormachtstellung in der Forschung und Entwicklung, das Dollarmonopol und die militärische Führung des Systems), flankiert von Sekundanten (Japan gegenüber China, Großbritannien als politischer und finanzieller Teilhaber, Deutschland wegen seiner Kontrolle über Europa). Die aktiven Peripherien Ostasiens und Osteuropas sowie Russland, Indien, Lateinamerika wären die Hauptperipheriezone des Systems. In den Zentren selbst hätte man wegen der verstärkt auf die fünf Monopole ausgerichteten Aktivitäten eine Gesellschaft »mit zwei Geschwindigkeiten« zu steuern, d.h. mit großenteils durch Armut, Minijobs und Arbeitslosigkeit marginalisierter Bevölkerung.

In diesem allgemeinen Rahmen ließe sich unschwer eine neue Etappe der kapitalistischen Expansion vorstellen; sie könnte auf stärkerem Wachstum in den aktiven Peripherien und erneutem Wachstum in Osteuropa, der Ex-UdSSR sowie der Europäischen Union beruhen, während die marginalisierte afrikanische und islamische Welt ihren Wirren überlassen bliebe. Der verstärkte Austausch zwischen den dynamischen Weltregionen würde das Projekt stützen. Doch je weiter man so vorankommt, je intensiver der Austausch zwischen jenen Regionen wird, desto mehr würde sich, meine ich, die auf die fünf Mono-

pole der Triade gegründete neue Polarisierung auswachsen. Die Entwicklungsniveaus der Regionen würden sich nicht angleichen, die Distanz zwischen den Zentren und der neuen Peripherie vielmehr zunehmen. Die aktiven Peripherien würden massiv exportieren; ihr Handelsbilanzüberschuss würde es erlauben, den bei ihnen produzierten Überschuss weitgehend in die reichen Länder zu transferieren. Das wäre die neue Form des Imperialismus. Ich bezweifle nicht im Mindesten, dass die Völker – und sogar die herrschenden Klassen – der aktiven Peripherien die Errichtung dieser »Apartheid im Weltmaßstab« unmöglich machen werden.

Aber was käme auf die entwickelten Zentren zu, falls die Partner der Triade diesen Weg nehmen? Falls sie ihr Wachstum auf den vielgepriesenen Tertiärsektor als Ausdruck der »*New Economy*« ausrichten und sich relativ entindustrialisieren? Aus der Analyse der fünf Monopole hatte ich selber die Annahme abgeleitet, die Zentren würden sich auf die damit verbundenen Tätigkeiten – besonders auf Forschung und Entwicklung für neue Technologien – »spezialisieren« und die aktiven Peripherien als untergeordnete Produzenten gebrauchen. Alcatel wurde so zu einer »Gehirnfirma«, die nichts mehr unmittelbar produziert. In dem Rahmen wäre kein einziges der heute bereits bekannten ernststen sozialen Probleme lösbar.

Zur Zeit ist Europa durchweg auf diese Strategie in allen Dimensionen – politisch, militärisch, wirtschaftlich – eingestellt. Selbst gegenüber Afrika, dem einstigen »Jagdgehege« alter Kolonialmächte wie Frankreich und Belgien, ist die EU auf von der Weltbank übermittelte Positionen Washingtons eingeschwenkt; siehe die 2000 abgeschlossene neue Konvention von Cotonou.

Das Einschwenken verhindert zwar nicht, dass schon alltägliche »Handelskriege« zwischen der EU und den USA (Airbus-, Bananen-, Hormonfleischaffäre usw.) weiter zunehmen, wobei Washington vielleicht nicht weiterhin so grenzenlos arrogant vorgehen kann. Diese Widersprüche erscheinen mir dennoch sekundär im Vergleich zu den künftig schärferen Gegensätzen zwischen den neuen Peripherien (namentlich den erstangigen, China, Indien, morgen vielleicht Russland) und der Triade, die ihren Zusammenhalt durch die Ausrichtung auf Washington bewahrt.

Die G 7 wurden gebildet, um diese Steuerung des Weltsystems durch die kapitalistischen Hauptmächte zu koordinieren. Die Austauschbeziehungen konnten sie nur sehr begrenzt stabilisieren. Als Krisenmanager sind sie und jetzt die G 8, wie Gustave Massiah schreibt, »eine Weltexekutive ohne Gesamtprojekt für die Welt«. ¹¹ Sie begnügten sich 1976 mit dem Aufstellen der Prinzipien für die einseitige Anpassung der Peripherie, 1980 mit dem Einspeisen der Petrodollars in die spekulative Finanzsphäre, dann mit dem Drücken der Rohstoff-

¹¹ G. Massiah, *Le G7 en 1993, le crépuscule du mythe?* Paris, Cedetim 1993.

preise (dem Hauptgrund für den Golfkrieg), 1982 mit der Organisation der Umschuldung (statt Bedingungen einer Problemlösung zu schaffen), 1992 mit der Einbeziehung Russlands und der Ostländer in die einseitigen Anpassungsstrategien, danach mit Versuchen, die jugoslawische und die »Terrorismus«-krise zu steuern, usw.

Somit bietet keine Variante des Szenarios einer »großen Erholung« die geringste Chance zu einer nennenswerten Entwicklung, nicht einmal für die Völker der entwickelten Zentren und erst recht nicht für die Völker der Peripherien, selbst der erstrangigen.

Die Entfaltung des Szenarios in seinen verschiedenen Modalitäten stößt denn auch auf »Störenfriede«. Zu denken ist unter anderem an die schon sichtbar neu auflebenden konsequenten Klassenkämpfe (Frankreich seit November-Dezember 1995, Korea seit Januar 1997 usw.), Protest- und Alternativbewegungen (Seattle, Genua, Porto Alegre und die Fortsetzungen). Wenn sich diese Tendenz verbreitert, kann sie die Bedingungen für die Herausbildung der fortschrittlichen Alternative bereiten, die im Weiteren zu untersuchen ist. Zu denken ist jedoch auch an die herrschenden Klassen bestimmter Länder, die ebenfalls aktiv werden können, um das Modell in einem für sie günstigeren Sinn abzubiegen und so ihren Handlungsspielraum zu erweitern. Ich habe hier China im Sinn, vor allem, wenn die soziale Solidarität, die seinem Projekt einen ausgeprägt nationalen Charakter gibt, durch das Eingreifen der bisher im Abseits gehaltenen Volksmassen gefestigt wird, aber auch Korea, Indien, Brasilien und morgen womöglich Russland.

2. Man könnte sich vorstellen, in dem weltweit herrschenden Chaos werde nunmehr der Hauptwiderspruch zwischen zwei heftig konkurrierenden Zentren auftreten, den USA und Europa. In diesem Rahmen würden die USA und Japan, das keine andere Wahl hat, ihre strategische Allianz konsolidieren und die Halbperipherien Asiens (insbesondere China) und Lateinamerikas mitziehen, während Europa die neue russische Halbperipherie in seinen Vormachtbereich integrieren würde.¹²

Solch ein Szenario halte ich für kaum wahrscheinlich, schon weil es voraussetzt, dass Europa als vereinte politische Kraft existiert, was zumindest für die absehbare Zukunft nicht der Fall ist. Am wahrscheinlichsten ist für mich daher die Fortdauer einer amerikanischen Hegemonie – trotz ihrer Schwächen – an der Spitze der kollektiven Herrschaft der Triade über den Rest der Welt. Ferner erscheint mir das Szenario kaum umsetzbar, weil es erfordert, dass China dem Block USA–Japan folgt. Das halte ich für ganz zweifelhaft. China wird wohl

¹² *The world we are entering 2000-2050*, Luxemburg, IEEI, 2002

eher versuchen, den Konflikt USA–Europa im Alleingang auszunutzen, falls er sich zuspitzen sollte. Ebenso stünde es um Indien oder Russland (wenn es seine Krise überwinden kann).

Jenes »große« Projekt ist allerdings bereits in Gestalt neoimperialistischer Regionalisierungen entworfen, die jedem Teil der Triade geostrategische Räume des Südens (nach dem Prinzip der »Lastenteilung«) zuordnen: USA–Kanada–Lateinamerika (eingeleitet mit der Integration Mexikos in die NAFTA), USA–Israel–Erdölstaaten am Golf und arabischer Mashrek, EU–Maghreb–subsaharisches Afrika, EU (oder Deutschland)–Osteuropa, alternativ dazu Deutschland–USA–Osteuropa–Ex-UdSSR, Japan–ASEAN oder Japan–USA–Asien/Pazifik.

Dieses neoimperialistische Projekt gestattet durchaus, dass sich ein gutes Dutzend regionaler und subregionaler Pole bildet, die in ihrer Region »Vorrechte« genießen und doch zuverlässige Stützen der »offenen« Globalisierung bleiben. Man denkt sofort an Deutschland und Japan als brillante Sekundanten der USA auf dieser Ebene. Aber auch an Brasilien, an die Türkei (und/oder Iran) für West- und Mittelasien, Korea für Ostasien sowie an unterstützende Regionalmächte zweiten Ranges (Ägypten, Nigeria, Südafrika, Pakistan, Malaysia). Andererseits ist es durchaus möglich, dass manche dieser subregionalen Pole »rebellieren« und ihren Handlungsspielraum im Konflikt mit Globalisierung und US-Hegemonie erweitern. Wie weit kann sich etwa Brasilien im Verband der Mercosur, an der Seite Venezuelas, von den liberalen Dogmen distanzieren?

Die Komplexität der Netze von Bündnissen und Interessenkollisionen erscheint extrem, wenn man bedenkt, dass die drei Pole der zentralen Triade partiell konfliktuell, zugleich aber vereint hinter der Führungsmacht USA stehen, dass regionale Pole ihre eigenen Schachzüge machen wollen usw. Bündnisse und Gegensätze können dann in einem Weltsystem mit variabler Geometrie entstehen und vergehen, und Prognosen über den unmittelbaren Nahfristraum hinaus werden unmöglich. Es ist sehr verlockend, die Schwierigkeit durch Einstufung der Konflikte (in bedeutende und unbedeutende) und der Stärke der Akteure überspielen zu wollen. Aber diese Denkübung beruht auf vielen Vereinfachungen, u.a. darauf, nur die Staaten als Akteure im System anzusehen, obwohl es andere gibt wie die Transnationalen oder die großen ideologischen Bewegungen, die bestimmte Solidaritäten (z.B. auf religiöser Basis) stiften können. Soweit die Polarisierung Zentren/Peripherien zentral bleibt, können die dominanten Mächte (USA und/oder Triade) veranlasst sein, den Regionalpolen, die in ihren Einfluss- und Interventionsbereichen für Disziplin zu sorgen haben, »entgegenzukommen«. Dann wird geduldet, dass die Türkei ihre Kurden massakriert, dass Brasilien das Amazonasgebiet ruiniert, dass Israel eroberte Territorien ethnisch säubert, dass Südafrika die Expansionsmaßnahmen

des Apartheid-Regimes im südlichen Afrika fortsetzt (»nach altem Schema«, schreibt Hein Marais dazu¹³). Immerhin haben bestimmte Länder, obwohl peripher im Wirtschaftssystem des Weltkapitalismus, aktuell oder potenziell Ambitionen, die den Respekt vor den zum Funktionieren des Systems nötigen Hierarchien vermissen lassen. Man denkt sofort an China, Indien und Russland. Wohl deshalb, meine ich, behandeln die zentralen Führungsmächte sie häufig, wenn nicht immer, als potentielle Gegner, ja Feinde.

3. Mit oder ohne US-Hegemonismus bleibt die Annahme einer durch technologische Revolution und kollektiven Imperialismus erneuerten und stabilisierten kapitalistischen Expansion wenig wahrscheinlich, zumal sie über die erwähnten Faktoren der Altersschwäche des Kapitalismus, unter denen die soziale Entwicklung in den Zentren, mehr noch in den Peripherien, brüchig wird, hinweggeht.

Die Zukunft wird also weniger von Faktoren abhängen, die der Logik der neuen weltweiten Akkumulation entsprechen, als von anderen, politischen Faktoren, vor allem von den – rationalen oder irrationalen – Entscheidungen, die womöglich die Völker und die herrschenden Klassen der Peripherien (vor allem Chinas) durchsetzen und die Völker Europas für ihr eigenes Gesellschaftsprojekt treffen werden. Die Evolution Chinas wird wegen des Gewichts dieses Landes von der Größe eines Kontinents die Weltbilanz stark beeinflussen. Ich habe vorgeschlagen, die inneren und äußeren Bedingungen mehrerer gleich möglicher Szenarios wie folgt zu rubrizieren:

■ Szenario des Zerfalls des Landes (strategisches Ziel der USA und Japans), der Marginalisierung Nord- und Westchinas und der Integration des zum Kompradoren-Gebiet gemachten Südchinas in ein industrialisiertes, jedoch von Japan und den USA dominiertes Südostasien.

■ Szenario der erfolgreichen Weiterführung des chinesischen nationalen Projekts aufgrund der »drei Positiva« (Aufrechterhaltung der Solidarität in der Nation durch soziale Umverteilung der Einkünfte; festere Verflechtung der innerchinesischen Regionalmärkte durch regionale Umverteilung; weiterhin Kontrolle der Außenbeziehungen gemäß den Logiken des Projekts).

■ Entartung des genannten Projekts durch das, wie ich sage, »vierte und große Negativum«, nämlich den Versuch, es weiter unter dem bestehenden Machtssystem (»leninistischer« Partei-Staat) zu betreiben. Das könnte zum Zerfall des Landes (erstes Szenario) oder zur offeneren Ausprägung eines wahrscheinlich recht undemokratischen Nationalkapitalismus führen.

■ Linksentwicklung des jetzigen Projekts, Machtzuwachs der sozialen Volkskräfte, daher Voranschreiten des Landes im langen Übergang zum Sozialismus.

¹³ H. Marais, *Southern African Cooperation. Reinforcing the mould*, Dakar, FTM 2002.

Außerdem werden diese Szenarien jeweils mit denen für Indien, dem anderen asiatischen Riesenpartner des Weltsystems, zusammenwirken. Auch hier ist alles oder fast alles vorstellbar: Zerfall des Landes (Ziel der USA in nicht allzu ferner Vergangenheit); Abgleiten in die Stagnation; Behauptung der Selbstständigkeit mit anschließendem Neustart. Das Verhältnis Indien-China (erklärte Feindschaft; Toleranz; gegenseitige Unterstützung) gehört hierhin, desgleichen die Strategien des dominanten Imperialismus, der natürlich mit allen Mitteln versuchen wird, bei Störungen in diesem Verhältnis Öl ins Feuer zu schütten.

Was Europa angeht, verfolgen die dort dominanten Interessengruppen, die Großfirmen, ihre Strategien bisher, wie gesagt, so wie ihresgleichen in den USA und Japan im Rahmen der ungebremsten Globalisierung. Deswegen können sie die US-amerikanische Welthegemonie nicht aktiv in Frage stellen und keine andere Sichtweise auf die Nord-Süd-Beziehungen entwickeln. Ebenfalls deswegen geraten die neuen West-Ost-Beziehungen in Europa spontan eher zu einer »Lateinamerikanisierung« des Ostens als zur gleichberechtigten Integration. Werden die europäischen Linken in West und Ost imstande sein, gemeinsam eine andere, den Erfordernissen eines fortschrittlichen gesamteuropäischen Sozialpakts entsprechende Strategie zu definieren? Die liberalen Optionen und die Schritte zur Lateinamerikanisierung Osteuropas verstärken in der EU das Ungleichgewicht zugunsten Deutschlands. Wird das »deutsche Europa« auf die Dauer für Großbritannien, Frankreich, Russland akzeptabel bleiben? Inzwischen verstetigt das Einschwenken auf dieses Projekt die globale amerikanische Hegemonie, denn Deutschland setzt hier im Grunde weiterhin, wie Japan, auf die Karte der in Fragen von Weltbedeutung den USA folgenden Regionalmacht.

Doch wegen Europas Geschichte und seines Erbes an humanistischen und sozialistischen Traditionen, das ich bereits bei dem Vergleich der französischen und der amerikanischen Revolution erwähnt habe, schließe ich nicht aus, dass sich ein anderes europäisches Projekt abzeichnet und letztlich durchsetzt: das Projekt eines »sozialen« Europas. Aber dann muss man auch darüber nachdenken, was das bedeuten soll. Was will man, abgesehen von nebelhaften Zauberformeln wie »Neokeynesianismus«? Ein Europa als »Sozialfestung«? Ein offenes soziales Europa? Und wie will man dann seine Beziehungen zu den USA, zu Japan und zu den Peripherien gestalten?

Verhöhntes Recht, bedrohte Demokratie

1. Eine Zeit wie die Gegenwart, mit der Strukturkrise der kapitalistischen Akkumulation, der einschneidenden technologischen Revolution, der Neuformierung des Imperialismus, ist für die unterdrückten Völker und die ausgebeuteten arbeitenden Klassen zwangsläufig äußerst verwirrend. Gemeinsam bewirken diese Phänomene nämlich, dass das dominante Kapital die Ausgrenzungslogik seiner Eigeninteressen kompromisslos durchsetzen kann.

Es ist die Zeit der Dekonstruktion der alten Organisationsformen von Produktion und Arbeit. Aus der vorigen Geschichtsetappe überkommene Organisationsformen der sozialen und politischen Kämpfe verlieren daher ihre Wirksamkeit, ergo ihre Legitimität. Nun ist die Ausprägung neuer Organisationsformen der Arbeit nie Augenblickssache; erst nach Jahrzehnten erlangt sie Gleichgewicht und relative Stabilität. Inzwischen überwiegen bei den Opfern des Systems Verwirrung und Zersplitterung.

Kennzeichen dieser Lage ist vermehrte Gewalt. Zunächst die Gewalt der dominanten Kräfte des Kapitals, die ihre Lösungen national wie international aufzwingen wollen. Daher die Militarisierung der Globalisierung. Gewalt der einen provoziert Gegengewalt der anderen, und zwar in verschiedensten Formen. Manche davon können positiv bewertet werden, sofern sie zur Bildung von Fronten der Volkskräfte beitragen und neues, den Herausforderungen entsprechendes politisches Bewusstsein wecken. Das gilt nicht für andere, die die Opfer des Systems in Sackgassen treiben, wo sie die wahre Natur der Herausforderungen nicht identifizieren können. Die Strategien der dominanten Kräfte zielen natürlich darauf ab, möglichst viel Wirrwarr zu stiften, um das für sie Ärgste zu verhindern: die positive Politisierung der sozialen Massenbewegungen.

Die Zukunftsszenarios werden immer weitgehend von der jeweiligen Sicht auf das Verhältnis zwischen den gewichtigen objektiven Tendenzen zum einen und zum anderen den Antworten der Völker und ihrer sozialen Teilkkräfte auf die Herausforderungen jener Tendenzen abhängen. Es gibt darin also ein unabdingbares Moment der Subjektivität, der Intuition. Sehr zum Glück übrigens, denn das bedeutet, dass die Zukunft nicht vorprogrammiert ist und dass das findige Imaginäre, um den starken Ausdruck von Cornelius Castoriades¹⁴ zu gebrauchen, seinen Platz in der Realgeschichte hat.

Die »Prognose« ist jetzt um so schwieriger, als alle Mechanismen und ideologisch-politischen Reflexe, die das Verhalten der einen und der anderen bestimmten, von der Bühne abgetreten sind. Die Struktur des politischen Lebens

¹⁴ C. Castoriadis, *La montée de l'insignifiance*, Paris, Seuil 1994; ders., *L'institution imaginaire de la société*, Paris, Seuil 1975.

wurde umgeworfen, als die Periode nach dem Zweiten Weltkrieg auslief. Traditionell spielten sich das Leben und die politischen Kämpfe im Rahmen von Staaten ab, deren Legitimität nicht in Frage stand (womöglich diejenige einer Regierung, nicht jene des Staates). Hinter und in dem Staat bildeten die politischen Parteien, die Gewerkschaften, einige große Institutionen (z.B. des Unternehmertums), kurz, die Welt der von den Medien so genannten »politischen Klasse« das Gerüst des Systems, in dem die politischen Bewegungen, die sozialen Kämpfe, die ideologischen Strömungen Ausdruck fanden. Inzwischen haben fast überall in der Welt diese Institutionen sämtlich, wenn auch in unterschiedlichem Maß, ihre Legitimität großenteils oder ganz und gar eingebüßt. Die Völker »glauben nicht mehr daran«. An ihrer Stelle traten »Bewegungen« unterschiedlicher Art in den Vordergrund: für Forderungen der Grünen oder der Frauen; für die Demokratie; für soziale Gerechtigkeit; für die kommunitäre, d.h. von Gemeinschaften beanspruchte, Identität nach religiösen oder ethnischen Kriterien. Merkmal dieses neuen politischen Lebens ist daher die extreme Instabilität. Das Zusammenwirken dieser Forderungen und Bewegungen mit der radikalen Kritik an der Gesellschaft (des real existierenden Kapitalismus) und an dem globalisierten neoliberalen Management muss konkret diskutiert werden. Denn manche dieser Bewegungen stehen – aktuell oder potentiell – mit in bewusster Gegnerschaft zum Gesellschaftsprojekt der dominanten Mächte; andere dagegen interessieren sich nicht dafür, kämpfen nicht dagegen. Die dominanten Mächte wissen um diesen Unterschied, und sie benutzen ihn. Manipulierung und offene oder verdeckte Unterstützung der einen, entschlossene Bekämpfung der anderen sind die Regel in diesem neuen chaotischen und aufgeregten politischen Leben.

Es gibt eine politische Globalstrategie des weltweiten Managements. Sie zielt auf maximale Zersplitterung der potentiell antisystemischen Kräfte durch Nachhilfe beim Zerfall der staatlichen Organisationsformen der Gesellschaft. Möglichst viele Slowenien, Tschetschenien, Kosovos und Kuwaits! Identitätsansprüche werden hier begrüßt, ausgenutzt, auch manipuliert.

2. Die Frage der ethnischen, religiösen oder anderen »kommunitären« Identität ist deswegen eine Zentralfrage unserer Zeit.¹⁵ Das demokratische Grundprinzip, das reale Achtung der nationalen, ethnischen, religiösen, kulturellen, ideologischen Vielfalt verlangt, darf nicht angetastet werden. Diese Vielfalt will wahrhaft demokratisch verwaltet sein, sonst bietet sie unvermeidlich Handhaben für den Gegner. Auf dieser Ebene aber haben die historischen Linken häufig versagt, freilich nicht alle und auch weit weniger, als ihnen heute oft nach-

¹⁵ S. Amin, *L'ethnie à l'assault des nations*, Paris, L'Harmattan 1994. Vgl. im vorliegenden Band Anhang 6, »Der politische Islam«.

gesagt wird. Ein Beispiel unter vielen: Titos Jugoslawien war nahezu ein Musterbild real gleichberechtigten Zusammenlebens der Nationalitäten, Rumänien jedoch gewiss nicht! In der Dritten Welt der Bandung-Ära vermochten die nationalen Befreiungsbewegungen vielfach, unterschiedliche Ethnien und Religionsgemeinden gegen den imperialistischen Feind zu einigen. In den afrikanischen Staaten waren die herrschenden Klassen der ersten Generation oft wirklich »transethnisch«. Doch nur wenige Machtinhaber verstanden es, diese Vielfalt demokratisch zu lenken und die Errungenschaften, soweit vorhanden, zu bewahren. Ihre geringe Neigung zur Demokratie ergab hierin ebenso bedauerliche Ergebnisse wie ihr Umgang mit den anderen Problemen ihrer Gesellschaften. Als die Krise eintrat und die herrschenden Klassen ihr nicht zu begegnen wussten, spielten sie, in die Enge getrieben, oft eine entscheidende Rolle bei der Zuflucht zu »kommunitären« Einengungen, mit denen sie ihre »Kontrolle« der Massen weiter sichern wollten. Allerdings wird auch in zahlreichen echt bürgerlichen Demokratien die Unterschiedlichkeit der Gemeinschaften längst nicht immer korrekt verwaltet. Nordirland ist das deutlichste Beispiel.

Der Kulturalismus gedeiht in dem Maß, wie es an demokratischer Verwaltung der Vielfalt mangelt. Unter Kulturalismus verstehe ich die Behauptung, die betreffenden Unterschiede seien »vordringlich«, sie müssten »Vorrang« genießen (z.B. vor Klassenunterschieden). Mitunter werden sie auch als »transhistorisch«, d.h. auf geschichtliche Invarianten gegründet betrachtet. Das geschieht oft bei religiösen Kulturalismen, die dann leicht in Obskurantismus und Fanatismus abgleiten.

Das vollendete Beispiel der falschen (reaktionären) Antwort auf ein reales Problem (die Ungleichheit) bietet die angelsächsische Ideologie des Kommunitarismus. Selbst gut gemeinte, aber naive Werbung für Sonderformen »kommunitärer Entwicklung«, die der demokratische Wille von Gemeinschaften (etwa der Einwanderer aus der Karibik in den Londoner Vorstädten, der arabisch-stämmigen »Beurs« in Frankreich, der Schwarzen in den USA usw.) hervorgebracht habe, blockiert letztlich die Individuen in diesen Gemeinden und die Gemeinden selbst in den Grenzen der hierarchischen Zwänge, die das System ihnen auferlegt. Das ist nichts weniger als uneingestandene Apartheid.

Die Argumente für diese »kommunitäre Entwicklung« geben sich pragmatisch (»etwas tun für diese Gemeinden von Benachteiligten und Geschöpften«) und demokratisch (»diese Gemeinden brauchen Selbstbestätigung«). Tatsächlich waren und sind viele universalistische Diskurse bloße Rhetorik, ohne Hinweis auf wirksame Aktionsstrategien für eine andere Welt, die offensichtlich verlangen, die konkreten Kampfformen gegen die Unterdrückung dieser oder jener Gruppe ins Auge zu fassen. Aber diese Unterdrückung kann nicht beseitigt werden, wenn man ihr einen Status verleiht, der den Rahmen für ihre – womöglich abgemilderte – Reproduktion abgibt.

Dass Mitglieder einer Gemeinschaft zu dieser halten, mag, abstrakt genommen, noch so achtenswert sein; dennoch resultiert es aus der Krise der Demokratie. Weil deren Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit und Legitimität untergraben sind, flüchten sich die Menschen in die Illusion partikulärer Identitäten, von denen sie Schutz erhoffen. Dann ist der Kulturalismus an der Tagesordnung, d.h. die Behauptung, dass jede dieser religiösen, ethnischen, auf das Geschlecht bezogenen oder anderen Gemeinschaften ihre irreduziblen, also nicht universalen Eigenwerte besitze. Das ist keine Ergänzung der Demokratie, kein Mittel, sie konkret umzusetzen, sondern ihre Antinomie.

Damit man sich durch den Dschungel der Identitätsansprüche hindurchfindet, empfehle ich ein meines Erachtens wesentliches Kriterium: Fortschrittlich sind diejenigen Ansprüche, die mit dem Kampf gegen soziale Ausbeutung und für stärkere Entfaltung der Demokratie unter sämtlichen Aspekten zusammengehen. Dagegen sind alle Ansprüche, die »ohne soziales Programm« (das unwichtig sein soll), »ohne Einwände gegen die Globalisierung« (die auch unwichtig sein soll) und gar in Gegnerschaft zur Demokratie (die »westlich« wäre) vorgebracht werden, rundweg reaktionär; sie bedienen perfekt die Ziele des dominanten Kapitals. Letzteres weiß das, es unterstützt diese Ansprüche, selbst wenn die Medien barbarische Elemente derselben ausnutzen, um die Völker zu denunzieren, die darunter zu leiden haben! Solche Bewegungen werden ausgenutzt, ja manipuliert.

Die Tatsachen zeigen, dass die unter solchen Bedingungen erlangte Befriedigung so genannter ethnischer Ansprüche nicht die Demokratie und den sozialen Fortschritt fördert. Im Gegenteil ist zu sehen, wie sich in Ex-Jugoslawien und in der Ex-UdSSR auf dieser Basis eine neue autokratische und reaktionäre Herrscherklasse herausbildet, alle politischen und ökonomischen Machtpositionen zu ihrem eigenen Nutzen beschlagnahmt und noch dazu meint, dieses Monopol damit rechtfertigen zu können, dass sie den Schutz »der Ethnie« gewährleiste. Der politische Islam erfüllt andernorts analoge reaktionäre Funktionen, die der Vorherrschaft des transnationalen Kapitals dienen.

3. Zur Offensive übergegangen, hat sich das Kapital des dominanten kollektiven Imperialismus vom Prinzip der nationalen Souveränität losgesagt und sein militärisches Instrument, die NATO, an die Stelle der einzigen Repräsentativinstanz der Nationen des Planeten, der UNO, gesetzt.

Demokratie und Rechte der Völker, worauf sich die G 8-Mächte berufen, um ihre Interventionen zu rechtfertigen, sind für sie kaum mehr als politische Mittel für den Umgang mit der Krise der heutigen Welt, ergänzend zu den ökonomischen Mitteln dieses neoliberalen Managements. Nichts weiter steckt hinter dem Diskurs der »guten Regierungsführung«. Er wird außerdem, weil vollständig der zur Realisierung der Strategie der USA bzw. der Triade gehörenden

Prioritätensetzung folgend, zynisch instrumentalisiert, unter systematischem Gebrauch des doppelten Maßstabs.

Außerdem wird in den Medien nicht nur methodische Meinungsmache betrieben, um Völker vor gleich unannehmbare Sofortentscheidungen zu stellen: die Unterdrückung akzeptieren, untergehen, oder sich unter die Schirmherrschaft der imperialistischen Mächte begeben? Dazu kommt auch das systematische Totschweigen der Politiken, die zu den Dramen geführt haben.

Das Prinzip der Achtung der nationalen Souveränität muss Eckpfeiler des Völkerrechts bleiben. Die UNO-Charta hat es gerade deswegen proklamiert, weil die faschistischen Mächte es missachtet hatten. 1935 hatte der äthiopische Kaiser Haile Selassie in seiner ergreifenden Rede vor dem Völkerbund eindeutig zu verstehen gegeben, dass die Verletzung dieses Prinzips und deren feige Hinnahme durch die damaligen Demokratien die Todesstunde jener Organisation einläuteten. Dass dieses fundamentale Prinzip heute von den Demokratien selbst erneut derart brutal verletzt wird, ist kein mildernder, sondern im Gegenteil ein erschwerender Umstand. Er macht womöglich bereits den Anfang zu einem ebenso ruhmlosen Ende der UNO, die als Registratur für anderswo getroffene und von anderen ausgeführte Entschlüsse behandelt wird. Die förmliche Annahme des Prinzips der nationalen Souveränität wurde 1945 logisch mit dem Verbot des Rückgriffs zum Krieg verbunden. Staaten sind ermächtigt, sich gegen jeden zu verteidigen, der ihre Souveränität durch Aggression verletzt, aber sie sind von vornherein verurteilt, wenn sie die Aggressoren sind.

Zweifellos hatte die Charta der Vereinten Nationen eine absolute Interpretation des Souveränitätsprinzips gegeben. Heute akzeptiert die demokratische Öffentlichkeit nicht mehr, dass dieses Prinzip den Regierungen freie Hand für den beliebigen Umgang mit den ihrer Jurisdiktion unterstehenden Menschen geben soll. Das ist gewiss ein Fortschritt des allgemeinen Bewusstseins. Wie soll man diese beiden Prinzipien, die in Konflikt geraten können, die Souveränität der Staaten und die Menschenrechte, miteinander aussöhnen? Sicherlich nicht durch Aushebeln einer der beiden Seiten. Denn der Weg, den die USA und ihre subalternen europäischen Verbündeten gewählt haben, ist nicht nur gewiss der falsche; er verdeckt auch die wahren Ziele der Operation, die nichts zu tun haben mit der Achtung der Menschenrechte, sosehr auch die Medien trommeln, um das Gegenteil weiszumachen.

Die UNO muss die Werkstatt des Völkerrechts sein. Keine andere Stelle ist achtenswert. Dass dies Reformen der Organisation verlangt, dass man über Wege und Mittel (einschließlich institutioneller Neuerungen) nachdenkt, die eine Repräsentanz der realen sozialen Kräfte Seite an Seite mit den Regierungen (die sie bestenfalls sehr unvollkommen repräsentieren) ermöglichen, dass man darauf abzielt, die Regeln des Völkerrechts (die Achtung der Souveränität), jene der Rechte der Individuen und der Völker sowie jene der in der liberalen

Vulgata übergangenen ökonomischen und sozialen Rechte, die mit Notwendigkeit die Regulierung der Märkte erfordern, zu einer in sich stimmigen Gesamtheit zusammenzufassen – das alles sind Punkte für eine Agenda voller gewichtiger Fragen, für die ich hier keine Antwortversuche liefern möchte, weil sie unvermeidlich verkürzt ausfallen müssten. Es handelt sich zweifellos um einen langwierigen Prozess. Aber es gibt keinen kurzen Weg. Die Geschichte der Menschheit ist nicht zu Ende, sie wird weiter nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten voranschreiten.

Das Projekt, das der kollektive Imperialismus der Triade und der US-amerikanische Hegemonismus eifrig der ganzen Welt aufzudrängen versuchen, begnügt sich nicht damit, das Prinzip der Souveränität der Völker zu verwerfen und die Erfordernisse der Institutionalisierung einer harmonischen Koexistenz dieses Prinzips mit den demokratischen politischen und sozialen Rechten der Individuen und Kollektivitäten zu ignorieren. Es will auch vorrangig ein »internationales Geschäftsrecht« (*international business law*) aufstellen, dem sich alle nationalen Rechte sämtlicher Bereiche gefälligst zu unterwerfen haben. Die von geheimnisvollen »Studiengruppen« in der WTO und der OECD zusammengebrauten Vorhaben wie der Entwurf des Multilateralen Abkommens über Investitionen (MAI) wurden und werden in diesem Geist erdacht. Es geht um nichts Geringeres, als allen Völkern die Grundregeln des ökonomischen »Liberalismus« aufzuzwingen und ihnen das Recht zu nehmen, eine andere Organisationsform ihres gesellschaftlichen Lebens zu wählen. Wie bereits gesagt, ist die WTO eine Organisation zu dem Zweck, alle Seiten der Produktion innerhalb der Staaten zu reorganisieren, alle Seiten ihres sozialen und politischen Lebens den Erfordernissen des Eindringens des dominanten transnationalen Kapitals zu unterwerfen und jedem Staat das Recht zu nehmen, dessen Aktivitäten zu regulieren. Die WTO verdient deswegen den Titel eines »Kolonialministeriums« des kollektiven Imperialismus.

Dieses Projekt steht in diametralem Gegensatz zu dem, was die Völker der modernen Welt brauchen: ein neues, höheres Recht, das jeder und jedem auf diesem Planeten würdige Behandlung als Voraussetzung ihrer aktiven und findigen Beteiligung an der Gestaltung der Zukunft garantiert. Ein volles, mehrdimensionales Recht, das sowohl die Rechte der Person (von Männern und Frauen als vollständig gleichberechtigten Menschen) als auch die politischen Rechte, die sozialen Rechte (Arbeit und Sicherheit), die Rechte der Gemeinschaften und Völker sowie schließlich die Rechtsregeln der zwischenstaatlichen Beziehungen umfasst. Das ist gewiss eine Agenda für Jahrzehnte voller Reflexionen, Debatten, Aktionen und Entscheidungen.

Was schließlich Sicherheit und Abrüstung anbetrifft, so ist der von den Medien wiedergekäute dominante Diskurs mit seiner Ausrichtung auf die Gefahren der »Proliferation« von nuklearen und anderen Waffen wahrhaft fehl am

Platze, seit die Militärmacht USA für terroristische Bombardements optiert und bekannt gemacht hat, dass sie nicht zögern wird, Kernwaffen einzusetzen, wenn sie es für notwendig hält. Auf diese ernste Bedrohung können die anderen Länder der Welt nur mit dem Entschluss reagieren, Streitkräfte aufzubauen, die abschreckend gegen die imperialistische Aggression wirken können, weil sie sie kostspielig machen würden. Frieden gibt es nur zu diesem Preis.

4. Aus allen hier genannten Gründen beinhaltet die heutige Zeit keine Fortschritte der Demokratie, sondern die Gefahr ihres Niedergangs. Die Betonung »kultureller Kollektividentitäten« religiöser oder ethnischer Art, statt die Pluralität der Interessen und ihrer Äußerungen anzuerkennen, die Missachtung der nationalen Souveränität, der Versuch, alle Seiten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens aller Völker einem – obendrein neoliberalen – Geschäftsrecht zu unterwerfen, sind kein günstiger Boden für das Voranschreiten der Demokratie.

Wurde das Verhältnis von Markt und Demokratie bereits als nicht komplettär, sondern konfliktartig charakterisiert, so sage ich jetzt, dass dieses widersprüchliche Verhältnis heutzutage mit aller Macht, die ihm die Diktatur des dominanten Kapitals verleiht, in seiner verheerenden Dimension auftritt.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern hat die »Demokratie niedriger Intensität«, wo die willige Unterordnung unter die »Gesetze des Marktes« dem demokratischen Erneuerungspotential der Bürgerschaftlichkeit jeden Inhalt nimmt, während der letzten beiden Jahrzehnte erschreckend rasch um sich gegriffen. Europa droht heute, besonders nach Washingtons Akquisition von Koalitionären, die Gefahr einer Besorgnis erregenden Ausrichtung auf das miserable Modell der USA.

In Asien und Afrika werden Reden von Demokratie, Rechten der Völker usw. absolut unglaublich, sobald sich herausstellt, dass sie »aus dem Westen« stammen. Leider wollen die Demokraten Europas das nicht einsehen. Niemand – und ich übertreibe nicht, wenn ich dieses Wort verwende – sieht in den einschlägigen Reden westlicher Machthaber und Medien etwas anderes als verlogene Manöver, die offenkundige imperialistische Ziele verdecken sollen. Wenn einige furchtsame Diplomaten und von westlichen Finanzhilfen abhängige NGO's das lieber nicht laut sagen, ändert das nicht viel an der Wirklichkeit. Womöglich gerät auch eine partikuläre Gemeinschaft in eine Lage, worin sie eine westliche Intervention – wie auch immer begründet – als einzige Rettung wahrnimmt. Das betrifft jedoch nur begrenzte Gruppen, die – vielleicht wider Willen oder unwissentlich – von den herrschenden Mächten des Weltsystems instrumentalisiert werden. Das sind unerfreuliche Ergebnisse, weil sie die Entwicklung einer internationalen Kampffront für die Demokratie ernstlich behindern. Dabei streben die Völker Asiens und Afrikas nicht nur nach materieller Besserstellung, sondern auch, wenngleich unterschiedlich stark, nach Demo-

kratisierung ihrer Gesellschaften. Für die Feinde des Fortschritts und der Demokratie sind Heuchelei und Verlogenheit der NATO-Länder die wirksamsten Verbündeten. Dass die europäischen Linken mehrheitlich auf Washington, seine Interventionsstrategie und die dazu angewandten Terrormittel eingeschwenkt sind, bildet heute ein weiteres Hindernis für jede universalistische Sache. So erscheinen Blair und Schröder nicht nur als die gefährlichsten Totengräber der Traditionen, die der europäischen Linken zur Ehre gereichten, sondern auch, trotz zeitweiligen begrenzten Aufbegehrens, als servile Mitvollstrecker des US-amerikanischen Projekts. Als sie mit Clinton vom »Dritten Weg« zu reden begannen, durfte man sich nicht täuschen lassen.

5. Die »Terrorismus«-Frage gehört zur hier analysierten Krise der Demokratie.

»Terrorismus« ist bekanntlich so schwer zu definieren, dass der Ausdruck die verschiedensten Interpretationen und Manipulationen zulässt. Er gestattet unter anderem, bestimmte legitime Kämpfe unter diese Rubrik einzuordnen, so auch den mit sehr ungleichen Waffen geführten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen den israelischen Okkupanten. Er gestattet ferner, stillschweigend über die Gewaltakte der imperialistischen Staaten wie vor allem der USA hinwegzugehen, erlauben sich diese doch, missliebige politische Persönlichkeiten zu ermorden oder ermorden zu lassen (sind die Morde an Salvador Allende und so vielen anderen vergessen?), Bomben auch auf die Zivilbevölkerung abzuwerfen, um ganze Völker zu terrorisieren (denen man angeblich zu Hilfe eilt, nachdem dieselben Imperialisten ihnen Regimes wie jenes der Taliban aufgezwungen haben, unter denen diese Völker zuallererst zu leiden hatten) usw. Unter diesen Bedingungen ist es vollkommen zulässig, solche Operationen als Staatsterrorismus zu qualifizieren.

Die Anschläge vom 11. September 2001 gestatteten, die Manipulation so weit zu treiben, dass verängstigte Volksmassen ernste Beschneidungen der Demokratie akzeptieren. In den USA ist eine Neuauflage des McCarthyismus nicht unmöglich, denn die Gesellschaft dieses Landes empfindet anscheinend alle 50 Jahre das »Bedürfnis« nach einer Kur fundamentalistischer Besinnung auf das, was dort als Grundlage der »amerikanischen Werte« angesehen wird. George W. Bush steht leider nicht allein da, wenn er »Terroristen« und sämtliche Gegner irgendeines Teils des neoliberalen Projekts zusammenwirft. Hat sich nicht der italienische Premierminister, der sehr unerquickliche Signor Berlusconi, zum Echo gemacht, als er gegen alle europäischen Protestbewegungen »die Schraube anziehen« wollte?

Zu dieser Frage ist ein einziger Satz fällig: Wir brauchen keine »Weltfront gegen den Terrorismus«. Die Völker brauchen eine Weltfront für soziale und internationale Gerechtigkeit. Wenn es ihnen gelingt, sie aufzubauen, wird der Terrorismus von allein verschwinden.

VII. Grundlagen für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert

Stärken und Schwächen des liberalen Projekts des altersschwachen Kapitalismus

1. Kennzeichen der Nachkriegszeit (1945-1980) war die Hegemonie der Linken als Trägerin von Modellen sozial regulierter Akkumulation; die Rechte war damals zur Anpassung gezwungen. Die Aushöhlung und dann der Zusammenbruch der sozialen Verhältnisse, denen diese Modelle entsprachen, erlaubten den jähen Umschwung zur Hegemonie einer neuen Rechten, der Trägerin des Projekts des in der Triade dominanten transnationalisierten Kapitals.

Diese Hegemonie äußert sich in der sehr verbreiteten Zustimmung zu der Idee, die jetzige Strukturkrise mit ihren charakteristischen Ungleichgewichten und dem daraus zunächst resultierenden Chaos sei zu überwinden, ohne die Grundregeln der Organisation des ökonomischen und sozialen Lebens im Kapitalismus preisgeben zu müssen. Es werde also eine neue A-Phase weltweiter Expansion geben, die zwar weiterhin polarisierend sein werde wie die früheren, aber dennoch »akzeptabel« und »akzeptiert«, weil sie auf einen weithin, wenn auch ungleich, geteilten »Fortschritt« hinauslaufe.

Solch ein Ausgang ist in der Tat »auf dem Papier« vorstellbar. In den vorigen Kapiteln wollte ich seine Bedingungen kenntlich machen und die Zukunft, in die er führen würde, in groben Zügen darstellen. Zugleich habe ich ihn sehr bezweifelt. Die Altersschwäche dieses Systems, dessen Zeit weitgehend abgelaufen ist, lässt den »Neustart« eines von der technologischen Revolution, der dazu passenden »finanzgetriebenen« Akkumulationsweise und den von ihr bestimmten Formen der Globalisierung verjüngten Kapitalismus sehr unwahrscheinlich werden.

In der Tat haben die Strategien der neuen Rechten, weil ausschließlich von den Interessen des dominanten Kapitals definiert, den arbeitenden Klassen und den Völkern nichts zu bieten. Deren Interessen und Standpunkten wird nicht einmal Legitimität zuerkannt.

Susan George hat die »Rationalität« des Projekts der neuen Rechten meisterhaft bloßgestellt. Der »Lugano-Report«¹ zeigt, dass die Politik der G 8 und

¹ S. George, *Le rapport Lugano*, Paris, Fayard 2000, deutsch *Der Lugano-Report*, Reinbek, Rowohlt 2001.

ihrer Werkzeuge insgesamt auf Elend für Milliarden Menschen und den Tod als ihre einzige Perspektive hinausläuft. Die herrschenden Klassen des kollektiven Imperialismus wissen das durchaus. Hinter der Mächtetern-Theorie vom Kampf der Kulturen steckt eine Strategie, die darauf abzielt, die Probleme durch Massenvernichtung ganzer Teile der darunter leidenden Völker zu lösen.

Zweifellos stammen die Opfer des Systems nicht nur aus den Völkern der Peripherie. Da alle Gesellschaften des Planeten der Ausgrenzungslogik des Maximalprofits für das dominante Kapital unterworfen werden, erhalten auch die entwickelten Zentren ihren Anteil an Deklassierten, Erwerbslosen, prekär Beschäftigten, Verarmten, Ausgegrenzten. Die herrschenden Klassen der Zentren waren lange der Meinung, sie könnten sowohl das Revoltepotential der unmittelbaren Opfer ihrer Politik als auch die Gefahr ignorieren, dass die Volksmassen insgesamt und selbst bedeutende Teile der Mittelschichten systemkritisch werden. Die Reihe der fälschlich »globalisierungsfeindlich« genannten Kundgebungen von Seattle bis Genua usw. hat die Machthaber gezwungen, das Anschwellen dieses potentiell »antisystemischen« Blocks wahrzunehmen.

Indessen hat die Zahl der Opfer jenes Projekts in den Peripherien eine ganz andere Größenordnung. Hier handelt es sich bereits um Hunderte Millionen »Arme« in den verelendeten städtischen Ballungsgebieten und um Hunderte Millionen Bauern, die von der Liberalisierung der Landwirtschaft in Bälde dorthin getrieben werden. Der heutige Kapitalismus ist jedoch nicht mehr imstande, für eine weltweite Expansion tragfähige Ernährungsprogramme zu entwickeln; er muss seine Kräfte sämtlich darauf richten, die künstlich gesteigerte Konsumtion der Wohlhabenden aufrechtzuerhalten. Altersschwach geworden, hat der Kapitalismus der ungeheuren Mehrzahl der Bewohner dreier Kontinente, die selbst die große Mehrheit der gesamten Menschheit bilden, nichts mehr zu bieten. Der Kapitalismus verurteilt hier Milliarden Menschen dazu, ein Nichts zu sein. Das Revolte-Potential, das diese Opfer darstellen, ist riesengroß.

Freilich haben die Herren der Welt bislang auch gemeint, sie könnten die Gefahr einer »Verweigerungsfront des Südens« ignorieren. Nachdem sich die altbewährten Antworten seitens der nationalen Populismen erschöpft haben, traten bisher bestenfalls zersplitterte Bewegungen, in anderen Fällen kulturalistische Verirrungen mit ethnischem oder religiösem Anstrich an ihre Stelle, die die betroffenen Völker in tragische Sackgassen treiben. Aber auch dort gibt es Anzeichen dafür, dass ein Neuaufleben der Solidarität der afrikanischen und asiatischen Völker im Bestreben, wieder eine gemeinsame antiimperialistische Front zu bilden, möglich wird. Die politischen Herren des gegenwärtigen Imperialismus wissen, dass es für diesen fatal wäre, wenn ein neuer Internationalismus der Völker die arbeitenden Bevölkerungen des Nordens und die Völker des Südens in einer gemeinsamen Front verbündete.

Doch diese Front gibt es noch nicht. Die Zersplitterung der sozialen Bewegungen und Kämpfe, die unzureichende Politisierung – im Sinne einer kohärenten, wirksamen, den Herausforderungen entsprechenden gesellschaftlichen Gesamtvision –, die ideologische Verwirrung und die Irrwege einiger Erwidierungen auf die Aggressionen des Kapitals bilden zusammengenommen und kurzfristig die Stärken der jetzigen, dem dominanten Kapital dienstbaren Macht-haber.

2. Die neue Rechte, die sich seit der Proklamation der von Thatcher und Reagan von 1980 an bewerkstelligten »konservativen Revolution« formiert, hat jetzt in allen Gesellschaften der Triade Konsistenz angenommen. Die Speerspitze dieser »Internationale des Kapitals« bildet das US-amerikanische Establishment, insbesondere im Milieu der Republikaner. Ein Reigen fest in der US-Tradition stehender ultrareaktionärer Vereinigungen, von integristischen Verfechtern »amerikanischer Werte« wie Rassismus, Missachtung der Gleichheit usw. bis zu parareligiösen Sekten, verbreitet den Diskurs jener neuen Rechten in den Mittelschichten und den Volksmassen. Die europäischen Rechten haben ihre »Verjüngung« in Angriff genommen, indem sie denselben angeblich liberalen Diskurs und seine auf das Lob des deregulierten Marktes und der Komunitarismen gegründete Rhetorik übernahmen.

Die Stärke dieser neuen Rechten ist nicht zu unterschätzen. Sie beruht zum einen auf der hartnäckig vertretenen (falschen) Idee, es gebe keine Alternative zu ihrem Projekt, denn dieses füge sich dem unvermeidlichen Lauf der Geschichte, und es entspreche den objektiven Erfordernissen der technologischen Revolution (der Informatisierung), der damit einhergehenden Wandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse (der »Netzwerkgesellschaft«) und den notwendigen Modalitäten ihrer Wirtschaftssteuerung (Finanzialisierung und Globalisierung). Da sich die Mehrheitslinken diesen Standpunkten angeschlossen haben und ihnen rosige Zukunftsaussichten zugestehen, wird der Diskurs der Rechten um so glaubwürdiger. Obendrein vermeidet die neue Rechte die Redeweise des historischen Faschismus und der ihm nachtrauernden vulgären Populismen. Die neue Rechte ist nicht die zeitweilig so genannte »Neue Rechte«, sie gleicht nicht Le Pen und nicht einmal Haider, Berlusconi oder ihren dänischen und anderen Nacheiferern. Das sind eher genierliche Verbündete. Die neue Rechte gibt sich demokratisch, allerdings mit einem vom US-Vorbild inspirierten Demokratiekonzept. Eine Unmenge ideologischer Produktionen bemüht sich darum, diese für die »liberale« Perspektive benötigte Vision zu popularisieren.

Nach der Zerschlagung des »kommunistischen« Gegners proklamiert die neue Rechte seit 1990 in Theorie und Praxis (mit dem Golfkrieg), dass die »zivilisierte« Welt nunmehr einen neuen Feind habe: den Süden. Das ist kein Zufall,

belegt diese Proklamation doch das klare Bewusstsein darüber, dass ihr Projekt den vier Fünfteln der Menschheit, die der Süden repräsentiert, nichts zu bieten hat. Der Diskurs vom »Kampf der Kulturen«, wiederum in den USA, im Herzen der zentralen Zwingburg des neuen imperialistischen Systems erdacht, antwortet genau auf die Erfordernisse der Entfaltung der Strategien der neuen Rechten. Sein Verfasser Samuel Huntington,² durchaus kein »unabhängiger Akademiker«, ist Bediensteter des Establishments. Nach diesem Diskurs wird die Zukunft weder vom Klassenkampf noch vom Konflikt der Nationen bestimmt, sondern ganz einfach vom Kampf der »Kulturen«. Nun entstammt diese Konfliktvorstellung ihrem Wesen nach einer kulturalistischen, also anti-universalistischen Konzeption. Unterstellt wird, dass die kenntlich gemachten kulturellen Wesenheiten jeweils eine kohärente und von den anderen unterschiedene Gesamtheit bilden. Umgangen werden damit sowohl die Wandlungen, die alle Gesellschaften des Planeten infolge ihrer Einbeziehung in die kapitalistische Globalisierung erfahren haben, als auch die in allen einzelnen Komponenten des modernen Weltsystems wirkenden Widersprüche und Interessenkonflikte. Die kenntlich gemachten Gesellschaften treten angeblich jeweils *en bloc*, durch ein je eigenes »Werte«system zusammengeschlossen, allen anderen entgegen. Das ist kein wissenschaftliches Herangehen an die Wirklichkeit, sondern ein ideologisches Instrument, das die Völker in kulturalistischen Mythen befangen machen und damit erreichen will, dass sie sich so verhalten wie in Washington gewünscht.

Die Vorteile dieses »Weltbildes« liegen auf der Hand. Nordamerikaner, Europäer und ihresgleichen (Israeli) bilden gemeinsam mit den Japanern (nach der Klassifikation des verflorenen südafrikanischen Apartheidregimes »Weiße ehrenhalber«) einen »Kulturkreis«, in dem die Völker »dieselben Werte« teilen (die »Demokratie«, wohlverstanden). Die »anderen« haben andere »Werte«, die definitionsgemäß nicht jene des »Westens« sind und sein können. Obendrein sind die »anderen« heterogen – Schwarze, Inder, Chinesen, Muslime – und untereinander latent oder offen so verfeindet, dass sie keine gemeinsame Front der »Habenichtse« bilden können. Also werde der Westen in dem vorgesehenen »Kampf der Kulturen« unbedingt siegen ...

Nun wird alles dafür getan, dass die Wirklichkeit dem gewählten strategischen Schema entsprechend funktioniert. Dazu wird den »Kulturalisten« der unter der Strategie von Pentagon und CIA leidenden Völker geschmeichelt. Die Grundsatzallianz zwischen der Washingtoner Diplomatie und – beispielsweise – dem reaktionären, ja fanatischen politischen Islam gehört zu diesem

² S. Huntington, *The clash of civilizations and the remaking of the world order*, New York, Simon & Schuster 1996, deutsch *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien, Europa Verlag 1996.

vorsätzlichen Plan. Und wenn dieser politische Islam auf Abwege gerät, d.h. die Vertragsbedingungen überschreitet, dann bestätigt diese Verirrung die These vom »Kampf der Kulturen«. Die Verirrung rechtfertigt dann die kollektive Aktion der »Zivilisierten«, die sich gegen Angriffe seitens jener Völker zu »verteidigen« hätten, die für die Abwege ihrer »Taliban« verantwortlich gemacht werden.

3. Das Projekt der neuen Rechten folgt zwangsläufig dem Hegemoniestreben der USA. Die neue Rechte muss »proamerikanisch« sein und ist es auch, denn die Herrschaft über die Peripherien des Systems erfordert vermehrt militärische Interventionen.

In diesem Rahmen haben sich die USA entschieden, ihren komparativen Vorteil – die Militärmacht – auszunutzen, um das Programm des kollektiven Imperialismus der Triade durchzusetzen und sich zugleich zu deren Führer zu machen. Der stärkste Trumpf der »*New Economy*« wie auch des neuen kollektiven Imperialismus ist die terroristische Feuerkraft der US-Luftwaffe.

Hat uns Präsident Bush nicht bereits »weitere Kriege« versprochen – nach dem Golfkrieg, den Jugoslawien-Kriegen, dem Mittelasiens- und dem Irak-Krieg? Kriege gegen wen? Weitere arabische Völker? Iran? Russland? China? Alles wird möglich. Natürlich verlangt ein »effizienter« Auftakt zur Realisierung solch eines Programms, dass der »Westen« weiter wie ein Block zusammenhält.

Gewiss ist die Mobilisierung von politischen und militärischen Mitteln zur Durchsetzung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung nichts Neues in der Geschichte, von der die »liberalen Ökonomen« prinzipiell nichts wissen wollen. Aber bisher wurden die Imperialismen und die Hegemoniebestrebungen im Plural dekliniert. Hitlerdeutschland und Hirohito-Japan stießen bei dem bislang letzten Versuch, ein »Neuordnungs«projekt mit Waffengewalt durchzusetzen, nicht nur auf den Widerstand der davon betroffenen Völker, sondern auch auf andere Imperialismen und Hegemonie-Anwärtler, und nach dem Zweiten Weltkrieg zwang die bloße Existenz der UdSSR die USA zu Zurückhaltung. Heute meint Washington, auf eigene Rechnung und jene des kollektiven Imperialismus der neuen Rechten handeln zu können, ohne irgendwem Rechenschaft ablegen zu müssen.

Man kennt die Argumente, die dafür herangezogen werden: die Verhaltensweisen von »Schurkenstaaten«, einer Kategorie, die, wie bereits erwähnt, Präsident Clinton erfunden hat. Freilich haben manche Regierungen diese Wertung reichlich verdient. Indessen wird der Vorwand nur gebraucht, wenn die Intervention im Interesse der neuen globalen Geostrategie liegt. Im Übrigen ist der »Cowboy«-Staat mit seinen terroristischen Methoden und seiner Geringschätzung der Völker zweifellos der Gipfel der »Schurkenstaaten«. Dennoch wird dieser Staat bei seinen Aggressionen nicht nur vom britischen Mitläufer-

tum, sondern auch von der gesamten in Europa machthabenden neuen Rechten mehr oder minder bedingungslos unterstützt. Außerdem kommen zahlreiche Intellektuelle dem Cowboy zu Hilfe, schreien jede Verurteilung seiner Arroganz als »abgedroschenen Nationalismus« nieder und schlagen sich so ins Lager der Internationale des Kapitals und der neuen Rechten.

Der Appell an den blanken Rassismus wird hier als Hauptmittel gehandhabt, um den »Block« der imperialistischen Triade zu konsolidieren: »Wir«, die »Zivilisierten«, sind bedroht von den »Barbaren« (das sind potentiell alle Völker Asiens und Afrikas, sogar die Russen). In diesem Sinn erinnert das Thema des »Kampfes der Kulturen« an Hitlers *Mein Kampf*. Denn es handelt sich in beiden Fällen um eine zwar triviale, aber strikt identische Logik: Die höheren Völker (gestern die Nazis, heute die »Kaukasier«, d.h. die Nordamerikaner und Europäer) sind verpflichtet, die Wilden ihrer Diktatur zu unterwerfen; die höheren Völker können nur dann auf den weiteren Genuss ihrer »Lebensweisen« hoffen, wenn sie den anderen jede Hoffnung auf Teilhabe an deren schönen Seiten nehmen. Es ist die simple Logik eines fundamentalen Rassismus, und sie wird zudem mit all der Vulgarität geäußert, die der Redeweise eines Bush oder eines Berlusconi eigen ist. Doch *Mein Kampf* war ebenfalls ein trivialer und vulgärer Text. Darin lag zum Teil seine Stärke.

Wird der unmittelbare Appell an den Rassismus den westlichen Block fest genug zusammenhalten?

Die politischen Führer des Systems sind selbst durchaus nicht davon überzeugt. Deshalb versuchen sie gleichzeitig, die sozialen und politischen Bewegungen im Herzen des »zivilisierten« Westens zu knebeln. Den Vorwand lieferte der »Kampf gegen den Terrorismus«, der in den USA eine Neuauflage des McCarthyismus eingeleitet hat. Das Zusammenwerfen wird demnach, wie gehabt, zur Methode, die dem Abbau der Demokratie einen Anschein von Legitimität geben soll, und zwar als »notwendiges Übel«. Denn die »Globalisierungsgegner« von Seattle bis Genua usw. seien, so wie die Agenten Osama bin Laddens, nur »Terroristen«.

Deshalb erfordert die Strategie des Aufbaus einer internationalen Front der Völker gegen das kriminelle Projekt des altersschwachen Kapitalismus und des US-amerikanischen Hegemonismus jetzt, den Kampf systematisch zugleich »gegen den ökonomischen Liberalismus« und »gegen den Krieg« zu richten. Denn die so genannte liberale Globalisierung und die Militarisierung dieser Form der Globalisierung sind nunmehr untrennbar verbunden. Man kann nicht »hier« (insbesondere in den Zentren des Systems) gegen irgendeine Seite des ökonomischen Liberalismus kämpfen und »dort« über militärische Interventionen in den Peripherien hinwegsehen, weil dort Eigenlogiken herrschten, die mit den von der Entfaltung der liberalen Ökonomie aufgeworfenen Fragen nichts zu tun hätten.

4. Aber die Militarisierung der Globalisierung ist keine reine Demonstration der Stärke der neuen Rechten. Sie kann zur Achillesferse des altersschwachen Kapitalismus werden. Denn die Strategie des kollektiven Imperialismus und des US-Hegemonismus, der die Führung der Operationen sichert, kann nur dann weitere Punkte sammeln, wenn die sukzessiven militärischen Interventionen der NATO oder zeitweiliger Koalitionen »von (leichtem) Sieg zu (leichtem) Sieg eilen« und wenn der Block USA–Europa–Japan nicht nur erhalten, sondern gefestigt wird.

Ich glaube nicht, dass die angekündigten Kriege so leicht werden, wie man uns weismachen möchte. Ich glaube nicht, dass die amerikanischen Streitkräfte unbesiegbar sind. Dies schon deswegen, weil die Militärmacht der USA trotz der raffinierten Mittel, die sie einsetzt, stark von der nordamerikanischen Öffentlichkeit behindert wird, die nur Kriege »ohne Risiko« akzeptiert (null Tote auf amerikanischer Seite, anders natürlich auf der anderen Seite). Das erfordert, dass Hilfstruppen, die für ihren Teil die normalen Risiken jeder Intervention auf sich nehmen, von untergeordneten Verbündeten gestellt werden.

Die Finanzierung der Kriege und Interventionen, die sich in absehbarer Zukunft mehren sollen, wird ebenfalls problematisch. Freilich ist die gängige populäre Meinung, dass der Krieg das Geschäft der Waffenhändler belebt, etwas zu einfach und einseitig. Das ändert nichts daran, dass eine ernsthafte Senkung der US-amerikanischen Militärausgaben das Land in eine mindestens ebenso furchtbare Krise stürzen würde wie in den 1930er Jahren. Mit Paul Sweezy und Harry Magdoff analysiere ich den Kapitalismus als Gesellschaftsform, die ständig zu Überproduktion tendiert, sodass die »Krise« ihr Normalzustand, die Prosperität dagegen die Ausnahme ist, die mit besonderen Gründen erklärt werden muss. In dieser Analyse heben wir hervor, dass die USA aus der Krise der 1930er Jahre nur durch ihre Hochrüstung während des Zweiten Weltkrieges und danach herausgekommen sind. Heute ist ihre Wirtschaft monströs deformiert: Fast ein Drittel ihrer Wirtschaftstätigkeit ist direkt und indirekt vom Militärkomplex abhängig, ein Anteil, den sonst nur die UdSSR zu Breshnews Zeiten erreicht hat. Der »Militärkeynesianismus« ist heute der notwendige Ersatz für den Sozialkeynesianismus, den das dominante Kapital zurückweist. Außerdem macht sich der Hegemonismus gerade wegen des Privilegs bezahlt, das der Dollar als internationale Leitwährung sichert. Wenn Washington eine Einschränkung seiner Rolle in der Weltarena, ja eine Lastenteilung mit Europa und Japan im Sinn des famosen *burden sharing* akzeptieren würde, dann würde das eine Reform des internationalen Währungssystems, den Verlust des Dollar-Privilegs, nach sich ziehen und somit, statt »Einsparungen« zu ermöglichen, den zu seinen Gunsten wirkenden Kapitalzustrom versiegen lassen.

Ich unterstelle nicht, dass die Frage, wie die Militarisierung der Globalisierung finanziert werden soll, zum Hauptstreitpunkt zwischen Amerikanern und

Europäern werden wird. Ich lege nur nahe, dass dies zusätzlich zu einem heilsamen Schrecken der europäischen Völker beitragen könnte. Die tieferen Gründe dieses möglichen und wünschenswerten Aufbegehrens wären jedoch anderswo zu suchen: in der europäischen politischen Tradition, wo die Demokratie (noch) nicht so zum Wahlspektakel verkümmert ist wie jenseits des Atlantik.

Schließlich haben die Anschläge des 11. September 2001 offenbart, dass die USA selbst verwundbar sind und dass ihr eigenes Territorium nicht mehr unantastbar ist. Wird der Schock, das jähe Erwachen die amerikanische Öffentlichkeit wachsamer und misstrauischer gegenüber der Arroganz ihrer herrschenden Klassen stimmen? Oder wird sie sich geschlossen hinter sie stellen und die Logik eines neuen McCarthyismus akzeptieren?

Am wahrscheinlichsten scheint mir vorerst, dass sich das System ganz einfach weiter in die Sackgasse hineinreitet, die den jetzigen Augenblick kennzeichnet: die Bekräftigung einer arroganten US-amerikanischen Hegemonie durch vermehrte gewaltsame Interventionen, in der Hoffnung auf das geschlossene Mitziehen des Partnerblocks des neuen kollektiven Imperialismus und im Bestreben, die Regierungen der Dritten Welt zum Einschwenken zu nötigen.

Die Zwangslage nimmt heute nahezu groteske Formen an. Die US-Gesellschaft ist für ihr »Überleben« – in den Formen, die sie sich gegeben hat und die sie um jeden Preis verewigen möchte – davon abhängig, dass die anderen ihre Verschwendung mitfinanzieren; aber sie redet, als ob sie die Welt zu befehligen habe! Die Weltkonjunktur wurde davon abhängig gemacht, dass die amerikanische Verschwendung weitergeht. Gibt es in den USA eine Rezession, geraten Europa und Asien mit ihren Exporten – die zum Teil den Charakter einseitiger Tribute an das neue Rom besitzen – in Schwierigkeiten. Weil sie sich entschieden haben, ihre Entwicklung auf diese unsinnigen Exporte zu gründen, statt auf die Stärkung ihrer eigenen Produktions- und Konsumtionssysteme (also auf eine autozentrierte Entwicklung), stecken Europäer und Asiaten in der Falle. Denn ein einziges Land, die USA, nimmt sich das Recht, souverän zu sein und die Prinzipien einer aggressiv, zur Eroberung, nach außen geöffneten autozentrierten Entwicklung umzusetzen. Alle anderen haben im Rahmen einer extravertierten Entwicklung zu verbleiben, d.h. Anhängsel der USA zu werden. Das ist die Vision des »amerikanischen 21. Jahrhunderts«. Ich denke nicht, dass diese absurde Situation unbegrenzt fort dauern kann.

Denn solange ihr das gelingt, löst diese politisch-strategische Option der dominanten Macht kein einziges Problem, im Gegenteil: Berufen, die Europäer zum Verzicht auf ihr eigenes Projekt zu zwingen, die gesamte Menschheit den Regeln einer zum System erhobenen weltweiten Apartheid zu unterwerfen, die nationalen und internationalen demokratischen und sozialen Rechte Tag für Tag zu verhöhnen, wird diese Strategie nur wachsende, sich bis zum Hass steigende Opposition gegen den »amerikanischen Patron« hervorrufen.

Die herrschende Klasse der USA weiß, dass die Wirtschaft ihres Landes verwundbar ist, dass sein Gesamtverbrauch seine Mittel bei weitem übersteigt und dass sie die übrige Welt nur mit einem einzigen Instrument zwingen kann, sein Defizit auszugleichen: durch Entfaltung seiner Militärmacht. Sie hat keine andere Wahl. Sie mobilisiert ihr Volk, in erster Linie die Mittelschichten, indem sie ihre Absicht verkündet, »die amerikanische Lebensweise um jeden Preis zu verteidigen«. Dieser Preis kann die Ausrottung beträchtlicher Teile der Menschheit einschließen. Das hat ihr überhaupt nichts zu bedeuten. Diese herrschende Klasse glaubt, sie könne die Gesamtheit ihrer Partner in Europa und Japan in ihr blutiges Abenteuer hineinziehen und sogar erreichen, dass sie ihr die Dienstleistung für die »Gemeinschaft der Wohlhabenden« bereitwillig durch die Deckung des amerikanischen Defizits vergüten. Wie lange noch?

5. Die Apparate der G 8 bemühen sich, die »neue Ära des Kapitalismus« und ihre Weltordnung sowohl als unvermeidlich wie als letztendlich positiv hinzustellen. Die unterwegs anfallenden Beschädigungen seien nur vorübergehende Kollateralschäden.

Zum Glück fehlt es nicht an scharfsinnigen Analysen, die verdeutlichen, dass die Ausgrenzungslogik des altersschwachen Kapitalismus, für den die Menschheit zum größten Teil überflüssig und hinderlich geworden ist, zur Explosion des für die zivile und soziale Demokratie verheerenden hemmungslosen Individualismus sowie zum Aufstacheln »kommunitärer« Pseudo-Identitäten und zum Genozid führt. Außerdem hat die Wirtschaftslenkung in diesem System nichts gemein mit der Rede der liberalen Ökonomen von der Wirksamkeit des Wettbewerbs und des Marktes, weil sie ganz im Gegenteil auf dem absoluten Schutz der Monopolrenten beruht. Es handelt sich also nicht um eine neue Expansionsphase des Kapitalismus, sondern um die barbarische »Lösung« seiner Widersprüche. Der Liberalismus erscheint damit als das, was er ist: das Viagra des altersschwachen Kapitalismus.

Der Optimismus der Vernunft ermöglicht, im Gegenzug die Bedingungen für den Aufbau einer neuen Linken, die der Herausforderung gewachsen und fähig ist, die machthabende Rechte zu schlagen, kenntlich zu machen. Dieser Aufbau verläuft über die Schaffung einer internationalen Front der beherrschten Klassen und der Völker des Nordens und des Südens. Aber diese Front gibt es noch nicht. Wie oben gesagt, erwächst die Stärke der gegenwärtigen Machthaber vorerst aus der Zersplitterung der sozialen Bewegungen und Kämpfe, ihrer ungenügenden Politisierung, der ideologischen Konfusion und gewissen abwegigen Reaktionen auf die Aggressionen des Kapitals.

Eine der Herausforderung gewachsene neue Linke müsste sich meines Erachtens als erstes Etappenziel die Wiederherstellung einer multipolaren Welt setzen. Das ist die unumgängliche Voraussetzung dafür, den Fortschrittskräften

Handlungsspielräume zu öffnen, die ihnen vorzudringen erlauben – je nach Land und Zeit unterschiedlich weit, wie immer. Die Herstellung dieser Multipolarität setzt definitionsgemäß voraus, den Hegemonismus der USA zu demontieren, und dazu wiederum ein Minimum an Übereinstimmung unter allen gegen diesen gerichteten politischen und sozialen Kräften anzustreben.

Auf längere Sicht werden die aus den so errungenen Handlungsspielräumen resultierenden Vorstöße erlauben, die Überwindung der Ausgrenzungslogik des Kapitals durch Vertiefung der echten Formen ziviler und sozialer Demokratisierung ins Auge zu fassen. Dabei handelt es sich um den wirklichen Kulturkampf (und nicht den Kampf »der Kulturen«) unserer Epoche, den Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der im Interesse des menschlichen Fortschritts mehr denn je auf der Tagesordnung steht.

Für eine multipolare Welt

1. Die politische Ökonomie der Entwicklung, wie sie im 20. Jahrhundert und im engeren Sinn in seiner zweiten Hälfte konzipiert und umgesetzt wurde, entstammte, wie immer, mächtigen gegen die Logik der kapitalistischen Expansions rebellierenden sozialen Bewegungen. Sie erwuchs daher aus großen gesellschaftlichen Reformen (Nationalisierungen, Sozialprogrammen, Agrarreformen usw.), die ihre Entfaltung konditionierten.

Gewiss waren die angewandten Strategien so weit gespannt, dass es unsinnig wäre, sie alle in einem Einheitsmodell zusammenzuwerfen. Ein erheblicher Abstand trennt die Strategien systematischer Industrialisierung in den sozialistischen Ansätzen, die sich vermeintlich nach dem Marxismus richteten, von jenen der neokolonialen Länder, die nicht von der Spezialisierung auf Rohstoffe abgehen wollten und sogar hofften, diesen angeblichen komparativen Vorteil nutzen zu können, um bestenfalls einfach ihr Wachstum zu beschleunigen. Zwischen diesen beiden Extremen liegen zahlreiche Experimente der nationalpopulistischen Dritten Welt.

Jedenfalls kann zumindest für die Spitzengruppen ein großer gemeinsamer Nenner angegeben werden: der Wille zum Aufbau eines modernen, effizienten und autozentrierten Produktionssystems. Deshalb bekamen es diese Versuche auf wirtschaftlichem wie auf international-politischem Gebiet sämtlich mit der Dauerfeindschaft der dominanten Kräfte des Weltkapitalismus zu tun. Dieser unvermeidliche Konflikt zwingt meines Erachtens zu den Schlussfolgerungen, dass das Entwicklungskonzept ein kritisch zum real existierenden Kapitalismus stehendes Konzept ist, dass die Zielsetzung eines autozentrierten nationalen Aufbaus unumgänglich ist, und dass die Realisierung diesem Ziel dienender Strategien die Abkopplung erfordert. Dieser – vielleicht schlecht gewählte

– Terminus soll nicht die Autarkie bezeichnen, die unsinnig wäre, sondern als Kürzel für eine lange Umschreibung stehen, die ich wie folgt formuliert habe: die Unterordnung der Außenbeziehungen unter die Erfordernisse des inneren Aufbaus, nicht andersherum (einseitige Anpassung an die auf globaler Ebene wirkenden Tendenzen). Diese grundlegenden Erfordernisse bleiben unumgänglich für das 21. Jahrhundert, wenn auch der Rahmen ihrer notwendigen Umsetzung erhebliche Wandlungen erfahren hat.

Die heute dominierende Ideologie, die den Erfordernissen der einseitigen Diktatur des transnationalen Kapitals gut entspricht, verwirft jeden Gedanken an »*self reliance*«, »Abkopplung« oder »nationalen Aufbau« als »rückschrittlichen Protektionismus«, »Sehnsucht nach einer verflommenen Vergangenheit«, »abgedroschenes Zeug« usw.

Die Strategie der US-geführten Triade zielt darauf ab, eine unipolare Welt zu errichten und sie auf zwei einander ergänzende Prinzipien zu gründen: die einseitige Diktatur des dominanten Kapitals der Transnationalen und die Entfaltung eines Militärimperiums der USA, dem sich alle Nationen zu beugen hätten. In dieser Sicht ist kein einziges anderes Projekt zu dulden, nicht einmal das europäische Projekt der subalternen NATO-Verbündeten und schon gar kein Projekt, das in irgendeinem Maß selbständig sein möchte wie dasjenige Chinas; es muss zerschlagen werden, notfalls mit Gewalt.

Dieser Vision einer unipolaren Welt muss das Ziel einer multipolaren Globalisierung entgegengesetzt werden. Nur diese Strategie schafft einen Handlungsspielraum, der eine für die verschiedenen Weltregionen akzeptable soziale Entwicklung und damit auch eine Demokratisierung der Gesellschaften und die Reduzierung der Konfliktursachen gestattet. Die Hegemonialstrategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten ist heute der Hauptgegner des sozialen Fortschritts, der Demokratie und des Friedens. Dieses liberalistisch-militaristische, imperialistische Projekt ist eine reaktionäre Utopie, die riesigen Weltregionen nahezu jede Aussicht auf Entwicklung nehmen würde und deswegen darauf hinausliefe, den Kontrast von Zentren und Peripherien, der dem Kapitalismus von morgen ebenso innewohnt wie dem von gestern, weiter zu verschärfen.

Das Projekt einer humanistischen Erwiderung auf die Herausforderung der Globalisierung, die von der kapitalistischen Expansion eingeleitet wurde, ist nicht »utopisch«. Es ist im Gegenteil insofern das einzig realistische Projekt, als eine in dieser Richtung anlaufende Evolution rasch in allen Weltregionen so starke soziale Kräfte zusammenscharen müsste, dass seine Logik durchgesetzt werden kann.

Wenn es eine Utopie im banalen negativen Wortsinn gibt, dann ist das jene des Projekts einer auf die Regulierung durch den Markt reduzierten Steuerung des Systems. Denn wenn der nationale Zusammenhalt schwindet, tritt noch kein weltweiter Zusammenhalt ein; der bleibt unauffindbar.

Als notwendiger Rahmen für die Entfaltung von Alternativen, die gerade die Reduktion dieses Kontrasts erlauben, ist der Aufbau einer multipolaren Welt erforderlich. Unter den neuen Bedingungen der Entwicklung von Produktivkräften, die zugleich den Aspekt von Destruktivkräften besitzen – das ist die einzige Bedeutung, die man der objektiven Dimension der Vertiefung der Globalisierung geben kann –, verläuft der Aufbau einer multipolaren Welt über den Ausbau ihrer Regionen, und die neuen Kräfte der – weiterhin unumgänglichen – »Abkopplung« können nicht mehr nur auf nationaler Ebene bedacht und definiert werden, sondern sie müssen auf regionaler Ebene ergänzt und verstärkt werden.

2. Eine multipolare Welt ist demnach unter den heutigen Bedingungen zuallererst eine regionalisierte Welt.³ Den Rahmen dieses Aufbaus einer polyzentrisch strukturierten Welt bildet die ausgehandelte Interdependenz, die so organisiert ist, dass sie den Völkern und den beherrschten Klassen bessere Bedingungen für ihre Beteiligung an der Produktion und Zugang zu besseren Lebensbedingungen ermöglicht. Sie schließt sicherlich ein, über das Agieren im Rahmen von Nationalstaaten, besonders von solchen geringer oder mittlerer Größe, hinaus zu ökonomischen und politischen Regionalorganisationen überzugehen, die Kollektivverhandlungen zwischen diesen Regionen erlauben. Die Herausforderungen, denen diese Regionen und Länder zu begegnen haben, sind so unterschiedlich, dass nicht für alle dieselben Formeln vorgesehen werden können.

Die Europäische Union könnte diesen Weg einschlagen, obwohl sie mit der rein ökonomistischen Konzeption ihres Projekts (ein gemeinsamer Markt und nichts weiter) einen schlechten Start hatte und sich deswegen schwer tut, sich eine passende gemeinsame politische Gewalt zu geben. Solange der soziale Teil des Projekts, so wie jetzt, eine leere Hülse bleibt, wird der gemeinsame Markt unüberwindliche soziale – und nachfolgend nationale – Konflikte hervorrufen. Deswegen habe ich gesagt, dass Europa entweder links sein oder abtreten wird.

Könnte Osteuropa in dieses europäische System integriert werden? Vielleicht, aber unter der Voraussetzung, dass die Westeuropäer in den Osteuropäern nicht ihre »Lateinamerikaner« sehen. Um die ungleiche Entwicklung beider Europas zu überwinden, wäre dann eine eigene Unterorganisation für Osteuropa erforderlich, die mit den gesamteuropäischen Institutionen zusammenhängt, aber jeweils unterschiedliche Spielregeln für die Hälften des Kontinents zulässt. Es bedarf daher einer langen Transition, ehe die spätere Phase der gesamteuropäischen wirtschaftlichen und politischen Integration einsetzt. Russland und die übrigen Staaten der früheren UdSSR befinden sich in einer gleich-

³ S. Amin, *Les régionalisations*, Dakar, FTM 2002.

artigen Situation, wenngleich Russland wegen seiner Ausmaße potentiell eine Großmacht bleibt. Der Wiederaufbau einer Kooperation und Integration der Länder der früheren UdSSR ist eine notwendige Etappe, wenn die explosive Gefahr einer Zuspitzung ihrer ungleichen Entwicklung vermieden werden soll.

Die Probleme der Dritten Welt sind von Region zu Region verschieden. Denn erstens sind diese Länder und Regionen unterschiedlich tief in das entstehende globalisierte Produktionssystem einbezogen. Außer in Korea, Taiwan und Singapur, den vielleicht einzigen bedeutenden Ausnahmen (Hongkong ist in China integriert), sind in allen anderen halbindustrialisierten Ländern der Dritten Welt nur begrenzte Segmente des Produktionssystems in die neue globalisierte Wirtschaft integriert. Zweitens sind sie zugleich untereinander weniger oder, soweit es die Länder der »Vierten Welt« betrifft, praktisch überhaupt nicht integriert. Drittens sind sie ungleich entwickelt, und der Aufschwung der Nachkriegszeit hat diese Ungleichheit so verstärkt, dass sie nun die Gruppe der halbindustrialisierten Länder von denen der Vierten Welt trennt. Viertens werden sie aus allen diesen Gründen von regionalen Nord-Süd-Assoziationen angezogen, die ihrer kollektiven Selbständigkeit entgegenwirken.

3. Die Regionalisierung scheint mir das einzig vernünftige und wirksame Mittel zur Bekämpfung der polarisierenden Effekte der fünf Monopole der Triade zu sein. Von jedem dieser fünf Monopole ausgehend könnte man die Hauptrichtungen der hier nahegelegten Regionalisierungsprojekte definieren, also für sie Prioritäten setzen. Von da aus könnte man die wichtigen Fragen der Weltordnung aufgreifen, um Richtungen und Ziele großer Verhandlungen zur Schaffung einer den Völkern dienlichen kontrollierten Interdependenz vorzuschlagen. Es ginge dabei mindestens um folgende große Fragen:

■ Neuverhandlung der »Marktanteile« und der Zugangsregeln zu diesen. Dieses Vorhaben richtet sich, wohlverstanden, gegen die Regeln der WTO, die Reden über einen »loyalen Wettbewerb« führt und dahinter ausschließlich darum bemüht ist, die Privilegien der weltweit tätigen Oligopole zu verteidigen.

■ Neuverhandlung der Kapitalmarktssysteme mit der Perspektive, der Dominanz spekulativer Finanzoperationen ein Ende zu setzen und auf Investitionen in produktive Aktivitäten in Nord und Süd zu orientieren. Dieses Vorhaben stellt die Funktionen, vielleicht sogar die Existenz der Weltbank in Frage.

■ Neuverhandlung der Währungssysteme mit der Perspektive, regionale Abmachungen und Systeme, die eine relative Stabilität der Wechselkurse sichern, einzuführen und ihre Interdependenz zu organisieren. Dieses Vorhaben stellt den IWF, den Dollarstandard und das Prinzip der freien und fluktuierenden Wechselkurse in Frage.

■ Einleitung einer Steuerpolitik im Weltmaßstab, z.B. durch Besteuerung der durch Ausbeutung von natürlichen Ressourcen erhaltenen Renten, und welt-

weite Umverteilung der Einnahmen nach angemessenen Kriterien und mit Zweckbindung.

- Entmilitarisierung des Planeten, beginnend mit der Reduzierung der Massenvernichtungspotentiale der mächtigsten Streitkräfte.
- Demokratisierung der UNO und Ausarbeitung eines weltweiten Völkerrechts in ihrem Rahmen.

Regionen, die dem Geist dieser Transformationen entsprechen, sind nicht nur als vorzugsweise integrierte Wirtschaftsensembles zu konzipieren. Sie müssen auch als politische Räume, die der kollektiven Festigung der sozialen Positionen der benachteiligten Klassen und Subregionen entgegenkommen, konstruiert werden. Diese Regionsbildung betrifft nicht nur die Kontinente der Dritten Welt (Lateinamerika, arabische Welt, subsaharisches Afrika, Südostasien, China und Indien), sondern auch die verschiedenen Teile Europas (EU-Europa, Osteuropa, Ex-UdSSR).

4. Das gesamte Vorhaben hat nur dann Aussicht auf eine allmähliche Realisierung, wenn sich zunächst auf der Ebene der Vereinten Nationen wirksame soziale Trägerkräfte und -projekte für die notwendigen Reformen herauskristallisieren, die im Rahmen der Liberalisierung und polarisierenden Globalisierung unmöglich sind. Ob es sich um sektorale Reformen handelt (wie die Reorganisation der Verwaltung, die Steuerpolitik, das Bildungswesen, die Grundzüge nachhaltiger partizipativer Entwicklung) oder um allgemeinere Visionen der Demokratisierung der Gesellschaften sowie ihrer politischen und wirtschaftlichen Steuerung, sind doch diese vorbereitenden Etappen unumgänglich. Sonst bleibt die Vision einer erdumspannenden Reorganisation, die imstande ist, die Welt aus dem Chaos und der Krise herauszuführen und einen »Neustart der Entwicklung« zu bewirken, zwangsläufig vollkommen utopisch.

In dieser Sicht müssen in erster Linie Vorschläge für unmittelbar aktuelle Aktionen gemacht werden. Mit ihnen können reale Kräfte mobilisiert werden, in erster Linie jeweils auf lokaler Ebene, wenngleich die Zielrichtung weiträumiger ist (»Globalisierung der Kämpfe«). Ich denke hier an die lange Reihe von Regulierungsformen, die in allen Bereichen schnell realisiert werden könnten: in der Wirtschaft (z.B. Besteuerung von Finanztransfers, Beseitigung der Steueroasen, Schuldenstreichung), in der Ökologie (Artenschutz, Verbot schädlicher Produkte und Verfahren, Einleitung einer weltweiten Besteuerung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen), im sozialen Bereich (Arbeitsrechtsbestimmungen, Investitionskodices, Beteiligung von Repräsentanten der Völker an den internationalen Instanzen), in der Politik (Demokratie und Rechte der Person), in der Kultur (gegen die Kommerzialisierung von Kulturgütern).

Der jetzige Stand der Regierungsentscheidungen in Europa wie auch in der gesamten Dritten Welt erweckt den Eindruck, dass die Perspektive des Aufbaus

einer multipolaren Welt nicht Gegenstand ernsthafter Erwägungen, sondern höchstens von freundlichen Deklarationen ist.

Die europäischen Regierungen wurden unter Bedingungen gewählt, die man generell für akzeptabel hält; sie können sich auf ihre Legitimität berufen, um diese den Bewegungen abzusprechen, die gegen ihre Ausrichtung auf die Erfordernisse des globalisierten Liberalismus protestieren. Die Regierungen der Dritten Welt besitzen dagegen in der großen Mehrzahl keine gleichwertige Legitimität. Insgesamt sind sie Repräsentanten und Verfechter von Kompradoreninteressen, subalterne Teilhaber der Vorherrschaft des transnationalen Kapitals. Manche herrschenden Klassen der Peripherie – insbesondere in China und Indien – sind der Ansicht, sie behielten so viel Verhandlungsmacht und Handlungsspielraum, dass sie sich auf die »Spielregeln« der Globalisierung einlassen könnten, ohne sich den Diktaten der Mächtigsten beugen zu müssen. Ich für mein Teil denke, dass sie sich irren und die Konsequenzen ihrer Option unterschätzen, aber *de facto* ist die Lage heute eben so. Die Volksmassen sind zweifellos in den Ländern der Peripherie ebenso schlecht informiert wie in den reichen Gesellschaften und zudem den Kontrollen der Machthaber ausgesetzt, die es hier nicht bei den Mitteln der Manipulation bewenden lassen. Doch bei den riesigen und sich immer weiter verschärfenden sozialen Dramen, die das Einschwenken auf den globalisierten Liberalismus hervorruft, können die Völker der Peripherien nicht gleichgültig bleiben. Sie reagieren deshalb immer energischer. Die Regierungen haben das ihrerseits zu berücksichtigen.

So hatte das Sekretariat der 15, das offiziöse Sekretariat der »Gruppe der 77« (der Dritten Welt), anlässlich der Ministerratstagung der WTO in Doha (November 2001) dazu aufgerufen, die Vorschläge der Mächte der Triade für eine neue Verhandlungs»runde« abzulehnen. Letztere soll den Wirkungsbereich des Liberalismus erweitern (gewerbliche und »geistige« Eigentumsrechte, Liberalisierung der Dienstleistungen, besonders der finanziellen, Einbeziehung der Landwirtschaft in das WTO-Programm). In Doha wichen die betreffenden Länder schließlich zurück; die entschiedenen Grundsatzpositionen, die sie in Seattle bezogen hatten, wurden aufgegeben. Das geschah zweifellos unter dem erpresserischen Druck der Diplomaten der Triade (»wer in der WTO nicht mit uns ist, der ist mit den Terroristen«!), denn zwischen Seattle und Doha hatte sich an der Strategie der G 7 nichts geändert. Man wird also sehen, ob die Länder der Gruppe der 77 und China während der nun eröffneten Verhandlungen wieder zu sich kommen.

Dabei hatte man noch wenige Tage vor den Anschlägen des 11. September, während des Weltkongresses von Durban gegen den Rassismus, Besseres erhoffen können. Dieser Kongress hat Bedeutung wegen der Perspektiven, die er eröffnete. In Durban konnte man den Wind einer wiederauflebenden Solidarität der afro-asiatischen Völker verspüren. Die Wiederherstellung dieser Solida-

rität bildet aber eine wesentliche Voraussetzung – vielleicht die wichtigste – für den Aufbau eines Weltsystems, das gerechter ist als jenes, das die G 8 den Völkern des Planeten aufzwingen wollen.

Der Kongress sollte nach dem Willen der Veranstalter, des Establishments der Vereinten Nationen, eine harmlose Kundgebung »gegen den Rassismus« werden. Das war er nicht. Afrikaner und Asiaten setzten die Diskussion zweier Fragen durch, von denen die westlichen Diplomaten nichts hören wollten.

Die erste betraf die fälligen »Reparationen« für die Verheerungen des Sklavenhandels. Die amerikanischen und europäischen Diplomaten hatten wahre Wühlarbeit geleistet. Herablassend und mit spürbar verächtlichem Einschlag reduzierten sie die Frage auf jene nach dem »Betrag« der von den ehemaligen Kolonialvölkern – diesen »professionellen Bettlern« – geforderten Reparationen. Die Afrikaner verstanden sie anders. Für sie geht es nicht um »Gelder«, sondern um die Anerkennung der Tatsache, dass der Kolonialismus, der Imperialismus und die mit ihnen einst verbundene Sklaverei weitgehend die Schuld sowohl an der »Unterentwicklung« des Kontinents als auch am Rassismus tragen. Diese Äußerungen erzürnten die Vertreter der Westmächte.

Die zweite Frage betraf die Umtriebe des Staates Israel. Afrikaner und Asiaten wurden hierzu klar und deutlich: Die Fortsetzung der israelischen Kolonisation in den besetzten Gebieten, die Vertreibung der Palästinenser zugunsten der Kolonisten (eine waschechte ethnische Säuberung), der Plan der »Bantustanisierung« Palästinas, eine unmittelbar von der in Südafrika erlebten Apartheid inspirierte Strategie, bilden nur das letzte Kapitel dieser langen Geschichte eines zwangsläufig »rassistischen« Imperialismus.

Ihrerseits konnten die asiatischen und afrikanischen Regierungen, die größtenteils Komplizen der neoliberalen Politiken, kaum demokratisch und selbst mit Praktiken sozialer und rassistischer Diskriminierung befasst sind, nicht über die vorherrschende Meinung ihrer Völker hinweggehen, die die Arroganz der westlichen Diplomaten noch mehr aufgebracht hat.

Der Wind von Bandung erhebt sich von neuem. Die Konferenz von Bandung (1955), die Geburtsstunde der afro-asiatischen Solidarität und der Bewegung der Blockfreien (heute zunehmend auf Distanz zur liberalen Globalisierung und zum Hegemonismus der USA orientiert), hatte einen ersten Zyklus nationaler Befreiungen eingeleitet. Mochten die aus dieser ersten Ära der Befreiung der kolonial unterdrückten Völker stammenden Systeme ihre Grenzen haben, mochten sie Illusionen wecken (was in der Geschichte gang und gäbe ist), so erlaubte doch erst ihre Erschöpfung die Gegenoffensive des dominanten Kapitals in diesen Regionen und die Entfaltung der neuen imperialistischen Globalisierung. Die Bedingungen einer zweiten, weiter reichenden Befreiungswelle reifen vor unseren Augen heran. Auch Durban belegt das. Deswegen ist Durban ein Sieg der Völker, dessen Bedeutung die G 8 herabzusetzen versuchen.

Mit Seattle, Nizza, Göteborg, Genua, Porto Alegre und anderen bildet Durban ein Glied in der Kette wichtiger positiver Ereignisse unserer Epoche. Für alle, die zu Recht die globalisierte neoliberale Strategie des dominanten Kapitals verurteilen, ist es an der Zeit zu begreifen, dass sie in einem gemeinsamen Kampf stehen und dass der Kampf der Völker des Südens gegen den Imperialismus und den Hegemonismus der USA nicht minder bedeutend ist als jener der Opfer der Ungerechtigkeit, die sich in den entwickelten kapitalistischen Ländern dagegen erheben. Nach den Anschlägen auf derart symbolische Ziele wie das New Yorker World Trade Center und das Pentagon ist es an der Zeit zu begreifen, dass es ohne Einheitsfront gegen internationale und soziale Ungerechtigkeit keine Einheitsfront gegen den Terrorismus geben kann.

»Aufholen« oder eine andere Gesellschaft aufbauen?

Im 20. Jahrhundert wurden dort, wo die grundlegenden Logiken des Kapitalismus in Frage gestellt waren, die beiden Aufgaben, »aufzuholen« und »etwas anderes zu machen«, je nach Ort und Zeit in unterschiedlicher Weise miteinander in Angriff genommen, doch ohne der Realität zu viel Gewalt anzutun, lässt sich sagen, dass die erste Aufgabe die Oberhand gewann, sodass »Entwicklung« schließlich praktisch soviel bedeutete wie »Strategie des Aufholens« (um später weiter zu gehen, womöglich). Diese Strategien erlahmten und zerfielen dann, als die Bedingungen im weltweiten Umfeld umschlugen und die allgemeine Aufschwungphase, die eine eventuelle dynamische Integration in die Globalisierung begünstigt hätte, von einer Umstellungskrise abgelöst wurde, die diese Einordnung unmöglich machte. Das »Scheitern«, wenn man es so nennen will, beruhte nicht auf dem zu radikalen Charakter der Versuche des 20. Jahrhunderts, sondern im Gegenteil auf ihrer unzulänglichen Radikalität, die vielleicht objektiv bedingt war. In Zukunft muss also mehr Nachdruck darauf gelegt werden, »etwas anderes zu machen«, ohne jedoch zu übersehen, dass manche Aspekte des Aufholens weiter auf der Agenda verbleiben. Mit anderen Worten: Das 21. Jahrhundert wird radikaler sein müssen als das 20.

Wird es das können? Und wie könnten die Etappen dieser schrittweisen Radikalisierung aussehen?

Hier ist das Vorstellungsvermögen gefragt, das Alternativen (im Plural) vorzuschlagen vermag. Vielfalt der Sichtweisen und Vorschläge ist hier nicht nur zu akzeptieren, sondern erwünscht und erfreulich. Kannten wir im 20. Jahrhundert außer vom historischen Marxismus inspirierten Reaktionen auf die Herausforderung andere Erwidernungen, die vom historischen Keynesianismus ausgingen oder vom nationalen Populismus, der zum Teil ein verkürzter historischer Marxismus war, so kennen wir in der Kritik des heutigen globalisierten

liberalen Kapitalismus bereits Strömungen, die sich leicht unter Rubriken wie »Neokeynesianismus« oder »Neomarxismus« oder »Postkapitalismus« einordnen ließen. Die Vorsilben »Neo« und »Post« zeigen gewiss an, dass die Frage nach dem Inhalt dieser alternativen Strategien noch nicht weit genug geklärt ist, um eine gültige theoretische Formulierung zu geben. Diese Einstufungen zeigen außerdem an, dass es immer Personen wie auch Denk- und Handlungsrichtungen geben wird, die sich mehr um die unmittelbare (kurz- und mittelfristige) Seite der fälligen Aktionen bemühen, während andere mehr nach den langfristigen Zielen ausschauen. Und warum auch nicht?

Aber selbst innerhalb jeder der hier sehr summarisch kenntlich gemachten großen Familien werden wir den Nachdruck auf die Debatte und die Vielfalt der Vorschläge legen müssen. Für den kurz- und mittelfristigen Zeitraum gilt das, weil hier Elemente aller Art in Betracht kommen: die verschiedenen sozialen Interessen; die Analyse des Systems und die Identifikation der Herausforderungen; die Bestimmung der möglichen Ziele und die auf sie gerichtete Mobilisierung der sozialen und politischen Kräfte usw. Das Gleiche gilt jedoch für die langfristige Sicht. Ich habe bereits gesagt, dass für mich die postkapitalistische Gesellschaft (hier absichtlich so ungenau bezeichnet) nur dann wünschenswert wird, wenn sie die Menschheit von der ökonomischen Entfremdung und von der weltweiten Polarisierung befreit. Ich nenne diese Gesellschaft, in der Tradition von Marx, »kommunistisch«. Aber ich akzeptiere auch, dass das für dieselben Ziele mobilisierte soziale und kulturelle Vorstellungsvermögen aus unterschiedlichen humanistischen Quellen schöpft und dass es keinen Grund gibt, diese oder jene Quelle davon auszuschließen. Solcher Dogmatismus muss bekämpft werden. Zu akzeptieren, zu wünschen ist die Vielfalt in dem hier herangezogenen Sinn, d.h. im Sinn einer Vielfalt, die dem Aufbau der Zukunft zugewandt ist, und nicht dem Erbe einer Vergangenheit, die man auf neurotische Weise verewigen möchte. Es geht also um Konvergenz, gewiss, aber um Konvergenz in der Vielfalt.

Das, was man in diesem Geist vorschlagen kann, folgt der Logik der »kreativen Utopie«. Die Geschichte wird nicht von der unfehlbaren Entfaltung der »Gesetze der reinen Ökonomie« regiert. Erzeugt wird sie von den sozialen Reaktionen auf die Tendenzen, die sich in diesen Gesetzen äußern und die ihrerseits die sozialen Verhältnisse bestimmen, in deren Rahmen diese Gesetze fungieren. Die »antisystemischen« Kräfte – wenn man diese organisierte, kohärente und wirksame Verweigerung der einseitigen Unterwerfung unter jene vorgeblichen Gesetze (hier das dem Kapitalismus als System eigene Profitgesetz) so nennen will – wirken ebenso gestaltend auf die wirkliche Geschichte ein wie die »reine« Logik der kapitalistischen Akkumulation. Sie bestimmen die Möglichkeiten und Formen der Expansion, die sich dann in Rahmen entfaltet, deren Organisation sie durchsetzen.

Der Konflikt zwischen dem Diktaturprojekt des dominanten Kapitals und dem Projekt, das aus der Konvergenz der Kämpfe der sozialen Kräfte als Ausdruck der Bestrebungen der Völker und der arbeitenden Klassen hervorgehen könnte, kann als »Kulturkampf« im wahren und starken Wortsinn bewertet werden, denn es geht um nichts Geringeres als die Erfindung eines Systems, das sich bewusst »jenseits des Kapitalismus« verortet.

Für meinen Teil scheue ich mich nicht, in diesem Konflikt den Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu sehen, der notwendiger ist als je und angesichts der Gefahren barbarischer Zerstörung, die beim Fortdauern des altersschwachen Kapitalismus nicht zu vermeiden sind, gewiss notwendiger ist als vor einem Jahrhundert oder auch vor fünfzig Jahren. Vorausgesetzt wird, wohlgemerkt, dass unter Sozialismus kein vorherbestimmtes Fertigrezept zu verstehen ist, sondern das Resultat eines pluralen, findigen Vorstellungsvermögens. Vorausgesetzt wird desgleichen die Einstellung auf einen langen »Übergang« vom Weltkapitalismus zum Weltsozialismus, im Unterschied zu den Konzeptionen der sukzessiven historischen Marxismen des 20. Jahrhunderts.

In diesem ersten Stadium des Wiederaufbaus einer Front der antisystemischen Kräfte hat es wenig zu bedeuten, ob sich Komponenten derselben auf die theoretische Debatte über die Natur des einschlägigen Gesellschaftsprojekts (kapitalistisch mit menschlichem Antlitz, »postkapitalistisch« oder sozialistisch) einlassen oder nicht. Allein die Praxis der Demokratie ist imstande, schrittweise auf diese Herausforderung zu erwidern. Denn auf diesem notwendigen langen Marsch in eine bessere Zukunft ist nichts Gutes und Solides zu realisieren ohne Demokratisierung. Ich verstehe darunter nicht nur den Gebrauch der formalen Regeln der Steuerung des politischen Lebens in der Art eines Rechtsstaates, der das Mehrparteiensystem respektiert, sondern auch und darüber hinaus die Schaffung demokratischer Verhältnisse in allen Bereichen des Gesellschaftslebens (Gleichstellung der Geschlechter, Achtung der Rechte der Völker usw.). Von selbst versteht sich gleichfalls: Wenn sie nicht mit wirksamen Sozialpolitiken einhergeht, die allen die Eingliederung in das Wirtschaftsleben und zunehmende reale Gleichheit in dem Zugang zu materiellen Mitteln sichert, den die Moderne ermöglicht, bleibt die Demokratie verwundbar, wird sogar ihr Konzept entwertet, wie ich bereits zu bedenken gegeben habe, als ich die in der liberalen Praxis vorgesehenen Formen als »Demokratie niedriger Intensität« wertete. Ihrerseits kann nur die Demokratisierung im vorgenannten Sinn eine Reduzierung der Konflikte – auf die völlige Beseitigung ihrer Ursachen setzen zu wollen, wäre eine schlechte Utopie – und von da aus die Errichtung von Sicherheitssystemen, die den Frieden garantieren, erhoffen lassen.

In diesem Kulturkampf bezieht jedes der beiden Lager den universalen Standpunkt, jedoch mit radikal unterschiedlicher Auffassung von der jeweiligen Globalisierung. Der kapitalistischen Globalisierung setzen die antisystemischen Kräfte

ein anderes, ebenfalls weltweit ausgelegtes Projekt entgegen. Jedes der beiden Lager beruft sich auf universale Werte, das kapitalistische auf die unternehmerische Freiheit und den »Markt«, dasjenige seiner Gegner auf die Demokratie und die Gleichheit. Deshalb ist die Bezeichnung »Globalisierungsgegner«, die von den Medien etwas vorschnell auf die Widersacher der hemmungslosen Globalisierung des altersschwachen liberalen Kapitalismus angewandt wurde, vollkommen irreführend, selbst wenn sich im Lager der Protestierenden vielleicht hier und da Nostalgiker eines – meines Erachtens in jedem Fall unmöglichen – Rückzugs aus der Globalisierung finden sollten. Im jetzigen Stadium ihres notwendigen Wiederaufbaus wäre es für die »alternative Front« meines Erachtens nicht nachteilig, sie als »Front für soziale und internationale Gerechtigkeit« zu bezeichnen und damit die Debatte darüber, in welche Gesellschaftsperspektiven die Vorstöße dieser Front gestellt werden sollten, offen zu lassen. Das hier nahegelegte Kulturkampf-Konzept hat nicht nur nichts zu tun mit dem »Kampf der Kulturen« à la Huntington; es ist dessen diametraler Gegensatz.

In meinen Augen bildet das anvisierte polyzentrische und demokratische Weltsystem nicht das »Ende der Geschichte«, sondern nur eine Etappe des langen Übergangs zum weltweiten Sozialismus. Die Realisierung der Ziele dieser Etappe würde in der Tat dem Vorankommen der Werte einer besseren, auf die menschliche Solidarität statt auf den Egoismus der Individuen und der Nationen gegründeten postkapitalistischen Gesellschaft den Weg bereiten. Dieses Übergangskonzept betont drei Prinzipien, die bei den Experimenten des 20. Jahrhunderts weitgehend vernachlässigt wurden und die den Grundtendenzen der veränderten Welt Rechnung tragen. Es handelt sich erstens um das Prinzip einer als nicht endender mehrdimensionaler Prozess wahrgenommenen Demokratisierung, die dazu verhilft, nach und nach Klarheit über das Wesen der zu bekämpfenden ökonomischen Entfremdung zu stiften. In diesem Prozess wird man schrittweise von Projekten und Visionen für den Fortschritt der Befreiung *im Kapitalismus* übergehen zu solchen für die Befreiung *vom Kapitalismus*. Zweitens handelt es sich um die humanistisch-weltumspannende Vision, die dazu aufruft, das vielfältige Recht der Personen und Kollektivitäten (statt des Wirtschaftsrechts, d.h. des dem Kapital dienstbaren Rechts) herrschen zu lassen, und die zur Herausbildung eines Internationalismus der Völker beiträgt, dem Gegengewicht zum Transnationalismus des Kapitals. Drittens werden die Regionsbildungen so vorgenommen, dass sie wirksame Instrumente zur Reduzierung der polarisierenden Effekte der Entfaltung des Kapitals werden.

So zersplittert die politischen und sozialen Kämpfe auch zur Zeit noch hier und da, in Süd und Nord, gegen diesen oder jenen Aspekt des dominanten Systems geführt werden, sind sie doch so offenkundig und zahlreich präsent, dass ich mir hier eine Auflistung sparen kann. Ebenso offenkundig mehren und verstärken sie sich von Tag zu Tag.

Aber die Krise verschärft auch in aller Welt die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassenblöcke. In Europa könnten sie das Einvernehmen zwischen Rechten und Linken, das gegenwärtig das politische Leben der Gesellschaften dieses Erdteils kennzeichnet, platzen lassen. Nichts garantiert von vornherein, dass diese Widersprüche mit demokratischen Mitteln überwunden werden. Allgemein suchen in die Enge getriebene herrschende Klassen zu verhindern, dass die Völker in die Debatte eingreifen. Entweder manipulieren sie dazu die öffentliche Meinung (und wahren so den Anschein der Demokratie), oder sie greifen offen zu diversen Formen von Gewalt und Selbstherrschaft. Diese Konflikte dürften immer deutlicher ausgeprägte internationale Dimensionen annehmen, also Staaten und Staatengruppen in Gegensatz zueinander bringen. Die zentrale Frage ist hier, welches Verhältnis zwischen den sozialen Kämpfen und jenen Konflikten entstehen wird. Gemeint sind die Konflikte unter den herrschenden Klassen, d.h. den Staaten, deren mögliche Geometrien weiter oben versuchsweise skizziert wurden, und die hier erwähnten sozialen Kämpfe. Welche Seite wird die Oberhand gewinnen? Werden die sozialen Kämpfe den Konflikten untergeordnet, in sie eingespannt, und somit von den Machthabern beherrscht, ja ausgenutzt und womöglich manipuliert? Oder werden die sozialen Kämpfe im Gegenteil ihre Selbständigkeit dermaßen behaupten, dass sie die Machthaber zwingen, auf ihre Forderungen einzugehen?

Eine positive Antwort auf diese Herausforderung bedeutet, der Politik wieder die Kommandostellen zu übergeben, die Bewegungen und die Kämpfe wieder zu politisieren. Die dominanten Kräfte des transnationalisierten Kapitals, diese Träger des kollektiven Imperialismus der Triade und des zügellosen altersschwachen Kapitalismus, wissen jetzt, dass sie es mit Widersachern zu tun haben, deren Existenz sie nicht mehr ignorieren können: Die fälschlich als »Globalisierungsgegner« bezeichneten Bewegungen der Ersten Welt haben von Seattle bis Florenz gezeigt, dass sie von Tag zu Tag stärker wurden; die Revolte der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas greift um sich, leitet die Wiedergeburt des solidarischen Geistes von Bandung ein und erweitert seinen Radius.

Diese beiden Ensembles von systemgegenerischen Kräften müssen auf eine Weise konvergieren können, dass sich glaubwürdige Alternativen auf allen Ebenen, von der nationalen bis zur weltweiten, herausbilden. Die Herrschaftsapparate des bedrohten Systems reagieren auf diese Gefahr mit dem Bemühen, sie zu verteufeln.

Die Kämpfe zu politisieren, heißt die notwendigen Brücken zu schlagen, um innerhalb jeder Nation wie auch auf den verschiedenen Ebenen der Regionen und der Welt gemeinsam die erforderliche Konvergenz herzustellen, auf diese Weise glaubwürdige lokale und internationale Etappenziele zu bestimmen und damit zur Herausbildung echter gesellschaftlicher Alternativen beizutragen.

Anhänge

1. Die Herausforderungen der Moderne

(Die Moderne als unvollendeter Emanzipationsprozess)

Die Moderne entstand aus einem Bruch in der Menschheitsgeschichte, der im 16.-18. Jahrhundert in Europa einsetzte, aber weder an seinen Entstehungsorten noch anderswo »vollendet« ist. Die vielfältigen Facetten der Moderne bilden ein Ganzes, das eng mit den Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise verbunden ist und dennoch gestatten würde, darüber hinauszugehen.

Die Moderne beruht auf dem Verlangen der Menschen nach Emanzipation, zunächst nach Befreiung aus den Zwängen der sozialen Determination in ihren früheren traditionellen Formen. Diese Befreiung verlangte die Absage an die zuvor dominanten Legitimationsformen der Macht – in der Familie, in den Gemeinschaften, in denen die Lebens- und Produktionsweisen organisiert werden, im Staat –, die auf einer generell religiös geprägten Metaphysik fußten. Sie beinhaltet folglich die Trennung von Staat und Religion, eine radikale Säkularisierung als Voraussetzung für die Entfaltung der modernen Politikformen. Damit soll nicht der Glaube abgeschafft, wohl aber jeder dogmatischen Auslegung desselben die Vormacht vor der Vernunft genommen werden. Das Streben nach Aussöhnung zwischen Vernunft und Glaube ist also gegebenenfalls der freien Reflexion der Individuen überlassen; abgelehnt wird jede vom Staat oder vom sozialen Konformismus aufgezwungene Form von Religion; letztere wird zur strikt privaten Angelegenheit.

Es ist kein Zufall, dass sich Moderne und Kapitalismus gleichzeitig herausgebildet und entwickelt haben. Die dem neuen Produktionssystem, dem Kapitalismus, eigenen Gesellschaftsverhältnisse verlangten Unternehmensfreiheit, freien Zugang zu den Märkten, das unantastbare Recht auf das (»geheiligte«) Privateigentum. Derart von der Vormundschaft der politischen Gewalt, dem Merkmal der vormodernen Regimes, emanzipiert, wird nun das Wirtschaftsleben zu einem selbständigen, nur von seinen Eigengesetzen bewegten Bereich des sozialen Lebens. Der Kapitalismus setzt an die Stelle der traditionellen Determination des Reichtums durch die Macht eine entgegengesetzte Kausalitätsbeziehung, wonach Reichtum zur Quelle der Macht wird. Aber die bisher real existierende Moderne, jene also, deren Entfaltung den Rahmen des Kapitalismus nicht überschreitet, bleibt in dieser Frage des Verhältnisses von Macht und Reichtum zweideutig. Sie beruht nämlich auf der Trennung zwischen zwei

Bereichen des Gesellschaftslebens, demjenigen der Steuerung seiner Wirtschaft, die sie den Eigenlogiken der Akkumulation des Kapitals überantwortet (Privateigentum, Unternehmensfreiheit, Konkurrenz), und jenem der Lenkung der Staatsmacht durch die institutionalisierte Praxis der politischen Demokratie (Bürgerrechte, Grundsätze des Mehrparteiensystems usw.). Diese willkürliche Trennung beschneidet die von der Moderne angesagte potenzielle Emanzipationsmacht.

Noch von den Zwängen des Kapitalismus eingeschränkt, ist die Moderne deshalb widersprüchlich; sie verspricht weit mehr, als sie erreichen kann, und weckt unbefriedigte Erwartungen.

Die Moderne leitet einen potenziell gewaltigen sozialen Vorstoß ein. Der Ausdruck »Emanzipation« benennt ihn zusammenfassend, die Fortschritte der politischen Demokratie belegen ihn, so begrenzt sie auch waren. Sie hat die Aktion der beherrschten, ausgebeuteten und unterdrückten Klassen legitimiert und ermöglicht, dass diese gegen die Macht des dominanten Kapitals schrittweise demokratische Rechte errangen, die nie spontan aus der Logik der kapitalistischen Akkumulation und Expansion hervorgegangen wären. Sie hat ein Potential politischer Transformation freigesetzt, mit dem sich der Klassenkampf derart entwickeln konnte, dass die Ausdrücke »Politik« und »Klassenkampf« von der Bedeutung her äquivalent wurden und damit ihren vollen Nachdruck erhielten. Doch zugleich hat die Moderne Mittel erfunden und entwickelt, um das Kraftpotential der emanzipatorischen Demokratie zu schwächen.

Parallel dazu ließ der Kapitalismus, mit dem die Moderne einherging, die Produktivkräfte in historisch ungekanntem Maß anwachsen. Mit diesem Entwicklungspotential ließen sich die großen materiellen Probleme der gesamten Menschheit lösen. Das verbietet jedoch die Logik der kapitalistischen Akkumulation. Sie bewirkt vielmehr eine unaufhörlich verstärkte Polarisierung des Reichtums in einem Maß, das die Universalgeschichte nie zuvor kannte.

Die heutige Menschheit steht daher vor den Widersprüchen dieser Moderne, der einzigen, die wir bisher kennen, die doch nur den von der kapitalistischen Geschichtsetappe geprägten Anfang der Moderne bildet. Diese Widersprüche sind Ausdruck der dreifach destruktiven Dimension des Kapitalismus und folglich der Form der Moderne, die mit ihm einhergeht.

Der Kapitalismus und seine Moderne zerstören den Menschen, sie reduzieren ihn zur mit Arbeitskraft ausgestatteten Ware. Die ökonomische Entfremdung, der Ausdruck dieser Reduktion, nimmt der Demokratie ihr Emanzipationspotential. Die Demokratie wird – sofern sie unter diesen Bedingungen existiert, praktisch also in den Zentren des Systems, den alleinigen Nutznießern der Produktivkraftentwicklung – ihrer Bedeutung beraubt. Anstelle authentischer Politik, die die Vorstellungskraft der Menschheit ausdrückt, erscheint das illusorische Medienspektakel einer Demokratie niedriger Intensität, gegründet auf

einen vom Kapital, das das Wirtschaftssystem dominiert, konstruierten und manipulierten inhaltsleeren Konsens.

Der Logik der kurzfristigen Rationalität des ökonomischen Kalküls folgend, zerstören die kapitalistische Akkumulation und ihre Moderne gleichzeitig die natürlichen Grundlagen der sozialen Reproduktion und des Lebens, wie die schwerwiegenden ökologischen Probleme und die sich wiederholenden kleineren Katastrophen belegen. Die BSE ist eine perfekte Illustration dafür.

Die Polarisierung im Weltmaßstab, als Folge der weltweiten Akkumulation des Kapitals, nimmt der Mehrzahl der Menschen – den Bewohnern der Peripherien – jede Aussicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse, die die Moderne verspricht, und verhindert damit die Einbürgerung selbst der heruntergekommenen demokratischen Praxis, die in den Zentren üblich ist. Für die Mehrheit der Menschheit ist der Kapitalismus ein hassenswertes System und die Moderne, die mit ihm einhergeht, daher eine tragische Farce.

Wegen der Widersprüche in der kapitalistischen Phase der Moderne entfiel das ehemals formulierte Projekt der rationalen Utopie, das faktisch die exklusive Rationalität der Reproduktion des Kapitals ausdrückte. Praktisch zwangen diese Widersprüche das dominante Kapital, sich in einem Rahmen zu entwickeln, den der Konflikt zwischen den Erfordernissen der Kapitallogik und den von Opfern des Systems zu bestimmter Zeit an bestimmten Orten durchgesetzten Forderungen ständig abwandelte. Statt des von konventionellen Ökonomen auf dem Reißbrett entworfenen »reinen Kapitalismus« entstand ein real existierender, pragmatischer Kapitalismus, jeweils angepasst an durch soziale Verhältnisse erzwungene Marktregulierungen und an Erschütterungen im Weltsystem etablierter Hierarchien durch Konflikte unter Nationen. Desgleichen musste der Kapitalismus, sosehr die Ideologie der mit ihm einsetzenden Moderne auch »mit der Vergangenheit aufräumen« und statt ihrer die Utopie der exklusiven Rationalität des Kapitalismus realisieren wollte, mit der realen Hinterlassenschaft jener Vorläufer zurechtkommen. Die real existierende Moderne wird so zu einem Flickwerk, das erheblich von der Kohärenz ihrer theoretischen Gründungsthesen absticht.

Die Völker der Gegenwart stehen also vor den Herausforderungen, die Kapitalismus und Moderne in ihrer real existierenden Gestalt darstellen. Die Einstellungen und Haltungen der politischen und ideologischen Strömungen der heutigen Welt sind nach der Natur ihrer ausdrücklichen oder stillschweigenden Reaktion auf diese Herausforderungen zu bewerten.

Die herrschende Ideologie will die Herausforderung einfach ignorieren. Diese Ignoranz wird von den angloamerikanischen Ideologen des Liberalismus naiv, wenn auch manchmal in hochgestochener Sprache ausgedrückt. Dieser »Diskurs der Satten« reduziert die Moderne auf den einzigen menschlichen Wert, den er anerkennt: die individuelle Freiheit. Ignoriert wird, dass diese Freiheit

im Kapitalismus den Stärksten erlaubt, den anderen ihr Gesetz zu diktieren, dass sie für die große Mehrzahl vollkommen illusorisch ist (nach der liberalen Hypothese soll ja jeder ein Rockefeller werden können, so wie früher jeder Soldat den Marschallstab im Tornister gehabt haben soll) und dass sie dem Streben nach Gleichheit, der Grundlage der Demokratie, frontal entgegensteht.

Diese Ideologie teilen im Grunde alle Verfechter des Systems, die den Kapitalismus als nicht überschreitbaren Horizont ansehen, als »Ende der Geschichte«. Die Extremsten scheuen sich nicht zu akzeptieren, dass die Gesellschaft ein Dschungel von »Individuen« wird und statt eventuell schlichtender staatlicher Eingriffe Steuerungsprinzipien wirken, wonach die öffentliche Gewalt nur als ausschließlich den »Gewinnern« dienendes Instrument zu fungieren hat. Ihr Konzept unterscheidet sich nicht von dem einer mafiösen Diktatur des Kapitals. Andere möchten dieser Diktatur ein menschliches Antlitz geben und den Extremismus des Ausgrenzungsprinzips der individuellen Freiheit mildern. In ihren Vorschlägen wird es gleichsam verdünnt durch Hinzufügen anderer pragmatischer Erwägungen über soziale Gerechtigkeit und »Anerkennung der Differenzen« u.a. von Gemeinschaften. Der Postmodernismus nimmt mit seiner Aufforderung, die heutige Realität »zu akzeptieren«, sich auf sie »einzustellen«, sie auf Gartenzwergniveau so gut wie nur unmittelbar möglich zu »steuern«, ebenfalls eine Perspektive ein, die die Herausforderung negiert.

Für große Mehrheiten ist die Moderne ganz einfach hassenswert, heuchlerisch, auf die zynische Praxis des »zweierlei Maß« gegründet. Ihre Weigerung ist deshalb gewaltsam, und diese Gewalt ist vollkommen legitim. Der real existierende Kapitalismus und die mit ihm einhergehende Moderne haben diesen Mehrheiten nichts zu bieten.

Weigerung ist jedoch ein negatives Handeln. Um wirksam zu werden, muss es einen positiven Alternativvorschlag geben. Hier kann die Revolte durch die Unreife der Überlegungen und ihrer Projekte die Wirksamkeit einbüßen und schließlich in der faktischen Unterwerfung unter die Erfordernisse des Kapitalismus und der Moderne, denen man sich verweigern will, resultieren. Die gewichtigste Illusion wird von der Sehnsucht nach der vormodernen Vergangenheit genährt. Diese Nostalgie hat ihre Verfechter sowohl in den Zentren als auch in den Peripherien des Systems. In den Zentren mag sie als Träumerei ohne große Tragweite hingehen, als konservative Äußerung, und die Satten mögen mit ihrer Hilfe die Emanzipationsforderungen der Opfer des Systems entschärfen, wobei die Moderne zu einem inkohärenten Mischmasch aus manipulierten Überresten der Vergangenheit und Erfordernissen der Gegenwart reduziert wird. In den Peripherien jedoch entspringt die traditionalistische Haltung einer gerechtfertigten gewaltsamen Revolte, die selbst eine neurotische und ohnmächtige Form der Moderne ist, deren Herausforderung sie aber ganz einfach ignoriert.

Der Traditionalismus tritt in unterschiedlichen Redeweisen auf, allgemein in denen einer integristischen oder fundamentalistischen religiösen Interpretation, die faktisch eine konventionell-konservative Option verdeckt, oder in der Betonung des Ethnischen, dem besondere, die anderen Dimensionen der sozialen Realität (u.a. die Klasse) überschreitende Vermögen nachgesagt werden. Der gemeinsame Nenner all dieser Formen ist ihr Festhalten an einer kulturalistischen These, wonach Religionen und Ethnien transhistorische Eigenarten aufweisen, die unangreifbare Identitäten definieren würden. Selbst ohne wissenschaftliche Grundlage, vermögen diese Haltungen doch Massen zu mobilisieren, die von den Verheerungen der kapitalistischen Moderne marginalisiert und mittellos gemacht wurden. Aber gerade damit werden sie wirksame Instrumente für Manipulationen im Sinne jener Strategien, die auf die Unterwerfung unter die gemeinsame Diktatur der in der kapitalistischen Globalisierung dominierenden Kräfte und ihrer subalternen lokalen Transmissionsriemen abzielen. Der politische Islam ist ein gutes Beispiel für derartige Steuerungen im peripheren Kapitalismus (siehe dazu Anhang 6). In Lateinamerika und in Afrika manipulieren vermehrt obskurantistische »Sekten«, von nordamerikanischen Schaltstellen als Sperre gegen die Theologie der Befreiung unterstützt, die Ratlosigkeit der Ausgegrenzten und ihr Aufbegehren gegen die konservativen Amtskirchen.

Die Herausforderung der Moderne anzunehmen, erfordert dagegen, die Widersprüche der vom Kapitalismus eingeleiteten Moderne zu erfassen und ein Gesellschaftsprojekt zu entwerfen, mit dem sie überwunden werden können, weil es nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft zugewandt ist. Diese Haltung verlangt, nicht die aus der Vergangenheit überkommenen Differenzen zu betonen, sondern diejenigen, die das Zukunftsprojekt aus seiner Eigenbewegung heraus erzeugt (siehe Anhang 7).

Die konservativen und reaktionären Kräfte, die gegenwärtig sowohl weltweit als auch in den lokalen Gesellschaften die Szene beherrschen, wollen das unvollendete Projekt der Moderne zurückdrängen, indem sie zu inkohärenten, jedoch kurzfristig effizienten Reaktionen nötigen, die die Reproduktion von Erscheinungsformen der Vergangenheit mit den Ansprüchen der fortgesetzten zerstörerischen Akkumulation des Kapitals verbinden.

2. Imaginärer Kapitalismus und real existierender Kapitalismus

Die dominanten Kräfte herrschen dadurch, dass sie ihre Redeweise auch ihren Opfern aufdrängen. So konnten die »Experten« der konventionellen Ökonomie weismachen, ihre Analysen und Schlüsse seien zwingend, weil »wissenschaftlich«, also objektiv, neutral und unumgänglich. Das ist nicht wahr. Ihre »reine« Ökonomie handelt nicht von der Wirklichkeit, sondern von einem imaginären System, das der Wirklichkeit nicht nur nicht nahekommt, sondern ihr diametral widerspricht. Der real existierende Kapitalismus ist etwas ganz anderes.

Jene imaginäre Ökonomie vermengt die Begriffe und wirft Fortschritt mit kapitalistischer Expansion, Markt mit Kapitalismus zusammen. Um wirksame Strategien entwickeln zu können, müssen sich die sozialen Bewegungen von diesen Konfusionen befreien.

Das Zusammenwerfen zweier Begriffe, von Wirklichkeit (der kapitalistischen Expansion) und Wünschenswertem (Fortschritt in einem bestimmten Sinn), bereitet den Kritikern etliche Schwierigkeiten. Denn die dominanten Diskurse erheben die Vermengung zum System: Sie empfehlen Mittel für die kapitalistische Expansion; was daraus resultiert oder ihnen zufolge resultieren könnte, nennen sie »Entwicklung«. Doch die Logik der Kapitalexpansion bezweckt kein als »Entwicklung« zu wertendes Resultat. Sie zielt z.B. nicht auf Vollbeschäftigung oder ein vorher bestimmtes Maß an Ungleichheit (oder Gleichheit) der Einkommensverteilung. Die Logik dieser Expansion folgt dem Profitstreben der Unternehmen. Sie kann unter den jeweiligen Umständen zu Wachstum oder zu Stagnation, zu Ausweitung oder Schrumpfen der Beschäftigung, zu geringerer oder größerer Ungleichheit der Einkommen führen.

Auch hier bewirkt das ständige Zusammenwerfen der Begriffe »Marktwirtschaft« und »kapitalistische Wirtschaft« eine gefährliche Schwächung der Kritik. »Markt« bezieht sich dem Wesen nach auf den Wettbewerb; dagegen ist »Kapitalismus« inhaltlich gerade durch die Einschränkung des Wettbewerbs definiert, die das Monopol des Privateigentums (besonders des oligopolistischen, in wenigen Händen unter Ausschluss der anderen befindlichen) erzwingt. »Markt« und »Kapitalismus« sind demnach zwei verschiedene Begriffe. Der real existierende Kapitalismus ist sogar, wie Braudel perfekt herausgearbeitet hat, das Gegenteil des imaginären Marktes.

Außerdem funktioniert der real existierende Kapitalismus nicht wie ein Konkurrenzsystem von Inhabern des Eigentumsmonopols – mit Konkurrenz unter

ihnen und gegen die anderen. Sein Funktionieren verlangt das Eingreifen einer kollektiven Autorität, die das Kapital als Ganzes repräsentiert. Staat und Kapitalismus sind deshalb nicht zu trennen. Aber die Politiken des Kapitals, also des Staates, insoweit er dessen Repräsentant ist, haben je nach Entwicklungsstufe ihre (konkreten) Eigenlogiken. Diese Logiken erklären, dass die Kapitalexpansion in bestimmten Momenten Zunahme, in anderen Rückgang der Beschäftigung bewirkt. In ihnen kommen also nicht abstrakt als solche formulierte »Gesetze des Marktes«, sondern Erfordernisse der Rentabilität des Kapitals unter bestimmten historischen Bedingungen zum Ausdruck.

Es gibt keine »Gesetze der kapitalistischen Expansion«, die sich wie eine quasi übernatürliche Kraft durchsetzen. Es gibt keinen der Geschichte vorausgehenden historischen Determinismus. Die Tendenzen, die der Logik des Kapitals innewohnen, stoßen immer auf den Widerstand von Gegenkräften. Die Realgeschichte wird somit zum Produkt dieses Konflikts zwischen der Logik der kapitalistischen Expansion und den Logiken, die aus dem Widerstand sozialer Kräfte herrühren. In diesem Sinn ist der Staat selten einfach Staat des Kapitals. Er ist auch Produkt des Konflikts zwischen Kapital und Gesellschaft.

Zum Beispiel war die Industrialisierung der Peripherie in der Nachkriegsperiode von 1945-90 nicht das natürliche Produkt der kapitalistischen Expansion, sondern Ergebnis der Bedingungen, die ihr die Siege der nationalen Befreiungsbewegung bereiteten. Letztere hat diese Industrialisierung durchgesetzt, und das globalisierte Kapital hat sich dem angepasst. Zum Beispiel ist die Erosion der Wirksamkeit des Nationalstaates durch die kapitalistische Globalisierung keine unumkehrbare Determinante der Zukunft. Vielmehr können die nationalen Reaktionen auf diese Globalisierung die weltweite Expansion in unerwartete Bahnen drängen, zum Besseren oder zum Schlimmeren, je nach den Umständen. Zum Beispiel könnten die Anliegen des Umweltschutzes, die im Konflikt mit der Logik des Kapitals (einer wesentlich kurzfristigen Logik) stehen, zu bedeutenden Wandlungen jener Expansion zwingen. Die Beispiele ließen sich vermehren.

Die wirksame Antwort auf die Herausforderungen kann nur gefunden werden, wenn man begreift, dass nicht die unausweichliche Entfaltung der Gesetze der »reinen« Ökonomie die Geschichte regiert. Diese ergibt sich aus den sozialen Reaktionen auf die in diesen Gesetzen ausgedrückten Tendenzen, wobei die Reaktionen bestimmen, unter welchen sozialen Rahmenbedingungen die Gesetze wirken. Die »antisystemaren Kräfte«, wenn man die organisierte, kohärente und wirksame Verweigerung der einseitigen und totalen Unterwerfung unter die Erfordernisse dieser angeblichen Gesetze (in Wirklichkeit einfach des zum System ausgebauten Profitgesetzes des Kapitalismus) so nennen will, gestalten die wahre Geschichte ebenso sehr wie die »reine« Logik der kapitalistischen Akkumulation. Sie bestimmen die Möglichkeiten und Formen der Ex-

pansion, die sich dann in Rahmen abspielen, deren Organisation sie durchsetzen.

Nach der hier vorgesehenen Methode ist es unzulässig, im voraus »Rezepte« für die Gestaltung der Zukunft zu formulieren. Die Zukunft ergibt sich aus den Wandlungen in den sozialen und politischen Kräfteverhältnissen, die wiederum durch Kämpfe mit nicht im voraus bekanntem Ausgang entstehen. Man kann indessen darüber nachdenken, um zur Herausbildung kohärenter und machbarer Projekte beizutragen und damit der sozialen Bewegung zu helfen, über Scheinlösungen hinwegzukommen, in denen sie sich sonst festfahren könnte.

Das Projekt einer humanistischen Antwort auf die Herausforderung der globalisierten Expansion des Kapitalismus ist keineswegs »utopisch«. Es ist im Gegenteil insofern das einzig mögliche realistische Projekt, als der Beginn einer in seinem Sinn verlaufenden Evolution bald so starke soziale Kräfte versammeln dürfte, dass seine Logik durchgesetzt werden kann. Wenn es eine Utopie im banalen negativen Wortsinn gibt, dann ist das diejenige einer auf die Regulierung durch den Markt reduzierten Steuerung des Systems.

3. Die destruktiven Dimensionen der kapitalistischen Akkumulation

Der Kapitalismus ist weder das Ende der Geschichte noch ihr unüberschreitbarer Zukunftshorizont. Er ist eher eine Klammer in der Geschichte, um 1500 geöffnet und jetzt mehr als reif für die Schließung. Gegründet auf die Unterordnung aller Seiten des sozialen Lebens unter die Ausgrenzungslogik der Akkumulation – vulgär als Triumph der »Märkte« bezeichnet –, brachte er einen qualitativen Sprung nicht nur für den materiellen, sondern auch für den politischen und kulturellen Fortschritt bei zuvor nie gekannten Wachstumsraten. Der Kapitalismus schuf Mittel genug, um die großen Probleme aller Völker im Weltmaßstab zu lösen; doch die Logik, der er folgt, verhindert eine entsprechende Nutzung dieses Potentials.

Dieser Grundwiderspruch gibt dem Kapitalismus destruktive Dimensionen, die mit der Zeit für die Zukunft der Menschheit bedrohlich wurden. So führten sie in eine echte Zivilisationskrise. Diese viel beschriebenen destruktiven Dimensionen gruppieren sich sämtlich um dieselbe Hauptachse, die »Expansion der Märkte« und die »Kommerzialisierung« (nach der Vulgärbezeichnung) oder die kommerzielle Entfremdung (nach eher wissenschaftlicher Terminologie). Hier dient eine schrankenlose Expansion dem ausschließlichen Wohl des dominanten Kapitals (der Oligopole).

Auf dem Programm des Kapitalismus steht deshalb die zunehmende Kommerzialisierung des Menschen, seiner erfinderischen und künstlerischen Fähigkeiten, der Gesundheit, des Angebots an Naturschätzen, der Kultur und der Politik, von allem und jedem. Daraus entsteht die dreifache Zerstörung des Individuums, der Natur und ganzer Völker. Die Anzeichen der jetzt erreichten Bedrohlichkeit dieser Zerstörungen sind sämtlich durch dieselbe Logik der Akkumulation untrennbar verbunden:

■ »Rinderwahn«: tragikomisches Beispiel der Verheerungen, die »Rentabilität« und »Deregulierung« der Märkte als einzige Richtschnur in der Lebensmittelproduktion anrichten.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung der Gesundheit: todsichere Anstiftung zum Aufbau eines »Marktes für menschliche Organe«, der in Brasilien bereits per Kindermord gespeist wird. Obendrein als System ineffizient: Mit Aufwendungen von 14% ihres Einkommens für das (privatisierte) Gesundheitswesen erzielen die USA qualitativ schlechtere Ergebnisse als Europa, das nur 7% eines vergleichbaren Einkommens für das (weitgehend öffentliche) Ge-

sundheitswesen aufwendet. Aber die Pharmazeutik- und Versicherungs-Oligopole der USA erzielen weit höhere Extraprofite als die europäischen!

■ Kommerzialisierung und Privatisierung der Bildung: der Königsweg zu erweitert reproduzierten sozialen Ungleichheiten, in eine Zukunftsgesellschaft generalisierter Apartheid. Sicher muss man »über die Schule nachdenken«, aber Privatisierung ist hier keine Antwort.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung der Pensionsfonds: absurde Methode, einen Generationskonflikt zwischen den Arbeitenden (den Rentnern von morgen) und den Ruheständlern (den Arbeitenden von gestern) zu schüren.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung der Forschung: im Grunde eine Rosstäuscherei angesichts des Beitrags der staatlichen Rüstungsausgaben etwa in den USA hierzu; privatisiert, von den Oligopolen eingestrichen, werden nur die Profite aus diesen öffentlichen Aufträgen. Absolute Garantie dafür, dass nicht sozialer Bedarf (z.B. die Ausrottung von Aids in Afrika), sondern kurzfristiger Profit die Forschungsziele weist. Absolute Garantie dafür, dass die biotechnische Forschung die Landwirte noch mehr unter die Fuchtel des großen Agrobusiness bringen soll (daher dann der »Rinderwahn«). Sicheres Ende für die elementaren Grundsätze der Vorsorge und die ethischen Belange.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung des geistigen, gewerblichen, kulturellen und künstlerischen Eigentums: Garantie für Maximalprofite der Oligopole aus beschlagnahmtem Wissensgut der Völker (namentlich der Bauern), das sie heute gratis nutzen, morgen aber von den Oligopolen, die es ihnen gestohlen haben, »zurückkaufen« sollen. Vorschub für die platt egalisierende Subkultur, zusätzliches Handicap für Vielfalt und Reichtum des Kultur- und Kunstschaffens.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung der natürlichen Ressourcen: Garantie für Vergeudung zu Lasten der künftigen Generationen.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung der Umwelt durch organisierten Handel mit »Emissionsrechten«: Garantie für totale Sterilisierung der engagiert-ökologischen Kritik, Vorschub für die Verschärfung der weltweiten Ungleichheiten.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung des Wassers: Garantie für verstärkt ungleichen Zugang zu dieser lebenswichtigen Ressource; programmierte Zerstörung großer Teile der Bewässerungskulturen in der Landwirtschaft der Dritten Welt.

■ Kommerzialisierung und Privatisierung im Allgemeinen: Die Konkurrenz wird zum absoluten Prinzip erhoben. In der Tat eine Pseudokonkurrenz, reserviert für die Oligopole. Absolute Garantie für unfassbare Vergeudung: extravaganter Vermarktungsaufwand; »ökonomisch begründete« Sterilisierung von Saatgut, damit die Landwirte (nun Bauern auf dem Schachbrett des Agrobusiness) von den Oligopolen abhängig bleiben; künstlich organisierte Verknappung durch

geheime Regulierung der Konkurrenz seitens der Oligopole, durch Destruktion der biologischen Vielfalt ...

Die Polarisierung im Weltmaßstab, dieser innere Wesenszug der weltweiten Expansion des Kapitalismus, gibt den Vernichtungsaktionen in den letzten fünf Jahrhunderten die dramatischste Dimension: Hundert Millionen Indianer in Amerika und ebenso viele Afrikaner umgebracht, allein um das System »zu errichten«. Aber die barbarische Akkumulation war nicht nur »ursprünglich«, ihre Formen wurden ständig erneuert: Kolonialisierung und Kolonialkriege von der Conquista bis zur Epoche der Befreiung, zwangsweiser Verkauf von Opium an das chinesische Volk, Zwangsarbeit, Apartheid, inzwischen abgelöst von der Ausplünderung durch den Schuldendienst ... Das Buch des real existierenden Kapitalismus ist wahrhaft schwarz. Heute ist die Polarisierung so weit gediehen, dass die Mehrheit der Erdbevölkerung für die Bedürfnisse des Kapitals »überflüssig« ist. Eine Rolle spielt hier die demografische Revolution, wobei Asien und Afrika ihren Rückstand aus der europäischen Expansionsepoche aufholen, ferner die Zersetzung der ländlichen Lebenswelten durch »den Markt« sowie Industrialisierungsformen, die nicht die verarmten Massen aus den Dörfern absorbieren können. So beschert uns der Kapitalismus einen »Planet der Elendsquartiere«. Das verheißt in zwei Jahrzehnten 25 Megacities mit jeweils sieben bis 20 Millionen zusammengepferchten, verarmten Einwohnern ohne Perspektive. Ist das etwas anderes als die Vernichtung ganzer Völker? Wie soll man da nicht Susan George folgen, wenn sie in den apokalyptischen Reitern ihres »Lugano-Reports« die Werkzeuge eines zynischen Plans zur Vernichtung der (für das Kapital) »Unnützen« durch Hunger, Seuchen, Aids, »Stammes«-kriege usw. sieht? Aber wer ist dann wirklich »überflüssig«? Die Milliarden Menschen, denen der Kapitalismus nichts weiter zu bieten hat? Oder der Kapitalismus selbst?

Die Marktwirtschaft, um sie bei ihrem Vulgärnamen zu nennen, ist zwangsläufig auch eine Marktgesellschaft. Erstere zu akzeptieren und letztere abzulehnen, passte in die Sonntagsreden politischer Propheten des »Dritten Weges« (Clinton, Blair, Schröder, Jospin). Folgen konnte ihnen nur, wer nicht wusste, dass diese Marktwirtschaft (die sie begrüßten) den Oligopolen erlaubte, ihre Profite während des vorigen Jahrzehnts zu verdoppeln. Nun reichen Grundrechenarten, um zu zeigen: Wenn die Profite schneller anwachsen als das Produkt der Wirtschaft, muss sich die Ungleichheit zuspitzen. Diese ist folglich das Ziel der liberalen Politiken, und der Diskurs über die »Armut« ist Augenpulver für Naive.

Die Marktgesellschaft ist das unvermeidliche Produkt der »Marktwirtschaft«, d.h. des Kapitalismus. Sie beseitigt die Bürgerschaftlichkeit und ersetzt sie durch eine manipulierbare Masse von Verbrauchern, passiven Zuschauern. Das »Alternieren«, das Auswechseln von Mannschaften zur Fortsetzung derselben,

vollkommen dem Profitbedarf des Kapitals untergeordneten Politik, tritt an die Stelle der Alternative, der bewussten Wahl zwischen unterschiedlichen Politiken. Angebliche Politikwissenschaftler schlagen übrigens vor, die »Wahlausichten« (im verkürzten Rahmen des Alternierens) mit denselben Instrumenten zu analysieren, wie sie die konventionellen Ökonomen verwenden, um die »Wahlentscheidungen« der Verbraucher oder konkurrierender Mitbewerber zu untersuchen!

Man muss logisch bleiben: Zum ausschließlichen Rationalitätskriterium erhoben, rechtfertigt das Gesetz des Marktes auch diejenige Wirtschaft, die heuchlerisch als kriminell bezeichnet wird. Wenn es eine Nachfrage gibt, so gibt es auch ein Angebot an Drogen, und die Mafia steuert das durch perfekte Marktregulierung nach den Regeln der Kunst, wie sie die Business Schools lehren. Diese Regulierung ist ebenso undurchsichtig wie die von den Oligopolen praktizierte, die nur deswegen »Deregulierung« heißt, weil man nicht eingestehen kann, was sie ist. Und wieso sollten die Finanzspekulant, die genau wissen, welche sozialen Schäden ihre Operationen anrichten, nicht als Kriminelle gelten? Die hierzu notwendigen Steueroasen dienen übrigens den einen wie den anderen ebenso gut und effizient.

Die Menschen, die man nicht mehr als Staatsbürger behandelt, werden angehalten, das Vakuum durch Zuflucht in »kommunitäre« Gemeinschaften zu kompensieren. Das ist Anstachelung zum Obskurantismus, zum ethnischen oder religiösen Fanatismus, zum Rassenhass und schließlich zur »ethnischen Säuberung«. In den dramatischsten Situationen der Dritten Welt ist es die Anstachelung zum ständigen »Stammes«krieg. Um diese Praktiken zu legitimieren, behaupten angebliche Theoretiker, dass die kulturelle Vielfalt Konflikte in sich berge. Brave Leute meinen, ihnen durch gut gemeinte Aufrufe zum »Dialog der Kulturen« begegnen zu können. Beide begreifen nicht – oder tun so, als begriffen sie nicht –, dass die Logik des Kapitalismus und seiner Märkte Ursprung dessen ist, was sie denunzieren oder angeblich konstatieren.

Es wird Zeit, das Ausmaß dieser dramatisch destruktiven Dimensionen des altersschwachen Kapitalismus zu erfassen. Es wird Zeit zu verkünden, dass ein anderes System gefunden werden muss, worin weder die individuellen Menschen, ihre Gesundheit, ihre Bildung, ihr Erfindungsgeist, noch die Völker als Kollektive, noch auch die Natur und ihre Ressourcen als Waren behandelt werden. Die Alternative sieht heute noch so aus, wie Rosa Luxemburg sie 1918 definierte: Sozialismus oder Barbarei.

4. Das Paradigma der Entwicklung

»Entwicklung« ist ein ideologisches Konzept; es erfordert die Definition des anvisierten Gesellschaftsprojekts. Um nicht auf ein Projekt zu verfallen, das sich rundweg als Utopie erweist, identifizieren »Realisten« die einzig »mögliche« Entwicklung mit der verständigen Anpassung an die spontanen Tendenzen des (kapitalistischen) Systems, reduzieren sie auf die Expansion des Marktes (unter den Gesellschaftsverhältnissen des Kapitalismus) und vermeiden Zielangaben, die qualitativ über die fundamentalen Systemlogiken hinausweisen.

Der real existierende globalisierte Kapitalismus ist jedoch dem Wesen nach polarisierend und lässt damit keine Hoffnung, dass seine »Peripherien« eines Tages seine »Zentren« einholen könnten. Deshalb stellt »Entwicklung« die doppelte Herausforderung, sowohl die Produktivkräfte entwickeln (wenigstens zum Teil »aufholen«) und »etwas anderes machen« (sich von den strikten Logiken des Kapitalismus trennen) zu müssen.

Die Konzepte für autozentrierte (endogene, »*self reliant*«, selbsttragende) Entwicklung, die entsprechenden Definitionen ihres sozialen Gehalts (bürgerlich, staatlich, national-populär), der zu ihrer Durchsetzung anzuwendenden Mittel wie u.a. der »Abkopplung« (englisch: *delinking*) von den dominanten Logiken des globalisierten Kapitalismus sowie der langfristigen Perspektive des weltweiten Gesellschaftsprojekts, in die sich die so ermöglichten Vorstöße und Wandlungen fügen sollen (die Perspektive des Sozialismus oder eines wie auch immer benannten zukunftsträchtigen Gesellschaftsprojekts), stehen gemeinsam im Mittelpunkt der Entwicklungsproblematik und bestimmen die Umrisse ihres Paradigmas. Dieses steht daher kritisch zur jetzt real existierenden Welt in deren sämtlichen Dimensionen und mobilisiert die Vorstellungskraft, die der kreativen Utopie eignet.

Der real existierende globalisierte Kapitalismus ist dem Wesen nach polarisierend

Abstrakt als Produktionsweise betrachtet, fußt der Kapitalismus auf einem dreidimensional integrierten Markt (Markt der Produkte der gesellschaftlichen Arbeit, Kapitalmarkt, Arbeitsmarkt). Als real existierendes Weltsystem beruht der Kapitalismus jedoch auf der weltweiten Expansion nur der beiden erstgenannten Dimensionen des Marktes; ein wirklich weltweiter Arbeitsmarkt kann nicht entstehen, weil die politischen Staatsgrenzen trotz der ökonomischen Globalisierung weiter bestehen. Letztere bleibt dadurch verkürzt. Deshalb ist der real

existierende Kapitalismus zwangsläufig im Weltmaßstab polarisierend, und die ungleiche Entwicklung, die er begründet, wird zum am heftigsten wachsenden Widerspruch der Neuzeit, der innerhalb der Logik des Kapitalismus nicht überwunden werden kann. Dieser Umstand gebietet die Vision eines lange währenden Übergangs zum Weltsozialismus. Denn der Kapitalismus hat zwar die Grundlagen für eine erdumspannende Wirtschaft und Gesellschaft geschaffen, aber er ist nicht fähig, die Logik der Globalisierung zu Ende zu führen. Der Sozialismus, als qualitativ höheres Stadium der Menschheit verstanden, kann deswegen nur universal sein. Aber sein Aufbau macht einen sehr langen historischen Übergang notwendig, der eine Strategie widerspruchsvoller Negation der kapitalistischen Globalisierung beinhaltet.

Die Analyse des globalisierten Kapitalismus erfordert, das Wertgesetz von seiner spezifischen Form als globalisiertes Wertgesetz zu unterscheiden. Im Weltkapitalismus herrscht nicht das Wertgesetz schlechthin (die Grundlage der auf höchster Abstraktionsstufe betrachteten kapitalistischen Produktionsweise), sondern das globalisierte Wertgesetz (die aus dem zweidimensionalen Weltmarkt folgende Form des Wertgesetzes). Das Wertgesetz schlechthin würde in aller Welt gleiche Arbeitsentgelte bei gleicher Produktivität verlangen. Das globalisierte Wertgesetz führt zu ungleichen Arbeitsentgelten bei gleicher Produktivität, während sich Warenpreise und Kapitalerträge tendenziell weltweit angleichen. Die Polarisierung entsteht aus dieser Situation. Die Strategie des langen Übergangs zum Weltsozialismus verlangt deshalb, das System der Rationalitätskriterien für ökonomische Entscheidungen von dem Kriteriensystem abzukoppeln, das aus der Unterordnung unter das globalisierte Wertgesetz folgt.

Für politische und soziale Strategien bedeutet dieses allgemeine Prinzip, dass der lange Übergang unbedingt die Phase des Aufbaus einer national-populären Gesellschaft mit einer autozentrierten Volkswirtschaft durchlaufen muss. Dieser Aufbau ist in allen Aspekten widersprüchlich: Er verbindet Kriterien, Institutionen, Operationsweisen kapitalistischer Art mit sozialen Bestrebungen und Reformen, die gegen die Logik des Weltkapitalismus angehen, er vereint eine gewisse, so weit wie möglich kontrollierte Öffnung nach außen mit der für fortschrittliche soziale Veränderungen erforderlichen Protektion, und zwar im Konflikt mit den dominanten kapitalistischen Interessen. Die herrschenden Klassen stellen ihre Visionen und Bestrebungen ihrer historischen Natur gemäß in die Perspektive des real existierenden Weltkapitalismus und fügen sich mit ihren Strategien wohl oder übel den Zwängen der weltweiten Expansion des Kapitalismus. Deshalb können sie die Abkopplung nicht wirklich beabsichtigen. Für die Volksmassen wird sie dagegen zum Gebot, sobald sie versuchen, die politische Macht zu benutzen, um ihre Lage zu ändern und sich von den unmenschlichen Konsequenzen der polarisierenden weltweiten Expansion des Kapitalismus zu befreien.

Die Option einer autozentrierten Entwicklung ist unumgänglich

Die autozentrierte Entwicklung machte den spezifischen historischen Charakter des Akkumulationsprozesses des Kapitals in den kapitalistischen Zentren aus. Sie bestimmte die Modalitäten der Wirtschaftsentwicklung, die hauptsächlich von der Dynamik der inneren sozialen Verhältnisse regiert und durch ihr dienliche Außenbeziehungen gefestigt wird. In den Peripherien ist dagegen der Akkumulationsprozess des Kapitals hauptsächlich von der Evolution der Zentren abgeleitet, ihr aufgepfropft, von ihr »abhängig«.

Autozentrierte Entwicklung setzt die Herrschaft über die fünf Hauptbedingungen der Akkumulation voraus:

■ Lokale Beherrschung der Reproduktion der Arbeitskraft; das erfordert in einem ersten Stadium, durch staatliche Politik eine Agrarentwicklung zu sichern, die einen ausreichenden Überschuss an Lebensmitteln zu mit den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals vereinbaren Preisen abwerfen kann, und in einem zweiten Stadium, dass die Produktion von Massenkonsumgütern der Expansion sowohl des Kapitals als auch der Lohnsumme folgen kann.

■ Lokale Beherrschung der Zentralisierung des Überschusses; dazu müssen nationale Finanzinstitute nicht nur formal existieren, sondern auch relativ unabhängig von den transnationalen Kapitalflüssen sein, sodass die Investition dieses Überschusses im nationalen Rahmen steuerbar bleibt.

■ Lokale Beherrschung des Marktes, der faktisch auch ohne starken Zoll- oder anderen Schutz weitgehend der nationalen Produktion vorbehalten bleibt, und ergänzend dazu eine zumindest selektive Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.

■ Lokale Beherrschung der natürlichen Ressourcen; das erfordert außer dem formalen Eigentum an ihnen, dass der Nationalstaat entscheiden kann, ob er sie ausbeuten oder in Reserve behalten will; über eine solche Herrschaft verfügen die Erdölländer gerade nicht, weil sie faktisch nicht »den Hahn zudrehen« können, anstatt Finanzguthaben anzulegen, die ständig von Enteignung bedroht sind.

■ Schließlich lokale Beherrschung der Technologien in dem Sinn, dass diese, ob lokal entwickelt oder importiert, baldigst reproduziert werden können, ohne unbegrenzt lange wesentliche Faktoren (Ausrüstungen, Know-how usw.) dafür importieren zu müssen.

Das Konzept autozentrierter Entwicklung, im Gegensatz zur abhängigen Entwicklung (die aus einseitiger Anpassung an die dominanten Tendenzen der Entfaltung des Kapitalismus im Weltmaßstab entsteht), kann nicht auf den Widerspruch zwischen Importersatzstrategien und exportorientierten Strategien reduziert werden. Letzterer stammt aus der Vulgärökonomie, die nicht beachtet, dass Wirtschaftsstrategien immer von sozialen Hegemonialblöcken, in denen die momentan in der Gesellschaft dominanten Interessen zum Ausdruck

kommen, umgesetzt werden. Im Übrigen kombinieren selbst in der Vulgärökonomie alle faktisch angewandten Strategien den Ersatz von Importen und die Exportorientierung miteinander, wobei je nach augenblicklicher Konjunktur beide jeweils unterschiedlich gewichtet werden.

Die Dynamik des Modells der autozentrierten Entwicklung beruht wesentlich auf der engen Interdependenz zwischen dem Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln und dem Wachstum der Produktion von Massenkonsumgütern. Die autozentrierten Wirtschaften kapseln sich nicht ab; sie sind im Gegenteil insofern aggressiv nach außen geöffnet, als sie mit ihrem Exportpotential das Weltsystem in seiner Gesamtheit gestalten. Jenem Zusammenhang entspricht ein soziales Verhältnis, dessen Hauptglieder die beiden tragenden Blöcke des Systems bilden: der nationalen Bourgeoisie und der Welt der Arbeit. Die Dynamik des peripheren Kapitalismus, des Gegenstücks zum definitionsgemäß autozentrierten zentralen Kapitalismus, beruht dagegen auf einem anderen Hauptzusammenhang, der Beziehung zwischen der Exportfähigkeit und der Konsumtion – ob von Importwaren oder lokal produziertem Importersatz – seitens einer Minderheit. Dieses Modell definiert den – nicht nationalen – Kompradoren-Charakter der Bourgeoisien der Peripherie.

Die Notwendigkeit einer kritischen Betrachtung der historischen Ansätze zu populär oder sozialistisch orientierter autozentrierter Entwicklung

Seit einem Dreivierteljahrhundert wird die Frage der autozentrierten Entwicklung und der Abkopplung von allen großen Volksrevolutionen gegen den real existierenden Kapitalismus praktisch aufgeworfen: in der russischen und der chinesischen sozialistischen Revolution wie in den Befreiungsbewegungen der Völker der Dritten Welt. Die historisch gegebenen Antworten auf diese Frage und, eng damit verbunden, auf alle anderen Aspekte der Problematik der Entwicklung der Produktivkräfte, der nationalen Befreiung, des sozialen Fortschritts, der Demokratisierung der Gesellschaft, müssen Gegenstand einer ständigen kritischen Betrachtung bleiben, die Lehren aus ihren Erfolgen und Fehlschlägen zieht. Zugleich und weil der Kapitalismus sich verändert und ständig auf die Herausforderungen einstellt, die ihm die Revolten der Völker präsentieren, sind die Formen und Bedingungen, in denen sich diese Fragen stellen, selbst ständig in Bewegung. Autozentrierte Entwicklung und Abkopplung sind deshalb nie auf für alle Situationen und Momente der historischen Evolution geltende Einheitsformeln zu reduzieren. Diese Konzepte müssen entsprechend den Lehren der Geschichte und der Evolution der kapitalistischen Globalisierung stets neu durchdacht werden.

Die lange Welle nationaler Befreiungskämpfe, die nach dem Zweiten Weltkrieg über die Dritte Welt hineinbrach, endigte damit, dass die nationalen Bourgeoisien, die in unterschiedlichem Maß die Befreiungsbewegungen kontrol-

lierten, Hauptstütze der neuen Staatsgewalten wurden. Diese Bourgeoisien produzierten eine regelrechte »Entwicklungs«ideologie mit Projekten, die als Modernisierungsstrategien »Unabhängigkeit in weltweiter wechselseitiger Abhängigkeit« sichern sollten. Diese Strategien zielten somit nicht auf Abkoppelung im eigentlichen Sinn, sondern nur auf aktive Anpassung an das Weltsystem. In dieser Wahlentscheidung, wie auch in anderen, äußerte sich das national-bourgeoise Wesen jener Projekte. Ihr utopischer Charakter erwies sich bei ihrer Ermattung, nach der zunächst scheinbar erfolgreichen Entfaltung zwischen 1955 und 1975. Daraufhin konnten »Öffnungs«politiken aufgezwungen werden, die mittels Privatisierungen und einseitigen Strukturanpassungen an die Zwänge der kapitalistischen Globalisierung die Wirtschaften und Gesellschaften der Peripherie auf Kompradoren-Verhältnisse zurückwarfen.

Dagegen hatten sich die Anläufe zum so genannten real existierenden Sozialismus in der UdSSR und in China tatsächlich »abgekoppelt« und in diesem Geist ein System ökonomischer Entscheidungskriterien aufgebaut, das nicht von der Logik der weltweiten kapitalistischen Expansion abhing. Dies zeigt, wie auch andere, damit zusammenhängende Entscheidungen, dass die politischen und sozialen Träger dieser Revolutionen ursprünglich wahrhaft sozialistische Intentionen verfolgten. Danach standen die sowjetische und die chinesische Gesellschaft jedoch vor der Wahl zwischen dem Ziel, »um jeden Preis aufzuholen«, d.h. zur Entwicklung der Produktivkräfte die Organisationssysteme den Vorbildern aus den kapitalistischen Zentren anzupassen, und dem Ziel, »eine andere Gesellschaft aufzubauen«, die sozialistische. Nach und nach gaben sie dabei dem ersten Glied der Alternative den Vorrang, bis das zweite jeden realen Inhalt verlor. Während dieser selbst von der sozialen Dynamik hervorgerufenen Evolution formierte sich allmählich eine neue Bourgeoisie. In der Geschichte zeigte sich der utopische Charakter dieses angeblich sozialistischen Projekts. In Wirklichkeit führte es zum Aufbau eines »(Staats)-Kapitalismus ohne Kapitalisten«, dessen neue Bourgeoisie den »normalen« Status, wie in der kapitalistischen Welt gegeben, anstrebte. Zugleich machte die neue Bourgeoisie, durchaus logisch, Schluss mit der Abkoppelung. Das Problem des historischen Rückstands dieser Länder ist dadurch nicht behoben; ganz im Gegenteil führt die Restauration eines normalen, in das Weltsystem integrierten Kapitalismus sie direkt zurück in den Peripherie-Status.

Erosion und Scheitern der Projekte der »Entwicklungs«ideologie in der Dritten Welt und des Sowjetismus (des »Realsozialismus«) schufen, vereint mit der gründlicher betriebenen kapitalistischen Globalisierung in den Zentren des Westens, freie Bahn für den dominanten einseitigen Diskurs, der die Einordnung in jene Globalisierung als alternativlos hinstellt.

Das ist jedoch eine reaktionäre Utopie. Durch Unterwerfung unter die Gebote der Expansion des weiterhin zweidimensionalen Weltmarkts ist die polari-

sierende Globalisierung nicht zu überwinden. Autozentrierte Entwicklung und Abkopplung bleiben daher die unumgängliche Erwidierung auf die Herausforderung der neuen Etappe dieser Globalisierung.

Die Merkmale der sich abzeichnenden neuen Etappe kapitalistischer Expansion ändern nichts am unumgänglichen Erfordernis autozentrierter und abgekoppelter Optionen

Beseitigt die Globalisierung, die sich mit der Neuaufstellung des heutigen Kapitalismus durchzusetzen scheint, den Kontrast von autozentrierter und peripherer Entwicklung zugunsten einer neuen, globalisierten Entwicklungsform?

Die überwiegende Mehrzahl der herrschenden Klassen der Welt hat sich dem neoliberalen Globalisierungsprojekt angeschlossen. Bedeutet dies, dass es »nationales Kapital« (und damit nationale Bourgeoisien) nicht mehr gibt, dass die dominante, dynamischste Dimension des Kapitals bereits transnational (»globalisiert«) ist? Diese in einer überreichen Literatur zum Thema präsentierte These ist umstritten. Jedenfalls bliebe, selbst wenn es so wäre, das betreffende transnationale Kapital Alleingut der Triade, des Exklusivclubs, der den Ländern des Ostens und Südens keinen Zutritt gewährt. Dort hätten wir es nur noch mit Kompradoren-Bourgeoisien zu tun, d.h. mit Transmissionsriemen der Dominanz des transnationalen Kapitals der Triade. Diesen Eindruck erwecken jetzt viele dieser Länder, wenn nicht alle. Aber noch einmal, zeigt das eine dauerhafte Transformation an? Dann wäre die »neue Welt« nur eine neue Etappe einer alten imperialistischen, d.h. polarisierenden Expansion, nur gewaltsamer polarisierend als die früheren Etappen. Ist das akzeptabel, würde das nicht nur von den beherrschten Klassen akzeptiert, die unter verschärfter Massenarmut zu leiden hätten, sondern zumindest auch von Fraktionen der herrschenden Klassen oder nach Herrschaft strebenden sozialen und politischen Kräften.

Wir befinden uns gleichwohl in einer neuen Phase der kapitalistischen Globalisierung, und deshalb äußert sich die Polarisierung in neuen Formen und mittels neuer Mechanismen. Von der industriellen Revolution bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts offenbarte sich die Polarisierung im Kontrast zwischen Industrieländern und Ländern ohne Industrie. Die – wenn auch sehr ungleich – betriebene Industrialisierung der Peripherien verlagert den Konflikt auf neue Ebenen: Kontrolle der Technologie, der Finanzen, der natürlichen Ressourcen des Planeten, der Kommunikationsmittel, der Rüstungen. Soll man deswegen auf den Aufbau einer autozentrierten Wirtschaft verzichten und statt dessen vorrangig hocheffiziente, auf dem Weltmarkt sofort wettbewerbsfähige Segmente herausbilden, wie die neue Variante der alten Modernisierungstheorie vorschlägt? Diese Wahl zu treffen, heißt den Kontrast zwischen diesen modernisierten Segmenten, die alle lokalen Ressourcen aufsaugen, und den in Armut belassenen, nicht zu absorbierenden Reserven zu verstetigen. Eine dieses Namens würdige

Entwicklung verlangt dagegen eine tiefgreifende und weitreichende Transformation, die der Agrarrevolution freie Bahn schafft und einem dichten Netz kleiner Industrien und städtischer Unterzentren unersetzliche Aufgaben für das allgemeine Vorankommen der Gesellschaft überträgt. Selbstverständlich sind konkrete Entscheidungen für Etappen in dieser allgemeinen Perspektive vom Ausgang der sozialen Kämpfe abhängig. Voraussetzung ist der Erfolg nationaler, volksnaher demokratischer Allianzen, die aus den eingefahrenen Gleisen der Kompradorisierung heraushelfen können.

Während der konkreten Umsetzung von politischen Maßnahmen für solche Etappen müssen schrittweise Kriterien sozialer Effizienz entwickelt und anstelle des eng kommerziellen kapitalistischen Kriteriums der »Wettbewerbsfähigkeit« verwendet werden.

Gleichzeitig darf die langfristige Perspektive des planetarischen Universalismus nicht aus dem Blick geraten. Ihn vorzubereiten, erfordert eine gewisse Öffnung nach außen – den streng auswählenden Import von Technologien – unter möglichst weitgehender Kontrolle daraufhin, dass sie dem allgemeinen Fortschritt dienen und ihn nicht behindern. Die globale Evolution gebietet hier, große regionale Ensembles besonders in den peripheren Räumen, aber auch anderswo (wie in Europa) zu bilden und innerhalb dieser vor allem Mittel zur Vorbereitung einer weltweiten Modernisierung anderer, schrittweise von den engen Kriterien des Kapitalismus befreiter Art bereitzustellen. Dies erfordert wiederum, die engen Grenzen rein wirtschaftlicher Abmachungen zu überschreiten und den Aufbau großer politischer Gemeinschaften als Grundlage einer polyzentrischen Welt einzuleiten. Selbstverständlich verlangen autozentrierte Entwicklung und Abkopplung in diesem Maßstab eine Abstimmung der Beziehungen zwischen diesen Großregionen, und zwar sowohl bezüglich des Austauschs und seiner Bedingungen, der Kontrolle und Nutzung der Ressourcen, der Finanzen als auch in Bezug auf die politische und militärische Sicherheit. Sie würden also erfordern, das internationale politische System umzugestalten, es von Hegemonismen zu befreien und den Weg des Polyzentrismus einzuschlagen. Die Formulierungen der autozentrierten Entwicklung und der Abkopplung müssen nunmehr entsprechend den hier skizzierten Perspektiven überprüft werden.

5. Kulturalismus, Ethnizismus, kulturelle Widerstände

Der Kulturalismus ist eine Denkweise, die grundsätzlich behauptet, jede »Kultur« habe charakteristische, nicht historisch veränderbare »Eigenarten«. Obwohl auf verschiedene Bereiche des sozialen Lebens bezogen, wie den religiösen Glauben oder nationale Merkmale, erhalten diese Invarianten eine Funktion wie die »Gene« in der rassistischen Ideologie, die jenen ebenfalls transhistorische Übertragungskräfte zuschreibt.

Der Kulturalismus weigert sich, Evolution und Veränderung, die alle Aspekte des sozialen und kulturellen Lebens einschließlich der »heilig« gehaltenen kennzeichnen, ernsthaft in Betracht zu ziehen. In ihren religiösen Formen treten die Kulturalismen als »Fundamentalismen« auf, stehen dabei aber hartnäckigen (reaktionären) Vorurteilen näher als den Traditionen der ernsthaften Theologie. Bestimmte Tendenzen des »Postmodernismus« werten im Namen des Relativismus alle »Glaubensrichtungen« gleichermaßen als nicht aufeinander rückführbare Wahrheiten und speisen damit die kulturalistischen Neigungen. Politische und soziale Praktiken wie jene des amerikanischen »Kommunitarismus«, der vermeintlichen »kommunitären Identitäten« Vorrang gegenüber den anderen Dimensionen der Identität (Klassenzugehörigkeit, ideologische Überzeugungen) gibt, beruhen auf dem kulturalistischen Denken und stärken dessen Einfluss auf die betreffenden Gruppen.

Die erwähnten Spezifiken werden selten ausdrücklich benannt; wenn doch, erweisen sie sich meist als äußerst dürftig. Deswegen kann der ethnische Kulturalismus umfassendere, historisch herausgebildete Identitäten zum Zerfall bringen. Die zum Angriff auf die »Nation« aufgestellte »Ethnie« spaltet sich dann in Sub-Ethnien, die Stämme zerfallen in Clans, und so geht es endlos weiter.

Wenn heute starke soziale Bewegungen im Zeichen des religiösen oder ethnischen Kulturalismus auftreten, so entspringt das der Erosion anderer, früherer Ausdrucksformen der Legitimität der Gewalten, die sich auf den Nationalismus, die Klassenzugehörigkeit, die Errungenschaften der »Entwicklung« stützten. Das Einfallen des Ethnizismus beruhte nicht auf spontanen Forderungen von Basisgemeinden, die ihre »nicht zu unterdrückende urwüchsige Identität« (meist gegen andere Gemeinden) bekräftigt hätten. Der Ethnizismus wird weitgehend von oben her durch in die Enge getriebene herrschende Klassen konstruiert, die sich damit erneut eine »legitime« Führungsrolle verschaffen wollen. »Der Fisch beginnt am Kopf zu stinken«, wie ein afrikanisches Sprichwort

besagt. Die von den neoliberalen Politiken unserer Zeit verursachten sozialen Desaster schufen günstige Bedingungen für das plötzliche Auftreten der Ethnizismen, die entscheidend zum Zerfall der UdSSR und Jugoslawiens, zu den Kriegen am Horn von Afrika (Äthiopien, Eritrea, Somalia), den Massakern in Ruanda, den so genannten Stammeskriegen in Liberia und Sierra Leone beigetragen haben. Der klägliche Zustand vieler Regime, die mangels Demokratie kaum fähig sind, korrekt mit der – unbestreitbar vorhandenen – Vielfalt umzugehen, ist selbstverständlich mitverantwortlich für diese Auswüchse. Derartige findet sich übrigens nicht nur in den verwundbarsten, brüchigsten Regionen des jetzigen Weltsystems, sondern auch mitten in Europa (Nordirland, Baskenland, Korsika, Norditalien usw.).

Diese Kulturalismen, stets negativ und oft kriminell, lassen sich sämtlich ausgezeichnet manipulieren und werden tatsächlich von den dominanten Kräften des Systems weithin so benutzt.

Etwas ganz anderes sind die kulturellen Widerstände.

Die kapitalistische Globalisierung homogenisiert die Welt nicht, sondern organisiert sie immer ausgeprägter und stärker hierarchisch. Dadurch nimmt sie den unter ihr leidenden Völkern die Möglichkeit, aktiv und gleichberechtigt an der Gestaltung der Welt teilzunehmen.

Gewiss instrumentalisieren die Strategien der Globalisierung, soweit sie nur können, die aus der Vergangenheit überkommene Vielfalt, indem sie kulturalistische Reaktionen fördern. Doch zugleich drängt die kapitalistische Globalisierung den Beherrschten einige »Eigenarten« ihrer dominanten Zentren auf. Das betrifft nicht nur die englische Sprache und das *Fast Food*. Es gilt zum Beispiel auch für das politische Präsidialregime, das die USA gestern nach Lateinamerika, heutzutage selbst nach Europa exportiert haben.

Der mögliche Widerstand der Opfer kann deswegen nur mehrdimensional sein, sich u.a. – wenn auch implizit – als kultureller Widerstand äußern und vom Gedanken der Vielfalt der Zukunftsentwürfe leiten lassen (vgl. Anhang 7). Er macht das Bedürfnis der betroffenen Völker geltend, mit den Völkern der dominanten Zentren gleichgestellt an der Gestaltung der Welt teilzunehmen.

Die Frankophonie bietet ein gutes, nicht zu verachtendes Beispiel dieses positiven kulturellen Widerstands. Auf ihr Konto geht bereits die Unterstützung der Filmkunst in aller Welt, nicht nur der frankophonen, zum großen Ärger der Oligopole des amerikanischen Kinos, deren Extraprofite sie schmälert. Die Tragweite dieses Widerstands bleibt dennoch begrenzt und letztlich gefährdet, solange die Verantwortlichen der Frankophonie sich mit dem Schutz der »kulturellen Ausnahme« begnügen und für alle anderen Bereiche das Gesetz des Marktes abzeptieren. Der Widerstand muss mehrdimensional sein, kulturell, gewiss, aber sich gleichfalls in den Bereichen der Politik und der Wirtschaftslenkung äußern.

6. Der politische Islam

Es ist ein fataler Irrtum zu glauben, das Auftreten starker politischer Massenbewegungen, die sich auf den Islam berufen, folge unvermeidlich aus dem plötzlichen Auftreten kulturell und politisch rückständiger Völker, die nur die Sprache ihres quasi atavistischen Obskurantismus verstehen. Leider wurde dieser Irrtum von den herrschenden Medien weit verbreitet. Aufgegriffen wurde er in den pseudowissenschaftlichen Diskursen des Eurozentrismus und des schlechten »Orientalismus«, die dem Vorurteil entspringen, nur der Westen habe die Moderne erfinden können, während die muslimischen Völker in einer unbeweglichen »Tradition« festsäßen und daher die Tragweite der notwendigen Veränderung nicht begriffen.

Wie ihresgleichen in anderen Weltregionen besitzen die muslimischen Völker und der Islam eine Geschichte voller unterschiedlicher Interpretationen des Verhältnisses von Vernunft und Glauben, voller Wandlungen und wechselseitiger Anpassung der Gesellschaft und ihrer Religion. Die Realität dieser Geschichte wird jedoch nicht nur von den eurozentrischen Diskursen geleugnet, sondern auch von den heutigen, sich auf den Islam berufenden Bewegungen. Beide teilen in der Tat dasselbe kulturalistische Vorurteil, dass die »Spezifiken« der unterschiedlichen Völker und ihrer Religionen unantastbar, nicht vergleichbar und transhistorisch seien. Dem Eurozentrismus des Westens setzt der heutige politische Islam nur einen umgekehrten Eurozentrismus entgegen.

Das Auftreten von Bewegungen, die sich auf den Islam berufen, ist faktisch Ausdruck einer heftigen Revolte gegen die destruktiven Wirkungen des real existierenden Kapitalismus, gegen die unvollendete, verkürzte und trügerische Moderne, die mit ihm einhergeht (siehe Anhang 1). Es ist Ausdruck einer vollkommen legitimen Revolte gegen ein System, das diesen Völkern nichts zu bieten hat.

Der Diskurs, der den Islam als Alternative zur kapitalistischen Moderne (und den unterschiedslos gleichgesetzten historisch-sozialistischen Moderne-Experimenten) hinstellt, ist in keiner Weise theologischer, sondern politischer Natur. Die Attribute »integristisch« und »fundamentalistisch«, die ihm oft verliehen werden, passen nicht zu diesem Diskurs, der kaum je darauf Bezug nimmt, außer bei bestimmten muslimischen Intellektuellen von heute, die sich damit mehr an die westliche als an die eigene Öffentlichkeit wenden.

Der so offerierte Islam ist gegen jede Theologie der Befreiung. Der politische Islam ruft zur Unterwerfung, nicht zur Emanzipation auf. Den einzigen

Versuch, den Islam emanzipatorisch auszulegen, unternahm Mahmud Taha aus Sudan. Er wurde von dem Regime in Khartum zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auf Taha beruft sich keine Partei islamischer Couleur, ob »radikal« oder »gemäßigt«, und verteidigt hat ihn keiner der Intellektuellen, die zur »islamischen Renaissance« stehen oder auch nur den »Dialog« mit diesen Bewegungen wünschen.

Die Herolde jener »islamischen Renaissance« interessieren sich nicht für die Theologie und gehen nie auf die einschlägigen großen Texte ein. Unter »Islam« verstehen sie anscheinend nur eine konventionelle soziale Version der Religion, die auf formale und integrale Einhaltung der rituellen Praxis verkürzt ist. Dieser »Islam« soll eine »Gemeinde« definieren, der man der Herkunft nach angehört, wie der Ethnie, nicht aber eine starke innere Überzeugung. Es geht nur darum, eine »kollektive Identität« zu bekräftigen, nichts weiter. Deshalb ist der Ausdruck »politischer Islam«, der in den arabischen Ländern für die Gesamtheit dieser Bewegungen gebraucht wird, sicher exakter.

Den modernen politischen Islam hatten im Dienst der britischen Macht in Indien stehende Orientalisten erfunden, bevor ihn in den 1940er Jahren der Pakistani Mawdudi übernahm. Er sollte im Vorgriff auf die Teilung Indiens »beweisen«, dass gläubige Muslime nicht in einem Staat leben dürfen, der nicht selbst islamisch ist, denn der Islam kenne keine Trennung zwischen Staat und Religion. Jene Orientalisten hatten sich den Hinweis gespart, dass für die Engländer des 13. Jahrhunderts ein unchristliches Leben ebenso undenkbar war!

Abul Ala Al-Mawdudi übernahm also die Auffassung, dass die Macht von Gott und nur von ihm ausgehe (*wilaya al faqih*). Damit fällt das Konzept der zur Gesetzgebung berechtigten Bürger; der Staat hat nur das ein für allemal definierte Gesetz anzuwenden (die »Scharia«). Joseph de Maistre (1753-1821) hatte Ähnliches geschrieben, als er die Revolution des Verbrechens bezichtigte, die moderne Demokratie und die Emanzipation des Individuums erfunden zu haben.

Der politische Islam, der das Konzept der emanzipatorischen Moderne ablehnt, verwirft das Grundprinzip der Demokratie, das Recht der Gesellschaft, ihre Zukunft selbst zu konstruieren, indem sie sich die Freiheit nimmt, Gesetze zu geben. Wenn der politische Islam das Prinzip der Schura (Beratung) als islamische Form der Demokratie hinstellt, ist das falsch; es bleibt an das Verbot der Neuerung (*ibda*) gebunden, das höchstens die Interpretation der Tradition (*ijtihad*) zulässt. Die Schura ist nur eine der vielen Formen der Ratsuche, die sich in allen vormodernen, vordemokratischen Gesellschaften finden. Sicher war die Interpretation zuweilen Vehikel realer, von neuen Erfordernissen gebotener Wandlungen. Dennoch führt sie durch ihr Prinzip – die Verweigerung des Rechtes, mit der Vergangenheit zu brechen – den modernen Kampf für sozialen Wandel und Demokratie in die Sackgasse. Die angebliche Parallele zwischen

den islamischen Parteien, die, ob radikal oder gemäßigt, sämtlich im Namen der »Eigenart« des Islams denselben anti-modernen Prinzipien anhängen, und den christlich-demokratischen Parteien des modernen Europas ist daher strikt ungültig, so oft die Medien und die Diplomatie der USA sie auch ziehen, um gegebenenfalls ihre Unterstützung für »islamistische« Regime zu rechtfertigen. Die Christdemokratie fügt sich in die Moderne; sie akzeptiert deren Grundkonzept kreativer Demokratie als Wesenszug des Konzepts der Säkularität. Der politische Islam weist die Moderne zurück. Er proklamiert sie, ohne ihren Sinn begreifen zu können.

Der so konzipierte Islam verdient also mit Sicherheit nicht die Bewertung »modern«, die Freunde des »Dialogs« mit so dürftigen Argumenten stützen wie denen, dass dessen Propagandisten Kassetten verwenden oder sich aus »gebildeten« Kreisen rekrutierten, z.B. Ingenieure. Der Diskurs jener Bewegungen kennt außerdem fast nur den wahhabitischen Islam, der alles verwirft, was seinerzeit aus der Wechselwirkung zwischen dem historischen Islam und der griechischen Philosophie entstanden ist, und nur die plattesten Schriften des reaktionärsten mittelalterlichen Theologen, Ibn Taymiyas, wiederkaut. Zwar von manchen Herolden als »Rückkehr zu den Quellen«, wenn nicht gar zum Islam der Zeit des Propheten apostrophiert, geht diese Deutung in Wahrheit nur zurück zu Auffassungen, die vor zweihundert Jahren im Schwange waren, in einer seit Jahrhunderten stagnierenden Gesellschaft.

Der heutige politische Islam entstand nicht, wie leider zu oft behauptet wird, als Reaktion auf die Auswüchse der Säkularität. Keine muslimische Gesellschaft der Neuzeit war – außer in der verblichenen Sowjetunion – jemals wirklich säkular oder gar von den Dreistigkeiten einer aggressiv »atheistischen« Macht betroffen. Der halbmoderne Staat der kemalistischen Türkei, Ägyptens unter Nasser, Syriens und Iraks unter der Baath-Partei hatte sich damit begnügt, die Geistlichkeit zu domestizieren (wie zuvor öfters geschehen) und ihr einen ausschließlich auf Legitimierung seiner politischen Optionen gerichteten Diskurs vorzuschreiben. Ansätze zu säkularem Denken gab es nur in bestimmten kritischen Intellektuellenkreisen. Sie besaßen keinen großen Einfluss auf den Staat, und dieser ist, weil zu sehr mit seinem nationalistischen Projekt befasst, mitunter in diesem Punkt zurückgewichen. So setzte bereits unter Nasser eine beunruhigende Evolution ein, die mit der seit 1919 vom Wafd¹ betriebenen Politik brach. Die Erklärung für diese Abwege liegt vielleicht auf der Hand: Weil sie die Demokratie nicht wollten, setzten diese Regimes auf die »Homogenität der Gemeinde«; die daraus zunehmend erwachsende Gefahr ist an den Rückschritten der Demokratie im Westen von heute ersichtlich (siehe Anhang 7).

¹ Partei der ägyptischen Bourgeoisie, gegründet 1918, mehrmals Regierungspartei, 1953 aufgelöst (Anm. d. Übers.)

Der politische Islam will eine in den betroffenen Ländern bereits weit gediehene Evolution zu Ende führen: die Wiederherstellung einer unverblümt konservativen theokratischen Ordnung mit einer politischen Macht vom »Mamelucken«-Typ. Der Vergleich mit dieser bis vor zwei Jahrhunderten herrschenden Militärkaste, die unter dem Vorwand, nur die »Scharia«² zu kennen, jedes Recht missachtete, die Erträge der Wirtschaft an sich riss und im Namen des »Realismus« die subalterne Integration in die damalige kapitalistische Globalisierung akzeptierte, drängt sich jedem auf, der die verkommenen post-nationalistischen Regimes der Region und ihre Zwillingsbrüder, die neuen, angeblich islamischen Regime, betrachtet.

In diesem grundsätzlichen Punkt gibt es kaum Unterschiede zwischen den so genannten radikalen Strömungen des politischen Islams und denjenigen, die sich ein »gemäßigtes« Aussehen zulegen möchten. Beide verfolgen dasselbe Projekt.

Auch Iran fällt unter diese allgemeine Regel, trotz der Gemengelage, die den Aufschwung der islamistischen Bewegung und den Erfolg des Kampfes gegen die sozial rückschrittliche und politisch pro-amerikanische Diktatur des Schahs ermöglichte. In der ersten Zeit wurden die extremistischen Übertreibungen der theokratischen Macht durch ihre antiimperialistischen Positionen kompensiert, die sie legitimierten und ihr außerhalb Irans große Popularität verschafften. Doch allmählich erwies sich, dass das Regime nicht zur Erneuerung auf dem Wege ökonomischer und sozialer Entwicklung taugte. Statt der »Diktatur der Mützen« (der Militärs und Technokraten), wie man in Iran sagte, herrschte nun die »Diktatur der Turbane« (der Geistlichkeit), mit dem Ergebnis, dass das Land unglaublich heruntergewirtschaftet wurde. Hatte sich Iran einst gebrüstet, »dazustehen wie Korea«, so wird es heute zur »Vierten Welt« gezählt. Weil der harte Kern der Machthaber kein Empfinden für die sozialen Probleme der Volksmassen zeigt, wird er von den »Reformern«, wie sie sich selbst nennen, verdrängt. Unter ihnen kann sich die theokratische Diktatur zwar weniger rigoros gestalten, jedoch ohne Verzicht auf das in die Verfassung eingeschriebene Prinzip der *wilaya al faqih*, des gottgegebenen Machtmonopols, das nach und nach zur Preisgabe der »antiimperialistischen« Gestik und zur Fügung in die banale Kompradorenwelt des peripheren Kapitalismus veranlasst. In Iran steckt das System des politischen Islams in der Sackgasse. Die politischen und sozialen Kämpfe, die das iranische Volk jetzt offen aufgenommen hat, werden eines Tages das Prinzip der *wilaya al faqih*, die das Kollegium der Geistlichen über alle Institutionen der politischen und der Zivilgesellschaft stellt, zu Fall bringen müssen. Das ist die Voraussetzung für ihren Erfolg.

² Religiöses Gesetz des Islams, das kultische Pflichten verzeichnet und ethische Normen und Rechtsgrundsätze für alle Lebensbereiche aufstellt (Anm. d. Übers.)

Der politische Islam ist letzten Endes nichts weiter als eine Anpassung an den subalternen Status des Kompradoren-Kapitalismus. Seine »gemäßigte« Form ist deshalb wahrscheinlich die Hauptgefahr für die betroffenen Völker. Die Gewalttätigkeit der »Radikalen« hat nur den Staat zu destabilisieren, um die Errichtung der neuen Kompradoren-Macht zu ermöglichen. Die rücksichtsvolle Unterstützung dieser »Lösung« des Problems seitens der Diplomaten der US-geführten Triade-Länder entspricht vollkommen ihrem Willen, dem dominanten Kapital zu dienen und die globalisierte liberale Ordnung durchzusetzen.

Die beiden Diskurse des globalisierten liberalen Kapitalismus und des politischen Islams sind nicht konfliktuell, sondern vollkommen komplementär. Die Ideologie der »Kommunitarismen« amerikanischer Art, die der Zeitgeist beflissen popularisiert, will das gesellschaftliche Bewusstsein und die sozialen Kämpfe hinter kollektiven »Identitäten«, die das nicht berührt, verschwinden lassen. Diese Ideologie wird deshalb von den Herrschaftsstrategien des Kapitals instrumentalisiert, weil sie die Kämpfe aus dem Bereich der realen sozialen Widersprüche in die imaginäre Welt des angeblich transhistorischen Absolut-Kulturellen verlagert. Der politische Islam ist nun gerade ein »Kommunitarismus«.

Die Diplomaten der G 8-Mächte und insbesondere der USA wissen, was sie tun, wenn sie sich entscheiden, den politischen Islam zu unterstützen. Sie haben es in Afghanistan getan, dessen Islamisten sie zu »Freiheitskämpfern« (!) gegen die schreckliche Diktatur des Kommunismus ernannten, die in Wirklichkeit nur ein aufgeklärt-despotisches, modernistisches, national-populistisches Projekt war und sich erdreistete, den Mädchen die Schulen zu öffnen. Sie verfahren weiter so, von Ägypten bis Algerien. Sie wissen, dass die Macht des politischen Islams den Vorzug – für sie – hat, die betroffenen Völker in die Ohnmacht zu treiben und ihre Kompradorisierung ohne weiteres zu sichern.

In seinem typischen Zynismus weiß das US-amerikanische Establishment weiteren Nutzen aus dem politischen Islam zu ziehen. Die »Verirrungen« von ihm inspirierter Regime wie etwa der Taliban (die keineswegs Verirrungen sind, sondern der Logik ihres Programms entsprechen) können jederzeit ausgenutzt werden, wenn es der Imperialismus für zweckmäßig hält, zu intervenieren, nötigenfalls mit Gewalt. Den Völkern, die zuallererst unter dem politischen Islam zu leiden haben, kann »Barbarei« zugeschrieben und damit die »Islamophobie« geschürt werden. So lässt sich leichter Akzeptanz für die Perspektive einer »Apartheid im Weltmaßstab« schaffen – für das logische und notwendige Endprodukt einer immer schärfer polarisierenden kapitalistischen Expansion.

Unumwunden verurteilt von den G 8-Mächten werden nur diejenigen sich auf den Islam berufenden politischen Bewegungen, die – aus der objektiven lokalen Lage heraus – an antiimperialistischen Kämpfen teilnehmen: die Hisbollah im Libanon, die Hamas in Palästina. Das ist kein Zufall.

7. Vielfalt des Erbes und Vielfalt der Zukunftsentwürfe

Alle menschlichen Gesellschaften haben sich in ihrer Geschichte gewandelt, durch kleinere, allmähliche Änderungen innerhalb der Logik ihres Systems und zuweilen durch qualitative Systemveränderungen, Revolutionen genannt. Deren Vorkämpfer waren immer gewillt, die Vergangenheit nicht zu beerben: Die Aufklärung wollte das *Ancien régime* in jeder Hinsicht zerstören, die Pariser Kommune und die sozialistischen Revolutionen wollten mit der Vergangenheit »reinen Tisch machen«, der Maoismus wollte eine neue Geschichte Chinas »auf einem leeren Blatt« schreiben.

In Wirklichkeit ließ sich die Vergangenheit nie vollständig abstreifen. Manche Komponenten wurden abgewandelt den neuen Logiken dienstbar gemacht; andere überlebten als den Wandel hemmende Widerstandskräfte. Die spezifische Kombination von Neuem und Altem auf einer gegebenen historischen Bahn ist die erste Quelle der Vielfalt, die also zum Teil aus dem Erbe stammt. Ein gutes Beispiel dafür bieten die Modalitäten von Auffassung und Praxis der Säkularität in den Gesellschaften, die in die kapitalistische Moderne eintraten. Die Säkularität ist um so radikaler, je radikaler die bürgerliche Revolution ausfiel (wie etwa in Frankreich). Wo die kapitalistische Transformation dagegen über Kompromisse zwischen der neuen Bourgeoisie und den alten herrschenden Klassen verlief (wie sonst fast überall in Europa), schließt die Säkularität nicht aus, dass religiöse Bezüge in den öffentlichen Verhaltensweisen verbleiben. Es gibt sogar nationale Kirchen (in den protestantischen Ländern), die dem neuen System des Kapitalismus angepasst überlebten, allerdings ohne den zuvor erlebten Zwangscharakter. Die Trennung von Staat und Religion, die das Konzept der Säkularität definiert, ist demnach von Fall zu Fall mehr oder minder formell gültig. Beiläufig gesagt, verlangt die Moderne nicht mehr als diese Trennung. Moderne bedeutet nicht Negation des religiösen Glaubens. Ein »Staatsatheismus« (der wohl nur im Versuch des sowjetischen Kommunismus vorkam) fungiert etwa wie eine Staatsreligion: Beide verletzen das Prinzip der Moderne, die Meinungen – philosophischer, religiöser, politischer, ideologischer, wissenschaftlicher Art – dem freien Urteil der Individuen zu überlassen.

Darauf zu pochen, dass die überkommene Vielfalt anerkannt und respektiert werden muss, wie es der heute dominante Diskurs zur Mode erhoben hat, ist jedoch nicht folgenlos. Meist soll das Politiken rechtfertigen, die konservative

Machtpositionen stärken würden, wie gerade die europäische Debatte über die Säkularität zeigte. Was soll die Berufung auf christliche Werte in einer Charta der Rechte? Warum dann nicht auch eine Berufung auf die areligiöse Tradition, die den modernen europäischen Humanismus ebenso gespeist hat?

Auch für andere Bereiche der sozialen Realität ist eine oft tief verwurzelte Vielfalt bezeichnend, wie die Mannigfaltigkeit der Sprachen und Religionen bezeugt. Diese Vielfalt besteht weiter, obwohl sich ihre Bestandteile im Lauf der Geschichte gewandelt haben.

Werden Multinationalität und/oder Multikulturalität im modernen Staat, dessen Bürger gleiches Recht auf Gestaltung ihrer Zukunft besitzen, problematisch für die Praxis der Demokratie? Werden sie zur Herausforderung für diese? Das wird unterschiedlich beurteilt.

Verbissene Verfechter der nationalen und kulturellen Homogenität als des einzigen Kriteriums der zur Ausübung der Bürgerrechte notwendigen gemeinsamen Identität werden sich nicht scheuen, entweder die »zwangsweise Assimilierung« der Widerspenstigen (oft von Minderheiten) oder, als Demokraten, die Trennung und die Teilung des Staates zu empfehlen. Vorläufig und als *second best* werden sie höchstens eine »Duldung« der Vielfalt akzeptieren. Die Anführungszeichen sollen daran erinnern, dass man nur das, was man nicht mag, gegebenenfalls duldet (»man muss seine Schwiegermutter dulden«). Sie werden dann eine »multikommunitäre« Konstruktion auf amerikanische Art anpreisen, aber die Positionen dieser »Gemeinden« im nationalen System hierarchisch einstufen. Für sie ist die kommunitäre Identität, ein niemals persönlich wählbares Erbteil, das Wesentliche. Zugestanden wird ein gewisses »Recht auf den Unterschied«, doch verleugnet wird dessen komplementäres und gleichzustellendes Gegenstück – das Recht auf Ähnlichkeit, auf gleiche Behandlung – und allgemein das unveräußerliche individuelle Recht, sich nicht allein durch die angestammte Zugehörigkeit zu einer Gemeinde definieren zu lassen.

Die emanzipatorische Moderne gründet sich auf ein ganz anderes Konzept der Demokratie, das die strikte Gleichheit aller Rechte und Pflichten (und die Schaffung von Bedingungen, unter denen diese Gleichheit Realität wird) sowie zugleich die Achtung der Unterschiede verlangt. Achtung ist mehr als Duldung. Sie verlangt, dass staatliche Maßnahmen Bedingungen für Gleichstellung trotz der Unterschiedlichkeit schaffen, zum Beispiel durch mehrsprachigen Schulunterricht. »Trotz« bedeutet hier nur, nicht die Unterschiedlichkeit fixieren zu wollen, die Geschichte ihre Arbeit verrichten zu lassen und vielleicht zu einer Assimilierung zu gelangen, die dann nicht mehr erzwungen ist. So wird verhindert, dass die Vielfalt zum Nebeneinander abgeschlossener und deshalb zwangsläufig verfeindeter Gemeinden wird.

Hier ist daran zu erinnern, dass die Sozialisten, ob Austromarxisten oder Bolschewiki, für solch eine schwierige Dynamik eingetreten sind. Zu erinnern

ist daran, dass die modernen Klassen – die Arbeiterklassen und bedeutende Fraktionen der Bourgeoisien – für diesen Lösungstyp waren, weil er die Vorteile des großen Staates bewahrt, in dem die Multinationalität Quelle von Wohlstand und nicht von Armut stiftender Unterdrückung wird. Die Verfechter der »kommunitären Identität« stammten dagegen eher aus den alten Klassen und den traditionellen Bauernschaften.

Dies verdeutlicht, welchen Rückschritt die typischen Parolen des Zeitgeistes darstellen. Das Pochen auf die »Gemeinden« ist ein Verrat an den Konzepten der emanzipatorischen Moderne; es begleitet den Niedergang der Demokratie durch Verleugnung der vielfältigen Dimensionen der Identität (gegebenenfalls Nationalität, aber auch Klassenzugehörigkeit, Geschlecht, ideologische oder religiöse Bindung usw.). Der Diskurs des Zeitgeistes kennt keine Staatsbürger mehr, die sowohl Individuen als auch Personen mit mehrdimensionaler Identität sind; er ersetzt sie durch »Leute« (»Verbraucher« für die Ökonomen, Fernsehzuschauer für die Politiker), die dann sowohl als haltlose Individuen wie auch als Glieder angestammter Gemeinden manipuliert werden können.

Die überkommenen Unterschiede bereiten Probleme, weil es sie gibt. Doch wenn man sich darauf fixiert, verliert man andere, interessantere Unterschiede aus den Augen, die Mannigfaltigkeit nämlich, die das Entwerfen der Zukunft in seiner Bewegung notwendigerweise hervorbringt. Diese Vielfalt ist interessanter, weil ihr Konzept demjenigen der emanzipatorischen Demokratie und der sie begleitenden, stets unvollendeten Moderne entspricht.

Die Forderung nach einer Politik, die die Freiheit der Individuen nicht auf Kosten ihrer Gleichheit entfaltet, sondern beide Werte gemeinsam voranbringt, bedeutet, dass die Geschichte nicht zu Ende ist, dass Transformationen des Systems notwendig sind und dass dafür gekämpft werden muss, daraus Fortschritte der realen Emanzipation erlangen. Wer könnte dann sagen, es gebe nur einen einzigen Weg, ein einziges diesem Bedarf gerechtes Rezept, über dessen Kenntnis dieser oder jener ein Monopol besitze?

Die kreativen Utopien, die Kristallisationskerne für Kämpfe wurden, denen sie Zielperspektiven gaben, bezogen und beziehen ihre Legitimation immer aus verschiedenen Wertesystemen, aus einer Version des weltlichen Humanismus oder aus religiös inspiriertem Denken (wie den Theologien der Befreiung). Ihre notwendige Ergänzung, die Systeme der Gesellschaftsanalyse, wird von ihrerseits unterschiedlichen wissenschaftlichen Sozialtheorien gespeist. Die Strategievorschläge für effiziente Vorstöße in die passende Richtung können ihrerseits nicht das Monopol irgendeiner Organisation sein.

Diese Vielfalt der Zukunftsentwürfe ist nicht nur unvermeidlich, sondern auch jedem willkommen, der keinem Dogmatismus anhängt und sich daher nicht in der eitlen Sicherheit eines Wissens wiegt, das man besser als stets unvollkommen anerkennen sollte.

Literatur

- Aglietta, Michel, *Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*, Hamburg, VSA 2000
- Albert, Michel, *Capitalisme contre capitalisme*, Paris, Seuil 1991 (dt.: *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt a.M./New York, Campus 1992)
- Amin, Samir, *Le virus libéral*, Pantin, Les Temps des Cérises 2003
- ders., *Les régionalisations*, Dakar, FTM 2002
- ders., *Les défis de la mondialisation*, Paris, L'Harmattan 1996 (dt. Auswahl *Die Zukunft des Weltsystems*, Hamburg, VSA 1997)
- ders., *L'ethnie à l'assaut des nations*, Paris, L'Harmattan 1994
- ders., *L'Empire du chaos*, Paris, L'Harmattan 1991 (dt. *Das Reich des Chaos*, Hamburg, VSA 1992)
- ders., *L'Eurocentrisme. Critique d'une idéologie*, Paris, Anthropos/Economica 1988
- ders., *La déconnexion*, Paris, La Découverte 1986
- ders., *Le développement inégal*, Paris, Ed. de Minuit 1973 (dt. *Die ungleiche Entwicklung*, Hamburg, Hoffmann und Campe 1975)
- Amin, Samir, Arrighi, Giovanni, Frank, André Gunder, Wallerstein, Immanuel, *La crise, quelle crise?* Paris, Maspero 1982 (engl. *Dynamics of Global Crisis*, Macmillan, London, 1982)
- Amin, Samir, El Kenz, Ali, *Le monde arabe*, Paris, L'Harmattan 2003
- Arrighi, Giovanni, *The long XXth Century*, London, Verso 1994
- Autorenkollektiv, *The World we are entering 2000-2050*, Luxemburg, IEEI 2002
- Baran, Paul, Sweezy, Paul, *Monopoly Capital*, New York, Monthly Review Press 1966 (dt. *Monopolkapital. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*. Frankfurt a.M., Suhrkamp 1973)
- Beinstein, Jorge, *La larga crisis de la economía global*, Buenos Aires, Corregidor 1999
- Brenner, Robert, *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg, VSA 2003
- Castells, Manuel, *La société en réseau*, Paris, Fayard 1998 (dt. *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen, Leske und Budrich, 2003)
- Castoriadis, Cornelius, *La montée de l'insignifiance*, Paris, Seuil 1974
- Castoriadis, Cornelius, *L'institution imaginaire de la société*, Paris, Seuil 1975 (dt. *Gesellschaft als imaginäre Institution*, Frankfurt a.M., stb 1990)
- Debord, Guy, *La société du spectacle*, Paris, Champ Libre 1971 (engl. *The society of the spectacle*. New York, Zone Books 1994)
- George, Susan, *Le rapport Lugano*, Paris, Fayard 2000 (dt. *Der Lugano-Bericht*, Reinbek, Rowohlt 2001)
- dies., *Remettre l'OMC à sa place*, Paris, Fayard 2001 (dt. *WTO: Demokratie statt Drakula*, Hamburg, VSA 2002)

- Hobsbawm, Eric, *Das Gesicht des 21. Jahrhunderts. Ein Gespräch mit Antonio Polito*, München, Hanser 2000
- ders., *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. 5., verb. Aufl. München, Hanser 1997
- Hoogsveld, Angie, *Globalization and Post Colonial World*, New York, Palgrave 1997
- Huntington, Samuel, *The Clash of Civilizations*, New York, Simon & Schuster 1996 (dt. *Kampf der Kulturen*, München/Wien, Europa Verlag 1996)
- Mandel, Ernest, *Le troisième âge du capitalisme*, Paris, Ed. 10-18 1976
- Marais, Hein, *South African Cooperation. Reinforcing the mould*, Dakar, FTM 2002
- Massiah, Gustave, *Le G7 en 1993, le crépuscule du mythe*, Paris, Cedetim 1993
- Mazoyer, Marcel, Rondart, Laurence, *Histoire des agricultures du monde*, Paris, Seuil 1997
- Negri, Antonio, Hardt, Michael, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M., Campus Verlag 2001
- Rifkin, Jeremy, *Access. Das Verschwinden des Eigentums*, Frankfurt a.M./New York, Campus Verlag 2000
- Rifkin, Jeremy, *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Frankfurt a.M., Fischer tb 2001
- Shiva, Vandana, *Ethique et agro-industrie*, Paris, L'Harmattan 1996
- Todd, Emmanuel, *Après l'empire*, Paris 2002 (dt. *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, München/Zürich 2003)
- Vakaloukis, Michel, *Le capitalisme post moderne*, Paris, PUF/Actuel Marx 2001
- Vercellone, Carlo, *La mafia comme expression endogène de l'accumulation du capital*, Universität Paris I 2001
- Wallerstein, Immanuel, *The Modern World System*, vol. I-III, New York, Academic Books 1974, 1981, 1989 (dt. *Das moderne Weltssystem: kapitalistische Landwirtschaft und die Entstehung der europäischen Weltwirtschaft im 16. Jahrhundert*. Frankfurt a.M., Syndikat 1986)